

Eine weitere Feststellung. Es wird in den Raum gestellt, im sozialen Bereich schwimmen wir im Geld der Nation. (Abg. Zellnig: „Das sind Zahlen!“) Allgemein aufgerechnet so viele Millionen im Jahre 1970 und jetzt. Meine Damen und Herren, wir leisten ja bitte Beiträge. Und die Grundlage für unsere Beiträge ist der Einheitswert. Der Einheitswert ist der Ertragswert, und jetzt schauen wir den Ertrag laut Grünem Bericht vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, ein Sozialist, an: 1977 minus 2,8 Prozent, 1979 9,4 Prozent, 1981 5,1 Prozent. (Abg. Halper: „Plus!“) Ich möchte das Minus unterstreichen. 1983 minus 9,1 Prozent. Das ist die wahre Einkommenssituation. (Abg. Trampusch: „Die Jahre mit guter Ernte lassen Sie aus!“) Meine Damen und Herren, Sie können auch andere Beweise haben. Die Verschuldung in der Landwirtschaft in Österreich pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche 1970 3.400 Schilling, 1983 14.300 Schilling, das ist nach meiner Auffassung ein sehr markantes Merkmal, wie die Dinge laufen. (Abg. Zellnig: „Was ist die Ursache der Verschuldung?“) Eine ganz einfache. Es haben schon einige Kollegen ausgesprochen. Wenn wir im Bundesbudget 1983 0,52 Prozent Förderung und Marktstützungsmaßnahmen haben und im Jahre 1970 1,2 Prozent haben, ist ganz logisch, daß bei marktstützenden Maßnahmen die finanziellen Mittel nicht da sind und dort immer wieder die Bauern selbst viele einschränkende Maßnahmen treffen. (Abg. Zellnig: „Wie erklärst du, daß der Traktor immer schwerer und stärker wird?“) Da komme ich auf einen Strukturwandel. Wir haben einen Strukturwandel innerhalb der Landwirtschaft hinter uns, der sehr schmerzlich war und der auch in anderen Strukturen des Landes jetzt vor sich geht. Wir haben 700.000 Bauern verloren seit 1950. Wir sind in den Nebenerwerb gedrängt worden, meine Damen und Herren, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch aus anderen Gründen. Meine Damen und Herren, das sind die Auswirkungen. (Abg. Brandl: „Der Strukturwandel war notwendig!“) Deshalb möchte ich nicht haben, daß man uns vorrechnet im sozialen Bereich, was uns alles von der öffentlichen Hand angeboten wird, und ich behaupte, daß die Landwirtschaft ein sehr markanter und wesentlicher Teil der Gesellschaft ist, nicht nur rein was die Ernährung betrifft. (Beifall bei der ÖVP.)

Verehrte Damen und Herren, ich könnte das im Grunde auch in Zahlen sagen, wenn die Zeit bleibt. Ich möchte aber versuchen, zu verkürzen. Nur zu den flankierenden Maßnahmen, daß es ein wenig spannender wird, meine Damen und Herren. Sie wissen alle, wir haben in Österreich keine Autoindustrie, wir sind hängengeblieben, aber wir haben Importe von Autos. Selbstverständlich. Wir haben aber eine funktionierende Landwirtschaft, die 26 Milliarden Agrarimporte verkraften soll, und wir können nur 13 Milliarden an Wert landwirtschaftliche Produkte unserer Landwirtschaft exportieren. Wir wissen genau, daß wir Feigen, Bananen und Kaffee nicht machen können, da sind wir uns relativ einig. Aber für 7 Milliarden Schilling wäre die Möglichkeit, die eigene Produktion speziell zu forcieren, und dieses Spezialkulturengesetz brauchen wir auf Bundesebene, daß wir einen Schutz, den du sozusagen erwünscht hast, erreichen können. (Abg. Zellnig: „Gemeinsam!“) Sicherlich gemeinsam. Aber ich würde sagen, deine Einflüsse sind momentan in deinem Kollegenbereich, ich weiß nicht, ob es stimmt,

ich vermute es zumindest, wesentlich besser, weil ansonsten würde man nicht laufend langsam, aber sehr langsam, unsere Vorschläge annehmen. Wir waren ja sehr froh, als du erklärt hast, zum Beispiel in der ganzen Energiesache im Rapsanbau, daß da bereits langsam sich sozusagen der Horizont auflichtet.

Meine Damen und Herren, noch einige Dinge, ich muß das sagen, weil der Herr Kollege sich sozusagen sehr aktiv produziert hat und auch die Frage Nebenerwerbslandwirtschaft so stark in den Raum gestellt hat. (Abg. Brandl: „Das ist ja gut!“) Ich möchte es nicht haben, daß jeder, der an dieses Pult geht, sagt, wie groß seine Wirtschaft ist, welchen Einheitswert er hat, ob er Voll- oder Nebenerwerbsbauer ist. Ich bin der Überzeugung, wir haben gemeinsam als Bauern die Verpflichtung, unsere Interessen zu vertreten und unsere Pflichten zu erfüllen, und wir vom Steirischen und vom Österreichischen Bauernbund haben die geistige Grundkonzeption für diesen Nebenerwerb im Grunde mit dem Begriff des bäuerlichen Familienbetriebes geschaffen. Ich möchte nicht immer eure Konzeption wiederholen, wie es im Bereich der Industrie abwärts geht, wäre auch im Bereich des Manshold-Planes sicher gekommen, meine Damen und Herren. (Abg. Brandl: „Irren ist menschlich. Passiert immer wieder!“) Vielleicht noch eine kleine Zugabe, wie man sozusagen auf dem Klavier wunderbar spielt. Es gibt bei verschiedenen Veranstaltungen immer wieder die Gelegenheit, mit Witzen zu agieren, um alles zu erheitern. Ich muß mit einem Witz eine Meinung ein bißchen untermauern, daß man ihn sozusagen besser versteht. (Abg. Brandl: „Dann ist es ein schlechter Witz!“) Wenn jemand auf Urlaub fährt, und er hat einen Hund, und er gibt diesen Hund zu seinem Nachbarn und sagt ihm, du mußt ihm jeden Tag eine Freude machen. Als er zurückkommt, sieht er, wie er den Hund schlägt, und sagt, was ist denn los, das ist ja keine Freude. Darauf sagt der Nachbar, wirst gleich sehen, wenn ich aufhöre zu schlagen, wie sich der Hund freut! Eine ähnliche Situation zum Beispiel, ein Spezialproblem; in Hartberg und in vielen Teilen der Steiermark, wo Obst produziert wird, haben wir die Möglichkeit des Schnapsbrennens und der Schnapsvermarktung. Da kommt eine Verordnung vom Minister Salcher, der diesen Begriff unmittelbar einschränkt. (Abg. Zellnig: „Das ist eure alte aus dem Jahr 1955. Die ist nur anders interpretiert worden!“) Dort liegt das wahre Herz des sozialistischen Ministers oder des Herrn Ministerialrates Maier, der diese Auslegung herausgegeben hat und wir damit gesetzlich diesen Schnaps bis jetzt nicht verkaufen. (Abg. Zellnig: „Die Präsidentenkonferenz hat jetzt eine Stellungnahme abgegeben!“) Ich weiß schon, daß dir das furchtbar weh tut. 130 Bauern in Pöllau, eine flotte Resolution, und jetzt ist die Geschichte locker geworden, meine Damen und Herren. Nur, warum ich den Witz erzählt habe. Es wird verlautet, daß die Präsidentenkonferenz nicht erreicht hat, diese Verordnung zu ändern. Meine Damen und Herren, dann gibt es eine Presseaussendung des Kollegen Zellnig, in der er die Präsidentenkonferenz auffordert und es in der eigenen Firma produziert, aber auch in der eigenen Firma löst. Soweit ich informiert bin, ist das so viel wie gelöst, meine Damen und Herren. Ich bin sehr froh, nur zur Demonstration, wie wunderbar man sozusagen auf diesem Klavier zu spielen beginnt. (Beifall bei der ÖVP. –

Abg. Trampusch: „Sie machen das wie in Ihrem Witz. Jeden Tag einmal über die Regierung schimpfen, damit Sie sich eine Freude machen!“ Das sind die Trampusch-Methoden, das ist ein eigenes Vorgehen.

Meine Damen und Herren, ich möchte abschließen, und ich habe mir vorgenommen, auch über den Bereich Arbeitsplatz und über den Bereich Fremdenverkehr etwas zu sagen. Ich sage nur einige Sätze aus der bäuerlichen Sicht. Ich möchte nur festhalten, daß wir Bauern sicherlich die Basis für den österreichischen Fremdenverkehr, der eine wesentliche wirtschaftliche Säule ist, darstellen und daß wir auch über diesen Fremdenverkehr mit dem Urlaub am Bauernhof eine Möglichkeit haben. (Abg. Brandl: „Nicht überheblich sein!“) Du mit deinem Wald steigerst dich auch relativ hinein und gehst auf die Hirschen los und willst den sauren Regen verschweigen. Ein bißchen ist es schon besser geworden. (Abg. Brandl: „Man lernt!“)

Meine Damen und Herren, ich möchte nur abschließend sagen, daß wir alle Möglichkeiten im Rahmen der Landwirtschaftskammer, im Rahmen unseres Schulwesens, im Rahmen dieses Landtages diskutieren und nützen, damit ein wirtschaftlich gesunder und attraktiver ländlicher Lebensraum der gesamten Bevölkerung zur Verfügung bleibt. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Rader. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Rader: Meine verehrten Damen und Herren!

Weil von einigen Rednern in diesem Haus die Frage der Tierkadaververwertungs-Gesellschaft angeschnitten wurde, und weil Sie von der ÖVP mit Ihrer Mehrheit heute noch einen Antrag abschmettern werden, der von uns eingebracht wurde und von der sozialistischen Fraktion unterstützt wird, darf ich abschließend zu diesen Beurteilungen, die abgegeben wurden, noch einige Sätze sagen: Ich will nicht aus vertraulichen Protokollen eines Untersuchungsausschusses zitieren, aber Sie wissen, wenn Sie sie gelesen haben, daß es in der Frage der Beurteilung der Gesetzeslage in der Frage „Was ist Beseitigung?“ mehrere Interpretationen gibt. Ihre Interpretation ist, daß die Beseitigung der Abfälle dort endet, wo sie in der Tür der TKV verschwindet. Das ist die Rechtslage mit Ihrer Interpretation. Und Sie berufen sich darauf, Sie können nichts anderes machen, weil eben diese Rechtslage so sei. Das ist der eine Bereich. Der zweite Bereich, meine Damen und Herren, ist die Praxis. Die TKV ist derzeit im Eigentum einer Genossenschaft, die eigentlich in ihrer ursprünglichen Konzeption dafür gegründet wurde, den Bauern zu dienen. Und ich nehme an, daß diese Genossenschaft Agrosserta diese ursprüngliche Zielsetzung nicht verloren hat. Daher wird es eine Möglichkeit geben können, in der Praxis zu handeln, besser als es möglicherweise Ihre Rechtslage interpretiermaßen zuläßt. Was ich damit sagen will? Ich habe schon einmal in der Öffentlichkeit gesagt, daß es doch um Himmels willen möglich sein müßte, die Verwertungserlöse miteinzukalkulieren in die Frage der Abtransportkosten und hier die Bauern und die Fleischer von dieser extremen Belastung, die von ihnen wirklich nicht verstanden werden kann, zu entlasten. Und damals hat mir der Generaldirektor

Pichler in einem Gespräch gesagt „wissen Sie was, wenn Sie das ändern, dann schmeißen wir Ihnen diesen Krempel wieder vor die Füße, weil das kann nicht wirtschaftlich betrieben werden, und dann soll es eben das Land machen“. Ich habe das nicht geglaubt, meine Damen und Herren! Und ich habe daher eine Gruppe von privaten Fleischern, die übrigens schon den Grazer Schlachthof kaufen wollten und auch mehr geboten haben als die Agrosserta, leider Gottes haben sie dann den Zuschlag nicht bekommen, gefragt, wie sie in der Praxis das sehen. Und ich darf Ihnen das zur Information bekanntgeben. Ich habe ein Schreiben vom 27. Oktober 1984, weil ich schriftlich am 22. Oktober angefragt habe, wie sehen Sie die Frage mit den Abtransportkosten? Und da drinnen steht: „Zu ihrem Schreiben vom 22. Oktober 1984 darf ich Ihnen mitteilen, daß die privaten steirischen Schlachthöfe sogar starkes Interesse an der Betreibung einer TKV haben. Wir beabsichtigen schon seit längerer Zeit, selbst eine TKV und eine Schlachtnebenprodukteverwertungsanstalt zu errichten. Durch die unklare Gesetzeslage vor dem VGH-Erkenntnis was dies aber nicht zu realisieren. Für uns private Schlachthöfe ist es selbstverständlich, daß die Verkaufserlöse der anfallenden Produkte in die Berechnung der TKV-Abfallkosten einbezogen werden. Die jetzige Berechnungsart ist unserer Ansicht nach eine ungerechtfertigte Bereicherung einer Privatfirma auf Kosten der steirischen Landwirte, Gemeinden und Fleischer. Auch der Verfassungsgerichtshof begrüßt ausdrücklich die Ausnützung einer höheren Wertschöpfung, was bedeutet, daß eine TKV ökonomisch und im Interesse der Betroffenen so sparsam wie möglich zu führen ist, und dazu ist eine Einbeziehung der Verwertungserlöse zwingend notwendig“. Und wenn die Agrosserta gesagt hat, es wäre nicht mehr interessant für sie, der letzte Satz dieser privaten Gruppe: „Wir sind überzeugt, die TKV in Landschaft auch bei Anrechnung der Verkaufserlöse gewinnbringend und wirtschaftlich sicher führen zu können“. Und jetzt, meine Damen und Herren der ÖVP, tun Sie etwas für die Bauern. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Dr. Hirschmann: „Das glauben Sie nicht einmal selbst, Herr Abgeordneter Mag. Rader!“)

Präsident Klasnic: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Präsident Zdarsky. Ich erteile es ihr.

Präsident Zdarsky: Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Wir haben heuer vor dem Sommer das Tierschutzgesetz beschlossen, nicht einstimmig, sondern mit Mehrheit der ÖVP. Es wurde uns versprochen, ehe baldigst Verordnungen der Massentierhaltung zu erlassen und Verbindung mit den anderen Bundesländern aufzunehmen. Bis heute habe ich noch keinen Entwurf von Verordnungsbestimmungen gesehen oder davon gehört und auch nicht, daß Einleitungen bezüglich eines 15 a-Vertrages mit anderen Bundesländern aufgenommen wurden. Ich würde Sie ersuchen, Herr Landesrat, meine Zweifel, die sich seit dem Sommer sehr verstärkt haben, zu zerstreuen und mir darüber Auskunft zu geben, wie weit die Verordnungen der Massentierhaltung gediehen sind und ob Bestrebungen im Gange sind, mit anderen Bundesländern einen 15 a-Vertrag diesbezüglich zu schließen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Klasnic: Ich darf nun dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Riegler das Wort erteilen.

Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Darf ich zunächst zu einigen der aufgeworfenen Fragen kurz Stellung nehmen. Herr Abgeordneter Zellnig hat ein ganzes Bündel von Fragen zur Diskussion gestellt. In aller Kürze – teilweise wurde in der Debatte bereits darauf eingegangen – einige Bemerkungen: Erste Frage, Ostliberalisierung: Sie haben auf das Dreiphasensystem hingewiesen, das den Bereich der Importe von Frischwaren regelt. Das große Problem, Herr Abgeordneter, sind aber die Verarbeitungsprodukte, und es ist leider feststellbar, das können Sie in der Außenhandelsstatistik genau nachlesen, daß seit dem Jahre 1974 bei verschiedenen Verarbeitungsprodukten ein ganz, ganz großer Teil der österreichischen Produktionsmöglichkeiten verlorengegangen ist. Wir haben leider auf diesem Sektor keine Regelung, die uns vor unterpreisigen Ostimporten schützen könnte. Die direkte Auswirkung: Im Bereich Obst, Gemüse und deren Verarbeitungsprodukte hatten wir 1972 ein Handelsbilanzdefizit von 2,9 Milliarden Schilling. Im Vorjahr hat in diesem Bereich das Handelsbilanzdefizit 7,5 Milliarden Schilling betragen! Und da sehen Sie eines der ganz großen Probleme. Wir wissen schon, daß wir in Österreich nicht Südfrüchte produzieren können und daß auch im Bereich der Verarbeitung nicht alles bei uns erzeugt werden kann. Aber in dieser gigantischen Importausweitung von 2,9 auf 7,5 Milliarden Schilling liegt der Existenz- und Einkommensverlust für Tausende bäuerliche Betriebe und auch für viele Arbeitsplätze in unseren Verarbeitungsbetrieben. Und dagegen etwas zu tun ist eine der Hauptaufgaben, meine Damen und Herren!

Zur zweiten Frage, betreffend Biosprit: Ich kenne dieses Problem sehr genau, weil ich von Anfang an einer der wenigen – möchte ich sagen – gewesen bin, der sich in der Hoffnung, daß wir diese Chance in Österreich wahrnehmen können, dafür engagiert hat. Es gibt die Verhandlungen und Gespräche im Bereich der Sozialpartner, des Nationalrates, der verschiedenen Verantwortungsträger. Nur, meine Damen und Herren, die Gefahr besteht, daß uns die Zeit davonläuft. Und ich sage es hier ganz offen: Das Jahr 1985 wird entscheidend sein, ob in Österreich in der Umstellung des Normalbenzins auf bleifreien Treibstoff die Einbeziehung des Biosprits politisch sichergestellt werden kann oder nicht. Wenn diese Chance im Jahre 1985 versäumt wird, dann ist es wieder einmal eine der versäumten Gelegenheiten. Wobei ich glaube, daß es nicht nur um den Treibstoff geht, um die Gesundheit, um unsere industriellen Erzeugungsmöglichkeiten, sondern auch darum, mit diesem Rohstoff aus nachwachsenden Pflanzen auch den Einstieg in eine neue Technologie sicherzustellen: in die Biotechnologie, die neben den elektronischen Bereichen eines der Hoffungsgebiete für eine moderne industrielle Entwicklung darstellt. Und darum glaube ich, daß gerade in diesem Punkt die Gemeinsamkeit der Anlagenbauindustrie, der chemischen Industrie und unserer Land- und Forstwirtschaft ganz naheliegend sein müßte. (Beifall bei der ÖVP.)

Zum dritten Bereich, Sonderkulturenförderungsgesetz: Meine Damen und Herren, natürlich könnten wir in der Steiermark ein Sonderkulturenförderungsgesetz beschließen. Nur meine Frage: Was hat es denn für einen Sinn, wenn wir zwar in der Steiermark ein Gesetz beschließen, uns aber durch die fehlende Außenhandelsabsicherung diese Produktion unterlaufen wird? Sie wissen doch ganz genau, meine Damen und Herren, daß ein Bundesland keine Zolltarife festsetzen kann, keine Ausgleichsabgaben, daß es keine Grenzen zwischen den Bundesländern gibt. Daher ist das eine Aufgabe, die gesamtösterreichisch gelöst werden muß. Man soll sich hier nicht vorbeiswindeln, sondern endlich einmal die Notwendigkeiten aufgreifen. Wir sind sehr gerne bereit, dabei mitzuwirken. (Beifall bei der ÖVP.) Bezüglich der Genossenschaftsfrage nur ein Wort: Wir sind sehr dafür, daß die Anteile verzinst werden, daß Warenrückvergütungen gegeben werden können. Nur, wenn man das als eine vernünftige Zielsetzung für unsere Bauern aufzeigt, dann verstehe ich nicht, daß Ihre Kollegen im Nationalrat und auch die freiheitlichen Abgeordneten bisher nicht bereit waren, die gesetzlichen Vorkehrungen zu treffen, nämlich die Gleichbehandlung in der Körperschaftssteuerfrage und die Gleichbehandlung mit den Konsumgenossenschaften in der Frage der Warenrückvergütung. Wenn man das eine hier fordert, dann tragen Sie bitte auch bei, daß die Mehrheit im Nationalrat die gesetzlichen Voraussetzungen schafft. Sonst ist die Argumentation leider nicht ganz haltbar. (Beifall bei der ÖVP.) Was den steirischen Grünen Bericht anlangt: Wenn ich es recht verstanden habe, Herr Abgeordneter Zellnig, haben Sie kritisiert, daß bezüglich der Sonderkulturen zu wenig konkrete Vorschläge drinnen wären. Ja bitte, wir haben gerade in diesem Grünen Bericht ein ganzes Kapitel diesem wichtigen Problem gewidmet, und Sie sind sogar mit Foto hier auf einer Seite abgebildet, wo wir bei einer Exkursion der Paragraph-17-Kommission diesen Fragen und Möglichkeiten nachgegangen sind. Ich habe diese Feststellung wirklich nicht verstanden. (Abg. Zellnig: „Auf die Produktionsalternative, Herr Landesrat, habe ich hingewiesen!“) Unter den Maßnahmen finden Sie auch die Vorschläge, nur, die können wir leider, ich habe das vorher schon gesagt, nicht in der Steiermark allein realisieren, sondern wir werden versuchen, und das tun wir mit aller Intensität, daß es zu den notwendigen Entscheidungen kommt. Natürlich ist es so, meine Damen und Herren, daß es unterschiedliche Schwerpunkte in den Haushalten gibt. Es gibt Schwerpunkte im Bundeshaushalt und solche im Landeshaushalt. Ich werde dann ganz kurz auch darauf hinweisen. Ich möchte auch gar nicht verschweigen, daß wir uns bei der Budgeterstellung für 1985 bemüht haben, gewisse Erfordernisse besser abzudecken, als es in diesem Jahr der Fall war, etwa in der Frage Viehabsatzförderung, Maschinenringe oder Hagelabwehr oder Regionalförderung oder auch die Almerhaltungsbeiträge und Bergbauernzuschüsse. Es war aber leider so, daß der Herr Finanzreferent uns allein in diesem Bereich von den sehr begründeten Vorschlägen 26 Millionen Schilling nicht zugestanden hat und daß es leider auch nicht möglich war, in den sehr intensiven Verhandlungen diese notwendigen Nachbedeckungen zu bekommen. Das muß man eben auch aufzeigen. Es ist sicher so, da haben Sie recht, daß wir auch im Jahre 1985 mit den

38 Millionen Schilling, die für die Viehabsatzförderung vorgesehen sind, nicht das Auslangen finden werden können. Ich habe das dem Herrn Finanzreferenten auch gesagt. Sie wissen ja, daß wir in diesem Jahr um etwa 20 Millionen Schilling mehr einsetzen mußten, als in den Ansätzen vorgesehen war, um einen Marktzusammenbruch zu verhindern. (Abg. Zellnig: „Nur einen Satz. Weil der Finanzreferent so aufgeschlossen für die Landwirtschaft ist, sind die 20 Millionen für die Landwirtschaft hinzugekommen!“) Herr Abgeordneter, dann reden Sie, daß er das nächste Mal noch mehr aufgeschlossen ist und gleich die Voranschläge mitaufnimmt, dann brauchen wir während des Jahres nicht herumzustreiten. (Beifall bei der ÖVP.)

Zur Frage der Grenzlandförderung: Ich verstehe es ja wirklich auch nicht. Das ist ein Justamentstandpunkt des Landwirtschaftsministers, der sich bereits jahrelang hinzieht, diese 5 Millionen Schilling akkurat nicht bereitzustellen. Ich glaube, er liebt diesen Reibebaum, anders ist es ja nicht erklärbar. Bitte, eines muß man schon sagen. Sie wissen, die Budgetrelation ist 1 zu 20. Im Grenzlandsonderprogramm fördern wir 1 zu 1, genauso wie bedauerlicherweise auch bei der Zucht- und Nutztviehabsatzförderung. (Abg. Brandl: „Die Relationen stimmen nicht!“) Sicher stimmen sie. Sie kennen ja die Budgetzahlen, um Gottes willen. Nach Adam Riese. Man muß es ja sagen, ich helfe ja hier dem Finanzreferenten, daß er nicht ungerecht in der Öffentlichkeit kritisiert wird. (Abg. Brandl: „Das stimmt doch nicht. Da muß man die Aufgaben sehen, auseinanderhalten Bund – Land!“) Nun fördern wir hier 1 zu 1 im Grenzlandsonderprogramm, und jetzt verlangen Sie noch, das Land soll dazulegen und der Bund soll sich weiterhin um diese Aufstockung herumdrücken können. Ich verstehe das wirklich nicht. Vertreten Sie hier das Land oder vertreten Sie den Bund, meine Damen und Herren? (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Loidl: „Wir gehören als Bundesland auch zum Bund, letzten Endes!“ – Abg. Brandl: „Der Bund ist kein Fremdkörper!“) Ich darf Ihnen noch etwas sagen zu dieser Frage. Wir wollen die Dinge sehr objektiv sehen, aber wir können auch nicht an der Verantwortung vorbeigehen. Es ist ja unsere Pflicht.

Zur Frage der Sonderkulturenförderung darf ich festhalten, daß wir im Jahre 1984 für diesen gesamten Bereich aus Landesmitteln etwa 21 Millionen Schilling bereitgestellt haben, wobei sicher auch sehr wesentlich diese Sonderaktion – und ich möchte dem Herrn Finanzreferenten auch wirklich dafür danken, daß wir mehrmals in diesem Jahr sehr, sehr schwierige Probleme rasch bewältigen konnten –, die für die Johannisbeerenbauern als Notmaßnahme eingesetzt wurde, wofür wir 6 Millionen Schilling aus Landesmitteln bereitstellen konnten. Das heißt, es ist ja nicht so, daß wir uns nicht maximal bemühen, hier zu helfen.

Eine sehr wesentliche Frage hat der Herr Abgeordnete Prutsch aufgeworfen, nämlich das Problem des Ölsaatenanbaues. Weil diese Frage ja immer wieder eine gewisse Unsicherheit in der Öffentlichkeit mit sich bringt, darf ich dazu aus einem Brief des Herrn Handelsministers Dr. Staribacher (Abg. Brandl: „War ein guter Minister!“) vom 11. Jänner 1983 zu dieser Frage zitieren. Wörtlich: „Die seinerzeitige Vereinbarung zwischen Österreich und den USA vom Jahre 1968 über die Nichteinhebung einer Lizenzabgabe für Öl-

kuchen wurde und wird keineswegs so interpretiert, daß sich Österreich damit seiner aus dem GATT erfließenden Rechte begeben habe. In der diesbezüglichen Erklärung ist vielmehr ausdrücklich festgehalten, daß alle Rechte aus dem GATT unberührt bleiben. Gegen eine GATT-konforme Konstruktion eines Ölsaatenprojektes können daher keine vertraglichen Ansprüche seitens der USA geltend gemacht werden“. Das möchte ich hier ausdrücklich festhalten. Und ich sage Ihnen, wir haben genügend Vorschläge gemacht, wie eine solche GATT-konforme Regelung in Österreich ausschaue kann. Das heißt, das Problem sind nicht die Vereinigten Staaten, sondern das Problem war bisher die fehlende innenpolitische Bereitschaft, dieses Projekt tatsächlich zu realisieren. (Beifall bei der ÖVP.)

Und, Herr Abgeordneter Prutsch, weil Sie auch die Dotierung des Weinwirtschaftsfonds genannt haben. Sie wissen ja ganz bestimmt, nachdem Sie sich so intensiv mit der Frage beschäftigt haben, daß im Jahre 1969, also unter Landwirtschaftsminister Schleinzner, der Weinwirtschaftsfonds eingerichtet wurde und man davon ausgegangen ist, einen bestimmten Anteil der Weinsteuer, der Alkoholsteuer, die damals gegeben war, für die Dotierung des Weinwirtschaftsfonds zur Verfügung zu stellen. Und wenn man bei dieser Regelung geblieben wäre, müßte der Bund, der ja diese Steuer einhebt, in diesem Jahr etwa 120 Millionen Schilling für die Dotierung des Weinwirtschaftsfonds bereitstellen. Nun sagen Sie – Sie haben die Jahre aufgezählt –, daß von den Ländern nichts beigetragen wurde. Ja, mit Recht, meine Damen und Herren! Die Länder kassieren ja auch in dem Sinne keine Steuereinnahmen. Und die Länder sind heuer – die Finanzreferenten haben das sicher nicht leichten Herzens gemacht – in einer Art Notaktion gedrängt worden, aus ihren Mitteln Beiträge zu leisten. Sie haben es genannt: für das Land Steiermark 7,8 Millionen Schilling. Aber so kann es bitte doch nicht gehen, daß dort, wo zwar die Einnahmen geschöpft werden, die entsprechenden Aufgaben nicht wahrgenommen werden und daß andererseits dann einfach jeweils auf die Länder abgewälzt wird. Ich möchte das nochmals bei der Gelegenheit sagen, ich wundere mich wirklich, wenn Sie als Landtagsabgeordnete hier so argumentieren, als wären Sie die Repräsentanten des Bundes, die versuchen müssen, möglichst viel an Belastungen vom Bund auf die Länder abzuwälzen. Ich verstehe das nicht ganz. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Trampusch: „Weil Sie in Leibnitz gesagt haben, der Bund gibt nichts, und jetzt gibt er doch etwas!“) Ich habe das nie gesagt. (Abg. Brandl: „Das ist die Doppelbödigkeit!“) Das ist ganz etwas anderes, bitte. Die Verpflichtung ist nämlich wirklich nicht erfüllt worden.

Ich darf dann noch, meine Damen und Herren, zu zwei Fragen, die der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura gestellt hat, Stellung nehmen. Ich glaube, die anderen sind zum Teil bereits mitbeantwortet worden. Die Frage, warum wir uns an dieser – ich sage es auch – sehr teuren Sonderaktion bezüglich dieser Kuhfleischexporte nicht beteiligt haben, kann ich so beantworten, daß wir in der Steiermark erfreulicherweise dieses Problem anders bewältigen konnten. Unter anderem auch dadurch, daß durch den Betrieb der AFLEIK in Stainach eigentlich der einzige öster-

reichische Verarbeitungsbetrieb vorhanden ist, der das tut, was wir in der Exportpolitik überhaupt als Ziel anstreben sollten, nämlich nicht nur die Rohware zu exportieren, sondern das Verarbeitungsprodukt. Wir haben über diesen Weg dieses Problem besser bewältigen können, als das in Oberösterreich, Salzburg oder Niederösterreich der Fall war. Das war der Grund dafür. (Beifall bei der ÖVP.) Nun ist mehrmals die Frage der TKV-Verordnung angesprochen worden. Wir werden uns natürlich noch mit dieser Frage auseinandersetzen müssen. Ich möchte hier nur soviel dazu feststellen bezüglich der gesetzlichen Situation: Es gibt hier eine Stellungnahme des Verfassungsgerichtshofes, Herr Abgeordneter Mag. Rader. Ich möchte das hier zitieren: „Wie das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes, Sammlung Nr. 7936 aus 1976, ausdrücklich ausführt, ist der Bund zuständig, unter dem Gesichtspunkt Veterinärwesen die unschädliche Beseitigung tierischer Produkte zu regeln und deren Verwertung in Tierkörperverwertungsanstalten vorzuschreiben.“ Und nun wissen Sie, daß hier einige offene Fragen bestehen, daß seit dem Jahre 1977 vom Gesundheitsministerium eine entsprechende Novellierung dieser bundesgesetzlichen Grundlage in Aussicht gestellt wurde, daß aber trotz vieler Urgezen: etwa im November 1980 wurde auf Vorschlag des Bundeslandes Kärnten vereinbart, daß alle Bundesländer in einer gemeinsamen Aktion an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz herantreten, um die ehestmögliche Erlassung eines Bundesgesetzes über die Tierkörperbeseitigung zu erwirken, durch welche die geltenden Übergangslösungen abgelöst werden können. Nun könnte ich Ihnen hier aufzeigen, wie oft von den Ländern diese Zielsetzung immer wieder urgiert wurde. (Abg. Mag. Rader: „Nicht in diese Richtung!“) Juni 1981, Feber 1982, September 1982, Oktober 1982, Dezember 1982, Mai 1983, September 1983, Oktober 1983, Dezember 1983, und wir haben von der Steiermark im Juli dieses Jahres nochmals einen ausdrücklichen Appell in diese Richtung gestellt. Ja, warum hat man diese Regelung noch nicht getroffen? Ich vermute, weil es dem Bund unangenehm wäre, unter Umständen hier eine finanzielle Belastung auf sich nehmen zu müssen, daher läßt man das Problem liegen, und so kann es ja auch nicht gehen, Herr Mag. Rader, daß Sie dann sagen: „Ja, macht's doch freiwillig etwas!“ Bitte, wenn es Zuständigkeiten gibt, dann sind sie entsprechend wahrzunehmen. Ich kann wirklich nur ersuchen: Versuchen wir gemeinsam, daß diese klarere bundesgesetzliche Grundlage geschaffen wird! Und wir sind selbstverständlich bereit, raschest dann auch die entsprechende Vollziehung vorzunehmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich darf außerdem festhalten (Abg. Buchberger: „Das zuständige Ministerium ist sicher überbelastet!“), durch das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes ist die Verfassungsgemäßheit der steirischen Verordnung ausdrücklich bestätigt worden mit einer Korrektur in der Interpretation dessen, was unter Schlachtabfällen zu verstehen ist. In diesem Sinne ist diese Verordnung anzuwenden, aber ich sage dazu, daß ich gerne bereit bin, und ich habe das in einigen Gesprächen bekundet, daß wir in einer neuerlichen sachlichen Erarbeitung dieses gesamten Problemversuchen, eine Lösung zu finden, die hoffentlich von allen Seiten mitgetragen werden kann. Und im übrigen steht es natürlich den

verschiedenen Unternehmungen frei, ihre Bemühungen um Investitionen oder die Errichtung von Betrieben in diesem Bereiche voranzutreiben.

Zur Frau Präsident Zdarsky darf ich auf ihre Fragen zwei Dinge festhalten: Erstens, wir haben unmittelbar nach Verabschiedung des Tierschutzgesetzes einen Vorschlag für eine 15 a-Vereinbarung in der Steiermärkischen Landesregierung ausgearbeitet und diesen Vorschlag sowohl den Bundesländern wie auch der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammer zugeleitet. Es ist derzeit so, daß die Beurteilung dieser Frage in den Bundesländern sehr unterschiedlich ist und daß daher wahrscheinlich noch eine längere Diskussion erfolgen wird. Das ist das eine. Und das zweite: Wir sind nach dem Tierschutzgesetz verpflichtet, eine steirische Verordnung zu erlassen, die gewisse Regelungen auch für den Bereich der Intensivtierhaltung vorsieht. Ich darf Ihnen mitteilen, daß eine Arbeitsgruppe an dem diesbezüglichen Verordnungsentwurf bereits seit Monaten arbeitet, und ich hoffe, das wäre auch mein Interesse, daß wir in relativ kurzer Zeit in der Lage sein werden, einen solchen Vorschlag, der dann ja auch mit den Repräsentanten der Tierschutzorganisationen und natürlich den verschiedenen Interessensvertretungen beziehungsweise den politischen Parteien diskutiert werden kann, vorzulegen. Das heißt, in diesem Punkt haben wir unverzüglich das in Angriff genommen, wozu wir uns auch im Gesetz gemeinsam verpflichtet haben. (Präsident Zdarsky: „Danke!“)

Ich darf damit abschließend, meine Damen und Herren, nur einige allgemeine Feststellungen zum heute diskutierten Bereich treffen. Ich glaube – es ist durch viele Debattenbeiträge durchgeklungen –, daß wir in der Steiermark Gott sei Dank eine Bauernschaft haben, die eine ganz, ganz hohe menschliche Qualität in ihre berufliche Aufgabenstellung einbringt. Ich meine nämlich, daß wir, wobei wir durchaus Probleme nicht verniedlichen wollen, die sich in der Entwicklung stellen, aber weitestgehend bei unseren Bauern nach wir vor jene verantwortliche Haltung haben, die eben darauf hinausgeht, daß sie den ihnen anvertrauten Grund und Boden nach Möglichkeit zumindest gleich, wenn nicht verbessert, an die nächste Generation weitergeben wollen. Und das ist es, meine Damen und Herren, was der wichtigste und wertvollste Beitrag im Sinne des Umweltschutzes und im Sinne der Erhaltung einer lebenswerten steirischen Landschaft ist. Wir dürfen, glaube ich, auch mit einem gewissen Selbstbewußtsein feststellen, daß die Bemühungen des Landes Steiermark, die seit Beginn der fünfziger Jahre immer wieder in den Landeshaushalten ihren Niederschlag gefunden haben, etwa um den Ausbau und die Entwicklung des landwirtschaftlichen Schulwesens, und es gibt hier eine ganz großartige Entwicklung, in der Bereitstellung der Einrichtungen, in der Einsatzbereitschaft der Lehrkräfte, die an diesen Schulen tätig sind, sowie in der Entwicklung unseres Beratungswesens sehr segensreich waren. Es ist eben so, daß Investitionen, wirtschaftliche Entscheidungen ein Höchstmaß an fachlicher Information erfordern. Daher halten wir diese beiden Schwerpunkte Bildungswesen und Beratung für zwei wesentliche Voraussetzungen einer positiven Entwicklung unserer steirischen Bauernschaft. Ich möchte auch die sehr wertvolle Arbeit des Bundes

Steirischer Landjugend, die als eine überparteiliche, überkonfessionelle Jugendorganisation eine der positivsten Erscheinungen gerade auch der jüngeren Generation in unserem Lande darstellt, erwähnen. Es ist sicher so, das sollten wir auch offen einbekennen, daß die Probleme der Landwirtschaft in allen Industriestaaten gegeben sind, ganz gleich, welche Parteien oder Gruppierungen die Regierungsverantwortung tragen, daß es viele Probleme in dieser gewaltigen Umschichtung gibt. Es gibt auch das Problem einer gerechten Bewertung der landwirtschaftlichen Arbeit, und es gibt den weltweiten Skandal, ich möchte es wirklich so bezeichnen, der Nichtbewältigung in der Diskrepanz zwischen dem Überschuß in den Industrienationen und dem Hunger in vielen Regionen dieser Erde, wobei wir selbst dazu nur bescheidene Beiträge leisten können. Um diese Beiträge sollten wir uns bemühen, aber wir sollten auch dieses Problem immer wieder aufzeigen, weil es meines Erachtens notwendig ist, auch im weltweiten Ausgleich der finanziellen Möglichkeiten und der Güter die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen. Wir wissen aber auch, meine Damen und Herren, daß natürlich auch Probleme in der Gestaltung der österreichischen Agrarpolitik die Ursache für viele unserer Sorgen sind. Wir haben sie diskutiert: Außenhandelsprobleme, Probleme der Budget-, der Steuer-, der Sozialpolitik und vor allem auch die Frage des Aufbaues neuer Erzeugungsmöglichkeiten. Ich erwähne das deshalb, weil hier auch die Chancen liegen, in Österreich eigenständige agrarpolitische Lösungen zur Bewältigung der Probleme herbeizuführen, die Ansatzpunkte liegen klar auf der Hand:

Erstens, das Bemühen, dort, wo wir die Möglichkeit haben, mehr Wettbewerbsgleichheit im Außenhandel herbeizuführen. Dazu sind die Beispiele von Herrn Abgeordneten Aichhofer genannt worden. 8 Prozent, wenn die EG zu uns herein exportiert, 42 Prozent, wenn wir in die EG exportieren. Es ist völlig klar, daß bei solchen Ungleichheiten weder der Bauer noch der Verarbeitungsbetrieb wirklich bestehen kann.

Zweitens, die gleichwertige Behandlung der Landwirtschaft innerhalb der gesamten Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Ich möchte Sie hier wirklich ersuchen, meine Damen und Herren, insbesondere Sie, die Sie den Gewerkschaftsbund oder die Arbeiterkammer in ihren beruflichen Funktionen repräsentieren. Die Dinge haben sich gewaltig geändert. Die Vorstellung, die Abwanderung aus der Landwirtschaft würde das Agrarproblem lösen, hat sich ad absurdum geführt angesichts der Arbeitsplatzsorgen, die wir allgemein haben, und unserer wirtschaftlichen Situation. Daher sollten wir gemeinsam versuchen, wo es Möglichkeiten gibt, mehr Arbeitsplätze auf den Bauernhöfen zu sichern und die Kaufkraft der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft zu erhalten, denn das sind die Aufträge, und das sind die Arbeitsplätze in der Landmaschinenindustrie, im Bereich der Produktion und der Vermarktung unserer Betriebsmittel. Es sind mehr als 40 Milliarden Schilling im Jahr, die die österreichische Land- und Forstwirtschaft an Aufträgen an Handel, Gewerbe und Industrie vergibt. Ich glaube daher, daß es möglich sein muß, eine vernünftige gemeinsame und damit auch wirtschaftlich gerechte Behandlung der agrarischen Fra-

gen zu erreichen. (Beifall bei der ÖVP.) Das Entscheidende für die nächsten Jahre ist aber sicher der zielstrebige Aufbau unserer neuen Produktionsmöglichkeiten, Eiweißfuttermittel, Ölsaaten, Energiepflanzen und auch der ganze Sektor der Sonderkulturen, der insbesondere für uns in der Steiermark so wichtig ist. Denn welche Möglichkeiten haben wir denn sonst im Grenzland, in die Region wirtschaftlich gesicherte Arbeitsplätze zu bringen? Wobei das ja wieder den Kreislauf in der regionalen Wirtschaftsentwicklung vorantreibt, das heißt, das sind dann Aufträge für die Dienstleistungsbetriebe, für das Gewerbe und damit ein Impuls zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Ich glaube wirklich, meine Damen und Herren, daß wir uns alle bemühen sollten, in den Bereichen, wo die Möglichkeit besteht, auf die Entscheidungsfindung Einfluß zu nehmen, daß wir die österreichweit zu lösenden Probleme im Bereich des Außenschutzes und im Bereich der neuen Produktionsmöglichkeiten voranbringen. Ich habe hier leider etwas Sorge, es ist ja manchmal von sogenannten Geheimpapieren die Rede. Es gab eine Arbeitsunterlage, die im Landwirtschaftsministerium erstellt wurde und die auch teilweise bei einer Studientagung Anfang November, die vom Landwirtschaftsministerium veranstaltet wurde, ihren Niederschlag gefunden hat und verständlicherweise auch zu Besorgnis Anlaß gab. Ich zitiere nur einige Sätze daraus: wenn es hier heißt, „die Kostenbeteiligung der Landwirte an den Verwertungsmaßnahmen bei Milch und Getreide ist verstärkt zu verfolgen“, oder bei „weiterem Wachstum der Getreide- und der Weinproduktion ist auch hier an Kontingentregelungen zu denken“, dann ist das alarmierend. Ja, meine Damen und Herren, das Getreide ist bisher der einzige Bereich, wo es überhaupt noch eine gewisse Ausweichmöglichkeit gibt. Wenn dort auch das Korsett zugezogen wird, ohne daß man etwas anderes anbietet, dann frage ich mich, was soll denn die Landwirtschaft überhaupt noch unternehmen? Oder, auch eine sehr sensible Frage, wenn es hier heißt, die steuerliche Pauschalierung für die Landwirtschaft ist in Überschußzeiten überholt. Wir haben diese Diskussion schon mehrmals gehabt. Ich sage nur, hier ist ein hochexplosiver Sprengstoff eingepackt. Ich kann nur davor warnen, diese Überlegungen in den nächsten Jahren, bei allen Problemen, die wir schon haben, noch weiter zu forcieren.

Ich darf damit, zum Schluß kommend, sagen, daß wir uns im Landeshaushalt bemüht haben, entsprechende Vorsorgen zu treffen. Ich darf in dem Zusammenhang auch darauf hinweisen, daß neben den budgetären Vorkehrungen eine Reihe von Initiativen dankenswerterweise in diesem Jahr und in den vergangenen Jahren in der steirischen Agrarpolitik möglich waren. Ich nenne zum Beispiel die großartige Einrichtung des Schweinegesundheitsdienstes in engem Zusammenwirken zwischen Bauernschaft und Tierärzteschaft, eine Pionierleistung, die in der Steiermark seit Jahren erreicht wurde. Die Neuschaffung des Rindergesundheitsdienstes, eine wirkliche Initiative auch in Richtung der Leistungsfähigkeit und der Gesunderhaltung unserer Tierbestände und der Sicherheit für unsere Konsumenten. Wir werden das Bodenprogramm forciert in Angriff nehmen. Ich habe das bei anderer Gelegenheit schon erwähnt. Wir haben – hier hat insbesondere die steirische Landwirtschaftskammer

eine österreichweit sehr beachtete Initiative gestartet – Landesinitiativen gegen das Waldsterben gesetzt. Aber wir müssen natürlich gleichzeitig auch die großen Probleme, die der Bundesgesetzgeber zu lösen hat, ebenso angehen. Die Versuchsanlagen Wies, Halbenrain, Haidegg wurden bereits genannt. Das ist eine wesentliche Voraussetzung für die praktische Entwicklung. Der Bergweinkataster, das Tierschutzgesetz, das wir gemeinsam schaffen konnten, und auch das Almschutzgesetz waren wichtige Initiativen für eine möglichst vernünftige Weiterentwicklung der Land- und Forstwirtschaft in unserem Lande. Im gesamten Landeshaushalt sind für den Sektor Land- und Forstwirtschaft etwa 1,53 Milliarden Schilling vorgesehen, das sind 5 Prozent des Landeshaushaltes, wenn wir alle der Land- und Forstwirtschaft zukommenden Maßnahmen in Betracht ziehen. Ich möchte hier gar nicht mehr auf die Vergleichszahlen mit dem Bund eingehen, nur festhalten, daß wir innerhalb dieses Ausgabenrahmens folgende Schwerpunkte haben:

Erstens: die Ausbildung das heißt, unser land- und forstwirtschaftliches Schulwesen;

zweitens: die Beratung und Förderung und

drittens: die Strukturverbesserung, und das ist leider ein Bereich, ich möchte hier nicht mehr ins Einzelne gehen, wo uns der Bund zunehmend die Verantwortung übertragen hat, ohne daß das auch im Finanzausgleich zugunsten des Landes seinen Niederschlag gefunden hätte. Wir haben in immer höherem Maße den Schwerpunkt der Einkommenssicherung, ich meine hier insbesondere die Viehabsatzförderung und auch die Maßnahmen zur Preis- und Absatzsicherung bei Sonderkulturen.

Meine Bitte zum Schluß: Daß wir uns gemeinsam bemühen, bei aller unterschiedlichen Wertung, einen vernünftigen gemeinsamen Weg zu finden. Ich glaube, daß sowohl die Sozialpartner wie auch alle Gebietskörperschaften, der Bund, das Land, die Gemeinden und auch alle Organisationen aufgerufen sind, in ihrer Gesamtverantwortung für eine gesicherte Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft ihren Beitrag zu leisten.

Und nachdem es angebracht ist, bei einem solchen Schlußwort auch zu danken, möchte ich bei diesem Dank ganz bewußt an erster Stelle die steirischen Bauernfamilien nennen, die mit ihrem Fleiß und mit ihrer Bescheidenheit die Voraussetzung schaffen, daß wir trotz aller Probleme eine so gesicherte Situation haben, wie es derzeit noch der Fall ist. (Allgemeiner Beifall.)

Ich danke allen Helfern der Bauern, seien es die Lehrkräfte, die Beratungskräfte, die Förderungsstellen, die zuständigen Abteilungen in der Landesregierung, die Agrarbehörden. Und lassen Sie mich aus diesem Anlaß auch dem nun in den Ruhestand tretenden Leiter der Agrarbezirksbehörde Stainach, Herrn Hofrat Stückelschweiger, für seinen Dienst im Interesse der Bauernschaft unseres Landes den Dank aussprechen. (Allgemeiner Beifall.)

Ich danke allen Mitarbeitern, ich danke ganz besonders den steirischen Medien, die immer wieder in großer Bereitschaft und in einer auch allgemein sehr beachtenswerten Objektivität die Probleme und Sorgen der steirischen Bauernschaft an die gesamte Öffentlichkeit bringen. Ich darf Ihnen, meine Damen und Herren Abgeordneten, und insbesondere auch

den Verantwortungsträgern in der Landesregierung, mit denen wir immer wieder Probleme zu lösen haben – Herr Finanzreferent, Sie sind einer der wichtigsten Adressaten für die Kooperation in der Bewältigung der Probleme –, auch herzlichen Dank sagen. (Allgemeiner Beifall.)

Ich hoffe, daß wir in der Lage sein werden, trotz der Sorgen, auch im Jahre 1985 eine gedeihliche Entwicklung in unserer steirischen Land- und Forstwirtschaft in unseren bäuerlichen Familien sicherzustellen oder dazu einen Beitrag zu leisten. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Klasnic: Wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 7, „Fremdenverkehr“.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Rader. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Rader: Frau Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Dipl.-Ing. Chibidziura hat schon heute morgen zu Beginn der Debatte zu dieser Gruppe gesagt, daß wir dieser Gruppe unsere Zustimmung nicht geben werden. Und es ist nur allzu billig, in einer Gesamtverantwortung, in einer Gesamtschau eines Budgets von einer Größenordnung von über 24 Milliarden jetzt hergehen zu wollen, wie es der Kollege Grillitsch getan hat, zu sagen: „Bitte, liebe Bauern, diese von der FPÖ wollen euch eure paar Schillinge nicht geben.“ Das ist natürlich möglich, das können Sie gerne tun, wenn Sie möchten. Aber es ist zutiefst ein nicht sehr fairer und offener Stil. Aber ich sage noch einmal, wenn Sie dieses Budget beschlossen haben werden heute abend, dann wird sich in den letzten fünf Jahren seit 1980 bis 1985 der Schuldenstand des Landes verdoppelt haben. Mit einer Belastung, die so dramatisch ist, daß sie schon vor Jahren der Rechnungshof als äußerst bedenklich bezeichnet hat, und daher ist diesmal für uns der Punkt gekommen, wo wir nicht mehr mitgehen. Das ist der Grund, warum wir ablehnen. Und natürlich wäre es auch möglich, aber ich bin sicher, daß Sie so fair sein werden, das nicht tun, zu den Fremdenverkehrsbetrieben zu gehen, zu jedem einzelnen zu sagen: „Lieber Freund, ich sage dir nur, die FPÖ gönnt dir deine kleine Förderung nicht.“ Auch das wäre sehr billig und sehr unfair. (Abg. Brandl: „Das kann passieren!“) Meine Damen und Herren! Es hat im vergangenen, abgeschlossenen Jahr vor allem im Herbst eine sehr breite Debatte gegeben, geht der Fremdenverkehr in der Steiermark jetzt aufwärts oder geht er nicht aufwärts? Wie entwickelt sich die Situation. Gibt es jetzt einen anderen Trend bei uns als in anderen Bundesländern? Ich werde mich in diese Zahlenspielererei nicht einmischen, meine Damen und Herren, weil ich der felsenfesten Überzeugung bin, daß die steirischen Fremdenverkehrsbetriebe und die Menschen, die im steirischen Fremdenverkehr tätig sind, das Beste getan haben, um das Beste herauszuholen und uns vorwärts zu bringen. Und es wird gescheiter sein, anstatt zu diskutieren, ob es besser oder schlechter geworden ist und wer schuld oder nicht schuld ist, daß wir ihnen danken dafür, daß sie sich bemüht haben. Aber, meine Damen und Herren, ich weiß, daß das Wesentlichste in diesen Bemühungen für die Menschen ist, ob sie durch die unterstützenden Maßnahmen, die es seitens des Bundes und des Landes

gibt, diese Bemühungen wirklich erfolgreich sein werden. Ich greife aus dem Maßnahmenkatalog, der erforderlich sein mag, nur ein einziges Thema heraus, das in den vergangenen zwei Jahren dieses Haus öfter beschäftigt hat, das ist die Frage: Bekommen wir auch in der Steiermark ein Fremdenverkehrsgesetz oder bekommen wir kein Fremdenverkehrsgesetz? Meine Damen und Herren! Ich habe hier durchaus einen Meinungswandel seitens des zuständigen Referenten zu registrieren, der immer mehr in Richtung Abschwächung eines Gesetzes läuft und der die Beschlussfassung eines solchen Gesetzes meiner Beobachtung nach immer mehr in die Ferne rückt. Hat der jetzige Herr Landesfremdenverkehrsreferent am Fremdenverkehrstag am 29. Juli 1983 noch gesagt, „vordringlich ist der Entwurf eines Fremdenverkehrsgesetzes, weil es die Basis für die zusätzliche Mittelaufbringung für Zwecke der Fremdenverkehrswerbung und des Fremdenverkehrsmarketings bringen soll. Es wird hoffentlich möglich sein, das Gesetz mit dem 1. Jänner 1985 in Kraft zu setzen“, lese ich Ende Juni des Jahres 1984 in der „Südost-Tagespost“. Schon eine sehr viel vorsichtiger Formulierung. Hier heißt es nämlich unter dem Titel, das zeigt schon die Tendenz, „Das Mitzahlergesetz ist noch lange nicht beschlossen“, heißt es wörtlich, daß es 1985 tatsächlich zu einem Gesetzesbeschluß kommt, ist aber noch keinesfalls sicher. Früher haben wir schon den 1. Jänner 1985 als bitte ohnehin sehr weites Ziel angesetzt gehabt. Nunmehr ist es bereits der 1. Jänner 1986, wenn ich das so interpretieren darf, wenn nicht noch später, weil, ich formuliere noch einmal, ich lese noch einmal, daß es 1985 – im kommenden Jahr – tatsächlich zu einem Beschluß kommt, ist keinesfalls sicher. Es war daher nicht verwunderlich, daß einige Tage später in der Landtagssitzung die Beantwortung einer Anfrage, es war – glaube ich – des Abgeordneten Kirner, ebenfalls von einer derartigen Vorsichtigkeit war, wo noch nicht klar war, bekommen wir tatsächlich ein Gesetz oder nicht, wo bereits erstmals der Konnex zwischen den Fremdenverkehrsziffern und der Entwicklung im Fremdenverkehr und dem Fremdenverkehrsgesetz von Herrn Landesrat abgestritten wurde. Und nunmehr, meine Damen und Herren, liegt ja in diesem Hause eine Novellierung zum Steiermärkischen Mittelstandsförderungsgesetz auf, in dem es auch eine Umänderung, Abänderung des Fremdenverkehrsinvestitionsfonds gibt, und auch aus der Anfragebeantwortung ist ja dieser Hinweis aus dem Fremdenverkehrsinvestitionsfonds und auf das Mittelstandsförderungsgesetz zu entnehmen. Daraus schließe ich, und wenn es anders ist, würde ich um eine diesbezügliche Aufklärung bitten, daß mit dieser Abänderung des Fremdenverkehrsinvestitionsfonds die Überlegung verbunden wird, das Steirische Fremdenverkehrsgesetz überhaupt ad acta zu legen und zu sagen, damit haben wir die nötigen Möglichkeiten. Wir würden das für falsch halten, meine Damen und Herren. Wir würden das Ganze für falsch halten. (Abg. Dr. Maitz: „Ganz sicher nicht der Fall!“) Ich glaube aber, meine Damen und Herren, ich sehe schon die Probleme, die sich für den Referenten ergeben. Die Probleme sind ganz einfach innerhalb der Kammer selbst, die Auseinandersetzungen zwischen der Sektion Fremdenverkehr und der Sektion Handel, und dann noch zusätzlich die Überlegungen, in die natürlich die Bauern eingebunden sind,

so daß ich schon verstehe, daß der Herr Fremdenverkehrsreferent die Befürchtung hat, zwischen den, wenn ich es innerparteilich ÖVP sehe, Mühlsteinen des Bauernbundes und des Wirtschaftsbundes aufgerieben zu werden, und daher keine starke Motivation hat, sich in diese Auseinandersetzung hinzubegeben mit aller Kraft. Meine Damen und Herren, das dazu.

Ich darf, und Sie werden mir das erlauben, weil das nicht nur mein langjähriger Chef war, der dieses Referat jetzt übernommen hat, sehr positiv vermerken die wirklichen Anstrengungen, die es im Bereiche der Landeshauptstadt Graz jetzt im Fremdenverkehr gibt. Ich glaube, das ist unbestritten. Das ist auch in einer der letzten Debatten des Grazer Gemeinderates von allen Fraktionen unterstrichen worden. Graz entwickelt sich, und das war auch Bestandteil der Debatte um die Repräsentationsspesen, wenn Sie sich erinnern, immer stärker zu einer Kongreßstadt und zu einer Einkaufsstadt. Mit dem Slogan „Graz hat's“ wird versucht, möglichst viele Menschen hierher zu bringen. Und gerade aus diesem Grund, daß unsere Landeshauptstadt immer mehr zu einer Kongreßstadt und zu einer Einkaufsstadt wird, ist es völlig verständlich, daß ein Bereich oder eine Gruppe von Kaufleuten in der steirischen Landeshauptstadt, aber auch in der Zwischenzeit schon in anderen Bezirken sich bemüht, die derzeitige starre Regelung der Ladenschlußzeiten aufzuweichen. Es ist einfach ganz unverständlich für einen Kongreßbesucher, der um halb sieben Uhr eine Tagung verläßt und noch ein bißchen bummeln gehen will und noch etwas einkaufen gehen will, vor verschlossenen Geschäften zu stehen. Ich habe gestern, es hat weniger mit Kongreßbesuchern sondern mit Hausfrauen zu tun, einen Brief bekommen, in dem unter anderem folgende Passage drinnen ist. Ich bitte Sie, diese durchaus so ironisch zu nehmen, wie sie gemeint war, es ist eine Grazerin. Sie schreibt: „Es erfüllt mich aber mit Beruhigung, daß es in Österreich offenbar derzeit kein wichtigeres Problem gibt, als wochenlang medienbeherrschend über den 8. Dezember zu streiten, weil er ja morgen ist. Die Ladenschlußzeiten sind hier gerade für berufstätige Hausfrauen ideal, weil sie vor dem Bereiten des Mittagessens immer vor geschlossenen Türen stehen und sich auf diese Weise viel ersparen. Und auch das wird sich von selbst erledigen“, so die ironische Anmerkung, „weil es ja immer weniger berufstätige Hausfrauen geben wird und diese dann ihre anerzogenen Spargewohnheiten sicher nicht mehr ablegen werden können.“

Meine Damen und Herren, das ist eine ironische Kommentierung dieser Problematik. Tatsächlich erinnere ich mich noch sehr gut, als wir im Jahre 1977 hier in Graz eine Podiumsdiskussion hatten mit Vertretern von Gewerkschaft, Handelskammer, weiß ich was alles, ob es denn nicht möglich wäre, ein bißchen flexibler zu werden, weil es ja schließlich auch in anderen Bundesländern geht, wo sowohl die Angestellten als auch die Kaufleute an sich dieselben Probleme haben, weil es innerhalb von Österreich ist, und es geht, hat es eine unerhörte Emotion gegeben, und diese Emotion gibt es leider auch jetzt. Meine Damen und Herren, es gibt einen Vorschlag, und in Vieraugengesprächen geben die meisten zu, daß er eigentlich gar nicht so schlecht wäre, nur, bitte schön, die Nachbarn sind ja so böse, es gibt einen Vorschlag des

nunmehrigen 3. Nationalratpräsidenten Stix, der ist schon, glaube ich, über ein Jahrzehnt alt, der genau das berücksichtigt, wo die Probleme liegen, nämlich, daß den kleinen Kaufleuten nicht zugemutet werden kann, die nämlich wirklich selber hinter der Budel stehen müssen, die ganze Woche mit irrsinnig langen Zeiten dort immer zu stehen, weil sie das körperlich nicht mehr aushalten. Und aus dieser Überlegung heraus ist der Vorschlag geboren worden, daß wir eine Rahmenzeit, ich will mich auf keine Stundenzahl festlegen, aber sagen wir 50, das war der damalige Vorschlag des Präsidenten Stix, und innerhalb dieses Rahmens selbstverständlich die Gewerbebetriebe entscheiden können, wann sie aufsperrn und wann sie zusperren. Meine Damen und Herren, es sind ja nicht nur die Einkaufsgewohnheiten unterschiedlich, es sind auch die Einkaufsgewohnheiten in den einzelnen Standorten unterschiedlich. Und das verstehe ich nicht, meine Damen und Herren, daß man die unterschiedlichen Einkaufsgewohnheiten in den Standorten nicht berücksichtigt, etwa in den großen Wohnsiedlungen, wo sie bitte am Vormittag dort, wo es junge, berufstätige Mütter, noch berufstätige Mütter, nach diesem Brief gibt es ja immer weniger, gibt, gibt es bestimmte Zeiten, wo bitte kein Mensch den Laden betritt, weil keiner da ist, aber dafür gibt es andere Zeiten, wo sie wieder zurückkommen von der Arbeit und natürlich einkaufen gehen möchten. Das ist es, was ich nicht verstehe in dieser Debatte. Jetzt ohne Emotion, und ich möchte die Emotion nicht anheizen, indem ich das wiederhole, was ich gestern gesagt habe, daß ich gelegentlich das Gefühl habe, daß die Handelskammer nichts mehr mit Handel und die Gewerkschaft nichts mehr mit Werken zu tun hat. Aber das verstehe ich nicht, warum man in dieser Frage so stur und starr ist.

Und ein Zweites, was ich persönlich auch nicht verstehe, warum man es in dieser Frage ganz gezielt so anlegt, daß die zwei großen Interessensblöcke von oben her vereinbaren, was unten nicht geschehen darf. Wir sind doch um Himmels willen nicht so weit, daß es in Österreich nicht möglich ist, daß ein Gewerbetreibender sich mit den eigenen Leuten ausredet, ob er öffnen kann oder nicht öffnen kann, ohne sie daher gleich auszubeuten, zu zwingen oder was auch immer. Das muß doch möglich sein, das Gespräch auf der kleinen Ebene, wo man sich ausredet, bitte schön, machen wir auf, machen wir nicht auf. Ich glaube nämlich nicht, meine Damen und Herren, daß es keine Menschen gibt, die in den Betrieben arbeiten, die gar nichts dagegen hätten, vielleicht kurz vor der Weihnachtszeit ein kleines Zubrot zu bekommen, um hier finanziell flexibler zu sein. Das ist das eine. Ich glaube auf der anderen Seite nicht, und das ist ja nachgewiesen, das kann man nachlesen, daß es nicht eine Reihe von Gewerbebetrieben gibt, die der Meinung sind, daß hier ein Bedarf ist, daß sie aufsperrn möchten, daß sie natürlich mehr umsetzen möchten, und ich glaube, meine Damen und Herren, auch nicht, daß es nicht eine ganz, ganz große Zahl von Konsumenten gibt, die überhaupt nicht verstehen, warum sie zu bestimmten Zeiten vor verschlossenen Türen stehen müssen. Das, meine Damen und Herren, verstehe ich nicht. Das spielt selbstverständlich in den Fremdenverkehr hinein. Wenn wir wirklich wollen, daß diese Kongreßstadt Graz, daß diese Einkaufsstadt Graz, unsere Landeshauptstadt, in dieser Frage einen Aufschwung erlebt,

dann werden wir auch in der Frage der Ladenschlußzeiten liberaler werden müssen. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Klasnic: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Dorfer das Wort.

Abg. Dr. Dorfer: Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Obwohl es nicht unmittelbar zum Fremdenverkehr gehört, höchstens mittelbar, möchte ich doch ein paar Bemerkungen zu den Ausführungen des Kollegen Mag. Rader verlieren. Zweifellos ist Graz eine beachtliche Einkaufsstadt, und es steht außer Zweifel, das hat sich aus den Diskussionen bei der letzten Handelskammervollversammlung wieder einmal, gar nicht das erste Mal, eindeutig ergeben, daß man sich sehr bemühen wird, eine Lockerung der starren Regelung beim Ladenschluß zu erreichen, natürlich unter absoluter Berücksichtigung der kleinen und mittleren Kaufleute auch am Rande dieser Stadt und draußen am Land, weil es gilt, die Nahversorgung und damit die Qualität des Lebens zu erhalten, und natürlich im Einvernehmen mit dem Sozialpartner. Präsident Kaufmann genauso wie der anwesende Vizepräsident Stoiser haben sich in der Frage mehrmals und eindeutig in der Kammervollversammlung zu Wort gemeldet. Die Diskussion ist sicher nicht am Ende. Insofern gebe ich dem Mag. Rader durchaus recht, es ist nur leider so, besonders reden jene Menschen viel über dieses Thema, die nichts von der Vielschichtigkeit dieses Problems verstehen und die meistens schon Freitag mittags zu Arbeiten aufhören. Es sind billige Schlagworte, und, Kollege Mag. Rader, das ist ein billiges Schlagwort, denn wenn Sie meinen, die Handelskammer hat nichts mehr mit Handel zu tun, ich meine, das sollten Sie dort erzählen, wo Sie glauben, daß solche Aussagen etwas bringen. Meine Damen und Herren, der Fremdenverkehr in der Steiermark ist ein besonders wichtiger Wirtschaftsfaktor geworden, nicht immer gewesen, und wird es sicher auch für die Zukunft bleiben. Mit zirka 8,8 Millionen Übernachtungen im Jahr 1983 liegt er an 4. Stelle unter allen Bundesländern. Bei den Inländerübernachtungen liegt er mit einem Anteil von 19,9 Prozent sogar auf Rang 1. Der Fremdenverkehr verzeichnet auch in der Steiermark steigende Zahlen sowohl bei den Dienstnehmern als auch bei den Lehrlingen, was seit Jahren keine Selbstverständlichkeit ist, sondern eine besonders erfreuliche Tatsache. Im Winterhalbjahr 1983/84 konnte das Vorjahrsergebnis gerade knapp noch mit einer Steigerung um 0,9 Prozent erreicht oder gehalten werden, besser gesagt. Dies befriedigt aber trotzdem nicht, weil die Steiermark bei den Zuwachsraten nur den vorletzten Platz vor Vorarlberg belegen konnte. Der österreichische Schnitt war immerhin eine Steigerung von 2,3 Prozent bei den Übernachtungen. Für die Sommersaison 1984 von Mai bis Oktober war die Entwicklung leider ungünstig, ein Nächtigungsrückgang von 3,1 Prozent. Das sind immerhin um zirka 170.000 Übernachtungen, wobei die Nächtigungszahlen bei den Inländern um 2,6 Prozent und bei den Ausländern um 3,6 Prozent, also etwas stärker noch, zurückgegangen sind. Besonders weh tut, daß die Wiener mit einem Rückgang von 6,6 Prozent und die Bundesdeutschen mit einem Rückgang von 7,1 Prozent

besonders ausgelassen haben. Den Rückgang bei den Wienern spüren natürlich hauptsächlich unsere Fremdenverkehrsbetriebe im nördlichen Teil der Oststeiermark, die ja zum überwiegenden Teil vom Wiener Gast leben. Insgesamt ist das sicher keine erfreuliche Entwicklung, aber auch kein Grund zur Panik. Gründe für diese Entwicklung gibt es bekanntlich viele: die ungünstige wirtschaftliche Entwicklung in Europa insgesamt, der Streik in der Bundesrepublik Deutschland und letzten Endes vor allem auch die Kostenrelationen zu unseren Konkurrenzländern im Süden, vieles andere mehr kommt noch dazu. Jedenfalls hat die steirische Fremdenverkehrswirtschaft mit großen Schwierigkeiten und Problemen zu kämpfen. Dazu gehört nicht nur das Wetter, dazu kommen geänderte Reisegewohnheiten, es wird mehr gereist, aber die Aufenthalte werden immer kürzer. Besonders negativ wirkt sich die zunehmende Sparsamkeit der Gäste aus, insbesondere bei den Extras. Und diese Sparsamkeit ist eigentlich nicht verwunderlich, weil gerade die Extras einer Besteuerung unterliegen, die gegenüber jener des Auslandes ein Vielfaches betragen. Sie liegt zum Beispiel beim Wein um das 10,4fache höher als in Italien und um das 3,5fache höher als in der Schweiz und immerhin noch um das 2,4fache höher als in der Bundesrepublik Deutschland. Erhebungen haben Umsatzrückgänge im Getränkebereich bis zu 90 Prozent ergeben. Es ist daher vehement eine Reform der Getränkebesteuerung auch in Österreich zu verlangen, und man kann sich vorstellen, welche Auswirkungen dieser Rückgang in diesem Bereich auf die gesamtwirtschaftliche Situation der Fremdenverkehrsbetriebe hat. Verhandlungen sind im Gange, wenn auch noch in einem Anfangsstadium, in Wien, aber wir wollen hoffen, daß einiges dabei herauskommt. Auch zur Preistreue möchte ich sagen, daß unsere steirischen Betriebe bemüht waren, preistreu zu sein. Es hat Erhöhungen im Ausmaß von 3,5 bis 4,8 Prozent gegeben, aber bei einer Inflation von 5,6 Prozent ist dies letzten Endes insgesamt trotzdem ein leichter Preisverfall. Bedenklich ist der Umstand, daß in der steirischen Fremdenverkehrswirtschaft eine eher unzureichende Investitionsbereitschaft registriert werden muß. Bei dem auf Bundesebene im Jahre 1983 geförderten Kreditvolumen in Österreich liegt die Steiermark auf Rang 7 unter allen österreichischen Bundesländern. Und dies, obwohl die Steiermark gerade in den besseren Hotelkategorien einen großen Nachholbedarf hat. Bei den Winterbetten liegt die Steiermark beim Gesamtangebot unter allen Bundesländern an 3. Stelle. Setzt man aber die einzelnen Hotelkategorien zum Bettenangebot der einzelnen Bundesländer in Relation, so ergibt sich, daß die Steiermark bei den 5- und 4-Stern-Betrieben erst an 9. Stelle, also an letzter Stelle, steht. Bei den Sommerbetten liegt, so gesehen, die Steiermark an 4. Stelle, wobei bei den 5- und 4-Stern-Betrieben die Steiermark ebenfalls den letzten Platz einnimmt. Das heißt, die Qualitätsverbesserung ist in unseren Fremdenverkehrsbetrieben ein Gebot der Stunde. Auch bei der Bettenauslastung sieht es nicht gut aus. Wir liegen mit 19,3 Prozent auf Rang 7, bei den gewerblichen Betten allerdings etwas besser, auf Rang 5 mit 21,6 Prozent. Es ist daher verständlich, daß die betriebswirtschaftliche Situation bei den steirischen Fremdenverkehrsbetrieben durchaus bedenklich und angespannt ist. Aus Betriebsvergleichen weiß man,

daß die erwirtschafteten Zahlungsmittel, also der Cashflow, zu gering sind, um Kreditrückzahlungen, Investitionen und Unternehmerhaushalt zu decken. Die Eigenkapitalquote ist unter 10 Prozent gesunken. Und dies, obwohl es keinen Berufsstand gibt, bei dem ein derart hoher Einsatz geleistet wird, wie gerade bei den Gastgewerbetreibenden, ihren Familienangehörigen und Mitarbeitern. Aus der letzten Mikrozensushebung ergibt sich jedenfalls, daß Gastgewerbetreibende, also die Inhaber selbst, eine mittlere wöchentliche Arbeitszeit von rund 68 Stunden haben. Besonders schwerwiegend erscheint die Tatsache, daß die Investitionsbereitschaft der steirischen Fremdenverkehrsbetriebe – wie schon angedeutet – eher gering gegenüber der anderer Bundesländer ist. Und da müssen wir uns bemühen, die Ursachen für diese Entwicklung festzustellen. Jedenfalls ist es sicherlich notwendig, die derzeit gegebenen Rahmenbedingungen für den Fremdenverkehr zu überprüfen und eine Entwicklung einzuleiten, die eine positive Entwicklung für die Zukunft erwarten läßt. Das Krebsübel ist zweifellos hier die zu hohe Besteuerung der Fremdenverkehrswirtschaft, Folge davon – zuwenig Eigenkapital, insgesamt jedenfalls ein keineswegs befriedigender Zustand der Betriebe. Bundesregierung und Parlament müssen hier umdenken und handeln, zumal, wenn man bedenkt, daß unsere Zahlungsbilanz immer nur noch dadurch einigermaßen mehr oder weniger ausgeglichen sein kann, daß wir die Devisen durch unsere Fremdenverkehrswirtschaft, die wir brauchen, hereinbekommen. Sicher kann hier auch das Land Steiermark wesentlich dazu beitragen. Und dazu möchte ich folgendes sagen, was natürlich keineswegs vollständig sein kann. Die konkrete Vorbereitung eines Landesfremdenverkehrsgesetzes als Grundlage für eine verbesserte Organisations- und Werbemaßnahmenmöglichkeit im steirischen Fremdenverkehr ist nach wie vor im Gange. Eine gründliche Beratung dieses Gesetzes vor allem bei jenen, die es dann auch zu bezahlen haben, ist notwendig. Gut Ding braucht Weile, und es braucht der Herr Kollege Mag. Rader keineswegs befürchten, daß es hier zu einem Konflikt zwischen Wirtschaftsbund und Bauernbund kommen wird. Eine engere Zusammenarbeit der Trägerorganisationen, kultureller Initiativen und Veranstaltungen, wie Landesausstellungen, „steirischer Herbst“, mit der Fremdenverkehrswirtschaft insgesamt ist notwendig, da hiedurch, wie sich am Beispiel Eisenerz zeigt, regionale Entwicklungschancen und Impulse immer wieder gegeben werden können. Deutliche Schwerpunktbildung bei den Förderungskriterien zugunsten betrieblicher Maßnahmen, die echte Komfortverbesserungen für den Gast und damit eine erhöhte Attraktivität des Angebotes bewirken, sind notwendig. Hierzu gehören auch Investitionen, mit denen ein erweitertes Sport- und Freizeitangebot geschaffen werden kann. Notwendig ist sicher eine weitere und zusätzliche Schaffung qualifizierter Beratungsmöglichkeiten für bodenständiges Bauen und Gestalten von Gaststätten. Hier geschieht einiges schon über das Wirtschaftsförderungsinstitut der Handelskammer. Wünschenswert wäre weiter – und das geschieht auch insbesondere mit der neuen Novelle zum Mittelstandsförderungsgesetz – eine ständig verbesserte Schwerpunktförderung durch Gewährung von Zinszuschüssen, etwa ähnlich wie durch den Fonds für gewerbliche Darlehen an

die einzelnen Fremdenverkehrsbetriebe. Und schon im Gange durch die Initiative des Landesrates Dr. Heidinger und weiterhin notwendig ist eine raschere Überprüfung der von den Betrieben im Rahmen der Komfortzimmeraktion sowie der Aktion „Jederzeit warme Küche“ getätigten Investitionen durch das Landesfremdenverkehrsamt, damit Verzögerungen bei der Auszahlung der Förderungsmittel unterbleiben können. Bei Überbelastung könnte, es geschieht auch schon teilweise, das Landesfremdenverkehrsamt auch mit dem Verein für praktische Betriebsberatung zusammenarbeiten, da die bisherigen Ansätze dieser Zusammenarbeit sich als durchaus zufriedenstellend herausgestellt haben. Landesrat Dr. Heidinger hat hier sehr vielversprechende Initiativen bereits unternommen, und ich darf ihm dafür hier öffentlich danken.

Ganz kurz noch über die Chancen unseres Fremdenverkehrs: Ich glaube, sie zeichnen sich unter anderem insbesondere auch im Bereich des Kulturtourismus ab, des Städtetourismus und die Reise in die Vergangenheit. Wir haben doch wesentliche historische Denkmäler und Plätze in unserem Lande, allerdings müssen wir wissen, daß dieser Tourismus oft nur ein Wochenendtourismus ist, aber er muß genutzt werden. Insbesondere ergeben sich hier natürlich beachtliche Chancen für unsere Landeshauptstadt, und deswegen, weil die Entwicklung so geht, haben wir auch gerade in Graz eine durchaus positive Entwicklung in letzter Zeit zu verzeichnen gehabt. Gestatten Sie mir jetzt nur noch ganz kurz einige Anmerkungen zu Entwicklungen, die wir nicht ungehemmt sich so weiter entwickeln lassen dürfen. Das ist, und ich meine hiermit zum Beispiel das Überhandnehmen paragastromischer Veranstaltungen. Ich weiß, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, wie notwendig es ist, daß Festzeltveranstaltungen für Vereine und andere Institutionen eine Möglichkeit ergeben, etwas für ihre Kassen zu verdienen. Das funktioniert auch in der Mehrheit der Orte und Bezirke unseres Landes. Alle diese Veranstaltungen sind gut und wichtig. Die beste Lösung ist immer, wenn der Ausschank, der Verkauf der Ware im Einvernehmen mit der örtlichen Gastronomie vor sich geht. Allerdings drohen in einigen Bereichen diese Entwicklungen auch längerfristig die Existenz gastgewerblicher Betriebe zu vernichten, denn in jenen Zeiten, nämlich an Wochenenden, in denen in früherer Zeit das Hauptgeschäft der Gastgewerbetreibenden registriert werden konnte, werden jetzt oft tagelang Zeltfeste gefeiert, durch die schwere wirtschaftliche Schäden in den gastronomischen Betrieben entstehen. Ich betone, es ist Gott sei Dank nicht überall so, und ich kann nur hoffen, daß Auswüchse, die es da und dort gibt, wieder eingeschränkt werden und daß hier einvernehmlich zwischen den Vereinen und den konzessionierten Gast- und Schankgewerbebetrieben in Zukunft gearbeitet wird. Ich appelliere hier an alle Betroffenen, daß eine sinnvolle Kooperation in diesen Fragen gehandhabt wird. Und ich habe schon gesagt, daß vor allem die Extras und deren unverhältnismäßig hohe Besteuerung dem Fremdenverkehr in Österreich und vor allem auch in der Steiermark zu schaffen machen. Daher werden seitens der Fremdenverkehrswirtschaft entsprechende Vorschläge zur Bewältigung dieser Probleme vorgelegt. Nur noch in wenigen Bundesländern unterliegen die Frühstückstränke und Mineralwässer der Getränkeabgabe, darunter auch in

der Steiermark. Ich habe hier schon mehrmals eine Lockerung dieser Entwicklung gefordert. Ich kann mit Befriedigung feststellen, daß gerade in den Fremdenverkehrszentren der Steiermark, etwa im Oberen Ennstal, die meisten Gemeinden auf diese Getränkeabgabe verzichten, weil sie wissen, daß sie gesunde, wirtschaftlich blühende Fremdenverkehrsbetriebe brauchen und nur dann mit anderen Steuern eigentlich das doppelte Geschäft auch steuerlich machen. Leider ist es in einem größeren Teil der Steiermark nicht so. Die in Verhandlung stehende Lustbarkeitsabgabegesetz-Novelle sieht im Entwurf eine Erhöhung der Abgabensätze für Tanzbelustigungen auf das zehnfache und für den Betrieb von Rundfunkgeräten an öffentlichen Orten eine Erhöhung auf das hundertfache vor. Meine Damen und Herren, Steuererhöhungen dieses Ausmaßes können keinesfalls akzeptiert und müssen mit aller Schärfe abgelehnt werden, denn eine solche Entwicklung würde gegen die österreichische Fremdenverkehrswerbung laufen, die die Gäste mit dem Slogan „Festland Österreich“ und „Musikland Österreich“ zum Verweilen in unserem schönen Lande auffordert. Gerade in der Steiermark gibt es viele musikalische Talente und Initiativen, die an die Öffentlichkeit treten möchten und wo es immerhin noch Fremdenverkehrsbetriebe gibt, die hier mitmachen möchten. Vieles scheitert an dieser Abgabe, und wenn diese Ausmaße bei dieser Abgabe kommen, dann wird fast alles daran scheitern. Die eben geplante Erhöhung der Lustbarkeitsabgabe für Spielautomaten in diesem Ausmaße ist unter Berücksichtigung der schon gegebenen hohen Belastung bis zu 75 Prozent des Umsatzes unzumutbar, meine Damen und Herren.

Und noch eine Bemerkung darf ich mir erlauben. Die Nachwuchsausbildung im Fremdenverkehr ist nach wie vor von besonderer Bedeutung. Die Steiermark ist neben dem Burgenland und Vorarlberg das einzige Bundesland, in dem noch keine fünfjährige Höhere Lehranstalt für Fremdenverkehrsberufe mit Maturaabschluß existiert, obwohl die Erhebung der Qualität bei den Fremdenverkehrsleistungen ein vorrangiges fremdenverkehrspolitisches Ziel darstellen muß. Der Steirische Hotelfachschulverein hat sich daher entschlossen, zusätzlich zu den Fremdenverkehrsschulen in Bad Gleichenberg, dort ist die Infrastruktur hierfür vorhanden, mit dem Schuljahr 1985/86 diese Schulform einzuführen, und damit verbunden sind natürlich mittelfristig bauliche Erweiterungsmaßnahmen, die aber aus den Mitteln des Schulerhalters, also des Hotelfachschulvereines allein, nicht finanzierbar sind. Da die Errichtung dieser Schule von großem öffentlichem Interesse ist, ersuche ich das Land, das Hohe Haus genauso wie den Bund, zur Finanzierung dieses Vorhabens maßgeblich beizutragen. Ich habe mit anderen Kollegen dieses Hohen Hauses einen diesbezüglichen Antrag vor etwa einem Monat in den Landtag bereits eingebracht.

Und zum Schluß darf ich, Hohes Haus, noch auf eine Selbsthilfeorganisation der Sektion Fremdenverkehr der Handelskammer verweisen, die auf Grund der stagnierenden Entwicklung des Fremdenverkehrs in der Steiermark schon im Jahr 1978 gegründet wurde, und ich meine hier die Informations- und Buchungszentrale Steiermark, kurz gesagt die IZ Steiermark. Diese ist nunmehr als Verein organisiert und umfaßt

als ordentliche Mitglieder die Handelskammer, die gastgewerblichen Fachgruppen innerhalb der Handelskammer, die Fachgruppen der Reisebüros und der Bäder, die Fachvertretung der Heil-, Bade-, Kur- und Krankenanstalten sowie der Mineralquellenbetriebe, und, was besonders wertvoll ist, den Steiermärkischen Landesfremdenverkehrsverband und die Landeshauptstadt Graz. Der Verein IZ Steiermark ist als eine zentrale Incoming-Stelle gedacht, die insbesondere folgende Aufgaben erfüllt und zu erfüllen haben wird: einmal die Verkaufsförderung, die Erstellung, Verteilung und den Versand von Verkaufskatalogen, eine Anlaufstelle für Anfragen und Buchungen von in- und ausländischen Reiseveranstaltern, Reisebüros und Privatpersonen zu sein, schließlich eine Informationsstelle für touristische Angebote der Steiermark, die Weitergabe von Buchungen an Leistungsträger und Reisebüros, die Durchführung von eigenen Werbeveranstaltungen, die Koordinierung der verschiedensten Fremdenverkehrsveranstaltungen und schließlich die Führung des Zimmernachweises. Durch die vor kurzem erfolgte Integrierung in das Steiermark-Haus hier in der Herrengasse gemeinsam mit dem Landesfremdenverkehrsverband und dem Verkehrsverein der Stadt Graz ist, und dafür habe ich Herrn Landesrat Dr. Heindinger mit allen anderen Mitwirkenden besonders herzlich zu danken, die Voraussetzung für eine optimale Zusammenarbeit zwischen dem Land, der Stadt und der IZ. Damit ist diese Zusammenarbeit gesichert, und nur so kann in einer gemeinsamen Koordination auch einiges herauskommen.

Zusammenfassend und abschließend, Hohes Haus, darf ich wohl feststellen, daß trotz temporärer Rückschläge der Fremdenverkehr in der Steiermark eine Wachstumsbranche ganz vordringlicher Art bleibt. Ich kann nur sagen, tun wir alles, um dieses Wachstum zu fördern, wir brauchen es dringend. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident Klasnic: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Rainer das Wort.

Abg. Rainer: Frau Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vielleicht darf ich folgende Feststellung hier vorweg treffen. Es ist richtig, wie es dargestellt wurde, daß wir auf Grund der Gegebenheit der Beschäftigtenstruktur den Fremdenverkehr als einen ganz wesentlichen Faktor auch für die Beschäftigung anzusehen haben. Nicht nur Österreich, sondern alle entwickelten Staaten haben die Feststellung zu machen, daß bei den Beschäftigtenzahlen der Dienstleistungsbereich in den letzten Jahrzehnten oder besonders im letzten Jahrzehnt besonders aufnahmefähig war. Umgekehrt stellt sich ja heraus, daß alle entwickelten Staaten einen sehr hohen Anteil der Dienstleistungen haben. Auch wir in Österreich haben einen weitaus höheren als 50 Prozent. Und ein guter Teil davon wiederum ist Dienstleistung im klassischen Sinne, also im Fremdenverkehrsbereich. Dazu gehört der Handel, wie er hier ausgeführt wurde, und dazu gehört natürlich auch jener Bereich der Nahversorgung und vor allem auch der Bereich der Versorgung in Fremdenverkehrsorten. Man muß daher Verständnis haben, daß es Diskussionen darüber gibt und daß manchesmal auch Unver-

ständnis da oder dort auftauchen kann, wenn, wie es so gerne volkstümlich dargestellt wird, bei uns in Österreich die Läden zu sind, statt daß man sie offen hält, wie in den Vereinigten Staaten zum Beispiel rund um die Uhr. Das kann aber nicht Sinn und Zweck einer Ladenschlußverordnung sein und auch nicht entsprechend den Gesetzen des Bundes, weil damit würden ja Situationen eintreten, die niemand verantworten kann. Wir als Dienstnehmervertreter sind auch nicht nur Vertreter der Handelsunternehmen, aber eben auch. Vielleicht erklärt das auch, meine Damen und Herren, die mitunter nicht immer verstandene sehr hohe Übereinstimmung zwischen beiden Interessensvertretern. Oder auch – und das wurde in der Öffentlichkeit sehr, sehr polemisch aufgenommen – die Aussage der Kirche. Nun bitte, wir haben Verständnis dafür, ich möchte sogar weiter gehen und sagen, wir sind, wenn man den 8. Dezember nimmt, der Kirche für ihre Haltung sehr dankbar. Und es ist etwas daran, und es ist völlig richtig und historisch belegbar, wenn dargestellt wurde, daß ja dieser 8. Dezember zufolge einer Volksabstimmung unter weitaus schlimmeren Bedingungen, als dies heute der Fall ist, 1954 eingeführt wurde und daß daher die Kirche mit Recht darauf verweist, daß man diesen Feiertag belassen sollte und nicht ein Geschäft für Händler daraus macht. Auch nicht dann, wenn man diese Gegebenheiten hat, weil alle westlichen Bundesländer diese Gegebenheit haben und weil auch die Steiermark zugegebenermaßen diese Situation hätte, wenn man an den durchaus regen Ausflugsverkehr „zum Einkaufen“ nach Ungarn oder nach Jugoslawien denkt, dann wissen wir, daß dieses Problem fast für jedes Bundesland in Österreich besteht. Und so kommt man zu derartigen Fragen – natürlich gibt es sehr viele, sehr kluge, weniger kluge Vorschläge. Auch der des Herrn Dr. Stix ist ein durchaus denkbarer, mit Rahmenzeiten etwas abzudecken. Aber wir wissen alle, daß die durchschnittliche Öffnungszeit heute bereits 56 Stunden beträgt. Und daß es daher sehr, sehr schwer ist, für kleine und mittelgroße Betriebe den Gesamtbereich dieser Öffnungszeiten abzudecken. Und ich glaube nicht, daß es so einfach ist, wie es dargestellt wurde oder wie es in den Medien dargestellt wird oder wie es sich mancher selbst vorstellt. Ich teile dazu vollinhaltlich auch die Aussagen des Herrn Dr. Dorfer, daß jede Änderung, die kommen müßte, behutsam vorzunehmen ist. Auch ich meine, daß Änderungen notwendig sein werden, maßgeblich ist der Zeitpunkt, maßgeblich ist, Änderungen zu einem Zeitpunkt zu versuchen oder durchzuführen, wo es nicht derartige Emotionen gibt, als wir sie gegenwärtig erleben, wo diese Frage überemotionalisiert ist und natürlich nicht mehr lösbar erscheint und dann Auswüchse zeitigt. Die Pressemeldungen der letzten Tage zeigen ja, daß hier tatsächlich vieles in die falsche Richtung geht. (Abg. Mag. Rader: „Die Demonstranten gehen in die falsche Richtung!“) Wir als Interessensvertreter der Arbeitnehmer waren niemals dagegen, daß Änderungen vorgenommen werden. Wir wären auch in der Steiermark, wenn ich jetzt ganz konkret werden darf, bereit gewesen, für den vierten Samstag vor Weihnachten – Interpretationsschwierigkeiten wurden leichtfertig verursacht – sehr wohl eine Vereinbarung zu treffen, so daß am 24. November nachmittag hätte offen gehalten werden können. Schwierig ist es bei der Mittagssperre aus

ganz bestimmten arbeitsrechtlichen Überlegungen, weil Sie nämlich wissen müssen, daß für Frauen – und wir haben das gestern ja nicht sehr beachtet – nach vier Stunden verpflichtend im Arbeitszeitgesetz eine Pause vorgesehen ist. Dies läßt sich in großen Unternehmungen durch Schichtdienst sehr gut machen. Für Männer ist nach 6 Stunden eine Pause jeweils von einer halben Stunde vorgesehen. Diese arbeitsrechtlichen Bestimmungen und Schutznormen können so ohne weiteres nicht umgangen werden. Dazu kommt, daß dieses Problem ja eine Fülle von weiteren Rechtsproblemen beinhaltet, wie auch jetzt mehrfach und ausgiebig in der Öffentlichkeit dargestellt. So gibt es dieses sogenannte Betriebszeitengesetz, gibt es das Arbeitszeitgesetz und gibt es, nunmehr neu – das ist ja der eigentliche Hintergrund –, das Arbeitsruhegesetz. Aus diesen beiden rechtlichen Bestimmungen, Betriebszeitengesetz und Arbeitsruhegesetz, ist ja die Sondersituation des 8. Dezember entstanden, die zu derartig großen Emotionen geführt hat, die man nicht verstehen kann. Wir meinen aber, daß hier auch eine Lösung gefunden werden muß und auch eine gefunden werden kann. Aber so kann es nicht sein, meine Damen und Herren, wie es wirklich passiert ist, daß einfach hinsichtlich der Mittagssperre in der Steiermark in bezug auf den 24. November einfach ein glatter Rechtsbruch begangen wurde, ein Rechtsbruch auch im Falle des 8. Dezember vorliegt, und zwar eine verfassungsrechtliche Verletzung gegeben ist. Und ohne jede Leidenschaft, ohne jede Emotion, meine Damen und Herren, wenn ein Bürger unseres Staates ein Recht verletzt, dann wird er mit den entsprechenden rechtlichen Sanktionen und mit einer entsprechenden Strafe belegt. Es wird niemand verstehen, daß gerade in diesen Bereichen, wo die rechtlichen Bestimmungen klar, unmißverständlich und auch entsprechend interpretiert wurden, ein Rechtsbruch in aller Öffentlichkeit vollzogen wird und daß daran keine Sanktionen geknüpft werden oder aber man das einfach nach dieser Richtung hin bringt, daß die Mehrheit glauben sollte, daß das ja so keine Rechtsverletzung darstellt, obwohl diese Gesetze eindeutig gebrochen wurden. Die politische Auseinandersetzung, die darum entsteht, ist dann eine nicht mehr verständliche und führt zu einer Emotionalisierung, wie sie bereits dargestellt wurde, die nicht mehr verantwortet werden kann. Auch da muß man sich fragen, ob es wirklich geschickt ist, in dieser Form oder so Rechtsfragen, Rechtsprobleme und Sachprobleme zu lösen. Wir haben damit begonnen, und es sei noch einmal herausgestellt, der Ladenschluß ist ein Sachthema und ist ein Thema der Konkurrenzsituation, ist ein reines Wirtschaftsthema, ein sehr vielschichtiges, ein sehr kompliziertes. Eines, das für uns Arbeitnehmervertreter mit sehr vielen Problemen behaftet ist. Immerhin, meine Damen und Herren, sind rund 380.000 Menschen in diesem Bereich, und keineswegs zu den besten Bedingungen, beschäftigt. Daher muß man das Recht haben, deren Rechte entsprechend zu schützen, auf die Einhaltung der Rechte zu achten, umso mehr, als in diesen Bereichen etwa 70 Prozent der Beschäftigten Frauen sind mit all ihren besonderen Problemen. Wir wissen ja, daß Frauen durch die Doppelbelastung Beruf und Haushalt und weiteren Verpflichtungen hier ja nicht so ohne weiteres jene so gerne und leichtfertig dargestellten Möglichkeiten flexibler Regelungen der Arbeitszeit

übernehmen können, weil das nicht so ohne weiteres machbar ist und weil flexible Arbeitsregelung auch bedeuten kann, daß hier Verschiebungen von vertraglich vereinbarten Rechten eintreten mit enormen Nachteilen für die Dienstnehmer oder mit wesentlichen Einkommensverschlechterungen der betroffenen Dienstnehmer. Das ist bitte nicht unsere Absicht, das könnten wir auch nicht verantworten und werden wir auch nicht zulassen. Wir meinen daher, daß diese Fragen weiter diskutiert werden sollen, aber auf jener Ebene, wo sie vernünftigerweise auch einer Lösung zugeführt werden können, nämlich auf der Ebene der Sozialpartner. Ich bin davon überzeugt und ich erkläre das hier für die Steiermark, daß wir sehr wohl bereit sein werden, wann immer unser Verhandlungspartner auf der anderen Seite Verhandlungen darüber wünscht, in derartige Verhandlungen einzutreten und zu vernünftigen Regelungen hoffentlich auch kommen. Wir lehnen aber das ab, was passiert ist, daß ein glatter Rechtsbruch begangen wurde.

Zum Schluß, bitte, sei es besonders herausgestellt, und wir haben auch die Verpflichtung, und wir tun das sehr gerne, ich möchte dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Wegart für die klare und eindeutige Haltung, die er auch den Gebietskörperschaften gegenüber, des Landes und auch der Handelskammer, und allen interessierten Stellen zum Ausdruck gebracht hatte, danken. Ich glaube, daß dieser Dank angebracht ist, meine Damen und Herren. Man hat sich diesen verdient. Es war zwar logisch, weil es eine Rechteinhaltung bedeutet, aber es war eine im Interesse der Dienstnehmer sehr lobenswerte steirische vernünftige Haltung. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Klasnic: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kröll das Wort.

Abg. Kröll: Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich bedaure es wirklich sehr, daß Kollege Mag. Rader eben hier auch die Ablehnung dieses Kapitels Fremdenverkehr begründet hat, obwohl gerade der Fremdenverkehr im Budget ein absolut gemeindefreundlicher Schwerpunkt von besonderer Bedeutung ist, und deshalb muß er sich schon die Frage gefallen lassen, ob ihn nicht doch viele Leute draußen, ohne daß wir es weitergeben, fragen werden, ob das ganz vernünftig ist. Aber das ist ja seine Sache.

Zum Kollegen Rainer möchte ich so viel nur sagen am Schluß zu diesen gemäßigten und vernünftigen Worten, die er gesprochen hat, daß ich einen ersten Lichtblick in dieser Auseinandersetzung darin sehen kann, daß man sich wieder jetzt auf Salzburger Gebiet zurückgezogen hat und das nicht zu einem gesamtösterreichischen Thema gemacht hat. Gemacht wurde es schon, aber man hat es wieder salzburgisiert. Das ist sicherlich ein Vorteil in dieser ganzen Situation, das möchte ich sagen, für alle Teile, ganz selbstverständlich und ganz sicher. So ist die ganze Situation. Mein Kollege Abgeordneter Dr. Dorfer hat die prinzipielle und grundsätzliche Darstellung des Fremdenverkehrs, für die Fremdenverkehrswirtschaft, ihre Betriebe und ihre Mitarbeiter auch von der fiskalischen Seite her sehr ausführlich beleuchtet und über die Bedeutung

des Fremdenverkehrs noch einmal ausführlich gesprochen. Ich kann mir diesen Teil, glaube ich, daher sparen. Ich darf also sagen, daß die allgemein erschwerten Bedingungen internationaler Art, weil die Kaufkraft der großen Bevölkerungsmassen ja nicht steigt, weil wir da und dort Unruhe gehabt haben, in Deutschland, in England, weil es auch wettermäßig ein sehr, sehr schlechter Sommer war, nicht angetan sind, um den Fremdenverkehr sozusagen von den Rahmenbedingungen her besonders in die Höhe zu treiben. Dennoch konnte Österreich insgesamt unter diesen erschwerten Bedingungen bei den Ankünften, also bei den Personen, ein Plus von 3,4 und bei den Nächtigungen ein Minus von 1,5 Prozent erzielen. Daraus geht aber auch klar hervor, daß der Urlaub und der Aufenthalt kürzer werden und die Brieftasche unserer Gäste nicht größer wird. Die Kaufkraft selbst, das muß gesagt werden, läßt nach. Im Rahmen des 100. Österreichischen Fremdenverkehrstages hier in Graz, in einer mehrtägigen Veranstaltung, haben sich alle befaßten Stellen, Bund, Land, Gemeinden, die Wirtschaft, alle Organisationen, die mit dem Fremdenverkehr zu tun haben, die alpinen Vereine, die Gewerkschaft und alle Betroffenen, wieder mit Leitlinien und mit der Zukunft im Fremdenverkehr auseinandergesetzt und in Resolutionen einige, glaube ich, bedeutende Formulierungen zustande gebracht. Diese Resolution beruht ja auf dem Prinzip der Einstimmigkeit, und daher muß man sehr, sehr lange zusammensitzen, damit man zu einstimmigen Formulierungen kommt. Ich glaube, es ist einiges dabei, was für die Zukunft von grundsätzlicher Bedeutung ist.

Ich möchte, meine sehr verehrten Damen und Herren, mich etwas mit der aktuellen steirischen Situation näher befassen, jenen Bereichen, die der Kollege Dr. Dorfer nicht als seinen Schwerpunkt gehabt hat, nämlich vielleicht etwas mit der Organisation, mit den Möglichkeiten des Verkaufs und in der Richtung mehr. Unser Anteil, und das wurde gesagt, ist ein beachtlicher unter diesen Umständen, die wir auch für unser Land zur Kenntnis nehmen müssen. Die Verkehrslage, die Randlege und alle anderen Dinge, auch die nicht befriedigende Ausstattung mit Qualitätsbetten und dergleichen. Wir dürfen aber, meine Damen und Herren, als drittbestes Bundesland für das letzte Fremdenverkehrsjahr bei den Ankünften eine Zunahme von 4,4 Prozent oder 67.934 Gästen verzeichnen. Das, glaube ich, ist wirklich ein Lichtblick und ein sehr, sehr erfreuliches Zeichen. Wie gesagt, es ist dies das drittbeste Bundesländerergebnis. Der österreichische Durchschnitt beträgt 3,4, wir haben 4,4. Bei den Nächtigungen liegen wir mit 8.688.000 mit einem Minus von 1,6 am 5. Platz. Daher kommt Kollege Dr. Dorfer zu seiner Position 4, einen Mittelwert aus beiden, Nächtigungen und Personenankünfte, das liegt genau im Durchschnitt. Österreich hat 1,5, wir haben 1,6. Das steirische Ergebnis kann sich, glaube ich, durchaus sehen lassen. Es wurde heute schon hingewiesen, daß zu diesem Ergebnis, vor allem zu den vermehrten Personenankünften, auch der Städtetourismus, auch das verbesserte Angebot der Stadt Graz insbesondere mit seinem neuen Kongreß und mit den Möglichkeiten von internationalen Tagungen einen guten Teil beiträgt. Ich möchte von dieser Stelle aus für diese Bemühungen einen herzlichen Glückwunsch sagen, weil alles, was in diesem Lande an positiven Beiträgen

geleistet wird, kommt auf die Waagschale für die gesamte Steiermark. Und es ist ganz gleich, welcher Schwerpunkt es ist, wichtig ist nur, daß wir viele solcher Schwerpunkte haben. Ich möchte ausdrücklich sagen, das ist ein sehr, sehr erfreuliches Zeichen, was sich hier in Graz getan hat, damit hat sich die Stadt Graz jetzt doch auch den 2. Rang unter den steirischen Fremdenverkehrsgemeinden, nach Ramsau am Dachstein, gefestigt. In den letzten Jahren, meine Damen und Herren, und das wissen wir natürlich auch alle, haben wir uns mit Notwendigkeiten und Erfordernissen für den Fremdenverkehr der Zukunft immer wieder auseinandergesetzt. Fremdenverkehrsgesetz, ein Dauerthema bereits, selbstverständlich, diesen Punkt können wir nicht als erledigt abhaken, aber was ich als viel, viel notwendiger anschau, ist, daß daran gründlich gearbeitet wird, daß immer wieder neue Erkenntnisse einfließen, in fiskalischer, in administrativer Hinsicht, in Ideenvorstellungen, wem es wofür zugute kommt. Auch wir haben immer wieder einen Beitrag da und dort und daß die erklärte Zielsetzung ja nach wie vor besteht, ein solches Gesetz zu machen. Ich mache es nicht nur allein davon abhängig, daß die Steiermark deshalb ein leichtes Minus hat im österreichischen Schnitt, weil wir kein Gesetz haben, dann könnte es nicht sein, daß Kärnten und Oberösterreich, Länder mit Gesetzen, und Vorarlberg hinter uns deutlich im Bundesländervergleich liegen. Da haben wir noch etwas zu tun.

Wie sieht es mit den anderen Punkten aus, die schwerpunktmäßig uns beschäftigt haben, meine Damen und Herren? Die Neugestaltung des Verbandes etwa, die verbesserte Koordination, das gemeinsame Dach für Steiermark, Graz und die IZ, die Werbeverkaufsstrategie oder die hauptamtlichen Manager, die geschult sind. Ich glaube, hier können wir sehr, sehr erfreuliche Zwischenberichte legen. In manchen Bereichen bereits die Erledigung verkünden. Hier ist dem Herrn Landesrat Dr. Heidinger, unter seiner Führung im Verband und im Amt, einiges Wesentliches gelungen. Der Reihe nach. Neugestaltung des Verbandes, nicht nur die Statuten, das ist ein Stück Papier. Sie wurden erfüllt mit Leben. Es wurden die Präsidiumssitzungen, Vorstandssitzungen öfter durchgeführt, echte Arbeitssitzungen durchgeführt, es war die Koordination damit sehr stark verbessert zwischen Amt, Verband, den Vereinen, den Regionen, Stadt und Land und der Wirtschaft. Es wurden Modelle zwischen Fremdenverkehr und Kultur entwickelt. Auch darauf hat der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer hingewiesen, und wir haben endlich ein Dach über die Hauptträger des Fremdenverkehrs in der Herrengasse, mit diesem wunderschönen und schmucken Steiermark- und Graz-Haus, wo die IZ, ein Teil der Wirtschaft, Informations- und Buchungszentrale, die Stadt Graz und das Land Steiermark gemeinsam sich präsentieren, wo in unserem schönsten Teil, im Herzen von Graz, auch für den Gast ein entsprechendes äußeres Bild geboten ist, wo man sich auch treffen kann für kleine Pressekonferenzen, Gespräche und so weiter. Hier darf ich wirklich sagen, aus vielen, vielen zustimmenden Äußerungen im ganzen Land, daß man das sehr, sehr begrüßt. Ich möchte dafür herzlich danken. Die Werbeverkaufsstrategie, meine Damen und Herren, hier gibt es im In- und Ausland doch bemerkenswerte Erfolge und neue Wege. Denken wir an die Rosegger-Serie, die großräu-

mig, europaweit in Deutschland und in England durchgezogen wurde, die sicherlich hier eine Klammer, eine Verbindung zwischen Geschichte, kulturhistorischer Bedeutung in der Steiermark mit einer Werbeaussage neuen Stils verbindet. Dafür wurden letztlich auch ausgebildete, fachlich geschulte Manager angestellt, die in der Person von Herrn Rainer Friedl und von Herrn Dr. Pögl im Verband als Geschäftsführer zur Verfügung stehen und die im Amt die Herren ergänzen und koordinieren mit Hofrat Hermann und Dr. Herzog, um nur einige zu nennen.

Ich glaube, daß wir hier auf gutem Wege sind. Auch in der regionalen internationalen Zusammenarbeit können wir doch echte Schwerpunkte erkennen. Und das freut mich ganz besonders. So wurden die Verkaufsmessen in Paris, Montreux und in London besucht. Insbesondere im Bereich der ARGE Alpen-Adria ist es bei dem Besuch von Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer mit diesen Ländern und Teilrepubliken gelungen, einen echten steirischen, spezifischen Beitrag durchzubringen, nämlich, daß diese ARGE Alpen-Adria-Länder gemeinsam ein Werbekonzept erstellen und auf wichtigen europäischen Märkten auftreten. Ein solcher konkreter steirischer Vorschlag wurde akzeptiert und angenommen, und am 15. Jänner werden in Udine schon die Details über Slogansvorstellung, Werbemappenzusammenstellung gemacht, und Dr. Pögl ist hier sicherlich ein versierter Mann. Und das soll uns freuen. Der Vorschlag der Steiermark, so etwas zu machen und als erstes nach London zu gehen, den englischen Markt zu bearbeiten, ist eine sehr, sehr schöne internationale Anerkennung und unterstreicht die aktive und offensive regionale Außenpolitik auch unseres Landeshauptmannes.

Wir haben, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein weiteres Thema gehabt, das uns sehr beschäftigt hat. Und der Herr Landesrat selbst hat immer wieder geklagt, daß ihm das zu schaffen macht. Und hier ist wirklich auch unglaublich viel geschehen. Sie wissen, daß aus 1979 bis 1982 279 Anträge mit 78 Millionen Volumen an Rückständen in der FIK-Aktion waren. Man darf also jetzt mit Freude sagen, daß es abgebaut wurde, aus dem Jahre 1982 sind noch vier Anträge in Bearbeitung, aus 1983 80 in Erledigung und anhängig aus 1984 ganze 14 Anträge, und es ist die Chance sehr groß, daß bis April im kommenden Jahr 1985 wir auf dem Gleichstand sind, keinen Rückstau mehr haben. Ich glaube, daß das wirklich auch ein ganz, ganz entscheidender Beitrag ist, die Zuziehung der Wirtschaftsförderung mit Amtsrat Wimmer, und die Fremdenverkehrsabteilung und der Verein für praktische Betriebsberatung haben hier gemeinsam sicher Großartiges geleistet. Der Fremdenverkehr beteiligte sich auch mit einem gewissen Erfolg, der sicher noch größer sein könnte, aber ein richtiger Beginn ist gemacht an der Arbeitsmarktverwaltung, Land, Vereine und Verbände für das Jugendbeschäftigungsprogramm. Und aus diesem Programm, wo das Land ebenfalls für junge Menschen, die ihren Beruf im Fremdenverkehr suchen und die entsprechende Vorbildung haben, konnten in der Alpenregion im Liesingtal, in Hartberg Informations- und Buchungszentrale und im Verkehrsverein Schladming sowie in Knittelfeld Einstellungen bereits erfolgen. In weiterer Vorbereitung ist Murau, Gröbming sowie die Region Zirbitz-

Grebenzen. Wir können darüber hinaus auch eine Freude haben, daß der Werbeträger unseres Landes, das grüne Herz Österreichs, nunmehr auch in Kanada, genau in British Columbian, zum offiziellen Werbeemblem erkoren wurde. Und wir verdanken diese internationale Auszeichnung einem alten Grazer, Herrn Rudi Kurzreiter, der vor etwa 30 Jahren von Graz nach Kanada ausgewandert ist, und Sie haben sicher in der „Südost-Tagespost“ diesen Beitrag gelesen, über den wir uns eigentlich sehr freuen können.

Ich hoffe, meine Damen und Herren, daß aus örtlich-regionaler Sicht auch noch ein Beitrag für die positive Entwicklung vorgebracht werden kann. Für die positive Entwicklung der Zukunft, indem wir bei Verhandlungen mit der FIS erreichen konnten, daß alle zwei Jahre, beginnend mit dem nächsten Jahr, zu Silvester, am 31. Dezember 1985, ein Herren-Weltcuprennen stattfindet und damit die Steiermark weiter im Herren-termin aufscheint. Es ist beabsichtigt, dies nicht jährlich zu machen, das würde uns finanziell auch etwas zu anstrengend sein, aber alle zwei Jahre, und wir wechseln uns hier mit Kärnten, mit Bad Kleinkirchheim, ab, was ich für sehr vernünftig halte. Mit diesen beiden Orten als Veranstalter hat der Österreichische Schiverband bei der FIS die Zusage für einen zusätzlichen Fixtermin erhalten. Es wird also immer knapp vor Weihnachten bis Heiligen Dreikönig sein, einmal um den 20. Dezember, einmal um Silvester, so wie nächstes Jahr, und ein anderes Mal zu Heiligen Dreikönig. In dieser Zeit wird es stattfinden. Einen Schlußpunkt offizieller Art dürfen wir auch noch setzen für die wirklich – glaube ich – gelungene Weltmeisterschaft. In Bormio, wo die nächsten Weltmeisterschaften stattfinden und Ende Jänner des kommenden Jahres eröffnet werden, haben wir laut FIS-Reglement die FIS-Fahne zu überbringen und zu übergeben. Wir werden das nützen und hier auch in koordinierter Zusammenarbeit mit dem Verband in einem Steiermarkraum auch werblich dasein. Wir werden auch die Musik mitnehmen und sicherlich dort den internationalen Treffpunkt zwischen Sport, der Wirtschaft und den Medien für unser Land zu nützen wissen. Ich glaube weiters, meine Damen und Herren, ich möchte das sehr ernst und mit Dankbarkeit sagen. Mit Dankbarkeit zunächst, daß eine moderne Umrüstung der bestehenden Planaiabahn auch in Hinblick auf die zukünftigen Zusammenschlüsse am richtigen Platz und zur richtigen Zeit gemacht wird. Ich möchte danken, daß der Herr Landeshauptmann, der Herr Landesrat Dr. Heindinger und der Herr Landesrat Dr. Klausner, weil es auch eine beteiligte Gesellschaft des Landes ist, hier mitgemacht haben, wie alle übrigen Gesellschafter, auch die privaten, die regionalen und auch der Bund, und ich glaube, daß wir damit einen wichtigen Beitrag leisten, weil wir das System, das vor 15 Jahren hier aktuell war, heute als wirklich überaltet ansehen müssen, und weil wir hier dem Hauptschiberg mit den meisten Frequenzen einfach auch wieder jenes Gesicht geben müssen von der Aufbringung, daß die Leute nicht eine Stunde warten müssen. In dieser Richtung – glaube ich – haben wir wirklich zu danken, und es ist etwas Wesentliches geschehen. Ich möchte überhaupt zu diesem Thema sagen: Das positive Beispiel von Graz oder Loipersdorf, wie es angelaufen ist, im Betrieb und ich hoffe, dann wieder voll weitergeht, oder andere ähnliche Aktivitäten, die erfreuliche

Landesausstellung. Einer soll auf den anderen nicht neidig sein. Wichtig ist, daß überall das Richtige passiert. In der Summe wird es die Attraktivität der Steiermark heben. Und das ist ganz, ganz wichtig. Wir können viel nicht machen, das ein anderer für uns besser machen kann. Wir können aber auch für das Land einiges einbringen, was andere von der Struktur, von der landschaftlichen Gegebenheit und von den Voraussetzungen nicht in gleichem Maße tun könnten. Und ich glaube, es ist auch bewiesen worden, daß man die Verpflichtungen jeweils eingehalten hat, die wir eingegangen sind.

Und so komme ich natürlich beim Budget noch zum Geld, das ist ja wohl das Hauptkapitel. Es ist sehr erfreulich, daß der Bereich und die Ansätze des Fremdenverkehrs im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt eine Vermehrung um 19,4 insgesamt, um 19 Millionen erfahren haben, wenn man den Vergleich zum Rechnungsabschluß 1983 anstellt. Von 98,1 Millionen Rechnungsabschluß 1983 auf 117,2 Millionen, und hier ist insbesondere die Werbepost fünf Millionen und weitere Werbepositionen um 65 Prozent gestiegen, also von 17 auf 29,5 Millionen Schilling. Und das ist ganz im Sinne und im Geiste eines zukünftigen Fremdenverkehrsgesetzes zu sehen. Wir sehen darin, daß auch Herr Landesrat Dr. Heidinger mit diesen Ansätzen schon im Sinne eines gedachten Gesetzes auch die regionale und örtliche Aufteilung dieser Sondermittel, dieser gezielten Sonderwerbemittel und Verkaufsmittel, zum Einsatz bringt. Und zwar in der Weise, daß die Regionen und Orte in diesem Schwerpunktprogramm so beteiligt werden, als auch ihre Nächtigungszahlen dies rechtfertigen. Das ist – glaube ich – ein ganz wesentlicher, neuer Schritt, der in der Fremdenverkehrswerbung gegangen wird. Diese Schwerpunktmaßnahmen wirken sich für die steirischen Gemeinden insbesondere wirtschaftlich sehr, sehr positiv aus. Gestatten Sie mir, daß ich in diesem Zusammenhang auf den überaus freundlichen Haushalt des Landes für dieses kommende Jahr 1985 nochmals verweisen darf. Die Generalrednerin der Österreichischen Volkspartei, Frau Präsident Klasnic, hat ja in ihrer Rede, und andere auch, schon darauf hingewiesen, daß es ein absolutes Schwerpunktprogramm gerade für die Anliegen in den Gemeinden ist. Und so darf ich doch noch abschließend einige wesentliche Zahlen in diesem Zusammenhang nennen. Die Mittel des Landesvoranschlages 1985 für die steirischen Gemeinden werden 2,5 Milliarden Schilling betragen, das ist gegenüber dem Voranschlag 1984 eine Aufstockung um 55,3 Prozent. Diese beträchtliche Zuwachsrate ist auf die im Budget 1985 vorgesehenen Sonderprogramme zurückzuführen. Landeswohnbauprogramm 600 Millionen, Umwelt- und Naturschutzfonds des Landes mit Landesbeitrag allein 50 Millionen, Förderung von Sozialprojekten in Privatinitiativen 18 Millionen, Förderung vor allem auch von Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen und Aufstockung um 100 Millionen, ein Anliegen, für das wir den Gemeindefreudenten Krainer und Gross auch danken können, daß damit im wesentlichen Bereich in unseren Dörfern und Märkten der Kanalbau nicht nur als Umweltschutz, sondern auch als Wirtschaftsbelebung vorangetrieben werden kann. Es sind also weitere entscheidende Schwerpunkte im Bedarfszuweisungsbereich, Wasserversorgung, wie gesagt, im Feuerwehrwesen und Katastro-

phenschutzbereich, in der Kindergartenförderung, bei den Musikkapellenförderungen, im Schulbaufonds und in Behindertenbeihilfe durch die Schlüsselumkehrung, die ja schon mehrmals hier genannt wurde. Landesbeiträge für Krankenanstalten, die nicht Landeskrankenhäuser sind, hier sind wir auch mit einem Beitrag gebunden. Ich darf das zusammenfassend sagen als Dank und Anerkennung namens auch vieler, vieler unserer Bürgermeister und Gemeinderäte draußen.

Sehr geschätzte Damen und Herren, ich sehe aber auch für den Fremdenverkehr einige Gefahren, die es gilt, in den Anfängen abzuwehren, indem wir uns zusammensetzen, daß wir darüber nachdenken, wie man das eine oder andere in den Griff bekommt. Eine solche Gefahr für die Chancen, es wurde schon gesprochen, ist, daß noch immer, leider ist der Herr Mag. Rader nicht da, vielleicht hört er es irgendwo, die Schießerei am Dachstein eine echte Erschwernis ist. Dieses Hohe Haus hat ja dazu ausführlich Stellung genommen. Eine echte Erschwernis. Die Ramsauer Statistik ist gar nicht so erfreulich. Wir haben nur das Glück gehabt, daß im Sommer, im September so schlechtes Wetter war, aber seither, bitte, sind das Erschwernisse und sind in Wahrheit nicht das, was das Bundesheer brauchen würde. Das muß gesagt werden. Das Problem ist noch nicht vom Tisch. Hoffentlich kommen wir damit zurande.

Weiters, meine Damen und Herren, die seuchenhafte Projektvermehrung von Kleinkraftwerken, die zu unseren schönsten Natur- und Landschaftsteilen Zutritt haben wollen, überall die Gewässer anzapfen wollen. Das ist auch eine Gefahr für die Zukunft. Ich hoffe sehr, daß, wie schon gesagt, durch eine Parteienstellung von Natur-, Landschaftsschutz und Fremdenverkehr hier das eine oder andere in die richtigen Bahnen kommt, wie ich überhaupt sagen möchte, daß das Kapital Natur und Landschaft und der freundliche Menschenschlag auch für die Zukunft das Hauptkapital für jegliche touristische Entwicklung auch in unserem Heimatland Steiermark sein wird. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident Klasnic: Ich unterbreche die Sitzung für eine Stunde, und ich bitte Sie, um 14.15 Uhr wieder im Raume zu sein. (Unterbrechung der Sitzung um 13.15 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. (Wiederaufnahme der Sitzung um 14.15 Uhr.) In der Gruppe 7 hat sich zum Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Brandl. Ich erteile es ihm.

Abg. Brandl: Hohes, leider leeres Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ich bin aber da!“)

In der vormittägigen Debatte zu diesem so wichtigen Volkswirtschaftszweig wie dem Fremdenverkehr sind ja sehr fundierte Aussagen gemacht worden. Ich kann mir daher einiges sparen, Wiederholungen sind ja bekanntlich nicht erwünscht. Zuerst, meine Damen und Herren, einiges über den österreichischen Fremdenverkehrstag, der ja im Grazer Congress sicher ein Ereignis war, das den ansonsten üblichen Rahmen

gesprengt hat. Es war nicht nur das hundertjährige Jubiläum und die in Wort und Schrift dargelegte historische Entwicklung dieses bedeutenden Wirtschaftszweiges von 1884 bis 1984, es war auch nicht nur die ausgezeichnete und von allen Stellen anerkannte gute Organisation dieser Veranstaltung, es war meiner Meinung nach eine sehr entscheidende Weichenstellung für die Zukunft. Eine Weichenstellung, die besonders dadurch gekennzeichnet war, daß gegenwärtige Fakten und Entwicklungstendenzen im nationalen und internationalen Fremdenverkehr eine solide Basis für die Erarbeitung neuer und zukunftsweisender Zielvorstellungen bildeten. In rund einjähriger gründlicher Vorarbeit haben Fachleute aus dem Bereich des Fremdenverkehrs, aus dem Bereich der Wissenschaft, der Arbeitnehmervertretung unter der Betreuung des Ministeriums Grundlagen für die vielfältigen Bereiche dieses Volkswirtschaftszweiges erarbeitet. Diese exakte Auflistung von Zahlen, Erfahrungswerten, grundsätzlichen Überlegungen und zu planenden Maßnahmen hat die Beratung in sechs Ausschüssen mit zusätzlich zwei Unterausschüssen sehr, sehr erleichtert. Die breite Basis der angeschnittenen Themen, die ausreichende Zeit zur Beratung und die grundsätzlich festgelegte Form, wie Kollege Kröll das schon gesagt hat, einstimmiger Beschlüsse haben in den Ausschüssen zu Ergebnissen geführt, die für die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft, und somit auch für die steirische, zweifellos Richtlinien für ihre kommende Arbeit darstellen können. Ohne, meine sehr geehrten Damen und Herren, auf Einzelheiten einzugehen, die sich mit einem Diskussionsbeitrag von hier aus ja ohnehin nur höchst mangelhaft vollziehen ließen, kann gesagt werden, daß am österreichischen Fremdenverkehrstag 1984 in Graz sehr deutlich zum Ausdruck gebracht wurde, wie sich die Entwicklung vollzogen hat. Dies bestätigt uns der geschichtliche Rückblick über 100 Jahre. Wo wir derzeit stehen, das sagen uns Nächtigungszahlen, Deviseneingänge, Anteile am Bruttosozialprodukt, Beschäftigungsentwicklungen, Umweltsorgen und vieles mehr, und wohin wir gehen, da können Entwicklungstendenzen aufgezeigt, Hochrechnungen angestellt, es können Förderungsschwerpunkte gesetzt werden, bessere Werbungs- und Verkaufsstrategien angeboten werden, alles das sind sicher sehr notwendige Überlegungen. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Weg zu den gemeinsam erarbeiteten Zielen wird in mühevoller Kleinarbeit von allen den Fremdenverkehr tragenden Bürgern gefunden und gegangen werden müssen. Dieser Weg wird leichter sein, wenn in unserem Land auch in Zukunft der innere Friede gewahrt, der derzeitige Wohlstand gesichert und, was sehr entscheidend ist, lohn-, sozial- und arbeitsrechtliche Fragen auch in Zukunft am Verhandlungstisch geregelt werden können. Die grundsätzlichen Aussagen am österreichischen Fremdenverkehrstag gelten in den wichtigsten Bereichen auch für die Steiermark. Wir haben leicht rückläufige Nächtigungszahlen zu verzeichnen, wir haben eine sehr unterschiedliche und vielfach ungenügende Auslastung unserer Fremdenverkehrskapazitäten, wir können, längerfristig gesehen, nicht mehr mit so hohen Zuwachsraten wie in den vergangenen Jahren rechnen, wir spüren die Konkurrenz anderer Staaten genauso deutlich, wie dies österreichweit der Fall ist, und wir sind, wenn auch etwas

abgeschwächt, ebenfalls Umweltbelastungen ausgesetzt. Es sind Natur und heile Landschaft für den steirischen Fremdenverkehr ebenso wichtig wie in den anderen Bundesländern. Es gibt in der Steiermark dazu aber auch noch einige hausgemachte Entwicklungen, wenn ich diesen Ausdruck gebrauchen darf, Entwicklungen, die eine zusätzliche Belastung gebracht haben oder die nach unserer Meinung nicht den gewünschten Erfolg erreicht haben. Da wären zuerst einmal, ich sage das nur mit ein paar Worten, die Übergangsschwierigkeiten in der Ressortzuständigkeit zu erwähnen, die von Wegart zu Dipl.-Ing. Fuchs und von diesem nun zu Dr. Helmut Heidinger geführt haben. Da hat es wiederum, tolerant ausgedrückt, etwas Sand im Getriebe gegeben, und wertvolle Zeit ist ebenfalls verlorengegangen. Inzwischen, meine Damen und Herren, ist es besser geworden, das steht eindeutig fest. Der Landesfremdenverkehrsverband wurde auf eine neue Grundlage gestellt, und mehr Leute arbeiten nun wieder miteinander für ein gemeinsames Ziel. Das allein erachte ich schon als sehr wesentlichen Fortschritt. Neue Initiativen, eine verbesserte Werbungs- und Verkaufsstrategie, das neu eröffnete Informationshaus in der Herrngasse in Graz, verbesserte Richtlinien zur Komfortzimmeraktion im Privatzimmerbereich, wo das Land pro Bett nun 7.500 und die Gemeinden zusätzlich 2.500, also insgesamt 10.000 Schilling, pro Bett als Beihilfe bei Modernisierungen gewähren, und einiges andere mehr hat wieder etwas Schwung – und das war höchst an der Zeit – in die steirische Fremdenverkehrswirtschaft und in die steirische Fremdenverkehrspolitik gebracht. Von dieser Stelle aus ist vor einem Jahr von mir für die sozialistische Fraktion so nach dem Motto „Alle Jahre wieder“, ich gebe zu, in etwas sehr bestimmter Form und vielleicht auch schon etwas ungeduldig, aber das hat die lange Zeit gemacht, es sind ja 20 Jahre, wenn man sich überhaupt noch zurückerinnern kann, habe ich verlangt, daß ein steirisches Fremdenverkehrsgesetz endlich beschlossen werden soll. Ich habe verlangt, daß bis Ende 1984 in gemeinsamer Arbeit dieses für den Fremdenverkehr so wichtige Gesetz erstellt werden soll. Herr Landesrat Dr. Heidinger hat mir geantwortet, das habe ich jetzt ganz genau nachgelesen, daß ich ja kein falsches Wort sage, daß er sich innerlich einen noch kürzeren Zeitraum als den von mir genannten – also nicht bis Jahresende – vorstellen könnte. Und leider, meine Damen und Herren, bei innerlich ist es geblieben (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.), denn äußerlich muß es in diesem Zeitraum riesige Schwierigkeiten bei der ÖVP oder noch besser in dem engeren Teilbereich der ÖVP, in der Handelskammer, gegeben haben. Denn fest steht, und das bedauern wir alle zusammen in etwas unterschiedlicher Form, daß bis heute keine Regierungsvorlage vorliegt, und, soweit ich das beurteilen kann, da bin ich nicht ganz so optimistisch wie der Kollege Kröll, der ist da so allgemein darübergangen über diese Sache, daß es auch gar nicht so klare Vorstellungen gibt. (Abg. Kröll: „Ich habe so viele Details gehabt!“) Ja, ja, ich weiß schon. Aber schauen Sie, meine Damen und Herren! Wenn man da herinnen steht (Abg. Dr. Dorfer: „Gut Ding braucht Weile!“) und ehrlichen Willens, guten Willens mittut, dann macht man sich Gedanken. Dann macht man sich Gedanken darüber, wieso gibt es das, daß der zuständige Wirtschaftslandesrat von sich

aus den ehrlichen Willen – der ist unbestritten, da gibt es überhaupt keine Diskussion (Abg. Kröll: „Da hast du recht!“) – hat, daß aber dann im gesamten gesehen in einer solchen Breite der steirischen ÖVP dann eine solche entscheidende Frage auch nicht zum Durchbruch kommt. (Beifall bei der ÖVP.) Da habe ich nachgedacht, meine Damen und Herren! (Abg. Aichhofer: „Das hast du vom Sinowatz gelernt!“) Und, meine Damen und Herren, man kann ja ein solches Problem nicht vereinzelt sehen. Man muß es ja in der Gesamtpolitik sehen. (Abg. Dr. Dorfer: „Breite ist auch tief, und tief ist gründlich!“) Nein, nein, weil da etwas gesagt worden ist von kompliziert. Herr Landeshauptmann, gestatten Sie mir – mir ist es jetzt momentan eingefallen –, daß ich etwas sage, was Ihr Herr Vater einmal gesagt hat? Es gehört jetzt nicht dazu, aber gestatten Sie mir das. Da war die Eröffnung des Rathauses in Mariazell. Und da sind wir zusammengestanden, Bürgermeister Schögl und einige Leute dort, und haben darüber geredet, wie man das häufig tut unter Politikern, wie kompliziert alles geworden ist und wie schwierig alles geworden ist. Und dann ist der Herr Landeshauptmann Krainer, also Ihr Vater, gekommen und hat, eigentlich für mich verblüffend, gesagt: „Was redet Ihr da für einen Blödsinn“ – ja, Blödsinn hat er nicht gesagt, aber ich denke das jetzt so –, „was sagt Ihr da, daß alles so kompliziert wäre, das ist ja nicht wahr, denn wenn es so kompliziert wäre, würde ich es ja auch nicht begreifen!“ (Allgemeiner Beifall und Heiterkeit.)

Aber jetzt muß ich, meine Damen und Herren, zurückkehren zu dem, warum das Gesetz nicht möglich war, und was ich mir da zusammengereimt habe, warum es nicht gegangen ist. Schauen Sie (Abg. Dr. Dorfer: „Was hast du jetzt zusammengeredet?“) – ja, das sage ich jetzt –, für eine Partei wie die Österreichische Volkspartei, die also bei jeder Gelegenheit – jetzt muß ich etwas verbinden, es geht in die Bundespolitik, im Land wird es ja anders gesagt –, bei jeder Gelegenheit sagt, welche ungeheure Belastungen es für die Menschen in unserem Lande gibt. Es gibt keine Maßnahme, die nicht eine Belastung ist, und kein Problem, das zur Entlastung des Staatshaushaltes und all dieser Dinge, die wir für richtig halten, angegangen und durchgesetzt werden muß. Alles das ist eine Belastungspolitik von A bis Z, vom Anfang bis zum Ende. Und nun kommt die steirische ÖVP mit dem Fremdenverkehrsgesetz. Meine Damen und Herren, das ist eine Belastung. Das ist völlig klar. Und jetzt kommt die gleiche Partei in den Gewissenszwang und in die Gewissensfrage, jetzt unterschiedliche Erklärungen abgeben zu müssen. Das fällt ihnen im allgemeinen so nicht schwer, das weiß ich schon, das ist kein Problem. (Beifall bei der SPÖ. – Landesrat Dr. Heidinger: „Gib deine Erklärung ab!“) Ich habe das zuerst sagen müssen. (Allgemeiner Beifall.) Schauen Sie, ein Abgeordneter ist doch verpflichtet, daß er nachdenkt darüber, welche Ursachen so eine Sache hat, völlig klar.

So, jetzt mache ich es kurz, das verspreche ich. Schauen Sie, es nützt nichts, das ist verflissene Milch. Die entscheidende Frage ist, ich glaube, das ist unbestritten auch hier im Hause, daß doch weitere Bemühungen angestellt werden müssen, zwangsläufig, um zu einem Fremdenverkehrsgesetz zu kommen, denn

wir brauchen im Endergebnis mehr Mittel für die Werbung. Wir brauchen die Mittel für einen verbesserten Verkauf, wir müssen unsere Regionen stärken. Das ist die einzige Möglichkeit, die Gemeinden können es nicht tun, das Land kann es auch nicht in dem Ausmaß tun, das wissen wir sehr genau, was da notwendig ist. Und daher muß die Fremdenverkehrswirtschaft eingebunden werden in diesen Komplex, und wir werden eine Form finden müssen, die es dann doch ermöglicht, daß wir zu einem einstimmigen Beschluß kommen. Ich habe Ihnen voriges Jahr für unsere Fraktion angeboten, daß wir bereit sind, positiv mitzuarbeiten an einem steirischen Fremdenverkehrsgesetz. Und daß es für uns nichts Ungewohntes ist, auch Verantwortung über Unpopuläres zu übernehmen. Das haben wir ja gelernt in der Zwischenzeit, das wissen Sie ja. (Allgemeiner Beifall.) Aber ich möchte dazusagen, Verantwortung für Notwendiges. Das muß man auch sagen, da können Sie in einigen Bereichen anderer Meinung sein.

Jetzt zum Schluß. Voriges Jahr habe ich eine Bedingung gestellt. Ich habe jetzt gesehen, einer Mehrheit eine Bedingung zu stellen, das bringt nichts. Die Mehrheit tut, was sie will, die Minderheit kann kopfstehen, daran ändert sich nichts. Schauen Sie, heute kann ich von dieser Stelle aus nur appellieren, Herr Landesrat, kann nichts anderes tun, daß man doch jetzt im Jahre 1985 zurande kommt, daß wir diese gemeinsamen finanziellen Bedingungen schaffen, damit wir unserer Fremdenverkehrswirtschaft die entsprechende Unterstützung geben können. Meine Damen und Herren, darf ich jetzt nur ganz kurz Lokalpatriot sein. Am 26. und 27. Jänner findet in St. Sebastian, das ist die nördlichste Gemeinde der Steiermark, ein Europacup statt, ein Europacup für Damen. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Schifahren!“) Schifahren, bitte schön. Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher, wenn man in Mariazell wohnt oder wie der Kröll in Schladming, dann ist selbstverständlich, daß das Schifahren ist, das weiß er nicht. Ist unmöglich, aber bitte schön. Aber, meine Damen und Herren, die zweite Veranstaltung muß ich auch sagen. Vom 6. bis 9. Februar findet ein Weltcup im Trickschifahren statt, jetzt habe ich es dazugesagt; also auch eine sehr interessante Veranstaltung. Meine Damen und Herren, was ich sagen wollte, daß damit der Beweis erbracht wird, daß auf internationaler Ebene des Wintersports nicht nur die Dachstein-Tauern-Region mit gewissen Veranstaltungen aufwartet, daß nicht nur Murau da ist, sondern auch das Mariazeller Land einiges zu bieten hat. Danke schön. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum zweiten Teil der Gruppe 7, „Fremdenverkehr“, erteile ich dem Herrn Landesrat Dr. Helmut Heidinger das Schlußwort.

Landesrat Dr. Helmut Heidinger: Herr Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Mag. Rader hat in seiner Rede das Wort Motivation erwähnt, und der Herr Abgeordnete Hans Brandl hat uns zweifellos nach dem Mittagessen für den Fremdenverkehr alle sehr motiviert. Ich glaube, daß diese Motivation für den Fremdenverkehr, wenn Sie wollen, die Werbung für den Fremdenverkehr, als Teil der steirischen Wirtschaft

und der Steiermark überhaupt durchaus gerechtfertigt ist, trotz aller Erfolge, die mit Recht aufgezeigt worden sind. Die Herren Abgeordneten, die gesprochen haben, es waren ihrer fünf, sind sehr sachkundig auf die Probleme eingegangen, es ist auch kein Wunder, zwei davon sind Präsidialmitglieder, und wir sind ja immer wieder beisammen und besprechen voller Offenheit die Probleme, so daß es mir erspart bleibt, Wiederholungen vorzunehmen.

Aber ich darf das Hohe Haus daran erinnern, daß wir nur 5 Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes aus dem Fremdenverkehr beziehen, während es im österreichischen Schnitt 10 Prozent, in Tirol gar 40 Prozent, in Salzburg 30 Prozent und in Kärnten 20 Prozent sind. Und nachdem die heile Umwelt, und das deckt sich damit vollkommen, wie wir aus Meinungsumfragen wissen, für den Fremdenverkehr etwas ganz Wichtiges ist und ja auch die umfangreiche Umweltschutzdebatte gezeigt hat, daß wir auf diesem Gebiet einiges zu bieten haben und nicht so schlecht dastehen, so können wir durchaus bei realistisch selbstkritischer Betrachtung annehmen, daß es uns gemeinsam gelingen müßte, die Position des steirischen Fremdenverkehrs zu verbessern. Natürlich sind die stürmischen Wachstumsjahre vorbei, die unter meinem Vorgänger im Amt, Landeshauptmannstellvertreter Wegart, erreicht wurden. Aber worum geht es denn bei der Fremdenverkehrspolitik des Landes? Da sind wir sicher, und die Wortmeldungen haben es gezeigt, einhellig einer Meinung: Die Rahmenbedingungen für den Fremdenverkehr sind zu verbessern, und das greift natürlich weit, weit über das hinaus, was jetzt in dem Ansatz Fremdenverkehrsförderung des Budgets drinnensteht. Dazu gehört natürlich die Steuerpolitik, sie wurde angezogen, dazu gehört die Umweltpolitik. Es wurde schon viel während dieser Debatte darüber gesprochen. Ich möchte mich jetzt konkret auf das beziehen, was sozusagen im engeren Verantwortungsbereich geschehen kann und geschehen muß.

Da ist die Förderung im Angebotsbereich der Fremdenverkehrswirtschaft, das ist in erster Linie ein Problem zinsgünstiger Kredite, weil alle wissenschaftlichen Untersuchungen zeigen, daß im Fremdenverkehr der Kapitalumsatz ein sehr, sehr niedriger und der tragbare Zinsfuß ein sehr, sehr niedriger ist. Und daher hatten wir konkret, und das habe ich nie verschwiegen, Probleme mit dem großen Rückstau an Wünschen nach derartigen Krediten. Der Herr Abgeordnete Kröll hat darüber berichtet.

Der zweite große Bereich ist das Umfeld, das konkrete Umfeld für den Fremdenverkehr, und da stoßen sich manchmal die Diskussionen zwischen dem Referenten und dem, der eine Subvention möchte, denn man kann einen Tennisplatz sicherlich auch für den Fremdenverkehr verwenden, aber wenn in dem betreffenden Ort eben nur 500 Nächtigungen sind, dann ist der Anteil des Fremdenverkehrs ein bißchen gering. Aber im wesentlichen sind wir uns auch da einig, und ich glaube, daß im großen und ganzen auch die Vereine und Gemeinden, die wegen solcher Unterstützungen, sei es für Sportanlagen, sei es für Schlechtwetteranlagen, für Lifte, für Loipen, für Lift- und Loipengeräte, für Bäder, Hallenbäder, immer wieder zum Land kommen, doch einigermaßen befriedigend bedient werden.

Wir haben einen dritten Bereich, und das ist das Neue, und das ist vielleicht, Freund Brandl, auch das, was du mit Turbulenz bezeichnet hast. Es wäre wahrscheinlich auch nicht anders gewesen, wenn der bewährte Referent weiter geblieben wäre. Es ist der Abteilungsleiter in die verdiente Pension gegangen, und es mußte einfach der Apparat vergrößert werden. Und wir haben jetzt im Fremdenverkehrsverband vier qualifizierte Mitarbeiter mehr, und das ist natürlich ganz entscheidend, ob man die hat oder ob man sie nicht hat. Denn wir sind im Fremdenverkehr zu einem Käufermarkt gekommen, die Konkurrenz ist groß, und Marketing und Werbung, aber auch Information innerhalb der Fremdenverkehrswirtschaft sind notwendig, und ich danke für die Blumen, die du mir gereicht hast. Ich habe aber wirklich selbst auch das Gefühl, daß die Information auf viel breiterer Basis jetzt erfolgt. Ich denke auch an unsere monatliche Fremdenverkehrszeitung, die ja auch den Herren Abgeordneten zugeht, wo Sie sich über das Wesentliche informieren können.

Es gehört viertens dazu, was wieder nicht in dieser Budgetgruppe enthalten ist, aber ich darf es erwähnen, es ist die Ausbildung, unser Berufsschulwesen. Und der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer hat auf die fünfjährige Höhere Fremdenverkehrsschule hingewiesen. Ich habe meine Bereitschaft ja in der Kammer dokumentiert und deponiert, im Rahmen des Möglichen mitzutun. Ich hoffe, daß es in Kooperation mit dem Bund gelingt, diese Institution zum Leben zu erwecken und in drei bis vier Jahren, wenn Investitionen notwendig sind, hoffe ich, wenn die Mittel nur gleichbleiben, die derzeit für Fremdenverkehrsinvestitionsbereiche zur Förderung zur Verfügung stehen, auch das zu fördern.

Die Budgetansätze wurden erwähnt. Ich möchte aber an den Zahlen zeigen, daß wir sehr wohl dort Schwerpunkte gesetzt haben, und ich bin sehr dankbar dem Herrn Landeshauptmann, dem Landesfinanzreferenten und dem Hohen Landtag, der ja das Budget, wie man sieht, beschließen wird, daß für Werbung im ordentlichen und im außerordentlichen Haushalt vom Rechnungsabschluß 1983 auf Voranschlag 1985 die Mittel um 65 Prozent, meine Damen und Herren, erhöht worden sind. Und zu den 117 Millionen, die unter Fremdenverkehr im engeren ausgewiesen sind, kommen die Personalkosten der im Amt, aber auch im Verband tätigen Mitarbeiter. Dazu kommen die Kosten im Berufsschulbereich, und dazu kommen die 5,8 Millionen, die die Steiermark-Information gekostet hat. Ich möchte bei der Gelegenheit, weil ich dann natürlich auf das Fremdenverkehrsgesetz kurz zu sprechen kommen möchte – warum kurz, werde ich Ihnen gleich sagen –, etwas über die Fremdenverkehrsorganisation sagen, deren Aufbau ein Werk langer, langer Jahre ist und vieler, die daran gearbeitet haben: Wir haben 23 Regionalverbände und zirka 400 Fremdenverkehrsvereine, und wir haben in einer Meinungsumfrage und in einer Bilanzumfrage, die jetzt endlich fertig vorliegt, erhoben, daß diese Vereine im Jahre 1984 ein Budget von rund 43 Millionen für den Fremdenverkehr einsetzen. Davon werden 17 Prozent durch Mitgliedsbeiträge, 13 Prozent durch freiwillige Beiträge aus dem Vereins- und Verbandsgebiet, 20 Prozent durch Subvention des Landes, 0,6 Prozent durch Subventionen des Bundes und 35 Prozent durch Zuwendungen der Gemeinden aufgebracht, die ihrerseits wieder die

halbe Nächtigungsabgabe – wie bekannt –, das sind grob zwischen 16 und 18 Millionen im Jahr, und das wird von den Gemeinden – und dafür möchte ich danken – fast hundertprozentig zu den Vereinen durchgeleitet, nämlich 15 Millionen in absoluten Ziffern, und 14 Prozent sind sonstige Einnahmen. Das sind meistens Einnahmen aus Betrieben, die die Vereine betreiben, wenn sie selbst einen Lift, ein Bad oder ähnliches haben. Das ist die finanzielle Situation der Vereine, die in erster Linie natürlich das Marketing betreiben.

Über den Österreichischen Fremdenverkehrstag hat der Kollege Brandl so klar und deutlich gesprochen, daß dem nichts hinzuzufügen ist. Ich möchte nur ergänzen, daß wir erstmalig – und ich hoffe, daß dieses Experiment gelingt, nachdem das Präsidium das einstimmig akzeptiert hat – versuchen, in Gruppendiskussionen möglichst rasch die Erkenntnisse, die beim Fremdenverkehrstag diskutiert und gewonnen wurden, weiterzugeben. Ich hoffe, daß auch der eine oder andere des Hohen Hauses am Fremdenverkehrstag wird teilnehmen können.

Die wichtigen Trends im internationalen Tourismus wurden dort dargelegt, und Sie sehen, daß man natürlich über alles verschiedener Meinung sein kann und sein muß: Es wurde unter anderem dieses dicke Heft über die Situation des österreichischen Fremdenverkehrs und Perspektiven bis zum Jahre 2000 vorgelegt. Es gibt bereits von der Österreichischen Raumordnungskonferenz ein kritisches Gegenpapier. So geht das eben. Ich will Sie jetzt mit den Prognosen nicht plagen. Aber ein paar Grundsätze sind für jeden einsichtig: Das eine ist, daß die Freizeitentwicklung, die Arbeitszeitentwicklung zu mehr Freizeit, zu mehr Urlaub, zu längeren Wochenenden führen. Daß wir auf der anderen Seite, wenn Sie so wollen, als Kontraposition haben, daß etwa das Bevölkerungswachstum, das in der Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis 1980 fast 25 Prozent betragen hat, von 1980 bis 2000 sich in ein Minus von 7,5 Prozent verwandelt. Es darf einen nicht wundern, wenn dann der Markt ausgeschöpft ist. Es ist die Altersstruktur zu berücksichtigen, und aus all diesen Gründen hat die österreichische Fremdenverkehrswerbung – und wir sind da durchaus der gleichen Meinung – die Tendenz, daß wir neue Märkte erschließen müssen. Dazu gehören vor allem die USA, allerdings derzeit begünstigt durch den Dollarkurs, dazu gehören die Japaner. Ich freue mich, daß auf beiden Märkten unsere Dachstein-Tauern-Region bereits aufgetreten ist, und wir werden verstärkt auch vom Land aus nachfolgen, nicht zuletzt in Verbindung mit der Kultur und der Präsentation des „steirischen herbstes“ in New York und Los Angeles. Das sind sicher neue Positionen, die wir gewinnen können. Ich darf dem Hohen Haus vielleicht aus einer ganz, ganz brandneuen Meinungsumfrage vortragen: Wir wollen ja nicht im Nebel oder im Blindflug durch die Gegend fahren, sondern wir haben vor allem festgestellt, die Zahlen wurden genannt, daß die Wiener Gäste relativ stark, stärker als andere, weggeblieben sind. Wir wollen uns verstärkt wieder um den Wiener Urlauber kümmern, denn rund 30 Prozent unserer Gesamtnachtigungen werden von Wienern erbracht. Wir haben durch die Umfrage festgestellt, daß der Steiermarkbegriff geprägt ist durch das Grüne Herz, die schöne

Landschaft, Wald, freundliche Bevölkerung, die Steiermark kann als Familienurlandsland angesehen werden. Daß die bevorzugten Urlaubsziele die Oststeiermark, die Süd- und Weststeiermark sind, ist uns bekannt. Und interessant, aber nicht neu, daß die Mundpropaganda eine große, große Rolle spielt.

Marketing ist notwendig, aber in Abwandlung kann man ruhig sagen: Marketing beginnt „at home“: Der freundliche Wirt, der freundliche Dorfbewohner, der einem Fremden Auskunft gibt, der freundliche Trafikant, der freundliche Postbote, all die sind auch Boten unseres steirischen Fremdenverkehrs, oder sie sind Verhinderer des steirischen Fremdenverkehrs, wenn sie sich nicht entsprechend benehmen sollten. Und ganz, ganz wichtig: 60 Prozent der Wiener waren mit ihrem letzten Aufenthalt in der Steiermark sehr zufrieden, und 35 Prozent waren zufrieden. Also die Quote der Unzufriedenen ist sehr, sehr gering. Und das sogenannte Profil ist gekennzeichnet durch Ruhe, Geborgenheit, viele Ausflugsmöglichkeiten, abwechslungsreiche Landschaft, sympathische Bevölkerung, gutes Service, Verpflegung und problemlose Anreise. In der Preisgünstigkeit liegen wir gleich mit Niederösterreich und signifikant vor Salzburg und Kärnten.

Zusammenfassend: Steiermark ist für Wien ein attraktives Urlaubsland, das hat diese Meinungsumfrage bestätigt, und die werbliche Ansprache wird sich noch stärker um den Aktivurlauber und um den, der auch Kultur sucht, kümmern. Nun darf ich ganz kurz zur Resolution kommen, die in dieser Gruppe vorgelegt wurde. Die Zweitwohnungsabgabe ist ein heikles Kapitel. Ich bin auch gar nicht sicher, daß die Fremdenverkehrsabteilung dafür zuständig ist. Ich darf aber das Hohe Haus informieren, daß es in Vorarlberg ein Pauschale nur für Inländer gibt, in Tirol das gleiche, in Kärnten gibt es eine solche Abgabe nicht, in Niederösterreich nicht, in Burgenland nicht, in Oberösterreich nicht, in Salzburg gibt es eine pauschale Ortstaxe für Ferienwohnungen. Ich weiß nicht, ob es sinnvoll und zweckmäßig ist, weil bei uns ja die Zweitwohnungsbesitzer überwiegend Inländer sind, sie durch eine Abgabe zusätzlich zu verärgern.

Und die bessere Kontrolle für die Nächtigungsmeldungen, das ist Sache der Rechtsabteilung 10. Ich darf Ihnen aber sagen, daß ich sehr bald nach meinem Amtsantritt die Nächtigungszahlen verglichen habe, die gemeldet wurden, mit den eingegangenen Fremdenverkehrsbeiträgen. Ich bin den Fragen nachgegangen, warum und so weiter. Und die Abteilung hat dann die Rechtsabteilung 10, die ja einen eigenen Kontrollapparat hat, gebeten, die Frage zu prüfen. Das ist auch geschehen. Ich darf mich dafür bedanken, und die Antwort auf diesen Antrag in Form einer schriftlichen Beantwortung wird ja noch kommen.

Damit möchte ich schon zum Vorletzten kommen, das ist die Frage des Fremdenverkehrsgesetzes. Das Fremdenverkehrsgesetz soll – und ich glaube, da sind sich alle, die es befürworten, einig – mehr Geld für den Fremdenverkehr bringen, und es sollen die Wirtschaftsbereiche, die nicht unmittelbar Gastronomie sind, die aber aus dem Fremdenverkehr Nutzen ziehen, entsprechend diesem Nutzen belastet werden, um für die Werbung Gelder aufzubringen. Die vielen Probleme sind in einer Regierungsvorlage, die leider dem Hohen Landtag noch nicht zugewiesen ist, die

aber von der Regierung bereits beschlossen ist, dargestellt, und ich glaube, wenn diese Unterlage im Haus ist, ist es zielführender, darüber zu diskutieren. Du, Freund Brandl, bist aber über die Probleme voll informiert, weil ich immer sehr freimütig im Präsidium die Überlegungen dargestellt habe. Freund Brandl: die Rechtsabteilung 10 ist am Zuge. Diese hat nämlich in Zweifel gezogen, daß die Lösung, so ähnlich, wie sie auch in Tirol und Salzburg vollzogen wird und in Salzburg proponiert ist, finanzverfassungsrechtlich geht. Ich habe vor wenigen Tagen erst den Brief bekommen: Es geht. Und nun werden von der Rechtsabteilung 10 über die Einbringung uns einmal Entwürfe vorgelegt, denn bitte, nach der Einteilung der Verantwortung in der Regierung ist für die Einhebung einer allfälligen solchen Abgabe die Rechtsabteilung 10 zumindest derzeit zuständig. Ich verhehle nicht, daß ich diese Äußerungen getan habe, die du erwähnt hast, ich bekenne mich dazu, auch wenn es keine Protokolle gibt, die Probleme am Anfang auch nicht so diffizil gesehen habe, wie sie zu sehen sind, und wenn wir was machen wollen, dann machen wir bitte keinen Pfusch, denn wir müssen uns über verschiedenes im klaren sein. Freiwillige Beträge, die jetzt, und deswegen habe ich Ihnen das dargestellt, im Betrag von 7 Millionen Schilling einfließen bei den Vereinen, wird es dann natürlich nicht mehr geben. Die fallen weg. Es wird andere Beträge auch nicht geben, denn die Gemeinden wollen ja auch, und das muß dann in diesem ganzen Paket abgehandelt werden, die Nächtigungsabgabe zur Gänze haben. Es ist nicht richtig, daß wir das einzige Bundesland sind, wo sie geteilt ist. Aber alles das, wenn schon denn schon, (Abg. Brandl: „Ein Paket!“) bitte, in einem und in einem wirklich vernünftigen Paket. Und das dauert halt wirklich ein bisserl. Nur, weil bis vor kurzem Ihre Partei den Fremdenverkehrsreferenten in Kärnten stellte, Herr Abgeordneter Mag. Rader: Kärnten hat ein Fremdenverkehrsgesetz, das jedenfalls so ist, daß Sie sicher nicht und ich auch nicht ein solches Gesetz wollen. Die sind ein älteres Fremdenverkehrsland, oder zumindest auch so ein altes Fremdenverkehrsland, sie haben fast doppelt so viel Nchtigungen wie wir, aber sie haben auch kein brauchbares Gesetz. (Abg. Mag. Rader: „Da wird Ihr Referent sicher eine Änderung vorschlagen!“) So ist das nicht, daß nur wir die sind, die nichts zusammenbringen.

Damit möchte ich zum Schluß kommen und schlagwortartig über das, was wir im nächsten Jahr sicher werden erreichen können, berichten: Wir werden also einen Marketing-Sprung nach den USA machen, wir werden unsere Märkte in der Umgebung verstärkt bearbeiten, insbesondere Oberitalien – die italienischen Zahlen sind steigend –, wir werden aber auch Wien und die übrigen österreichischen Bundesländer, vor allem Oberösterreich, verstärkt in unsere Marketing-Bemühungen einbeziehen. Wir müssen intensiv fremdenverkehrsmäßig die Landesausstellung 1986 vorbereiten in Zusammenarbeit mit dem ins Leben gerufenen Arbeitskreis „Kultur und Fremdenverkehr“, weil ich glaube, daß das Thema geeignet ist, über die Region hinaus den Fremdenverkehr im ganzen Land zu befruchten, aber das erfordert, daß wir jetzt schon, eineinhalb Jahre vorher, uns intensiv damit beschäftigen. Wir werden sicher die eingebrachten Wirtschaftsförderungsgesetze im Hohen Landtag verabschieden

können. Es wird sicher die eine oder andere Änderung der Regierungsvorlage geben. Wir sind sehr interessiert daran, das rasch zu tun, weil etwa die Förderungsgrenzen, die Kreditgrenzen, die ja seit über zehn Jahren nicht geändert wurden, einfach der inflationären Entwicklung angepaßt werden müssen. Wir werden das Sachprogramm „Freizeit, Erholung, Fremdenverkehr“ im Rahmen der Raumordnung intensiv weiterbearbeiten und, wir hoffen es, zu Ende bringen. Wir werden selbstverständlich intensiv am Fremdenverkehrsgesetz weiterarbeiten.

Ich möchte den Dank an alle, an alle Unternehmer, an alle Mitarbeiter im Fremdenverkehr sagen. Ich möchte allen im Amt und im Verband danken, insbesondere den leitenden Herren, Hofrat Hermann, Herrn Friedl, Dr. Pögl. Ich möchte aber auch den Dank allen Kritikern, allen konstruktiven Kritikern, sagen, weil alles kann man nicht selbst erfinden, und man kann immer etwas lernen. Danken möchte ich vor allem auch dem Herrn Landeshauptmann für sein Verständnis für den Fremdenverkehr, den Regierungskollegen und dem Hohen Haus, die sicherlich fast einhellig die Ansätze des Fremdenverkehrs annehmen werden. Dafür herzlichen Dank. Ich glaube, daß das Budget des Fremdenverkehrs für 1985 wieder ein guter Schritt in die richtige Richtung ist. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Wir kommen nun zum dritten und somit letzten Teil der Gruppe 7, „Wirtschaftsförderung“.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Rader. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Rader: Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Der Herr Landesrat Dr. Heidinger hat in einem unabsichtlichen Versprecher gesagt, daß die Wiener Gäste zurückgeblieben sind. Nachdem zurückgeblieben an sich keine besonders positive Äußerung ist, möchte ich als einer, der einer Fraktion angehört, aus deren Reihen leider das Bonmot gekommen ist, daß der Südbahnhof der schönste Teil Wiens ist, weil man dort abreisen kann, was ich nicht unterstreiche – Wien hat auch sonst noch schöne Bereiche. (Abg. Dipl.-Ing. Riegler: „Wer hat das gesagt?“) Ich sage ja, ich unterstreiche es nicht, aber gerade, weil es aus unserem Bereich gekommen ist, möchte ich sagen, daß die Wiener Gäste natürlich nicht zurückgeblieben, sondern sehr willkommen sind, aber sie sind leider Gottes nicht in dieser Zahl gekommen, die wir gerne gewollt hätten. Aber das wird sich ja hoffentlich mit den neuen Werbemaßnahmen ändern.

Meine Damen und Herren, weil es natürlich wieder die Versuchung gibt, auch den Gewerbetreibenden und den Wirtschaftstreibenden in der Steiermark, die Förderungsgelder haben wollen, gelegentlich zu sagen, daß ja in diesem Jahr 1985 ausgerechnet die Freiheitlichen es waren, die gegen diese Förderungsmittel gestimmt haben, weil wir diese Gruppe ablehnen werden, und ihnen natürlich zu suggerieren, daß wir dagegen waren, daß sie dieses Geld bekommen, darf ich zu meiner Erläuterung, die ich bezüglich der Schuldenentwicklung in der Steiermark vorher gemacht habe, noch ein paar Zahlen hinzufügen, damit das ein gesamtes Bild ist. Man kann sich nämlich nie genug erinnern daran, wie die Schuldenentwick-

lung in diesem Lande gewesen ist. Ich sage nur ein paar Zahlen: 1974 waren es knapp 2,5 Milliarden, 1975 2,8 Milliarden, 1976 3,1 Milliarden, 1977 3,4 Milliarden, 1978 4,3 Milliarden, 1979 5,2 Milliarden, 1980 5,7 Milliarden, 1981 6,6 Milliarden, das war der Stand, den der Rechnungshof als sehr bedenklich bezeichnet hat, 1982 7,8 Milliarden, da hat es der Rechnungshof schon als äußerst bedenklich bezeichnet. Wenn Sie dieses Budget endgültig beschlossen haben werden, dann werden es etwa 12 Milliarden sein. Das ist eine Verdoppelung in den letzten fünf Jahren. Und ich sage noch einmal: Wir als Minderheit werden Ihnen die Verantwortung nicht abnehmen, dort, wo es notwendig ist, einzusparen, und wir werden Ihnen vor allem die Verantwortung nicht abnehmen, selbst zu sagen, wo eingespart werden muß, aber daß eingespart werden muß, haben wir alle gemeinsam am 3. Juli dieses Jahres unter sehr positiven Wortmeldungen, etwa des Kollegen Dr. Dorfer, den ich schon gestern zitiert habe, beschlossen. Meine verehrten Damen und Herren, es ist Zufall oder Glück oder was auch immer, daß gerade heute morgen die Zeitungen von Pressekonferenzen berichten, die Wirtschaftszahlen und Prognosen für Österreich gestern bekanntgegeben haben. Die „Kleine Zeitung“ in der Steiermark gibt hier das sehr positive Urteil ab, daß die Prognose zwar mäßig, aber regelmäßig ist, und daß es sich um ein Zwischenhoch, zumindest um ein Hoch handelt, wenn man nämlich sieht, daß sich das Wachstum von 1983 2,1, 1984 2,5 auf die Prognose 1985, die ja jetzt gehalten hat, mit 3,0 entwickelt hat, der private Konsum von plus 5,0 im Jahre 1983, einem kleinen Tief 1984 auf Grund der steuerlichen Entwicklung von minus 1, aber jetzt eine Prognose von 2,5 hat, die Investitionen steigen werden, die Preise sich, wie man hofft, stabilisieren werden und leider Gottes aber auch die Arbeitslosenrate in der Höhe, die wir haben, so ist das ein Zeichen, daß wir nicht negativ eingestellt sein sollten, nicht besonders pessimistisch, sondern das uns aufrufen sollte, alle gemeinsam in einer gemeinsamen Anstrengung die Entwicklung, die mögliche positive Entwicklung, voranzutreiben. Und weil Sie in der Generaldebatte den Kollegen Trampusch so kujoniert haben wegen seiner Versprecher, daß trotz der sozialistischen Bundesregierung der Aufschwung weitergeht, dann habe ich Ihnen vielleicht eine Zwischenvariante anzubieten, auf die wir uns einigen können. Es ist nicht trotz, sondern weil – und zwar deshalb, weil es keine rein sozialistische Regierung mehr ist. Vielleicht können wir uns auf diese Zwischenvariante einigen. (Beifall bei der FPÖ.) Meine Damen und Herren! Es gibt ja auch in einigen anderen Bereichen Gott sei Dank nicht diese negative Entwicklung, wie sie befürchtet wurde. Ich greife nur einen Punkt heraus, weil Sie gestern in einem anderen Zusammenhang, mit den Spitälern, die Frau Kollegin Dr. Kalnoky hat es gesagt, nämlich im Sparbereich, ich bin sehr froh, und ich hoffe, daß Sie das mit uns sind, daß ich am 1. November dieses Jahres in der „Tagesspost“ lesen konnte, das hat mich nicht verwundert, sondern wirklich erfreut, daß der Weltspartag besser verlief als erwartet und die Angst vor der Zinsertragssteuer nicht zu spüren war. Meine Damen und Herren, das ist Gott sei Dank – und jetzt können wir das Thema hoffentlich abschließen – das Zugeständnis, daß all dieser Wirbel in den letzten Monaten im Zusammenhang mit der Zinsertragssteuer nicht jene

negativen Auswirkungen gezeigt hat, wie das gelegentlich auch in diesem Hause hier befürchtet worden ist. Wir müssen gemeinsam weiterarbeiten. Zum Beispiel in einigen Steuerfragen, die wir uns vorstellen können, nach unserer Auffassung sollten wir der Wirtschaft eine Reihe von steuerlichen Erleichterungen geben, um einen weiteren Fortschritt zu ermöglichen. Etwa Veränderung des Verlustvortrages von fünf auf sieben Jahre, die Erhöhung der vorzeitigen Abschreibung von 60 auf 80 Prozent beziehungsweise die Einführung einer zwölfprozentigen Sonderinvestitionsprämie für Umweltschutzinvestitionen, die steuerfreie Auflösung von Rücklagen zugunsten von Eigenkapital, eine fünfzigprozentige Erhöhung des Freibetrages und der Freigrenze bei der Lohnsummensteuer, Erweiterung des Kataloges der Freiberufler und der ermäßigten Mehrwertsteuersätze, Abschaffung der Gebührenpflicht für Fotokopien von amtlichen Geschäftsstücken, Umsatzsteuerbefreiung für Fremdenverkehrsvereine, ermäßigter Mehrwertsteuersatz, eine Verringerung des Verwaltungsaufwandes, Vereinfachung der Umsatzsteuervoranmeldung, die Erhöhung des Kleinbetrages, Rechnungsgrenze von 1.000 auf 2.000, eine Angleichung des Umsatzsteuerjahres an das Wirtschaftsjahr und noch einige andere Dinge mehr. Ich glaube, meine Damen und Herren, was das Wesentliche aber ist, habe ich bereits anlässlich der Debatte über den Wirtschaftsbericht gesagt. Gott sei Dank haben wir jetzt in der Mitte des Jahres die Möglichkeit, solche Dinge zu diskutieren, damit die Budgetdebatte nicht vollgestopft ist mit all diesen Überlegungen und die Debatten kürzer sein werden. Was wichtig ist, daß wir keine negative Placebowirkung auf die Wirtschaft ausüben, indem wir sie krankjammern. Das ist das Wesentliche. Sehen wir die Dinge zwar gemäßigt, aber positiv und entsprechen wir damit der Möglichkeit der Entwicklung, die es gibt. Meine verehrten Damen und Herren, wenn man heute morgen Zeitungen aufschlägt, dann liest man, wie es wirklich der Zufall hat, hier einen Bericht eines Rechnungshofes, der ausgerechnet genau in diesen Wirtschaftsbereich hereinpaßt, es ist ein Bericht über die Grundstücksbeschaffungsgesellschaft. (Abg. Dr. Hirschmann: „So ein Zufall!“) Ja, so ein Zufall! (Abg. Dr. Hirschmann: „An dem Zufall sind Sie ganz unbeteiligt!“) Herr Kollege, und genau das, weil ich diesen Vorwurf von Ihnen erwartet habe. Ich möchte bei dieser Gelegenheit feststellen, weil ich das extra habe ausheben lassen, daß dieser Bericht, der sehr jung ist, von Anfang November zugegangen ist. Ich sage das ohne jede Wertung, aber nur damit es klargestellt ist, selbstverständlich den Regierungsmitgliedern, dem Herrn Landeshauptmann, dem Herrn Landesfinanzreferenten, von dem heute geschrieben wird, daß der nicht unfroh darüber ist, und dem zuständigen Herrn Landesrat, daß er zugegangen ist dem Obmann des Kontroll-Ausschusses, der in der letzten Sitzung des Kontroll-Ausschusses am 20. November den Bericht den beiden Berichterstattern im Ausschuss, das ist ein Abgeordneter der Sozialistischen Partei und ein Abgeordneter der Volkspartei, zustellen hat lassen. Ich kann Ihnen auch die Namen sagen, wenn Sie wollen. Aber ich wollte das nur feststellen, daß dieser Bericht allen Fraktionen und den betreffenden Regierungsmitgliedern in diesem Hause zugegangen ist. Meine Damen und Herren, ich habe mich auch gefragt, was der Kollege Dr. Hirschmann jetzt ange-

schnitten hat. Um Himmels willen, wie spielt dieser Zufall hier? Da habe ich mich erinnert, daß eigentlich vor längerer Zeit schon, vor dem Sommer, es in diesem Hause einen Antrag gegeben hat. Als ich diesen Zeitungsartikel gelesen habe, habe ich mir gedacht, um Himmels willen, diese Inhalte kenne ich doch alle, die waren eigentlich Inhalt dieses Antrages. Dann habe ich mich weiter erinnert, daß wir eigentlich im Hause eine Vorlage der Landesregierung bereits auf-liegen hatten, die am 2. April die Regierung passiert hat; ich weiß nicht, mit welchem Abstimmungsergebnis, ich nehme an einstimmig, weil das das übliche Abstimmungsergebnis der Regierung ist, und der am 29. Mai des Jahres im Ausschuß wieder abgesetzt wurde und dann das Licht der Öffentlichkeit verlassen hatte und nie mehr aufgetaucht ist.

Ich habe mir das eben so in der Mittagspause ausheben lassen, weil mich interessiert hat, was denn hier so ident sei. Wenn ich es genauehne, dann lese ich hier genau das, was ich auch hier in der Zeitung lese. Ich sage Ihnen, ich habe den Bericht, über den hier berichtet wird, nicht gelesen. Da steht nämlich, das ist fast ident, es handelt sich um die steirische Grundstücksbeschaffungsgesellschaft mit den Gesellschaftern Gewerbliche Wirtschaft für Steiermark, Verein zur Förderung der Errichtung von Industrie- und Forschungsanlagen, welche Vorhaben diese Gesellschaft hatte zum Beispiel Bad Radkersburg, wie ich auch hier lese, den Industriepark in Mureck, wie ich hier lese, EUMIG-Liegenschaften und die Produktionshalle der Firma Gorkistein, die ich auch hier lese, und daß es einen Grundsatzbeschuß gegeben hat. Ich zitiere jetzt bitte aus dem Antrag und aus der Vorlage, damit Sie nicht meinen, ich zitiere aus dem Rechnungshofbericht, das ist nicht der Fall. Ich würde das auch nicht tun, bevor es der Kontroll-Ausschuß wirklich ausführlich diskutiert hat, dann steht, daß die Kosten für die Geschäftsführung zu hoch seien, daß das Land erhebliche Mittel zur Verfügung stellt, daß das Projekt Handwerkhof in Bad Radkersburg zu teuer war, daß, wenn das Land selbst das gemacht hätte, das habe ich schon irgendwann einmal von Herrn Landesrat gehört, es günstiger gewesen wäre, daß es hier in Mureck um einen jährlichen Pachtzins geht, der ja viel höher ist als berichtet – das ist dann später aufgeklärt worden –, dann, daß die Baukosten in Bad Radkersburg relativ hoch waren, daß diese Firma einer Förderung von einer Million pro Arbeitsplatz entspricht und so weiter und so fort. Mit einem Wort, meine Damen und Herren, das ist genau das, was jetzt in der Öffentlichkeit diskutiert wird. (Abg. Pörtl: „Wer liefert das?“) Lieber Freund, das kannst du jederzeit in deinen Unterlagen, die aufgelegt worden sind, nachlesen. Ich kann nicht sagen, wann das war, das ist der Landtag, X. Gesetzgebungsperiode, Einlagezahl 374/4. Ich bitte, bei deinen Unterlagen nachzulesen. Das ist das, was hier öffentlich in diesem Hause angelegt wurde. Das hätte Anfang Juni diskutiert werden sollen und dann für mich auch überraschenderweise abgesetzt wurde und nie mehr gekommen ist. Meine Damen und Herren, in diesem Ablauf, Antrag, Berichterstattung durch die Landesregierung, in dieser Berichterstattung damals ist zum Beispiel drinnen eine Änderung in der Geschäftsführung, eine Einschränkung des Betriebes, eine Überprüfung im kommerziellen und steuerlichen Bereich durch Herrn Dkfm. Dr. Egger, der mir schon in

anderen größeren Projekten untergekommen ist, die Auflösung des Prüfungsbeirates, weil ja ohnehin Dinge getätigt oder gemacht werden, die im Rahmen des Mittelstandsförderungsgesetzes vorgesehen sind. Wenn ich diese Zeitabläufe, meine Damen und Herren, sehe, Antragstellung, Berichterstattung, dann Einziehung dieses Antrages und jetzt in der Zwischenzeit knappe Vorlage eines Rechnungshofberichtes und jetzt die heutige Veröffentlichung, meine Damen und Herren, dann glaube ich, daß dieses Haus und die Öffentlichkeit ein Anrecht haben zu wissen, was hier gespielt wird, meine Damen und Herren! Das scheint mir, von wem auch immer – ich hoffe, daß das aufgeklärt werden wird –, eine Überlegung zu sein, diese Geschichte wieder zu beenden. Wenn das nicht der Fall ist, wenn die Grundstücksbeschaffungsgesellschaft eine Fehlentwicklung war, dann möge man das – so meine ich – in dieser Debatte hier in diesem Hause offen sagen. Dann möge man auch sagen, wie es weitergehen soll, und dann möge man sagen, was diese ganze Diskussion jetzt soll. Ich glaube, daß das, wenn auf Umwegen am Rande von Budgetdebatten irgendwelche Rechnungshofberichte irgendwo durchsickern, sicher die falsche Diskussion ist. Der Platz für die Diskussion dieser Dinge, sofern sie diskutierwürdig sind, ist hier in diesem Hause und sinnvollerweise jetzt bei dieser Debatte. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ileschitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Ileschitz: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich zitiere: „Wir bekennen uns zu einer aktiven und antizyklischen Budgeterstellung.“ Das ist ein Kernsatz der Rundfunkrede des Herrn Landeshauptmannes Krainer vom 5. Dezember 1982. Wir haben uns damals alle miteinander sehr über diese Aussage gefreut. Leider ist aus diesem Versprechen nichts geworden, wie eine Untersuchung an der Wirtschaftsuniversität in Wien eindeutig beweist. Bevor ich Ihnen, Hohes Haus, die Ergebnisse dieser Untersuchung und die daraus abgeleiteten Strategien näherbringe, einige grundsätzliche Betrachtungen. Es ist seit vielen Jahren bei unseren Budgetdebatten üblich, daß sich die ÖVP für ihre Wirtschaftspolitik ausreichend selbst lobt und gleichzeitig alles, was mit dem Bund zusammenhängt, wie den „Beelzebub“ verteufelt. Das ist grundsätzlich politisch sogar verständlich, kann aber auch einmal ins Auge gehen. Gerade wenn man, wie wir als Arbeitnehmervertreter, oft und oft als Krisenfeuerwehr agiert und in Wien bei der Bundesregierung um Verständnis bittet, wenn man immer wieder versucht, das gute Gesprächsklima zu erhalten, das die Voraussetzung für den gewaltigen Einsatz des Bundes in der Steiermark war und ist, denn man muß es einmal klar und deutlich herausstreichen: Das ist eine Realität. Kritik an anderen, nur um der Kritik willen und nur, um sich selbst besser zu machen, als man ist, ist auf die Dauer gesehen unschlau. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Der Bevölkerung willen machen wir es!“) Um der Kritik willen, nicht um der Bevölkerung willen, lieber Freund. Schauen wir uns doch dieses vorliegende Budget von einigen Wirtschaftsdaten her an und vergleichen wir es mit dem Bund. Im Land sind die Ausgaben von 1984 auf 1985 zwar um 9,6 Prozent

gestiegen, der Bruttoabgang ist es auch, und zwar gewaltig um 46,7 Prozent. Im Bund sieht es dagegen so aus, das Ausgabenplus beträgt 6 Prozent, dafür ist der Bruttoabgang um 0,5 Prozent zurückgegangen. Die Budgetbeweglichkeit bei uns im Lande, das wissen Sie ja alle selbst, ist gleich Null. Ja, wir müssen sogar 146 Millionen Schilling aufnehmen, um unabdingbare Leistungen finanzieren zu können.

Nun zu den Wirtschaftsförderungsausgaben: Während der Bund die entsprechenden Mittel in diesem Zeitraum um 25,6 Prozent gesteigert hat, fallen wir in der Steiermark um 14,3 Prozent zurück. Man soll mir jetzt nicht mit der Ausrede kommen und dem ständigen Argument, die Relation zwischen Landes- und Bundesbudget betrage 1 zu 20. Meine Herrschaften, wenn man diese Behauptung aufstellt, dann muß man aber auch die Aufgabenstellung vergleichen zwischen Bund und Land, dann wird man gleich draufkommen, daß dieses Argument sicherlich nicht verwendbar und verwertbar ist. Die Zahlen, die ich bisher genannt habe, sind Realität, und darüber kommt man auch nicht hinweg. Und damit bin ich gleich bei dem Zitat aus dem Jahre 1982, leider ist der Herr Landeshauptmann nicht hier, von Herrn Landeshauptmann Krainer, das ich ausgegraben habe. Die Untersuchung über die konjunkturpolitische Effizienz von Landeshaushalten am Beispiel der Steiermark zeigt eindeutig folgende Tatsache: Wenn sich das Land in der Vergangenheit durchgerungen hat, konjunkturpolitische Maßnahmen zu setzen, dann hatten diese fast immer eine prozyklische Wirkung. Lassen Sie mich dies nur anhand eines Beispiels illustrieren. Wir befanden uns 1982 in der Steiermark in einer sehr schwierigen Situation. Die Arbeitslosigkeit im Baubereich war ziemlich abrupt von 2.500 auf 4.300 Personen gestiegen. Trotzdem trat die Steiermark aus einem politischen Justamentstandpunkt nicht dem ersten Beschäftigungs-Sonderwohnbauprogramm des Bundes bei, das 1983 sicherlich wirksam geworden wäre. Was ist geschehen? (Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Kärnten und Burgenland treten noch immer nicht bei!“) Sollen wir immer das schlechtere Beispiel nehmen, denn sieben Bundesländer sind beigetreten. Das ist die Realität. Wir haben ja auch die Auswirkungen bekommen bei uns, das war die Ursache, die Arbeitslosigkeit ist weiter gestiegen.

Beim zweiten Beschäftigungs-Sonderwohnbauprogramm des Bundes konnte die ÖVP nicht mehr anders und machte mit, mit der Wirkung, daß die Arbeitslosigkeit 1984 nicht nur gestoppt, sondern leicht reduziert werden konnte. (Abg. Dr. Maitz: „Wasserkraftausbauprogramm war sehr wesentlich, Jugendbeschäftigungsprogramm!“) Wenn dieses Wohnbausonderprogramm angenommen worden wäre, wäre die gleiche Wirkung erzielt worden wie ein Jahr darauf, und hören Sie mir nun zu. Beim zweiten Beschäftigungs-Sonderwohnbauprogramm des Bundes konnte die ÖVP, ich wiederhole, nicht mehr anders und machte mit, mit der Wirkung, daß die Arbeitslosigkeit 1984 auf diesem Sektor nicht nur gestoppt, sondern leicht reduziert werden konnte. Jetzt, zu einem Zeitpunkt, wo die Maßnahmen des zweiten Sonderwohnbauprogrammes zu greifen beginnen und auch international ein Konjunkturaufschwung prognostiziert wird, wenn es auch nur vorübergehend hoffentlich nicht ist, verkündet die ÖVP für das Jahr 1985 ein neues, großes Sonderwohn-

bauprogramm mit zusätzlich 1000 Wohnungen. (Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Das war ein Antrag Ihrer Fraktion!“) Warten Sie ab, ich spreche ja noch weiter. Hohes Haus, nicht um mich falsch zu verstehen, wir brauchen diese Wohnungen, wir brauchen diese Arbeit, und es kann gegen ihren Bau nichts gesagt werden und wird auch nichts gesagt. Aber diese Maßnahme ist einwandfrei prozyklisch. Viel besser und effizienter wäre es gewesen, wenn sie bereits 1982 im Rahmen des ersten Beschäftigungs-Sonderwohnbauprogrammes durchgeführt worden wäre. Was können wir daraus lernen? Wir brauchen ein wirksames Instrument, um quasi auf Knopfdruck antizyklische Budgetpolitik betreiben zu können. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Es gibt auch genug Arbeitslose!“) Ein Instrument, das eben antizyklisch, rasch und effizient wirkt. Wie könnte dieses Instrument aussehen, meine Damen und Herren? Die Schaffung eines Topfes, der jährlich mit zwischen 300 bis 500 Millionen Schilling dotiert wird. Ein wirtschaftspolitisches Sparschwein also, das man aber nur dann schlachtet, wenn es eine antizyklische Politik erfordert. Ich nenne diesen Posten, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Was sagst du zur Jugendarbeitslosigkeit?“) Hören Sie noch zu, dann können Sie reden. Ich nenne diesen Posten Konjunktur-Ausgleichsbudget. Der Bund dagegen hat dieses Instrument bereits, und es ist für 1985 mit einer gewaltigen Summe von 4,5 Milliarden Schilling dotiert, das ist etwa ein Fünftel der steirischen Gesamtausgaben, meine Damen und Herren! Das ist das erfolgreiche Rezept. Natürlich müßte das steirische Konjunktur-Ausgleichsbudget mit dem des Bundes gekoppelt und koordiniert werden, einfach deswegen, weil der steirische Konjunkturverlauf dem österreichischen trendmäßig am ähnlichsten ist und daher der gemeinsame Einsatz von Bundes- und Landesmitteln zu einer besseren Steuerungsmöglichkeit führen würde. (Abg. Dr. Maitz: „Herr Präsident, da steht Arbeitsplatzförderungs- und Strukturprogramm in unserem Budget für heute!“) Schauen Sie, ich darf Ihnen etwas sagen, das ist ein anderer Posten. Ich habe ja vorgeschlagen, einen eigenen Posten für die antizyklische Entwicklung zu schaffen. Darüber läßt sich ja reden, darüber läßt sich verhandeln. Es muß ganz einfach ein Topf da sein, daß man in Zeiten eines gewaltigen wirtschaftlichen Einbruches, Schwierigkeiten und so weiter, über entsprechende Mittel verfügt. Eine alleinige und – wie es im ÖVP-Jargon heißt – eigenständige Konjunkturpolitik, das hat uns nichts gebracht und wird uns auch in Zukunft nichts bringen. Es geht nur im Hinblick mit einer Koordination der Bundesmittel.

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich möchte Sie im Rahmen meiner heutigen Stellungnahme zum Budget auch mit einem zweiten Vorschlag konfrontieren, einem Vorschlag, den ich im Vorjahr bereits angerissen habe. Neben dem oben erwähnten Instrument, das auf Knopfdruck Konjunkturreinbrüche bekämpfen kann, brauchen wir natürlich auch mittel- und längerfristige Maßnahmen. Was liegt also näher, als sich auch wirtschaftspolitisch darauf zu besinnen, daß wir eines der holzreichsten Länder Österreichs sind. Die Steiermark, immer mehr oder weniger auf einem Bein stehend und vertrauend, daß mit Erz, Eisen das Land zur Genüge Rohstoffe, Mittel und Betriebe habe, um leben zu können, hat sich nie richtig beson-

nen, daß es ja auch einen zweiten Rohstoff in diesem Lande gibt, den man veredeln kann. Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich hier doch in aller Deutlichkeit einmal etwas zum Ausdruck bringen, was in unseren Kreisen schon seit langem, und zwar sehr ernsthaft diskutiert und behandelt wird. Ich sage noch einmal, wir schlägern Holz, wir verwenden es in der Papierindustrie, in der Zellstoffindustrie, auf der einen Seite, soweit es minderwertiges Holz ist. Wir verkaufen wunderschöne Bäume, entrindet oder noch mit Rinde als Rohstoff ins Ausland. Das einzige, was uns eingefallen ist im allgemeinen, ist, daß wir es zu Schnittholz verarbeiten, und als solches geht es in gigantischen Massen ins Ausland, in jenes Ausland, von dem wir dann wieder in veredeltem Zustand Produkte und Waren beziehen. (Abg. Pörtl: „Vor vier Jahren habe ich das erzählt!“) Und hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, hier wäre der zweite Anhaltspunkt. Hier wäre das zweite Bein, Eisen- und Holzverarbeitung. Und hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich sagen, wir führen im Jahr zwischen 5 und 6 Milliarden Schilling im Wert aus Italien, aus Deutschland, aus Finnland, aus Schweden Möbel des gehobenen Bedarfes ein. Wir führen Einrichtungen für verschiedene Neubauten aus dem Ausland ein. Wir haben hier bei uns eine Möbelindustrie und ein Möbелgewerbe. Aber schauen Sie sich die Insolvenzen an, alle auf dem gleichen Sektor wirkend, das heißt Standardmöbel bis zu einer gewissen Leistungsfähigkeit, alle gleich. Ich habe erst dieser Tage wieder Insolvenzen bekommen von einer Firma, wo man geglaubt hat, sie sei so solide, sie werde Jahre mit ihren Produkten auf dem Markt sein können. Sie ist eingegangen, weil zuviel von diesen Standardmöbeln produziert wird. Ich habe mich seit Jahren bemüht, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Abg. Pörtl: „Wenn sie einen guten Handwerker haben, haben sie eine Chance!“) Moment, aber lasse mich ausreden, was nützt denn das Ganze, wenn ich die Solidität auf dem Sektor nicht verkaufen kann. Es geht eben darum, daß die Österreicher 5 bis 6 Milliarden Schilling im Jahr ausgeben, um Möbel des gehobenen Standards zu kaufen, und die werden eingeführt. Das ist eine Realität. Und nun komme ich zu einem Beispiel: Zwei große Firmeninhaber, private, wären bereit gewesen, den Gedanken aufzugreifen und solche Möbel zu produzieren nach entsprechenden Investitionen, die dazu natürlich erforderlich sind. Beide haben unter der Begründung aufgegeben, „ich bringe weder meine Furniere noch meine Platten an, wenn ich mich als Möbelerzeuger produziere“. Eine andere Firma, die Weltpatente auf Möbel des gehobenen Bedarfes hat, die haben wir so weit schon gehabt, daß sie begonnen hätte, ich kann es ruhig sagen, die Firma Thonet, die heute ihre Möbel nicht erzeugt - Möbel des gehobenen Bedarfes -, wohl aber eine ehemalige Filiale, ein Betrieb in Jugoslawien. Die verkaufen Thonet-Möbel in alle Welt und machen ein Riesengeschäft dabei, obwohl sie in der Qualität nicht so gut sind, wie sie hier gewesen wären. (Abg. Ing. Stoisser: „Warum? Weil sie in Jugoslawien niedrigere Lohnkosten haben!“) Moment, aber nein, Herr Präsident, ich sage Ihnen gleich etwas? Diese Angelegenheit, die gewisse Investitionen erfordert hätte, das war für die beiden Damen, für die Besitzer des Unternehmens, zuviel. Sie sind auf halber Strecke stehen geblieben und haben

gesagt, wir leben so auch. Aber, meine Herrschaften, so geht es doch nicht. (Abg. Ing. Stoisser: „Genau das ist der springende Punkt!“) Herr Präsident! Daher also ein Vorschlag von uns. Ich möchte Ihnen sagen, daß wir in diesem Zusammenhang in meiner Kammer, in unserer Kammer, die Anregung gegeben haben, eine Möbelproduktion in diesem Rahmen beziehungsweise unter diesen Voraussetzungen zu forcieren. Dazu braucht es natürlich einer entsprechenden Infrastruktur. Ich habe also den Auftrag gegeben, sich in Europa umzuschauen, wo es eine Ausbildungsstätte für Facharbeiter, aber noch mehr darüber hinaus für künstlerisch tätige Arbeiter gibt, wo man Leute ausbildet vom Grunde auf bis zum Designer. Wir haben eine einzige gefunden, eine einzige solche Ausbildungsstätte in der Bundesrepublik. Nirgendwo gibt es eine solche Ausbildungsstätte. (Abg. Ing. Stoisser: „Möbelerzeuger!“) Bitte? Möbel des gehobenen Bedarfes bis zum Designer, Einlegearbeiten und so weiter. Moment, nennen Sie mir eine Firma. Ich sage Ihnen gleich, wie die unsrige heißt. Wo? Aber geh! (Abg. Ing. Stoisser: „Eine Superschule in Graz!“) Dann frage ich mich, warum wurde nicht schon so etwas produziert? Herr Präsident, ich sage Ihnen, es besteht die Notwendigkeit einer großen Ausbildungsstätte für Facharbeiter, die nicht die normalen Möbel machen oder mit der Ausbildung bis dort hin, sondern es besteht die Notwendigkeit, Menschen zu schulen, die dazu auch imstande sind, solche Möbel, die wir importieren, zu erzeugen. Wir haben kaum Restaurateure (Abg. Ing. Stoisser: „Das stimmt!“) und so weiter. Es fehlen uns auch entsprechende Designer. Sonst müßten wir nicht im Ausland einkaufen. Sonst würden die nicht so ein Riesengeschäft mit uns machen, wenn wir das hätten. Daher der Vorschlag nach Errichtung. Wir haben auf dem Metallsektor eine Unmenge, schon bis zur Mikroelektronik, Ausbildungsstätten in der Steiermark. Und ich würde empfehlen, in Zusammenarbeit mit uns, nachdem wir gewisse Studien gemacht haben, gewisse Dinge überprüft haben, in der Obersteiermark, in dem holzreichen Gebiet, eine Schule, eine Ausbildungsstätte für Facharbeiter und für Künstler auf dem Sektor Holz zu gestalten. (Abg. Pörtl: „Was ist mit den Oststeirern?“) Ja, bitte, ich streite jetzt nicht mit Ihnen herum, wo man sie hinstellt. Aber in der Obersteiermark ist die Infrastruktur mehr gegeben, mehr Holz, und daher geht es hier darum, eine solche Ausbildungs- und Schulungsstätte zu errichten. Ein Institut also, nicht eine Nebenschule, sondern in der entsprechenden Größenordnung, die imstande wäre, solche hervorragend ausgebildeten Kräfte auch an andere Bundesländer weiterzugeben. Ich darf Ihnen sagen, meine Damen und Herren, daß wir hier schon sehr weit gegangen sind und daß in einigen anderen Bundesländern diese Idee bereits aufgegriffen wird. Und wenn wir nicht - wir bieten Ihnen das an - recht rasch uns zusammensetzen, um eine solche Spezialschule zu errichten, wird sicherlich ein anderes Bundesland uns diese Idee wegschnappen, und dort in diesem Bundesland wird so etwas gemacht. Ich betone noch einmal, eine echte Marktlücke in Österreich. Wir könnten es dringend und notwendig gebrauchen. Meine Herren von der ÖVP, ich lade Sie herzlich ein, die entsprechenden Vorarbeiten mit uns gemeinsam voranzutreiben. Das soll ja keine Konkurrenz sein, sondern wir sollen hier arbeiten und nach Möglichkei-

ten suchen, in unserem Bundesland unser Holz oder auch das Holz Österreichs zu verarbeiten, um diesen gigantischen Einfall von Devisenabgängen zu steuern. Wir haben eine Chance, wir können das noch auf uns nehmen, sonst ist ein anderes Bundesland früher da als wir. Jedenfalls, meine Damen und Herren, haben wir Erhebungen, wir haben Material, wir haben Untersuchungsergebnisse, wir kennen die Arbeits- und Wirkungswiese dieses Institutes in der Bundesrepublik, und wenn Sie wissen wollen, was das für eines ist, es ist das das Lehrinstitut für Holzwirtschaft und Kunststofftechnik in Rosenheim in Bayern. Wir haben kein zweites gleichrangiges und hochwertiges Institut in Europa bisher vorgefunden.

Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu einer anderen Frage. Ich möchte folgendes sagen, und ich möchte es nicht unerwähnt lassen, wir haben auch unsere Aktivitäten gesetzt und laden Sie ein, mit uns mitzugehen. Nach Verhandlungen mit der Bundesregierung kann ich heute mitteilen, daß die Frage, die so lange im Raum gestanden ist und im Rahmen von Regionalkonferenzen in der Steiermark behandelt wurde, und zwar unter Teilnahme des Bundes, einer Serie von zuständigen Ministern, der steirischen Landesregierung, Interessensvertretungen, der steirischen AK und des ÖGB. Die Regierung hat unsere damalige Idee nach Berufung eines Regionalbeauftragten nicht nur aufgegriffen, sondern auch verwirklicht, wobei die volle Länge der Kosten der Bund übernommen hat. Das Land weigerte sich ja, bekannt nach wie vor, daran mitzuwirken und mitzuarbeiten. Natürlich haben auch wir, die Arbeitnehmerinteressenvertretung, Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund, der das Schicksal der obersteirischen Krisenregion nach wie vor am Herzen liegt, unseren Beitrag geleistet. Der Bund zahlt in voller Länge den Regionalbeauftragten, weil es das Land abgelehnt hat, sich zu beteiligen. Die Arbeiterkammer Steiermark stellt für den Regionalbeauftragten die entsprechenden Räume, er ist bereits dort und wirkt, das Personal und die Errichtung zur Verfügung. Eine Kostenteilung im Interesse der Krisenregionen in der Obersteiermark. Aber Stichwort Obersteiermark, meine Herren. Wir können heute mit Stolz und Freude sagen, daß unser seinerzeitiges starkes Auftreten, und zwar des Ersten Landeshauptmannstellvertreters Hans Gross und ein bißchen meiner Wenigkeit und des SPÖ-Klubs (Abg. Dr. Maitz: „Der Landeshauptmann Dr. Krainer auch!“), in Mürrzuschlag seine Früchte getragen hat. Mürrzuschlag-Hönigsberg, meine Damen und Herren, wäre, wenn wir nicht mit vollem Einsatz um dieses Leiberl gelaufen wären, mit dem Caterpillar bereits überfahren worden. Das ist sicherlich ein ganz spezielles Verdienst des sozialistischen Landtagsklubs, unserer Funktionäre und des Ersten Landeshauptmannstellvertreters Gross, daß diese Region heute gerettet ist. (Beifall bei der SPÖ.) Meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht nur aus den jetzt angeführten Gründen muß ich die ÖVP zum Schluß erneut ernstlich fragen, warum verzögern Sie nach wie vor die Unterzeichnung des Staatsvertrages nach Paragraph 15 a mit dem Bund? Wir sind als Steirer ohnehin benachteiligt genug und könnten jede nur mögliche Unterstützung gebrauchen. (Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Der Bund zögert so lange!“) Es ist immer wieder das gleiche, wie ich schon sagte. Der Bund ist bereit, zu jeder Stunde, aber bei Ihnen gibt es einen

Grund. Beschäftigungsgarantie, das ist das Um und Auf für die Obersteiermark. (Abg. Dr. Maitz: „Es gibt längst einen neuen Vorschlag!“) Den wissen wir schon, aber unterzeichnet ist noch nichts. Sie verzögern es ja. (Unverständlicher Zwischenruf.) Wer sagt das? Da bin ich neugierig. (Landesrat Dr. Heidinger: „Ich lasse dich weiterreden, Herr Präsident. Wenn der Bund ein Geld ausläßt für die Forschungsförderung in der Steiermark; im Grenzland 5 Millionen vom Minister Haiden!“) Herr Landesrat, die 5 Millionen für das Grenzland haben unsere Vertreter aus der Bauernschaft schon deutlich beantwortet. Das ist ja wie ein Perpetuum mobile oder wie der Hund, der sich in den Schwanz beißt. Ewig das gleiche Argument. (Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Wenn Ihr Präsident dem Minister Haiden zuredet, dann geht es!“) Das sind ja nur juristische Tricks, sonst nichts anderes. (Landesrat Dr. Heidinger: „Forschungsförderung!“) An wen? Forschungsgesellschaft Joanneum? Kann er kontrollieren auch? Bisher nicht. Darüber können wir reden. Über das Kapitel können wir reden, aber es war bisher so, Geld ja vom Bund, aber keine Kontrolle, meine Herren, und das ist die Realität, und so geht es leider nicht. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist keine Glaubensfrage. Da geht es um viel Geld!“) Noch nie ist so viel für die Wissenschaft und Forschung ausgegeben worden. Und im Land Steiermark, es soll die Marke der steirischen Breite tragen, ohne daß man es kontrollieren kann. So geht es leider auch nicht, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Stoisser. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Stoisser: Sehr geehrte Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Herr Präsident Ileschitz hat mir als Tischler ein Stück Holz geworfen, nicht ein Hölzl, und dieses Stück Holz werde ich jetzt gerne kurz bearbeiten. Wenn er hier den Vorwurf in den Raum stellt, daß die Möbelerzeuger in der Steiermark nicht in der Lage sind, richtig zu arbeiten, um auf dem Weltmarkt zu reüssieren, so stimmt das teilweise, nur, die Schlußfolgerungen, die der Herr Präsident daraus gezogen hat, die sind nicht richtig. Die Möbelwirtschaft ist ein Lehrbeispiel, wie eine teilweise falsche Politik einen Wirtschaftszweig nicht aufkommen läßt. Früher einmal bei der EFTA, als wir unsere Zollschranken hatten, haben sich die Möbelindustrie und die Möbelwirtschaft in Österreich einfach für sich gemütlich entwickelt unter einem Schutz des Einfuhrzolls. Ein Musterbeispiel dafür, daß geschlossene Grenzen nicht von Vorteil sein müssen für eine Wirtschaft. Dann wurden die Zollmauern geöffnet, und die gut entwickelten, vor allen Dingen deutschen Möbel sind nach Österreich gekommen. Mit diesen konnten die österreichischen Möbel weder vom Design noch von der Produktion und von der Qualität her mithalten. Und es bedurfte jetzt eines sehr, sehr schwierigen Aufholprozesses, der, und das sage ich auch ganz bewußt, durch die sozialistische Wirtschaftspolitik erschwert wurde. Eine Kapitalbildung ist unmöglich oder sehr erschwert in den Betrieben. Die richtigen Investitionen sind oft nicht zu machen gewesen. Trotzdem ist es der Möbelwirtschaft gelungen, das Außenhandelsdefizit, also den Einfuhrüberschuß, zumindest zu halbieren. Und ich bin guten

Mutes, daß in Zukunft das noch weitergehen wird. Wenn Sie hier auf diesem Gebiete Forschungen und Studien haben, so freuen wir uns. Ich würde empfehlen, arbeiten Sie hier mit uns zusammen, kommen Sie zu unseren Möbelerzeugern. Wir sind gerne dazu bereit. An den Schulen liegt das bitte nicht. Wir haben in Österreich in Mödling eine HTL und eine Fachschule. Wir haben in Hallein eine HTL und eine Fachschule, wir haben in Hallstatt eine HTL und eine Fachschule, wir haben in Villach eine HTL und eine Fachschule, wir haben in Graz eine Meisterschule, wir haben in Innsbruck eine Meisterschule, und in Hallein, Hallstatt, Mödling und Villach haben wir auch die Meisterschulen dazu, wo ganz ausgezeichnet ausgebildet wird. Bei den hoch- und höherwertigen Möbeln liegen wir hier in der Steiermark verkehrsmäßig sehr ungünstig. In meinem Betrieb befasse ich mich selbst mit der Erzeugung von Möbeln in der obersten Preisklasse. Wir haben jahrelang in die Schweiz geliefert und mußten es aus Transportkostengründen aufgeben. Die Bundesbahn ist nicht in der Lage, Container für Möbel bereitzustellen, mit denen es möglich wäre, Möbel in die Schweiz bruchfrei zu liefern. So muß man das mit Spediteuren machen, die vier- bis fünfmal umladen, und da kommt Spreißelholz anstatt Möbel beim Empfänger an. Wenn man selbst hinausfährt, ist das einfach zu teuer. Da gäbe es jetzt viel zu sprechen, aber wir sollen uns ja kurz halten. Aber auf alle Fälle, Herr Präsident, ich stimme überein, daß wir noch immer einen Einfuhrüberschuß haben, aber wir sind auf dem Wege dazu, und ich würde mich sehr freuen, wenn wir gemeinsam das Ziel erreichen könnten.

Zum Kollegen Mag. Rader möchte ich sagen, daß er hier voll Stolz verweist auf die Leistungen der freiheitlichen Minister in der Bundesregierung, die so viele Steuerbegünstigungen für die Wirtschaft erreicht haben. Ich kann nur sagen, daß diese Forderungen von uns, vom Wirtschaftsbund, seit 14 Jahren gestellt werden. Und, bitte, jetzt haben wir sie ja. Weil ihr zwei Minister drinnen habt, aus diesem Grunde sicherlich nicht, sicherlich nicht nur. Da bin ich nicht dieser Meinung. Außerdem, es ist das 2. Abgabenänderungsgesetz vom Jahre 1977 damit noch immer nicht ausgeglichen. Alle diese Gesetze sind schuldig, daß wir im Außenhandel nicht in der Lage sind, richtig zu reüssieren. Und nun zum Thema! (Abg. Mag. Rader: „Besser als nichts!“) Sicher besser als nichts, aber trotzdem noch viel zu sehr, und dann haben wir überall neue Forderungen nach weiteren Belastungen.

Aber nun zum Thema. Der Herr Abgeordnete Trampusch hat in seiner Generalrede gemeint, daß wir an der Grenze des ökonomischen Wachstums angelangt sind. Mag. Rader meint, die Bürger sind verdrossen. Und wir hören überall von den Grünen die Untergangsstimmung. Die wollen umkehren, zurück zur Natur, und haben Angst und kein Vertrauen in den Menschen. Es ist eigentlich bedauerlich, daß gerade intelligente Menschen eine solche Zukunftsangst haben. Hier halte ich es mit Taus, der eine optimistische Vision hat. Er sagt, daß wir mit unserer Intelligenz und mit unserer Vernunft in der Lage sind, die Überlebensprobleme für den Menschen zu lösen; auch mit einer richtigen Wirtschaftspolitik. Hier möchte ich als Beispiel Amerika nehmen. Dort haben wir einen Wirtschaftsaufschwung, der die ganze Welt befruchtet hat,

und nicht zuletzt profitieren auch wir hier in Österreich vom Wirtschaftsaufschwung in Amerika. Und dieser Wirtschaftsaufschwung in Amerika war nur möglich durch die wirtschaftsfreundliche und auch unternehmerfreundliche Politik des Präsidenten Reagan. Es ist dort immerhin auch gelungen, in den letzten zehn Jahren – also nicht nur unter Reagan, das muß man schon sagen – 18 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Davon zwei Drittel in Unternehmungen mit weniger als 20 Beschäftigten. Und das – bitte – im großen Amerika. Das sind vor allen Dingen auch fast alles junge Betriebe. Und festzustellen ist, daß davon in der Hochtechnologie die ganze Welt von dieser Entwicklung befruchtet wird. Diese Hochtechnologie befruchtet auch die übrige Wirtschaft. (Abg. Trampusch: „Wie ein Bhopal in Indien!“) Das ist ja keine Hochtechnologie. Unter Hochtechnologie verstehen wir jetzt schon die EDV, dann Biotechnik und viele dieser Dinge. Die Chemie in diesem Sinne ist etwas anderes. Ein Unglücksfall, der ist furchtbar bedauerlich und ist sicherlich nicht nur auf menschliches Versagen zurückzuführen und ist nicht zu entschuldigen. Aber wegen eines Unglücksfalles kann man nicht die ganze Technik verurteilen. Es ist in Amerika eine Umstrukturierung entstanden, und die neuen Arbeitsplätze sind vor allen Dingen in den Dienstleistungszweigen, Informations- und Beratungsdienst, in EDV, Ingenieurwesen, Bewachung, Leasing, Rechtsberatung und so weiter und sind auch umweltfreundlicher. Man schätzt in Amerika, daß bis 1990 nur mehr 10 Prozent der Beschäftigten in der Produktion tätig sein werden. Noch etwas auch für Amerika Typisches, die Entwicklung der Firmengründungen. 1950 waren es 90.000, 1965 200.000, 1975 300.000 und im Jahre 1981 wurden über 600.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Bei uns in Österreich nimmt diese Zahl ständig ab. (Abg. Ileschitz: „Nehmen Sie die Arbeitslosenziffer. Verglichen mit Österreich die doppelte Anzahl!“) Und das Beispiel, das Sie, Herr Präsident Ileschitz, gebracht haben von Thonet, die gesagt haben, die Investitionen sind mir zu hoch, das rentiert sich nicht, ich lebe so auch, das ist bezeichnend, weil bei solchen Investitionen das Risiko sich in Österreich bei der heutigen Steuergesetzgebung nicht rechnet. Aber in Amerika sehr wohl. Das ist der Unterschied. (Beifall bei der ÖVP.) Die Arbeitslosenzahlen von Amerika und Österreich kann man nicht vergleichen. Wir freuen uns, daß sie bei uns so niedrig sind, aber sie waren in Amerika noch nie so niedrig wie sie es heute sind. Die Inflationsrate war in Amerika noch nie so wie sie es heute ist. Der Dollarkurs war noch nie so hoch wie heute. Amerika hat heute eine Hochblüte mit der liberalen Wirtschaftspolitik als Grundlage. (Abg. Ileschitz: „Wie schaut unsere Währungspolitik mit dem Schilling aus? Eine dreifache Überdeckung. Wenn schon Vergleiche, dann vergleichen Sie mit Österreich!“) Ja, diese Entwicklung, die haben wir aber auch in Japan, in Korea, in Hongkong und in vielen anderen asiatischen Staaten. Wenn wir hier nicht ins abgeschlagene Feld kommen wollen, müssen wir uns diese Staaten als Vorbild nehmen. Und jetzt komme ich zu dem, Herr Präsident, was du hören möchtest! Österreich liegt – und jetzt sage ich die Worte vom Kollegen Trampusch – „trotz sozialistischer 15jähriger Regierungspolitik“ noch immer gut im Rennen, weil die Österreicher so tüchtig sind, die Unternehmer wie die Arbeiter.

(Beifall bei der ÖVP.) Aber das darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir Strukturprobleme haben. Wenn uns jetzt ein Zwischenhoch darüber hinweghilft, so müssen wir diese Chance nützen, diese Strukturänderungen voranzutreiben. Es ist der Anteil der Hochtechnologie bei uns noch zu niedrig. Der Importüberhang – und hier bestätige ich das, was du früher gesagt hast – bei industriellen Fertigwaren ist zu hoch für Bekleidung, für Möbel, für Haushaltsgeräte und Modeartikel und so weiter. Es stimmt! Und der Überschub beim Export der Grundstoff- und Halbfertigwaren ist zu hoch. Ich glaube, da sind wir ja einer Meinung. Die Innovationen müssen in Österreich vorangetrieben werden. Und zwar sollen wir auch bei den bestehenden Betrieben – ich möchte sagen, daß in Amerika auch nur 10 Prozent in der Hochtechnologie sind – uns nicht fürchten, daß nur die Hochtechnologie allein ausschlaggebend ist. Wir müssen mit diesen neuen Hochtechnologien in die bestehenden Betriebe hinein und mit ihnen unsere Betriebe modernisieren. Mit Kreativität, mit Entwurf, mit Design, was uns Österreicher ja gut liegt, können, sollen und müßten wir einen Aufschwung erleben. In der Steiermark, das hat Dr. Kramer vom WIFI vorige Woche erklärt, liegen die Verhältnisse ungünstiger als in anderen Bundesländern. Er hat das mit folgendem unter anderem auch belegt und einen Grund gefunden. Wenn Sie um Vorarlberg einen Kreis ziehen mit 300 Kilometer Radius und denselben Kreis um Leoben als Mittelpunkt mit 300 Kilometer, so haben die Vorarlberger in diesem Kreis um die Hälfte mehr Konsumenten als wir Steirer. Zu allem Überfluß haben diese Konsumenten noch doppelt soviel Kaufkraft als unsere, und nebenbei sind von unseren Konsumenten in diesem Kreis noch die Hälfte in den Ostblockstaaten. Hier drinnen liegt ein Grund, daß wir auch weniger Unternehmungen haben, Vorarlberg hat genau doppelt so viele gewerbliche Unternehmer pro Kopf, und auch Oberösterreich hat rund die Hälfte mehr. Und hier müssen wir sicher einiges tun. Es sind auch gute Ansätze in diesem Budget. Man muß vor allen Dingen die Unternehmer, die bereit sind, etwas zu tun, auch ideell unterstützen. Ebenso die Mitarbeiter in den Betrieben. Diese wirtschaftlichen Leistungen und technischen Leistungen sollen anerkannt und nicht immer in der Öffentlichkeit in Frage gestellt werden durch Wirtschaftsfeindlichkeit und Technikfeindlichkeit. Vor allen Dingen muß das Eigenkapital gestärkt werden. Warum haben wir einen solchen Schwund von Eigenkapital? In der Bauwirtschaft ist er nur bei 4 Prozent, in der Industrie bei 14, 15 Prozent, im Gewerbe bei 10 und 12 Prozent. Weil wir eine Scheingewinnbesteuerung haben, weil wir zu hohe Steuern zahlen und weil eben andere Anlageformen interessanter sind. Wenn Sie heute ein Sparbuch oder Wertpapiere haben, haben Sie risikolos einen Zinsgewinn, und man braucht nicht zu arbeiten dabei, und so fließt das Geld aus den Betrieben über die Konsumenten in die Sparbücher und von dort dann zurück in die Betriebe, wo es als Fremdkapital mit hohen Zinsen wieder hineinkommt. Sehen Sie, genau das sind die Gründe, warum wir in Österreich mit den Ausländern auf dem Weltmarkt nicht konkurrieren können.

Wegen der Einkommensentwicklung war gestern ein Streit. Da habe ich hier eine interessante Tabelle bekommen. Die Einkommensentwicklung von 1973 bis

1983. Da hat es eine Inflationsrate von 78 Prozent gegeben, eine Inflationsbereinigte Steigerung des Einkommens bei den Unselbständigen ist hier von 50 Prozent zu verzeichnen, und ist also gut. Die Einkommen aus gewerblicher Tätigkeit haben in dieser Zeit nur um 10 Prozent zugenommen, während die Zinseinkünfte um 336 Prozent zugenommen haben. Wundern Sie sich jetzt, daß kein Geld mehr drinnen ist in den Betrieben und warum diese nicht mehr in der Lage sind, zu investieren, wie es notwendig wäre? Und Insolvenzen, von denen man jetzt weniger hört, sind gleichlaufend weiter. Wir haben heuer einen Rückgang von nur 3 Prozent, Gott sei Dank keine Steigerung, aber es ist faktisch die gleiche Summe von 7,5 Milliarden heuer gegenüber dem Vorjahr in den ersten drei Quartalen, die durch Insolvenzen verlorengegangen sind. Aus diesem Grunde fordern wir von der ÖVP eine Steuerreform in Österreich. Eine Senkung der Steuersätze, und daher sind wir auch für weniger direkte Förderung, so wie wir es hier auch im steirischen Budget bereits haben, und für mehr indirekte Förderung. Bei den direkten Förderungen meine ich, daß diejenigen, die fördern, oft überfordert sind. Wir haben in der Steiermark eine ausgezeichnete Wirtschaftsabteilung, ein Referat für Wirtschaft, das sich bemüht, wirklich sehr bemüht. Aber ich bin selbst auch in Organisationen, wo darüber zu entscheiden ist, ob jemand gefördert werden soll oder nicht, und habe auch zu Hause immer wieder Investitionsentscheidungen. Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob ich auf mein eigenes Risiko hin entscheide oder für einen anderen für ein Geld, das ohnedies nicht mir gehört. Da kann es eben passieren, daß es zu Fehlentscheidungen kommt und oft wertvolles Volksvermögen dabei verlorenght. Wir meinen auch, daß wir eine Angleichung des Steuersatzes an die Inflationsrate haben sollten und daß für Forschung und Umwelt die steuerliche Begünstigung notwendig wäre.

Und nun auch zu den Sozialpartnern. Ich habe gestern schon gesagt, daß ich die österreichische Gewerkschaft wirklich sehr schätze und die Sozialpartnerschaft vorbildlich ist für ganz Österreich. Aber nur manches Mal glaube ich, daß die Gewerkschaft schon zu sehr erstarrt ist und an Dingen festhält, die nicht mehr ganz zeitgemäß sind. Dazu, glaube ich, gehört das Arbeitszeitgesetz, von dem wir ja jetzt immer wieder gehört haben. Es wundert mich auch, daß man Verstöße gegen dieses Gesetz, oder sagen wir bei Ereignissen, wo Leute arbeiten wollten, die Gewerkschaft aufmarschiert und dieses Arbeiten verhindern wollte. Leute, so gut geht es uns nicht, daß man Menschen, die arbeiten wollen, durch Demonstrationen hindert. Ich freue mich, daß eine große Aktion abgeblasen wurde. (Beifall bei der ÖVP.)

Beim Berufsausbildungsfonds, der auch in dieser Debatte gefordert wurde, sind wir dagegen, weil er eine neuerliche Belastung bringt. Wir sind ohnedies schon bei 43 Prozent Staatsquote gelandet, und er würde das Beispiel vieler anderer Fonds bringen, wo eben diese Umverteilung nicht funktioniert. Als ein Beispiel der neue Umweltfonds. Aus diesem Umweltfonds, aus dem Firmen Gelder bekommen können, wenn sie umweltschützende Investitionen tätigen, wurden bis jetzt 29 Betriebe gefördert – eigentlich schaut das statistisch ganz gut aus –, davon 83 Prozent

kleine Privatbetriebe. Also eine stolze Bilanz. Wie schaut das jetzt in absoluten Zahlen aus? Es wurden 513 Millionen Schilling ausgegeben, davon haben diese 24 Kleinbetriebe 7,5 Millionen bekommen, die vier Betriebe der verstaatlichten Industrie 306 Millionen und die Chemie Linz, also ein Konzernbetrieb, hat 199 Millionen bekommen. So schaut das aus! In Wirklichkeit werden nur die verstaatlichten Betriebe gefördert.

Gestern abend haben wir so halb gestreikt als Abgeordnete, weil wir gesagt haben, wir wollen nicht mehr, wir können nicht mehr nach 14 Stunden. In diese Situation müßte eigentlich ein kleiner Unternehmer sehr oft kommen. Ein Wirt, der hat oft noch viel länger offen, ein Handwerker, der einen Liefertermin einhalten muß, wie oft muß der so lange mit seinen Mitarbeitern arbeiten, und dann kann er ein halbes Jahr oder ein Jahr auf das Geld warten, oft vor allem bei staatlichen Dienststellen, die sich dann Zeit lassen beim Abrechnen und keine Überstunden dabei machen. Vom Kaufmann will man auch haben, daß er die ganze Zeit offen hat und bedenkt dabei nicht, was dabei entsteht, und wenn man es selbst machen sollte, ist man hier sehr sensibel.

Zum Thema Ladenschluß auch ein Wort. Der Ladenschluß oder die Offenhaltungszeiten werden sich in der nächsten Zeit sicherlich verändern müssen, weil die Lebensgewohnheiten der Menschen andere geworden sind und es zum Freizeitgefühl und zur Freizeitgestaltung gehört, einzukaufen. Es wird das BTX-System kommen, das neben dem heute schon großen Versandhandel eine neue Konkurrenz bringt. Und BTX wird, schätzt man, in fünf Jahren oder vier Jahren an die 100.000 Teilnehmer haben. Aber, meine Damen und Herren, das kann nicht auf Kosten des kleinen Kaufmannes alleine gehen. Sie kennen alle die Situation in den kleinen Orten, in den Dörfern und in den Märkten, wo es keine Nachfolger mehr für die Betriebe gibt. Hier muß, sollte es zu einer Änderung kommen, auch ein entsprechender Ausgleich in irgendeiner Form für diese kleinen Kaufleute und ihre Mitarbeiter kommen. Dann glaube ich auch, daß es möglich ist, darüber zu sprechen.

Zu den Pfuschern ist auch noch zu sagen, weil sie hier so verherrlicht werden, was das alles für Klasse Leute sind. Die ersparen sich 43 Prozent Staatsquote, und dieser Vorteil gegenüber den Wirtschaftstreibenden ist natürlich nicht wettzumachen und ist eine Steuerhinterziehung und Hinterziehung von Abgaben. (Beifall bei der ÖVP.) Gegen die echte Nachbarschaftshilfe wird keiner von uns etwas haben. Niemand. Aber es gibt ja schon schwarze Firmen. Wenn das so weitergeht, dann bekommen wir italienische Verhältnisse, und dann werden die kleinen Gewerbetreibenden sagen, ich sperre meine Firma auch zu und gehe schwarzarbeiten, und ich erspare mir 43 Prozent im Schnitt. Und das sollte verhindert werden. Noch sind wir ein Staat der Ordnung. (Abg. Ileschitz: „Wer verhindert das?“) Wir haben es ja gehört heute und gestern, daß das so grauslich wäre, daß man auf die Pfuscher eine Auge wirft. Ich glaube, über die Schwerpunkte des Budgets brauchen wir nicht mehr viel zu sagen, es wurde hier schon sehr viel dazu gesagt. Ich möchte sie nur aufzählen. Wohnbausonderprogramm, Jungunternehmerförderung, Förderungsbeitrag des

Wirtschaftsförderungsinstitutes, Sonderwegeprogramm, Energiesparprogramm, Revitalisierungsprogramm für historische Baudenkmäler, Jugendbeschäftigungsprogramm, Fernwärmeförderung, Landesstraßenprogramm, Fremdenverkehrsmarketingprogramm, steirischer Technologiepark. Dazu noch ein Wort. Hier sollen junge innovative Unternehmer im Julius-Raab-Heim in Graz und in Leoben in Zusammenarbeit mit der VOEST eine Möglichkeit haben, in fertige Betriebe Einzug zu halten, wo sie auch bedient werden. Da hoffen wir, daß Hochtechnologie sich entwickeln kann.

Ich möchte zum Schluß auch noch Dank sagen der steirischen Wirtschaft, den Mitarbeitern, den Unternehmern und den Managern für ihre Tätigkeit in der Steiermark und abschließend einen Gedanken aus dem Buch „Megatrends“ von John Nesbitt bringen, der im letzten Absatz schreibt: „In einer Epoche, wie sie in der Industrieepoche war, hat es viel Sicherheit gegeben, und man konnte alles vorausberechnen. Nun sind wir zwischen zwei Epochen, zwischen der Industrieepoche und der nachindustriellen oder der Informationsepoche. Da gibt es viele Unsicherheiten. Aber diese Unsicherheiten bergen auch sehr viele Chancen. Welch herrliche Zeit, in der wir leben, wo es solche Chancen gibt.“ Und hier möchte ich für die Steiermark sagen, wir haben in der Steiermark die wichtigsten Voraussetzungen dafür, die arbeitswilligen, tüchtigen, fleißigen, intelligenten und sehr gut ausgebildeten Menschen. Nützen auch wir für die Steiermark diese Chancen für die Zukunft. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Tschernitz das Wort.

Abg. Tschernitz: Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vielleicht nur zwei Gedankengänge, und ich werde das Versprechen einhalten. Ich werde mich wirklich kurz halten, obwohl Wirtschaftspolitik oder Wirtschaftsförderung eigentlich so ein weit gespanntes Netz darstellt und man zu unzähligen Problemen Stellung nehmen könnte. Aber, meine Damen und Herren, Sie wissen ja genauso, daß gerade die österreichische Wirtschaft, so wie es heute in der Landwirtschaft gesagt wurde, in einem Umstrukturierungs- oder einem Anpassungsprozeß drinnen ist, der einfach aus internationalen Gegebenheiten heraus vorhanden ist und der sich gerade in den letzten Jahren eben verstärkt ausgewirkt hat. Wenn ein etwas schwächeres Wirtschaftswachstum vorhanden ist, dann wird so ein Umstrukturierungs- oder Anpassungsprozeß natürlich schwieriger vor sich gehen als in guten oder hohen Wirtschaftswachstumsraten. Wenn man hier nur bedenkt, daß die Industrie in den letzten drei Jahren eigentlich in Österreich 62.000 Arbeitsplätze verloren hat, so ist das eine ganz, ganz große Anzahl. Ich glaube, daß man hier wirklich in diesem Prozeß, den die Industrie durchmacht, wir alle gemeinsam – das Land Steiermark und der Bund – versuchen müssen, jene Maßnahmen zu setzen, um hier eine positive Entwicklung wiederum herbeizuführen. Nur – glaube ich persönlich –, die Grundvoraussetzung überhaupt für eine wirtschaftliche Entwicklung ist die infrastrukturelle Situation einer Region, eines Landes. Ich glaube, jeder Unternehmer wird sich zuerst überzeu-

gen davon, wie ist die Infrastruktur, wie ist die Entwicklung des Straßenwesens, der Schiene, der Energie? Und hier möchte ich wirklich sagen, daß wir gerade in diesen Regionen wie in der Steiermark und gerade wir aus unserem Bereich ja sehr froh sind, mit der Erdgasleitung, die auch durch die Subventionierung des Landes nun bis in den Bezirk Liezen geführt wird, auch wieder eine bessere Ausgangssituation für die Wirtschaft, für das Gewerbe und für den Handel erreichen werden können. Ich glaube, daß gerade hier eben vielleicht doch eine gewisse Unentschlossenheit oft bei diesen infrastrukturellen Verbesserungen gewisse Verzögerungseffekte natürlich herbeigerufen hat, bei diesen Standortbestimmungen, wenn es also einen Industrie-, einen Gewerbe- oder einen Handelsbetrieb gibt, der sich hier natürlich die Frage stellen wird: „Wie werde ich mein Produkt auf bestmöglichem Weg, unter günstigsten Bedingungen überhaupt auf den Markt bringen? Kostendeckend, selbstverständlich mit Gewinn, wenn es möglich ist, das ist ja eine der Grundvoraussetzungen.“ Man müßte sich mit diesen Gedanken ja tragen, daß man heute weiß, daß nicht mit einer ständigen Hochkonjunktur zu rechnen ist, sondern, wie es die Vergangenheit zeigte, ja auch andere Entwicklungen sein werden. In diesem Zusammenhang darf ich vielleicht sagen, daß Förderungen und Subventionen, wie immer sie bezeichnet werden, von seiten des Bundes, des Landes, ja auch immer wieder eine gewisse Gefahr der Wettbewerbsverzerrung natürlich mit sich bringen oder auch die Gefahr besteht – und auch das, glaube ich, muß man offen aussprechen –, daß Investitionsentscheidungen ausschließlich dann schon oder überwiegend wegen dieser Maßnahmen der Förderung und Unterstützung getroffen werden. Von einem führenden Wirtschaftsfachmann Europas wurde einmal darauf hingewiesen, daß man Arbeitsplätze auf Dauer nur sichern kann, wenn man mit der wirtschaftlichen Aktivität Geld verdient. Diese Grundsätze gelten für alle Unternehmensstrukturen oder Eigentümerstrukturen. Man muß immer wieder feststellen, daß es ja doch heute unzählige Maßnahmen der Wirtschaft gibt, die von seiten des Bundes gefördert oder zur Verfügung gestellt werden. Sie alle wissen das, meine Herren. Man braucht es nicht aufzuzählen, ob über die Exportförderung, über die ganze Innovation, es gibt eine Riespalette der Bereiche, wo es möglich ist, hier Mittel in Anspruch zu nehmen. Wenn immer wieder hier behauptet wird, daß gerade diese Bundesregierung so industrie-feindlich oder der Wirtschaft so feindlich ist, und wenn der Abgeordnete Stoisser von den Insolvenzen gesprochen hat, so muß ich sagen, wir können sehr froh sein, daß wir diese 3 Prozent halten konnten. Aber, lieber Kollege Stoisser, vielleicht müßte man auch die Hintergründe dieser Insolvenzen etwas besser betrachten. Ich habe gerade eine Vorlage, eine Statistik, die jetzt herausgekommen ist, über 1983. Ich meine das jetzt nicht schlecht, sondern vielleicht soll man auch hier umdenken. Hier steht, daß zum Beispiel bei 15 Prozent dieser Insolvenzen, die sich hier abgespielt haben, der Unternehmer ungenügende Kenntnis des praktischen Wirtschaftslebens gehabt hat; bei manchen mangelnde Branchenkenntnis oder Fehlen einer geordneten Betriebs- und Rechnungsprüfung. Bei über 40 Prozent sogar das Fehlen des unbedingt notwendigen kaufmännischen Weitblickes, der rationellen Planung bei

Funktionsänderung, zum Teil Kalkulationsfehler bei Umstrukturierungen und so weiter. Ich glaube, daß man vielleicht hier auch einen wesentlichen Teil durch individuelle Förderung machen könnte. (Abg. Ing. Stoisser: „Durch Schulungen und Beratungen!“) Durch Schulungen, durch Beratungen. Einen Großteil dieser Insolvenzen wird man sicherlich vielleicht günstiger machen können. Ich glaube, eines kann man sicherlich auch nicht sagen, weil gerade hier immer wieder gesagt wird und immer wieder die verstaatlichte Industrie in den Mund genommen wird, so wie jetzt bei dieser Förderung, und auf der anderen Seite immer wieder eine Beschäftigungsgarantie verlangt wird. Ich glaube, wir wissen alle genau, daß diese Beschäftigungsgarantie in der Industrie ja nicht möglich ist. Alle, die aus der Privatindustrie kommen, wissen, welchen Prozeß diese Industrie durchmacht, daß es einfach nicht geht, und auch wir, die in der Privatindustrie mit diesen Problemen als Dienstnehmervertreter konfrontiert sind, wissen, daß es einfach nicht geht, eine Beschäftigungsgarantie zu haben. Man weiß auch, daß gerade auch in der Privatindustrie die gewährte Förderung für Rationalisierungsmaßnahmen verwendet wird und das natürlich immer wieder zum Verlust von Arbeitsplätzen führt. Ich glaube, wir brauchen keine zweigeteilte Wirtschaft, sondern es sollen diese Bedingungen für alle gelten und auch gleiches Recht für alle sein. Wir glauben, daß wir gerade im Sinne dieser Beschäftigungspolitik – und das kommt auch nie so zum Vorschein – eine sehr wesentliche Förderung in den Handel, das Gewerbe und in die Industrie geht mit den Jugendbeschäftigungsprogrammen. Das ist auch eine Förderung, die dem Unternehmer zugute kommt im Interesse der Beschäftigung unserer jungen Menschen, bei denen es zwischen 19 und 25 Jahren – wie die letzte Statistik des Landesarbeitsamtes sagt – auch hier in der Steiermark wiederum ein geringes Ansteigen gibt und der Prozentsatz bei 43 Prozent, an den Arbeitslosen insgesamt gemessen, liegt. Durch die Förderungen in die Wirtschaft ist es bis Oktober 1984, in diesen zehn Monaten, doch möglich gewesen, 6.490 jugendliche Menschen in diesem Alter in der Steiermark zu beschäftigen mit einem Kostenaufwand von 187,5 Millionen Schilling, die ja hier als Förderung zur Verfügung gestellt wurden. Oder wenn man das Grazer Problem bedenkt, sind es auch 1.100 Jugendliche, die durch dieses Beschäftigungsprogramm des Bundes auch mit einem Kostenaufwand von 58 Millionen Schilling Gott sei Dank beschäftigt werden konnten. Ich glaube, daß man hier sehr wohl alle diese Maßnahmen begrüßen muß, und ich darf auch sagen, daß wir auch selbstverständlich die Maßnahmen des Landes begrüßen, und ich weiß, daß Unternehmen gefördert werden, nur wenn sie die Lehrlingsanzahl erhalten können. Durch die neue Initiative des Ersten Landeshauptmannstellvertreters Gross, dafür können wir auch gemeinsam sehr dankbar sein, mit dem Bundesminister für soziale Verwaltung wurde nur für die Steiermark wiederum zusätzlich ein Jugendbeschäftigungsprogramm geschaffen und damit natürlich Mittel für die Wirtschaft in unser Land gebracht. (Beifall bei der SPÖ.) Es geht eben darum, meine Damen und Herren, daß wir die Möglichkeit schaffen, diese jungen Menschen, die arbeitswillig, arbeitsfähig sind, eben in die Gesellschaft vollwertig einzugliedern, weil ich auch glaube, daß der

junge Mensch eine sinnvolle Tätigkeit braucht und daß er nicht von Anfang an an der Gesellschaft, an der Wirtschaft oder vielleicht gar an der Demokratie zweifelt, wie es des öfteren auch schon hier gesagt worden ist. Und darum auch hier meine Bitte, versuchen wir gemeinsam, meine sehr geehrten Damen und Herren, für die Jugend jene verstärkten Aktivitäten in der Wirtschaft, auch zielführende Maßnahmen zur Erhaltung und Sicherung der Arbeitsplätze und alle Möglichkeiten auszuschöpfen und im Interesse dieser Jugend zu versuchen, und damit auch durch Förderung der Wirtschaft neue Mittel zuzuführen und damit auch den Fortbestand der Demokratie in unserem Lande zu sichern. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schützenhöfer. Ich erteile es ihm.

Abg. Schützenhöfer: Liebe Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte wie alljährlich in den letzten vier Jahren beim Budgetkapitel Wirtschaft die Gelegenheit auch nutzen, um, ich möchte fast sagen, abseits der nur aktuellen Fragen doch auch einige Gedanken zu Themen zu sagen, die uns alle, jedenfalls auch mich, immer wieder bewegen, denn in den letzten Jahren ist ja, im besonderen in den letzten Monaten, viel vom Wertewandel die Rede. Und wenn das so ist, hat das gewiß auch mit der Arbeitswelt zu tun. Die Generationen, die den zweiten Weltkrieg nicht mehr miterlebt haben und das Nachkriegsleid nicht erdulden mußten, sind heute überall Mehrheit geworden, die Lebensumstände haben sich objektiv verändert. Zu den sogenannten alten Werten, wie beispielsweise Fleiß, Leistung und Disziplin, treten neue Werte hinzu, wie Verantwortungsbereitschaft, Kooperation und vor allem Selbstverwirklichung. Damit entsteht, und das muß uns alle beschäftigen, auch eine neue Arbeitsmoral. Durch die ökonomisch-technische Entwicklung ändern sich die Arbeitsbedingungen. Ob die jetzige Epoche des Wertewandels in eine den einzelnen im positiven Sinne herausfordernde, in faszinierende und letztlich befriedigende Arbeitswelt führt, hängt wohl zunächst insbesondere damit zusammen, ob wir so etwas wie eine Vision über die Zukunft der Arbeit entwickeln und eine künftige Arbeitnehmerpolitik zumindest aus unserer Sicht andeuten können. Ich möchte es für mich, wie immer es auch verstanden wird, gleich vorweg sagen, daß meine Vision ist, der Glaube an die Solidarität – vor allem auch bei der Neuverteilung der Arbeit – und die Hoffnung auf eine Gesellschaft der inneren sozialen Gerechtigkeit. Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation ist durch 40 Millionen Arbeitslose in den OECD-Staaten und auch in Österreich von einer Arbeitslosenrate von mindestens 6 Prozent, wenn nur einigermaßen alle die, die wirklich arbeitslos sind, in der Statistik berücksichtigt werden würden, gezeichnet. Das ist, und das kann man drehen und wenden wie man will, eine nun seit Jahren dauernde Krise auch der Arbeit. Und natürlich kann und darf sie nicht mit vorangegangenen Weltwirtschaftskrisen verglichen werden, weil sich entscheidende Voraussetzungen geändert haben. Es können, oder man müßte sagen, es könnten alle mit den notwendigen Gütern versorgt werden. Außerdem, und das ist erfreulich, sagen viele Prognosen wieder mehr

Wachstum voraus. Aber, und das muß hinzugefügt werden, dieses Wachstum, und das sagen ebenso die Prognosen, bringt in der Summe nicht mehr Arbeitsplätze, wie das in den Nachkriegsjahren bei günstigen Wachstumsraten der Fall war. Im Gegenteil, durch den technischen Fortschritt in der Produktion können immer weniger Menschen immer mehr Güter erzeugen. Die Anwendung der Mikroelektronik ist erst zu 5 Prozent ausgeschöpft, und dennoch müssen wir uns die neuen Technologien nutzbar machen, weil sonst der mittelfristige Abbau an Arbeitsplätzen wegen des Verlustes an Konkurrenzfähigkeit furchtbare Auswirkungen haben würde. Natürlich bietet die Entwicklung und Einführung neuer Technologien letztlich ungeahnte Möglichkeiten, auch zur Humanisierung der Arbeitsbedingungen, wenn es uns zum Beispiel einmal gelingen wird, daß wirklich monotone und gesundheitsschädigende Arbeiten von Maschinen übernommen werden. Durch die Mikroelektronik haben wir auch die Chance, wie es der bundesdeutsche Forschungsminister Riesenhuber vor einiger Zeit bei einem Modell-Steiermark-Vortrag in Graz gesagt hat, eine Fülle von Wissen, das bisher quasi im Raum stand, zu integrieren und zu einer ganzheitlichen Sicht der Probleme zu kommen. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hatte vor wenigen Tagen Gelegenheit, bei einem Symposium über die Zukunft der Industriegesellschaft in Berlin den weltbekannten Soziologen Professor Dr. Daniel Bell zu hören. Er sagte in diesem Zusammenhang, daß die mikroelektronische Revolution sowie der Einsatz von Computern und Robotern und in jüngster Zeit die rasante Entwicklung der GEN-Technologie der industriellen Produktion ganz neue Dimensionen eröffnet hätten, meinte aber, und das finde ich so sehr auch zitierenswert, daß nicht die Mikroprozessoren selbst Hauptbestandteil der zukünftigen Veränderungen sind. Der grundlegende Einbruch, so Bell, in unser bisheriges System erfolge vielmehr durch die Verbindung von Computertechnik und Fernmeldetechnik sowie durch das Weite der Satellitenkommunikation, wie das Ausmaß des technischen Fortschritts, das wir inzwischen schon erreicht haben, deutlich beweist. Neue Technologien ermöglichen jedenfalls auch Produktionsprozesse, die mit teuren Energien und knappen Rohstoffen sparsamer umgehen und die Umwelt bedeutend geringer belasten. Das ist eine große Chance. Stagnation der Wirtschaft und Stillstand des technischen Fortschritts, ich möchte das ausdrücklich auch aus meiner Sicht sagen, können wir uns nicht leisten, wenn wir nicht die soziale Sicherheit und in der Folge damit vielleicht auch die Demokratie aufs Spiel setzen wollen. Ich glaube auch aus Überzeugung, daß die Gefahr nicht im technischen Fortschritt liegt, sondern in unserem Unvermögen, ihn auch als Chance zu nützen. Ich möchte daher heute sagen, ich persönlich hielte es für eine verspielte Chance, jetzt nicht auch über die Neuverteilung des Arbeitsvolumens nachzudenken. Denn es muß davon ausgegangen werden, und ich sage es nochmals, daß die Summe der vorhandenen Arbeitsplätze eher kleiner, jedenfalls nicht größer wird in den nächsten 10 bis 20 Jahren. Und je eher wir uns darauf einstellen, umso größer wird auch die Chance sein, diese so gigantische Herausforderung an unser Gewissen so zu meistern, daß die Menschen auch in den nächsten Jahrzehnten miteinander einigermaßen

gut auskommen können. Wenn wir vom Ist-Stand ausgehen und ohne revolutionäre Umkehr weiterhandeln wollen, ja meine Damen und Herren, dann könnte am Ende jene von sehr ernstzunehmenden Wissenschaftlern und Wirtschaftsfachleuten vorausgesagte Entwicklung stehen, wonach es in wenigen Jahren mehr Arbeitslose als Arbeitsplatzbesitzer geben könnte. Ich möchte in diesem Zusammenhang sagen, daß es interessant und sehr bemerkenswert ist, wie die Sozialistische Partei zu dieser so wichtigen Frage der Zukunft steht.

Der stellvertretende Parteivorsitzende Karl Blecha hat erst kürzlich bei einer Pressekonferenz mit dem Titel „Politik braucht Visionen“ formuliert „der SPÖ genüge es, daß die Menschen ein bestimmtes Einkommen in Form einer Art erhöhter Arbeitslosenunterstützung erhalten. Dieses Einkommen müsse aber nicht unbedingt durch Arbeit erzielt werden“. Meine Damen und Herren! Das ist nicht unsere Welt. Eine solche Gesellschaft ist für uns nicht vorstellbar. Für uns – und ich muß es immer wieder sagen – ist Arbeit Teil der Sinnerfüllung des Lebens. Wir gehen schon im Wiener Programm des ÖAAB vom 14. April 1945 vom Recht auf Arbeit und von der Pflicht zur Arbeit und vom Recht auf den Ertrag der Arbeit aus, und wir sagen, es muß alles Menschenmögliche getan werden. Wir müssen all unseren Geist dafür einsetzen, daß auch in Zukunft eine große Mehrheit der Menschen Arbeit hat. Ich glaube daher, daß jedes Modell und jede Möglichkeit, wieder mehr Menschen in den Arbeitsprozeß einzubeziehen, es wert ist, geprüft und ernst diskutiert zu werden. Denn kein Modell ist für sich allein geeignet, allen Arbeitslosen wieder Beschäftigung zu verschaffen. Ich glaube insbesondere, daß die Politik des „Alles-über-einen-Kamm-Scherens“, der linearen Maßnahmen, die für alle zu gelten haben, endgültig vorbei ist. Es darf der einzelne Schritt nicht für zu gering erachtet werden. Wir dürfen Mühe und Phantasie nicht scheuen, die vielen kleinen Schritte zu setzen, damit wir uns nicht an der Zementierung des ungerechten und unerträglichen Ist-Zustandes beteiligen, die einen sind drinnen im Arbeitsprozeß, und eine nicht zu unterschätzende Zahl auch bei uns ist draußen und arbeitslos. Ich meine, daß eine der Möglichkeiten, eine positive Änderung zu schaffen, auch in einer neuen Arbeitszeitpolitik liegt. Sie birgt natürlich – Kollege Rainer, du hast vormittag beim Fremdenverkehr schon kurz dazu Stellung genommen –, wenn man sie falsch verstehen will, Gefahren in sich. Aber sie gibt dem einzelnen die Chance für mehr Zeitsouveränität, und sie kann in manchen Branchen, wenn schon nicht zur Senkung der Arbeitslosigkeit beitragen, so doch verhindern, daß es noch mehr Arbeitslose gibt. Ich sage es ausdrücklich für mich dazu, daß oberste Prinzipien neuer Arbeitszeitregelungen Freiwilligkeit und Wahrung sozialer Rechte natürlich sein müssen. Aber, wenn Prognosen voraussagen, daß etwa im Bankenbereich in zehn Jahren mit einem Viertel der jetzt dort Beschäftigten die Arbeit geleistet werden kann, wenn starke Reduzierungen in Arbeiter- und in vielen Angestelltenberufen zu erwarten sind, dann muß etwas geschehen. Natürlich ist die Teilzeitleistung keine gesamte, keine einzige Lösung. Aber sie kann da und dort mithelfen, Probleme zu hindern und zu lindern. Ich bekenne mich auch dazu, daß der öffentliche Dienst Vorbildcharakter hat. Es ist besonders

anzuerkennen, daß die Steiermark unter ihrem Landespersonalreferenten, Landeshauptmannstellvertreter Franz Wegart, als erstes österreichisches Bundesland für Landesbedienstete die Teilzeitbeschäftigung gesetzlich verankert hat (Beifall bei der ÖVP.), nach dem Motto, wie es Franz Wegart immer wieder zitiert: „Anstelle immer über die Dunkelheit zu jammern, gilt es den Versuch zu machen, da und dort Lichtlein anzuzünden“. Und es haben schon 1.000 Beschäftigte von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Das ist eben, weil es sich insbesondere auch um Frauen handelt, ein Beitrag zu einer guten steirischen Familienpolitik. Und überhaupt kann gesagt werden, es ist auch ein Grund, daß wir uns alle ein wenig freuen, daß es der steirischen Landespolitik mit Landeshauptmann Dr. Josef Krainer an der Spitze immer wieder gelingt, starke Impulse in den wichtigen Fragen unserer Zeit zu setzen. Auch das Budget 1985 gibt doch darüber Auskunft. Durch die Landesausgaben werden im kommenden Jahr etwa 23.000 Arbeitsplätze gesichert werden können, deutlich mehr als 1984. In die Bauwirtschaft werden insbesondere auch wegen des vergrößerten Wohnbauvolumens 6 Milliarden Schilling fließen. Damit sind für 9.500 Bauarbeiter die Arbeitsplätze im kommenden Jahr gesichert. Die Aufstockung des Jugendbeschäftigungsprogrammes, das Wohnbausergänzungsprogramm, die große Anstrengung im Umweltbereich durch den Umweltfonds, das sind Beispiele einer offensiven Arbeitsmarktpolitik. Ich möchte es nicht übertreiben, aber wenn dieses Landesbudget eine Überschrift tragen würde, sie könnte nur lauten „Wir kämpfen um jeden steirischen Arbeitsplatz, um soziale Gerechtigkeit und für eine gute Zukunft unseres Landes“.

Aber zurück, und zum Abschluß noch einmal zur Arbeitszeit. Ich glaube, daß insgesamt jedenfalls gesagt werden kann, daß eine Verkürzung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit eine Möglichkeit darstellt, Arbeitsplätze zu schaffen beziehungsweise zumindest dafür große Bedeutung hat, daß es in manchen Branchen zu nicht noch größerer Arbeitslosigkeit kommt. Ich möchte jetzt zu einem Punkt, der so oft sehr vordergründig diskutiert wird, auch etwas sagen. Ich meine nämlich, es ist nicht die Arbeitszeitverkürzung allein. Wir werden, meine Damen und Herren, Arbeit auch in der Form, daß die Mehrzahl der im Arbeitsprozeß stehenden Arbeitnehmer einen wenn auch vorwiegend geringen Teil ihrer Arbeit und damit – ich gebe das auch als Gewerkschaftsmitglied zu – ihres Einkommens abgeben, teilen müssen. Oswald de Breuning, der große alte Mann der katholischen Soziallehre und Mitverfasser päpstlicher Sozialzyklen, hat es einmal so formuliert, ich möchte mich gerne anschließen. Ich zitiere: „Wir brauchen keine zusätzliche Arbeit. Es ist auch für die Arbeitslosen genug da. Aber anstatt ihren Lebensunterhalt durch öffentliche Maßnahmen aus dem Arbeitsertrag anderer zugeführt zu bekommen, will die große Mehrzahl der Arbeitslosen um ihrer Selbstachtung willen und um einen sinnvollen Lebensinhalt zu haben den Lebensunterhalt durch eigene Arbeit verdienen. Das braucht keine Mehrarbeit zu sein – sagt er –, es genügt völlig, ihnen einen Anteil an der bisher schon geleisteten Arbeit einzuräumen. Anstatt, daß die in Beschäftigung Stehenden über Steuern, Versicherungsbeiträge und ähnliches mehr einen Teil ihres Arbeitsertrages abgeben, könnten sie

unmittelbar von ihrer Arbeit den entsprechenden Teil abgeben. Selbstverständlich mit der abgegebenen Arbeit auch den zugehörigen Arbeitslohn. Damit wäre“ – sagt de Breuning – „nicht nur das durch die Arbeit erzeugte Produkt einfacher und gerechter, sondern auch die das Produkt erzeugende Arbeit selbst sinngemäß verteilt.“ Ich glaube, daß der Weg in diese Richtung denkbar wäre. Ich möchte eine Frage stellen: Ist es nicht so, daß wir jetzt schon Arbeit teilen? Wir unterliegen nunmehr einer Besteuerung von 43 Prozent. Das heißt, von jedem Tausender wird jedem Steirer und jedem Österreicher gegenwärtig ein Betrag von 430 Schilling direkt und indirekt wieder weggesteuert. Ich frage mich, lohnt es sich nicht, zumindest darüber nachzudenken, ohne daß wir das vordergründig bejahen oder ablehnen, ob es nicht doch möglich wäre, bei einer geringeren Steuerbelastung – und ich sage es und gebe es zu –, natürlich eines klein wenig geringeren Einkommens, mehr Menschen in den Arbeitsprozeß direkt einzubeziehen, anstatt durch immer höhere Steuern immer mehr Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Das sind Herausforderungen für die Gesellschaft, für den einzelnen. Es hat ja nur einen Sinn, wenn es alle betrifft. Eine Herausforderung an mutige Unternehmer und an mutige Gewerkschafter. Ich glaube, wir alle, ich schließe da niemanden aus, ich glaube, wir alle sollten hier schon versuchen, auch ein wenig umzudenken. Ich glaube nur, und ich möchte mich im Detail mit dieser Frage gar nicht beschäftigen, etwa die Diskussion um die Ladenschlußzeit ist kein guter Schritt in eine Richtung, wie wir miteinander Probleme der Arbeitszeit bewältigen können. Ich möchte das, was Präsident Ing. Stoisser gesagt hat, aber auch das, was vormittag der Abgeordnete Rainer gesagt hat zur Ladenschlußzeit, eigentlich voll unterstützen und damit schon meine Meinung zum Ausdruck bringen. Ich habe selbst Kaufmann gelernt bei einem ganz kleinen Kaufmann in der Oststeiermark. Wir haben damals noch jeden ersten Sonntag die Geschäfte offen gehabt. Wir haben damals mehr Geschäft gemacht in diesen paar Stunden als ein paar Tage danach zusammen. Ja, man muß sich eben überlegen, wenn man hier die Zeiten ändert, was das vor allem für die kleinen Gewerbetreibenden bedeutet und was das für die Handelsangestellten, von denen die meisten ohnehin keinen Samstag freihaben, bedeutet. Da darf man nicht glauben, daß man das löst, indem man Gesetze nicht einhält, da muß man sich entschieden dagegen wehren, wie das einige jetzt gemacht haben, oder indem man es löst, indem man komplett „Bestemm“ macht und sagt, es darf nicht flexibilisiert werden. Das sind zwei Paar Schuhe. Ich glaube insgesamt, daß wir uns natürlich zusammensetzen müssen mit dem Ziel, die Ladenschlußzeiten im Interesse beider Gruppen zu flexibilisieren, denn die Zeit verlangt es.

Ich glaube jedenfalls, daß auch diese Diskussion zeigt, daß sowohl die Arbeitnehmer als auch die Arbeitgeber wachsamen Auges auf die neuen großen Herausforderungen eingehen müssen. Die Veränderungen in der Arbeitswelt, die dazu führen, daß wenige große Blöcke zugunsten vieler kleinerer Gruppen zerschmelzen, zeigen den neuen Weg. Persönlich träume ich oft davon, daß dieser neue Weg auch von mehr Partnerschaft im Betrieb, ja vielleicht sogar durch verstärkte Mitbeteiligung der Arbeitnehmer an den

Betrieben gekennzeichnet ist. In der Bundesrepublik gibt es schon in etwa 1.000 Unternehmen Mitbeteiligungsmodelle. In einer Zeit, in der es vor allem auch darauf ankommt, daß sich die Arbeitnehmer mit ihrem Betrieb und den Zielen des Unternehmens voll identifizieren, wäre das eine Chance zu mehr Leistung und zu mehr Ertrag für alle Beteiligten und schließlich zu mehr Zufriedenheit, und ich würde auch sagen, zu mehr Sinnerfüllung. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Klasnic: Als nächster hat sich der Herr Abgeordnete Preamsberger zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Preamsberger: Werte Frau Präsident, werte Damen und Herren!

Ich habe heute die Diskussion und die Beiträge des landwirtschaftlichen Bereiches sehr interessiert verfolgt, weil dort auch zum Ausdruck gekommen ist, daß durch Fleiß, durch Rationalisierung nicht Anerkennung, sondern zusätzlich Sorgen entstanden sind, da durch die Überproduktion die optimalen Verkaufsmöglichkeiten nicht gegeben sind. Es wird mit Recht die Liberalisierung kritisiert, da der Osten durch billige Preise unsere Landwirtschaft in größte Schwierigkeiten bringt, damit ist eine Parallele zur Wirtschaft gegeben. Uns bereitet ebenfalls Asien, das heißt Japan, Südkorea, die dritte Welt, die sich neu mit Industrie und Wirtschaftsprodukten zu befassen beginnt, Sorgen. Wenn man jetzt von der Zukunft spricht, dann muß man die gegenwärtige Situation, die Schützenhöfer aufgezeigt hat, die Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Auswirkungen auf Österreich, zum Anlaß nehmen, um gezielte Maßnahmen zu treffen, damit die Strukturprobleme bewältigt werden können. Wir haben sehr viele arbeitsintensive Branchen an die sogenannten Schwellenländer verloren. Sie haben die billigeren Arbeitskräfte. Wir haben versucht, diese Positionen wieder zurückzugewinnen. Hier wurden die verschiedensten Wege beschritten: zum Beispiel Förderung von Betrieben. Es ist nicht notwendig, hier wissenschaftliche Vorträge oder Reden zu halten, sondern auf die Praxis und die Erfahrungswerte hinzuweisen, die wir Arbeitnehmer auf diesem Gebiete miterleben, und versuchen, sie positiv zu beeinflussen. Die ersten Versuche, um hier wieder das Verlorene zurückzugewinnen, wird automatisch die sogenannte Schrumpfungsmethode angewandt. Man kann sich von unseren Wirtschaftsstrategen zur Bereinigung der Wirtschaftsprobleme die verschiedensten Begründungen anhören, zum Beispiel zur Bereinigung der Strukturprobleme: Abbau von 1000 und mehr Arbeitnehmern oder sie in die Frühpension zu schicken, das heißt, der Schrumpfungprozeß löst nicht die Probleme. Man hat aber auch darüber hinaus, um billiger zu werden, in den einzelnen Betrieben ganz systematisch die in Jahrzehnten aufgebauten sozialen Einrichtungen automatisch wieder in kürzester Zeit abgebaut. Man hat darüber hinaus Versuche unternommen, die Gehälter und Löhne zu kürzen, dies wurde von uns Gewerkschaftern absolut abgelehnt, weil sie nicht zur Gesundung der Wirtschaft führen oder in Schwierigkeiten geratene Betriebe retten können. Man vergißt dabei, daß die Konsumkraft verloren geht und, wie Schützenhöfer ja gestern kritisiert hat, daß es wirklich Kleinstverdiener in Österreich gibt, und

das bestreiten wir als Gewerkschafter nicht, im Gegenteil, es schmerzt uns, aber wir wissen, diese Textilindustrie, die seit Jahrzehnten mit dem Überleben zu kämpfen hat und nun in einer gewissen Aufschwungsphase sich befindet, die der Meinung ist, sie wird sich international halten, natürlich niedrige Löhne bezahlt. Bei jeder dieser Lohnverhandlungen, wo um Hundertstel Prozente gestritten wird, wäre es sehr einfach für uns Gewerkschafter, mit Recht eine Lohnanpassung für diese Menschen zu fordern, sie müssen ja auch der Umwelt angepaßt leben, dann können diese Betriebe sofort zusperrn. Ob man das verantworten kann, wenn sie sich in einer gewissen Aufschwungsphase befinden, das, glaube ich, können nur die, die nicht bereit sind mitzuverantworten und versuchen, ganz links zu überholen. Diese Menschen schätze ich in meiner Partei nicht, aber ich bin sehr schockiert, wenn von Ihrer Seite dann solche Versuche unternommen werden. Man kann die Konkurrenzfähigkeit nicht so ohne weiteres wieder zurückgewinnen, es bedarf einer Information im ganzen Bereich der Wirtschaft und der Betriebe, damit auch die Mitarbeiter verstehen, in welcher Situation man sich befindet. Die Struktur-schwächen sind nur mit neuen Technologien überhaupt zu beseitigen. Elektronik, Automatisierung und zugleich die Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen das sind wir heute gewohnt. Wir können uns nicht dagegenstellen, wir müssen mitarbeiten, wir müssen uns anpassen, ansonsten verlieren wir die wenigen Arbeitsplätze, die die österreichische Wirtschaft heute noch halten kann, an und für sich dann wieder neuerlich an die sogenannten Schwellenländer. Wenn die Stückkostensenkung, eine Notwendigkeit, bestreite ich nicht, wir sind bereit mitzuarbeiten, so sollte man aber nicht übersehen und es sich nicht so einfach machen, denn auch hier bei der Budgetdebatte wird darüber diskutiert, und ich bin seit Jahrzehnten als Betriebsratsobmann, als Gewerkschafter tätig, mit Herz bei der Arbeit, und ich verstehe es nicht, wenn man zwischen Bund und Land Schuldige sucht, damit löst man keine Probleme. Wir können nur mithelfen, sie zu erleichtern. Wenn jetzt in der „Tagespost“ am 29. November gestanden ist, daß der Arbeitskostenvorsprung gegenüber Deutschland mit den letzten Lohnrunden geopfert wurde und die Wettbewerbskraft verloren ginge in Österreich, dann muß ich das zurückweisen, wenn Ihre eigenen Parteisprecher sagen, wir bekommen zu wenig bezahlt, dann nehmen Sie gefälligst zur Kenntnis, daß wir als Arbeitnehmer so viel Verantwortungsbewußtsein an den Tag gelegt haben, daß bei den letzten Lohnrunden, Kollektivvertragsverhandlungen der letzten Jahre wir den Gürtel enger geschnallt haben und die Inflationsrate nicht abgegolten wurde. Das hat uns keine Freude bereitet. Aber wir wissen, daß wir der Wirtschaft gegenüber in schwierigen Zeiten eben auch gewisse Kosten zu tragen haben. Wenn man der Meinung ist, daß Strukturwandel, Anpassungskosten von einer klar abgegrenzten sozialen Gruppe getragen werden soll, und wenn es positive Entwicklungen gibt, dann wird es auf die ganze Bevölkerung aufgeteilt, dann können wir uns mit dieser Einstellungssituation nicht abfinden und müssen dagegen protestieren. Denn auch in schlechten Zeiten haben alle den Gürtel enger zu schnallen, und ich glaube, daß die Kosten des Umweltschutzes, der immer wieder gebracht wird als eine Arbeitsplatzsicherung,

nicht nur von den Arbeitnehmern getragen werden kann, sondern von der Allgemeinheit. Umweltschutz – wir bekennen uns dazu, in vernünftigem Ausmaß, wie man es der Wirtschaft gegenüber auch verantworten kann, dann haben aber auch alle die Kosten zu tragen. Wenn man jetzt hört, daß in England die Einführung von Filteranlagen in den Fabriken und in den Kraftwerken abgelehnt wird, weil man in England bezweifelt, daß die einseitigen Berichte der Experten und sogenannten Fachleute unbeeinflusst sind, dann soll uns das auch Anlaß dazu geben, daß wir grundsätzlich wirklich daran interessiert sein müssen, daß alle Schadstoffe, alle Schadeinwirkungen in unserem Umweltschutz fachlich richtig erkannt und dann gezielte Maßnahmen gesetzt werden. Ich glaube, daß dazu auch die Monokultur gerade nicht das richtige ist. Sie fördert das Wachstum, bringt Nachteile in der Widerstandskraft dieses Waldes. Biosprit wurde heute des öfteren hier erwähnt, und ich darf Ihnen eines sagen: Mit Biosprit befassen wir uns bei Waagner-Biró selbst, weil wir geglaubt haben, das sei die Zukunft. Biosprit ist wirklich, wie einzelne gesagt haben, noch nicht ganz ausgereift. Die Erzeugung von Biosprit in einer Phase der internationalen Entwicklung für den Energiesektor beherrschen wir noch nicht, und ich glaube, es wird sich auf diesem Gebiet so schnell nichts Entscheidendes tun, denn man muß auch berücksichtigen, daß sich die Kosten dieser Anlagen und Fabriken auf die Benzinpreise auswirken, die dann pro Liter nicht 7, 8 Groschen betragen, sondern man spricht davon, daß es Schillinge pro Liter sind. Diese Kosten bereiten uns und den Verantwortlichen – logischerweise – Sorgen. Wenn man über die Wettbewerbsmöglichkeit der Firmen spricht, weil das ja die Voraussetzung ist, um überhaupt noch die wirtschaftlichen Probleme lösen zu können, dann muß ich Ihnen sagen, heute ist es ja nicht mehr so, daß zwischen den einzelnen Firmen ein Wettstreit und eine Konkurrenzfähigkeit aufrechterhalten werden muß, sondern heute besteht der Wettkampf nicht nur zwischen Firmen, sondern zwischen den Staaten. Damit ist Österreich in eine Situation geraten, die wir höchstwahrscheinlich nicht bewältigen werden. Und wenn ich das Wort ergriffen habe, dann erlauben Sie mir als verantwortlichen Gewerkschafter des Bezirkes Graz und Umgebung, doch darauf hinzuweisen, daß hier 54.000 Pendlern nach Graz einpendeln und hier ihre Arbeitskraft in den verschiedensten Bereichen der Industrie, Handel, Verwaltung zur Verfügung stellen. Wir waren im Bezirksausschuß einer der ersten, die damals für diese Pendlern in den Betrieben selbst Versuche unternommen haben, ihnen ihre Schwierigkeiten ein wenig zu erleichtern, und mit Recht begrüßt haben, daß diese Pendlerpauschale die Pendlern nun vom Land her eine Betreuung erfahren. Wenn also Schützenhöfer in der Kammer das kritisiert, daß wir wieder vom Gesetz sprechen, dann möge man verstehen, das ist unsere Meinung, daß der Arbeitnehmer gesetzlichen Anspruch erheben kann, und nicht erst darum ersuchen muß. Darüber kann man diskutieren, und es ist eine Ansichtssache. Wir werden von unserer berechtigten Meinung nicht Abstand nehmen. Wir in Graz haben kleine Industrien, nur ein paar verstaatlichte Betriebe, und die ganzen Betriebe, die Großbetriebe in Graz, können heute nur noch durch Förderungen überleben. Ich sage Ihnen, es gibt nur mehr Waagner-Biró ohne eine Förderung, von der

Simmering-Graz-Pauker, Steyr-Daimler-Puch bis hinüber zu Andritz erreichen diese Förderungen Milliardenhöhe. Man hofft, daß sie so überleben können. Förderungen werden auf Dauer die Probleme auch nicht lösen, sondern sie können nur vorübergehend eine Hilfe bedeuten. Daher würde ich doch bitten, daß ein Umdenken in diesem Bereich der Förderung Platz greift. Ich muß nicht Geldgeschenke geben. Ich kann durch vernünftige Ausschreibung eine vernünftige Streuung in Krisenzeiten herbeiführen. In anderen Ländern wird das auch gemacht. Und – Sie können ruhig ein wenig beleidigt auf mich sein – die Steiermark hat in den letzten Jahrzehnten sich das auch sehr einfach gemacht, denn die Planung und Ausschreibung der Autobahnteilstücke ohne separate Ausschreibung der sogenannten Tragwerke und Brücken, ist eine Vereinfachung für die Beamten, gibt der Stahlindustrie der Steiermark überhaupt keine Chance des Überlebens. Ohne Stahlindustrie, ohne Grundindustrie wird auch unsere Wirtschaft in Zukunft nicht leben können. Ein gewisser Schrumpfungsprozeß muß zur Kenntnis genommen werden. Es ist auch in der Vergabebestimmung immer nur der Billigstbieter tödlich für unsere Wirtschaft. Ein Umdenken wäre also notwendig. Wir haben in der Bezirksleitung – und jetzt könnte der Herr Landeshauptmann genau wieder die Äußerung von sich geben, wir machen es uns einfach. Nein! Sondern in den Bezirksleitungen haben wir uns mit den Problemen unserer Wirtschaft zu befassen, und jeder einzelne und jede einzelne Familie, und nicht nur die Betroffenen, sondern die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit sind ja eine Kettenreaktion und nicht abzuschätzen, was sie an Negativerscheinungen mit sich bringen. Aus diesem Grund haben wir bei den Schwierigkeiten der Simmering-Graz-Pauker den Einkauf der sogenannten alten Tramways aus Deutschland mit Recht kritisiert. Leider hat die Stadt Graz trotz unserer Forderung und unseren Wünschen nicht das Geld, daß sie der Simmering-Graz-Pauker Aufträge von neuen Straßenbahnwaggons zukommen läßt. Wir haben aber auch mit Recht verlangt, daß die Nahverkehrsmilliarde vom Land Steiermark in Anspruch genommen werden soll, weil man hier keine Geldgeschenke braucht, denn wenn die Simmering-Graz-Pauker ein paar Waggons mehr an Aufträgen bekommt, ist schon eine Überbrückung möglich.

Genauso die Müllprobleme, die in der Bezirksleitungssitzung diskutiert wurden, und ich sage ausdrücklich, es waren alle Parteien anwesend, es herrschte Einstimmigkeit, daß wir auch mit Recht verlangt haben, daß diese Müllentsorgungsanlagen in weiter Zukunft ja nicht darin bestehen können, daß man diesen sogenannten Schmutz und Dreck wieder in die Erde vergräbt, sondern daß man ihn auf weite Sicht nur durch Verbrennung beseitigen kann und die freierwerdende Energie wieder verwertet. Es wäre wünschenswert, wenn das Land und die Gemeinden zusammenwirken. Es wäre der Wunsch, und berechtigt wurde von uns verlangt über politische Meinungen hinaus, müßten zu den vorher erwähnten Gemeinden, Land und Bund gemeinsam schnellstens einen Weg finden, die Müllprobleme für die Zukunft zu lösen. Ich glaube, man sollte auch nicht übersehen, und wenn der Herr Dr. Klauser unangenehm überrascht sein wird, daß ich ein bißchen länger brauche als Bezirksobmann des ÖGB, habe ich in diesem Haus darauf

hinzuweisen, daß die Verzögerung von Hainburg nicht nur eine Milliarde pro Jahr gekostet hat, sondern daß in diesen Firmen – Maschinenfabrik Andritz, Waagner-Biró und Elin Weiz – diese Aufträge bereits geplant waren, dadurch Arbeitsplätze gefährdet sind, und teilweise konnten die Betriebe ihre Schwierigkeiten nur mit Förderungsgeldern, die vom Steuerzahler erbracht werden müssen, überbrücken. Hätte man Hainburg schneller entschieden, wären diese Situationen nicht entstanden.

Dr. Hirschmann hat hier bei der letzten Diskussion die Frage gestellt; dieses verflixte Konferenzzentrum. Daß es der ÖVP nicht paßt, das weiß ich seit Jahren. In Wirklichkeit aber hat er hier eine Frage gestellt, die beantwortet werden muß. Ja, was hat das der Steiermark gebracht? Diese Wiener bauen hier auf Kosten der anderen Bundesländer. Ich sage hier, und das läßt sich überprüfen, wir hätten das Jahr 1983 im Stahlbau nicht überlebt, wäre nicht ganz bewußt bei diesem Kongreßzentrum in Wien die Konstruktion des Daches nicht in Stahlbeton, der Loidl wird keine Freude haben, ist aber so gewesen und ist auch vernünftig, sie wurde in Stahlkonstruktion ganz bewußt als Streuung und Stützung für die Stahlindustrie durchgeführt. Wir haben bei Waagner-Biró in Graz diese große, schwere Stahlkonstruktion teilweise erzeugt und damit unsere Arbeitsplätze gesichert. Das zu dieser Anfrage. Ich möchte Ihnen etwas sagen, ich habe das Gefühl, und das ist die Grundkrankheit unserer Wirtschaft, Österreich hat auf gewissen Gebieten der technischen Entwicklung leider nicht Schritt halten können. Das erleben wir in allen Bereichen. Österreich kauft viel zu viel Know-how vom Ausland ein. Das habe ich in meinem eigenen Betrieb mit Hunderten von Ingenieuren, Diplom-Ingenieuren und Doktoren erlebt. Wir haben hier leider in der Eigenentwicklung nicht Schritt halten können. Ich glaube, es ist gefährlich, weil Österreich und die österreichische Wirtschaft durch den Einkauf von ausländischem Know-how in Zukunft so abhängig wird vom Ausland, daß man uns unter Umständen sogar wirtschaftlich dirigieren kann. USA, Japan und auch die Sowjetunion haben aus dem Bereich der Raumfahrt und Rüstung so viele technische Abfallprodukte, könnte man sagen, Erfahrungswerte in der Forschung für die private Wirtschaft, die wir Österreicher gar nicht aufholen können, daß wir damit den technologischen Anschluß verpassen. Das ist doch unbestritten, wir befinden uns in einer technischen Revolution, die man gar nicht abschätzen kann – im Zeitalter der Roboter, Vollautomaten. Wir mit unserer gewachsenen Industrie in der Steiermark, in Österreich und in Europa können uns schwerer umstellen als die neu gegründeten Industrien. Wenn jetzt hier gesagt wurde, daß in den USA von 1984 bis 1985 bereits festgestellt werden muß, daß die Wachstumsvoraussage in der Wirtschaft im ersten Halbjahr einen Rückschlag erlitten hat, der alarmierend ist, dann ist das für uns mehr als Anlaß zur Sorge. Auch wenn 1985 unser Wirtschaftswachstum steigen sollte, haben wir für 1986 und darüber hinaus Vorsorge zu treffen. Wir sollten doch zur Kenntnis nehmen, daß Amerika in den letzten zehn Jahren 18 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen hat, Japan immerhin in diesen zehn Jahren 5 Millionen, Europa hat im gleichen Zeitraum von diesen zehn Jahren 1,5 Millionen Arbeitsplätze verloren. Das zeigt, daß nicht nur Österreich, sondern

Europa scheinbar in der schnellebigen Zeit der Technologie den Anschluß verpaßt hat. Daher kann ich Ihnen jetzt zum Abschluß keine schönen Aussprüche oder Worte von Verstorbenen bringen, sondern ich kann an Sie nur die Bitte richten, arbeiten wir auf dem Gebiet der Wirtschaft zusammen. Vermeiden wir, daß diese Wirtschaft nicht in die täglichen Parteistreitigkeiten hineingezogen wird, dann werden wir vielleicht die Chance haben, den Anschluß wieder zu finden. Danke. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Harmtodt. Ich erteile es ihm.

Abg. Harmtodt: Sehr geehrte Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf heute namens der steirischen Bauwirtschaft meinen Dank aussprechen, meine sehr geehrten Damen und Herren, und zwar deshalb danken, weil im Budget 1985 große Impulse für die Bauwirtschaft sichtbar verankert sind. Die Bundesregierung, die sicherlich nicht alles falsch gemacht hat, hat aber sicher für die heutige Zeit einen sehr spürbaren Fehler gemacht. 1972 gab es in ganz Österreich einen sehr großen Bauboom. Die Privatwirtschaft hat damals wegen der Einführung der Mehrwertsteuer sehr stark investiert und sehr viel gebaut. Die Bundesregierung hat damals zur gleichen Zeit verhältnismäßig große Schulden gemacht und hat zusätzlich die Bauwirtschaft angeheizt. Heute würden wir die Mittel des Bundes benötigen. Leider, meine Damen und Herren, sind diese Mittel für die Bauwirtschaft nicht mehr vorhanden. Ich erinnere, meine sehr geehrten Damen und Herren, 1972 wurden noch 4000 Wohnungen errichtet. Heute, das haben wir in der Budgetsitzung vernommen, werden vom Bund nur mehr 1000 Wohnungen gefördert. Ich bin daher sehr dankbar, daß wir in der Steiermark zusätzlich 1800 Wohneinheiten pro Jahr errichten werden.

Wir haben auch zusätzliche Mittel im Budget für die Umwelt eingebaut, und zwar in der Höhe von 100 Millionen Schilling, zweckgebunden 80 Millionen Schilling für den Umweltschutz und 20 Millionen für den Naturschutz. Das kommt sicherlich auch zum Großteil der steirischen Bauwirtschaft zugute. Die Raab, die in der letzten Zeit in allen Zeitungen verankert war, wird sicherlich davon profitieren. Ich möchte daher kurz über die Raabsanierung sprechen. Ich habe auch diesbezüglich im Landtag einen Antrag eingebracht. Seit kurzer Zeit gibt es auch ein Aktionskomitee „Rettet die Raab“. Hier arbeiten viele nette umweltbewußte Mitmenschen mit einem eigenen Sprachrohr, wo alles Negative, aber auch das Positive aufgezeigt wird. Es sind Menschen, die ehrlich und mit viel Einsatz für eine Verbesserung der Raab ehrenamtlich mitarbeiten. Die Raab, meine sehr geehrten Damen und Herren, war einmal der fischreichste Fluß von Steiermark. Seit 1982 hat sich die Wassergüte von 2 auf 3, aber sogar teilweise auf 4 verschlechtert. Das sind immerhin stark bis außergewöhnlich stark verschmutzte Flüsse. Ursachen für diese Entwicklung waren vor allem die Strukturprobleme im eigenen Bereich der Raab. So erfreulich diese Betriebsansiedlungen sind, müssen nunmehr auch die Abwassersanierungen in den Griff genommen werden. Wir Politiker – da schließe ich niemand

aus – haben hier nicht geschlafen, und so möchte ich heute folgendes aufzeigen: Besonders eingesetzt hat sich unser geschätzter Herr Landeshauptmann, und hier hat auch klarerweise der Bund mitgewirkt, aber immerhin waren vom Land sehr sichtbar auch diese 100 Millionen Schilling eingesetzt, und gerade diese Summe wird uns hier weiterhelfen. Umwelt, meine sehr geehrten Damen und Herren, kostet Geld. Allein im mittleren Raabtal werden etwa 300 Millionen Schilling für diesen Zweck benötigt. Eine Summe, wie schon gesagt, die auch der heimischen Bauwirtschaft zugute kommt. Vor zwei Jahren haben wir in Feldbach einen Abwasserverband „Mittleres Raabtal“ gegründet. 14 Gemeinden haben sich zusammenschlossen, auch Betriebe, die größere Wasserverschmutzer sind, sind hier im Verband involviert. Der Verband hat bereits 86 Millionen Schilling bewilligt bekommen. Mittlerweile sind schon viele Millionen verbaut. Fünf Kläranlagen werden gebaut, zum Teil geplant und schon im Bau. Die Stadt Feldbach hat seit 1975 eine vollbiologische Kläranlage. Unsere Stadt, meine Stadt, hat sicherlich zwei große Fehler gemacht. Ich habe es schon einmal gesagt, ich möchte es heute wiederholen: Das Hallenbad wurde zu groß gebaut und die Kläranlage wesentlich zu klein. Allerdings war das nicht unter meiner Ära, möchte ich hinzufügen. (Abg. Freitag: „Mitbeschlossen hast du es!“) Ich war damals nicht einmal im Gemeinderat, lieber Kollege, ich habe es daher auch nicht mitbeschließen können! – In Feldbach muß daher auch nach dieser kurzen Zeit eine neue Kläranlage gebaut werden, und zwar mit einem Kostenaufwand von 70 Millionen Schilling. Sie muß bis 1986 fertig sein. Vom Bundeswasserwirtschaftsfonds und vom Land Steiermark wurden wir ganz besonders unterstützt. Wir haben noch einige Schwierigkeiten mit dem Standort. Aber ich wurde von allen Stellen, vom Bund und vom Land Steiermark, auch dahin gehend sehr unterstützt. Von der SPÖ Feldbach macht man mir aber die größten Schwierigkeiten. Sie können es tagtäglich in der Zeitung lesen, überall dort, wo wir einen neuen guten Standort finden, wird die Bevölkerung von seiten der SPÖ aufgewiegelt. (Abg. Freitag: „Du, das ist keine Parteiversammlung. Das mußt du woanders sagen!“) Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich sagen, daß wir auch im oberen Raabtal Fortschritte erzielen konnten. Wir haben die berechtigte Hoffnung, weil es auch schon in Gleisdorf und darüber hinaus bei den Firmen sehr große Ansätze gibt, daß wir innerhalb von fünf Jahren unsere Raab wieder in Ordnung haben. Das alles, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind Taten für die Umwelt, aber auch Taten für die steirische Wirtschaft. Ich danke bestens, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Klasnic: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Halper das Wort.

Abg. Halper: Geschätzte Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte jetzt wirklich an die Österreichische Volkspartei die Frage stellen, und ich kenne mich als Abgeordneter dieses Hauses nicht mehr aus, wie viele Wohnungen bauen wir jetzt wirklich mit dem Sonderwohnbauprogramm des Landes? Erste Frage. Zweite

Frage: Wie viele Kraftwerke bauen wir, weil die Tatsachen, wenn man Bilanz zieht, nicht feststellbar sind, und ein drittes ist, wie viele Lehrplätze sichern wir wirklich? Geschätzte Damen und Herren! Ich habe wirklich den Eindruck zwischendurch, daß Sie hier ein ÖVP-Festival der Worthülsen feiern. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Was ist das?“) Ein ÖVP-Festival der Worthülsen! (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Lies einmal deine Reden durch!“) Das beginnt in der Regel mit der Neinsagerouvertüre und endet immer wieder mit dem Gloria Hosianna Landeshauptmann Dr. Krainer. Und bitte, geschätzte Damen und Herren, Landespolitiker sind doch alle Kollegen dieses Hauses. Es scheint mir schon so zu sein, daß es mitunter zu einer dramatischen Oper kommt, und die Praxis sieht ja dann so aus, daß der erste Akt das Non zu den 16 Milliarden der Verstaatlichtenhilfe ist, der zweite Akt ist, daß wir das erste Bundessonderwohnbauprogramm abgelehnt haben. Der dritte Akt ist das Non Allegro für den Abschluß des Staatsvertrages mit dem Bund (Abg. Ing. Stoisser: „Es gibt keine Rede von euch, wo das nicht drinnen ist!“), und der vierte Akt und das Finale, geschätzte Damen und Herren, die SPÖ setzt die 16,6 Milliarden für die verstaatlichte Industrie und zum Schutz der Arbeitsplätze durch, und die steirische ÖVP läßt sich als Arbeitsplatzsicherer feiern. Aber so ist es immer. Wenn es um die Arbeitsplatzsicherung in der verstaatlichten Industrie und um die Zusammenarbeit mit dem Bund geht, dann sitzen Sie in der letzten Reihe, um dann wieder als Arbeitsplatzsicherer sich in der ersten Reihe feiern zu lassen. Geschätzte Damen und Herren, die wirtschaftlichen Probleme der Steiermark sind hier bereits öfters Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen gewesen. Bekannt sind die Probleme in der Struktur der steirischen Wirtschaft sowie der infrastrukturelle Nachteil der Ober- und Weststeiermark und im besonderen des steirischen Grenzgebietes. Ich will mich hier nicht mit den Details dieser Schwierigkeiten auseinandersetzen, sondern vielmehr die Frage aufwerfen, was bisher getan wurde beziehungsweise geschehen müßte, um hier Lösungen zu finden. Die Umstrukturierungstendenzen zeigen sich in den Beschäftigungszahlen der verschiedenen Wirtschaftssektoren. Die Industriebeschäftigten sind empfindlich zurückgegangen. Ich denke hier an den Bergbau von 10,5 Prozent seit 1971 auf 6,5 Prozent, oder in der Glasindustrie oder aber auch in der Eisenindustrie. Und hinter all diesen Zahlen, geschätzte Damen und Herren, stehen Schicksale von Menschen, stehen viele, viele menschliche und wirtschaftliche Tragödien. Dem steht auf der anderen Seite gegenüber, wenn wir die Struktur betrachten, daß im gleichen Zeitraum der Anteil der Beschäftigten in der Maschinenindustrie, Elektroindustrie und im Fremdenverkehr gestiegen ist. Darin sehe ich einen gravierenden Strukturwandel. In der Steiermark hat sich auch die Stahlkrise wesentlich weniger durchgeschlagen als in vergleichbaren Ländern Westeuropas. So sind zum Beispiel in der Bundesrepublik, in Italien, in Frankreich und Großbritannien nur mehr die Hälfte derer beschäftigt, die es im Jahre 1979 noch waren. Ob jedoch - und diese Frage stellt sich - der derzeitige Aufschwung genügt, die so praktizierte Beschäftigungspolitik zu einer Beschäftigungsstabilität hinzuführen, bleibt dahingestellt. Dennoch wird die notwendige Umstrukturierung in Richtung Ansiedelung zukunftsfruchtiger Betriebe ein

langfristiger Prozeß bleiben, um den wir uns alle weiter kraftvoll bemühen müssen. Wenn man allerdings die derzeitige Situation der Wirtschaftsförderung betrachtet, kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß sich eine allgemeine Förderungsmentalität breit macht. Ich meine damit den Zustand, daß heute kaum eine Betriebsansiedlung, eine Gründung eines Unternehmens durchgeführt wird, ohne daß nicht zunächst die Frage gestellt wird, welche Förderung seitens der öffentlichen Hand erbracht wird. Dabei ist festzuhalten, daß seit Inkrafttreten der beiden steirischen Wirtschaftsförderungsgesetze eine Vielzahl von Fördergebilden entstanden ist, bei denen sich nur mehr wenige Eingeweihte einen Überblick machen können. Ich denke hier an die Grundstücksbeschaffungs-, an die Beteiligungsgesellschaft, an den Technologiepark. Dazu eine Bemerkung. Es ist in der heutigen Tagespresse ein vertraulicher Rechnungshofbericht zur Grundstücksbeschaffungsgesellschaft veröffentlicht worden, und ich möchte dazu eine Bemerkung anhängen. Diese Erkenntnis des Durchdringens vertraulicher Unterlagen stimmt bedenklich, und ich erinnere mich daran, daß Herr Landesrat Fuchs bei seiner letzten Rede im Landtag gesagt hat, er lasse kein Skelett zurück. Ich meine, das, was wir hier vorfinden, ist eigentlich ein Gruselkabinett, das er zurückgelassen hat. Wobei festzuhalten ist, daß bei solchen Aktionen vom Grundsatz der Förderung abgegangen wurde, durch öffentliche Förderung einen Anreiz für Investitionen zu schaffen. (Abg. Dr. Maitz: „Das heißt, nicht Zahlungsunfähigkeit, sondern Zahlungsfähigkeit!“) Das Grundproblem ist jedoch, daß sich bereits ein schier undurchsichtiger Dschungel einer Vielzahl von Bundes- und Landesförderungen ergeben hat und nur mehr wenige diesen Dschungel durchdringen können. Denen es gelingt, wird die höchste Förderung zuteil. Das Hauptproblem der Wirtschaftsförderung in der Steiermark liegt in den Sanierungsnotwendigkeiten, und unter dem Druck von Beschäftigungsproblemen, vor allem in Krisenregionen, tauchen Sanierungssituationen wirklich plötzlich auf, wie am Beispiel der Firma Triumph in Köflach oder in der Glasindustrie oder aber bei der Andritzer Maschinenfabrik und bei der VOEST Zeltweg demonstriert. In Wirklichkeit ist dies Ausdruck der in der Steiermark vorgegebenen Strukturen. Diese Förderungspolitik bedingt diese momentan auftauchenden Probleme. (Landesrat Dr. Heidinger: „Wenn ein Management so versagt, wie bei der Maschinenfabrik!“) Bedingt, immer aus der Sanierungsnotwendigkeit betrachtet, einen außerordentlichen Einsatz von Geldmitteln und hat in zweiter Linie zur Folge, daß nach den ersten Förderungsmaßnahmen meist mehrere Folgeengagements nach sich zu ziehen sind. Landesrat Dr. Klauser hat aus Anlaß der Budgetrede am 27. November gemeint, die Förderungspraxis des Landes führt dazu, daß die Mittel der Wirtschaftsförderung bereits in der ersten Jahreshälfte erschöpft sind; wenn es nicht gelingt, diesen Kreislauf zu durchbrechen, wird der Bewegungsspielraum der Wirtschaftsförderung irgendwo beim Nullpunkt enden. Geschätzte Damen und Herren, ich glaube also, daß wir die Situation der Wirtschaftsförderung auch aus einem gemeinsamen Vorgehen mit Bundes- und Landesmitteln betrachten müssen. Allein im heurigen Jahr wird der Bund 18,84 Milliarden Schilling für die direkte Wirtschaftsförderung ausgeben. Gemessen an den

Ausgaben und den direkten Ansätzen im Landesbudget in der Größenordnung von eineinhalb Prozent bedeutet diese Bundesausgabe 4,2 Prozent des Bundesbudgets. Bei einer immer wieder dargelegten Relation von 1 zu 20 würde das bedeuten, daß wir noch sehr viel zu tun hätten, um die Wirtschaftsförderungsmittel in diesem Lande aufzustocken.

Geschätzte Damen und Herren, ich möchte aber nicht verschweigen, daß auch die Wirtschaftsförderung der Steiermark sehr positive Erfolge zu verzeichnen hat. Ich möchte auch das ehrliche Bemühen und unbürokratische Handeln der Fachabteilung für Wirtschaftsförderung und der Rechtsabteilung 10 betonen, und alle Beamten bemühen sich mit positiver Einstellung, rasch zu handeln. Dafür möchte ich danken, will aber nicht im gleichen Atemzug Fehlentwicklungen der Wirtschaftsförderung verschweigen, die mir persönlich unverständlich sind und die von Ihnen, geschätzte Damen und Herren der Mehrheitspartei dieses Hauses, zu verantworten sind. Ich glaube nicht, daß es Sinn einer Wirtschaftsförderung sein kann und im Interesse der Wirtschaftsförderung gelegen ist, daß Mittel der Wirtschaftsförderung für die Ansiedelung eines praktischen Arztes verwendet werden oder für die Ansiedelung und Ausstattung einer Zahnarztpraxis oder aber, daß Mittel der Wirtschaftsförderung für den Ankauf eines Pkw Mercedes Kombi für einen Rauchfangkehrer mit Gebiets- und Preisschutz verwendet werden. Das kann nicht im Sinne einer objektiven Wirtschaftsförderung sein. Dagegen sprechen wir uns als Sozialisten dieses Hauses aus. Geschätzte Damen und Herren, die Erfahrung der Vergangenheit zeigt, daß die derzeitige Wirtschaftsförderung ihre ursprünglichen Zielvorstellungen einer Anreizwirkung von zusätzlichen Investitionen und damit einer Ausdehnung der Arbeitsplätze und Sicherung von Arbeitsplätzen in den diversen Bereichen nur mehr gering erfüllen kann. Ich meine also, daß gerade die derzeit beginnende Diskussion um die Novellierung der beiden Wirtschaftsförderungsgesetze zu einer Objektivierung in der Mittelvergabe führen müßte. Schon mehrmals habe ich im Rahmen von Landtagssitzungen ausführlich dargelegt, daß schon im Landeshaushalt eine ansatzmäßige Trennung in wirtschaftsfördernde Maßnahmen zur Strukturverbesserung als Instrumentarium der Strukturpolitik, zweitens in Maßnahmen für den regionalen Ausgleich als regionales Instrumentarium und drittens in Förderungsmaßnahmen für Sanierungsfälle zu erfolgen hätte.

Dabei wäre besonders an eine Ausdehnung der innovatorisch orientierten Projekte, in diesem Zusammenhang gehe ich mit Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer d'accord, zu denken. Betrug doch dieser Aufwand hinsichtlich einer nachträglichen Zuordnung im Wirtschaftsförderungsbericht für das Jahr 1981/82 nur 14,7 Prozent.

Geschätzte Damen und Herren, zusammenfassend ist zu sagen, daß die Vergabe der Förderungsmittel nach einem feststehenden oder festzulegenden Kriterienkatalog vorzunehmen wäre. Um die Effizienz der immer knapper werdenden öffentlichen Mittel zu erhöhen, besteht die Notwendigkeit begleitender Erfolgskontrollen, um der Zielsetzung der Wirtschaftsförderung, der Sicherung bestehender und der Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Steiermark gerecht zu wer-

den. In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Klasnic: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kollmann das Wort.

Abg. Kollmann: Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Wortmeldung des Herrn Kollegen Preamsberger hat mich in einigen Punkten außerordentlich überrascht, und, Herr Kollege, du wirst es gestatten, daß ich zu ganz wenigen Dingen Stellung nehme. Da hast du zum Beispiel sehr lautstark beklagt, daß bei Lohnabschlüssen die Inflationsraten nicht mehr abgegolten werden können. Stimmt das? (Abg. Preamsberger: „Ich habe auch gesagt, ganz bewußt nehmen wir das an!“) Nicht mehr? Das mutet etwas eigenartig an, weil ich doch glaube, daß wir in Wien eine Bundesregierung sitzen haben, die letztlich die Entwicklung der Steuern und Abgaben bestimmt, und wenn ich mir die „Presse“ von gestern ansehe, habe ich hier einen Artikel gefunden mit dem Titel „Mehrwertsteuerschub trieb Inflation hoch“. Ich darf vielleicht ein paar Sätze daraus zitieren: „Ein Vergleich einzelner Gruppen des Verbraucherpreisindex mit jenen in Deutschland legt den Schluß nahe, daß die Auswirkungen der Erhöhung der Mehrwertsteuer in Österreich Anfang 1984 auf das Preisniveau stärker waren, als bisher angenommen wurde“, heißt es in einer Studie des Wirtschaftsforschungsinstitutes. Dieser Effekt dürfte etwas über den sich bei vollständiger Überwälzung rein rechnerisch ergebenden Wert von 1,9 Prozentpunkten hinausgehen und etwa 2 Prozent betragen. Und dann ist noch zu lesen, daß das Wirtschaftsforschungsinstitut feststellt, daß Anfang 1984 eben auch die preisregulierten Dienstleistungen, die Tarife, die staatlichen Tarife und Belastungen außergewöhnlich stark erhöht worden sind. Jetzt frage ich wirklich, Herr Kollege Preamsberger, warum kann nicht eure Partei, die Sozialistische Partei, versuchen, diese Inflation so nieder wie nur möglich zu halten, damit wir das dann bei der Lohnrunde unterbringen? (Abg. Preamsberger: „Machen wir ja. Ihr erhöht die Preise, und wir müssen schauen, wie wir euch einbremsen!“) Wir erhöhen die Preise nie und nimmer in dem Ausmaß, wie es für die Wirtschaft erforderlich wäre. Der Druck aus dem Ausland ist für unsere Wirtschaft ohnehin schon so groß geworden, daß es auf Grund der Abgaben und Steuerbelastung, die unsere Wirtschaft hat, gar nicht möglich ist, in vielen Fällen kostendeckende Preise zu verlangen. Ich komme noch auf ein Problem zurück, wo es wirklich in vielen Fällen nicht mehr kostendeckende Preise gibt. (Abg. Preamsberger: „Bei den Lohnverhandlungen schießen wir tief, weil ihr abbremst. Damit ist der Preisauftrieb ein wenig abgebremst!“) Bitte, Herr Kollege Preamsberger, gehen wir weiter. Es gibt noch ein paar Sachen. Fest steht, die Inflation wurde angeheizt durch die Mehrwertsteuererhöhung, und, bitte, dann darf man sich nicht beklagen, wenn man die Schwierigkeiten selbst produziert. Weiters habe ich mit ganz besonderer Verwunderung gehört, daß jetzt die Verzögerung des Baues von Hainburg eigentlich schuld daran ist, daß es den Andritzern schlechtgeht, daß es der ELIN schlechtgeht, daß SGP zuwenig Arbeit hat. (Abg. Preamsberger: „Waren in den Aufträgen 1983/84 eingepflanzt!“) Herr Kollege Preamsberger, ich bin nur

ein kleiner Wirtschaftstreibender. Aber ich plane in meinem Betrieb so, daß ich nur die sicheren Aufträge einplane. Also nicht die von der Politik abhängigen, sondern die sicheren Aufträge, mit denen ich rechnen kann. Die Umsätze, die ich relativ sicher machen kann, die plane ich ein. (Abg. Preamberger: „Das ist der Unterschied eines Großbetriebes zum Kleinbetrieb. Wir müssen Jahre einplanen!“) Es ist im wesentlichen kein Unterschied, denn ich muß genauso planen, nur in meinem Rahmen. Aber, daß man hergeht und sagt, bitte, das ist eingeplant, und weil das nicht kommt, darum geht es schlecht, so geht das wirklich nicht. (Abg. Preamberger: „Ein Auftrag braucht ein bis eineinhalb Jahre, bis er in die Werkstätten kommt!“) Ja, schon, aber da muß man wenigstens eine Entscheidung absehen können. Aber nicht gerade in so Umweltschutzdingen, in so sensiblen Bereichen mit Aufträgen fix rechnen. Und jetzt noch etwas, das letzte, was ich dir sagen möchte, Kollege Preamberger. Kollege Preamberger, was würdest du sagen, wenn man auf die Idee käme, den Grazer Hauptplatz mit einem Stahlkonstruktionsdach zu überdachen. Vielleicht geben die Araber das Geld dazu her, vielleicht leihen sie es uns. Wahrscheinlich würdest du sagen, das ist blanker Unsinn. Aber auch ein solches Stahlkonstruktionsdach über dem Grazer Hauptplatz würde eure Arbeitsplätze bei Waagner-Biró sichern. Ist es also zweckmäßig, daß man etwas Unnützes baut (Abg. Loidl: „Das behauptet ja ihr!“), etwas, was man nicht braucht, nur um Arbeitsplätze zu sichern? Da ist es besser, man baut Dinge, die man wirklich braucht. Und das Konferenzzentrum brauchen wir nicht in Österreich. (Abg. Preamberger: „Wird gebraucht!“) Außerdem ist es – und das behaupte ich nach wir vor – unter Zuhilfenahme italienischen Baustahls gebaut worden. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Tschernitz: „Generalsekretär Waldheim hat kürzlich gesagt, daß es notwendig ist!“) Ich kann mir durchaus vorstellen, daß es dem Herrn Exgeneralsekretär als Diplomat gefällt. Ich glaube es durchaus. Aber wenn man noch nicht einmal weiß, wieviel uns das pro Tag kosten wird, wenn man nicht weiß, ob überhaupt Kongresse in ausreichender Zahl dort stattfinden werden können, und nur ins Blitzblaue etwas hineinbaut, dann ist das Verschleudern von Volksvermögen und keine vernünftige Wirtschaftspolitik und Investitionspolitik. (Abg. Preamberger: „Solche Bedenken haben die Sozialisten in Graz gehabt, und es war doch positiv!“)

Meine Damen und Herren! Ich möchte mich heute kurz mit einem Gewerbe befassen, das – glaube ich – hier bei der Budgetdebatte und überhaupt im Hause immer etwas zu kurz kommt: mit dem Güterbeförderungsgewerbe. Für ein Bundesland, wie die Steiermark, mit extremer Randlage, im Bereich des westlichen Wirtschaftssystems ganz am Rande gelegen und mit einem regen, vor allem von Oststaaten oder Südstaaten beherrschten Durchzugsverkehr, sind leistungsfähige Verkehrsadern von großer Wichtigkeit. Man kann sich darüber freuen, daß diese Verkehrsadern, ob es sich nun um Autobahn, Schnellstraßen oder um Eisenbahnen handelt, nun ausgebaut wurden beziehungsweise der Ausbau in Planung begriffen ist. Es ist, glaube ich, gerade von der Leistungsfähigkeit dieser Verkehrsstraßen die wirtschaftliche Prosperität eines Großraumes wie die Steiermark ungemein abhängig, und ich darf nun eine Tatsache feststellen:

Die österreichische Bundesregierung, die sozialistische Bundesregierung, verfolgt seit 1970 bedauerlicherweise eine Politik, die darauf abzielt, das Güterbeförderungsgewerbe, das Gewinne erwirtschaften muß, um existieren zu können, zugunsten der Österreichischen Bundesbahnen, welche beachtliche Abgänge zu verzeichnen haben, klar zu benachteiligen. Wenn die Verkehrswirtschaft in ihrer Gesamtheit, meine Damen und Herren, funktionieren soll, dann muß den Transportunternehmen auf der Straße zumindest steuerliche Gleichstellung mit der übrigen Wirtschaft garantiert sein. Es ist daher zunächst einmal zu fordern, daß aus Gründen der rationellen Durchführung von Transportleistungen, aus Gründen der Verkehrssicherheit und des Umweltschutzes es eben möglich gemacht wird, die in der Transportwirtschaft verwendeten Lastkraftwagen zeitgerecht erneuern zu können. Die Anschaffung von Neufahrzeugen wird aber derzeit durch die Diskriminierung auf dem Sektor des Einkommensteuer- und Investitionsprämiengesetzes dadurch erschwert, daß der Verkehrswirtschaft nur 50 Prozent jener Abschreibungsmöglichkeiten geboten werden, die allen übrigen Wirtschaftstreibenden zugestanden werden. Die Aufhebung dieser Diskriminierung wäre einmal eine ganz dringende Forderung, die die Frächter zu Recht haben.

Des weiteren: Die Verkehrswirtschaft, meine Damen und Herren, bringt im gesamten etwa 30 Milliarden Schilling an Devisen pro Jahr auf. Der Straßengüterverkehr davon allein rund 10 Milliarden und aus den Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Fremdenverkehrswirtschaft weitere 20 Milliarden. Diese Deviseneinnahmen tragen sehr wesentlich zur Verbesserung der Zahlungsbilanz bei, und sie stellen einen erheblichen Wirtschaftsfaktor dar. Dirigistische Maßnahmen bei der Zuteilung von Genehmigungen für den grenzüberschreitenden Verkehr sind daher auf das entschiedenste vom Güterbeförderungsgewerbe abzulehnen, zumal diese Maßnahmen nicht – wie von Wien beabsichtigt – den Österreichischen Bundesbahnen nützen, sondern vielmehr – das muß man immer wieder betonen – zur Abwanderung von Transportaufträgen an Ausländer beitragen. Es ist klar, daß eine klaglose Versorgung der Bevölkerung mit Wirtschaftsgütern aller Art genauso wie die klaglose Belieferung von Erzeugungsbetrieben und ein störungsfreier Export von Wirtschaftsgütern, die in der Steiermark erzeugt werden, ohne den Straßengütertransport, wie er derzeit betrieben wird, nicht zu denken ist.

Des weiteren, meine Damen und Herren, ist es eine dringliche Forderung, daß die Lkw-Sondersteuer nicht länger aufrechterhalten wird. Sie ist wirtschaftlich derart bedauerlich, weil dadurch die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Transportwirtschaft und die Leistungsfähigkeit der Unternehmen außerordentlich gemindert werden.

Die Verkehrswirtschaft, meine Damen und Herren, ist in ihrer Gesamtheit als elementarer Bestandteil der Volkswirtschaft zu sehen, und danach ist auch zu handeln, ohne ein Feindbild gegenüber dem Straßengüterverkehr künstlich aufzubauen. Verkehrsleistungen, und das ist sehr wichtig, glaube ich, und muß man immer wieder bedenken, können nicht auf Vorrat erbracht werden, daher haben sie dann und dort stattzufinden, wo sie eben benötigt werden – auf den

180.000 Straßenkilometern in Österreich und auf den 6.500 Eisenbahnkilometern in Österreich. Was diesen Zahlenvergleich betrifft, scheint der Straßentransport einen Vorteil zu haben. Er hat ihn auch, den Vorteil der Mobilität. Andererseits darf die Straße nicht durch dirigistische Maßnahmen zuungunsten des Güterbeförderungsgewerbes und scheinbar zugunsten der Schiene benachteiligt werden.

Meine Damen und Herren, das Güterbeförderungsgewerbe hat die höchste Straßenverkehrsabgabe Europas zu verkraften. Es ist kein Wunder, wenn das Ausland Regressionsmaßnahmen setzt oder neue überlegt. Da muß einfach etwas geschehen, da muß man vernünftig werden. Und noch einen Mangel möchte ich zum Schluß aufzeigen. Es gibt in Österreich keine Fachschule für die Verkehrswirtschaft. Im Interesse einer profunden Ausbildung sollte es aber, so glaube ich, eine derartige Schule, möglichst mit Maturaabschluß, geben.

Meine Damen und Herren, das Nebeneinander verschiedenster Verkehrsmittel wird es weiterhin geben. Es wird in Zukunft noch zunehmen. Einseitige Maßnahmen oder reine Strukturhaltung wird die Wirtschaft, die diese Verkehrsleistungen benötigt, nicht verbessern. Auch im Verkehr muß der Wettbewerb als Gestaltungsprinzip erhalten bleiben, denn er zwingt zu guten und sparsamen Leistungen.

Meine Damen und Herren, einige Worte noch zur Wirtschaftssituation im obersteirischen Raum, speziell im Bezirk Leoben. Ich habe es von dieser Stelle schon einmal gesagt, Bezirk Leoben, alarmierende Zahlen, 1971 bis 1981 ein Bevölkerungsrückgang um mehr als 7 Prozent, ein Verlust von 4.000 Industriearbeitsplätzen in den Jahren 1978 bis 1982, das sind 16,2 Prozent. Doch glaube ich, daß wir die Talsohle einigermaßen erreicht, wenn nicht vielleicht sogar schon in unserem Bezirk überwunden haben. Es gibt einige hoffnungsfrohe Ansätze. Ich erinnere an das Leiterplattenwerk Hinterberg, das nun ausgebaut wird, ich erinnere an die Autoglas in Eisenerz, ich denke daran, daß Brigl und Bergmeister in Niklasdorf, wenn auch mit weniger Arbeitsplätzen, aber doch gerettet werden konnte. Und die Jugend in Leoben zeigt, daß sie wieder risikobereit wird. Es gibt einige Neugründungen von Firmen, vornehmlich von jungen Unternehmern gegründet, die die Hoffnung geben, daß es im Bezirk Leoben langsam wieder aufwärtsgeht. Ich möchte Sie nur auf einen Konnex hinführen, der mir in diesem Zusammenhang außerordentlich wichtig erscheint. Für Leoben ist die Montanuniversität eine ganz, ganz wichtige Einrichtung. Nicht nur ein wirtschaftlicher Faktor ersten Ranges, sondern der Kontakt zwischen Montanuniversität und Wirtschaft ist für uns so wichtig, auf ihn dürfen wir nicht verzichten. Seit dem Rektorat von Prof. Dr. Holzer unternimmt die Montanuniversität große Anstrengungen, um der obersteirischen Industrieregion und deren Wirtschaft unterstützend beizustehen. Das Regionalsymposium in Eisenerz veranstaltet gemeinsam mit den beiden Grazer Universitäten die kürzlich gemeinsam mit der Technova veranstaltete und von auffallend vielen Wirtschaftsvertretern besuchte Tagung in Leoben, und nicht zuletzt ein vor zwei Wochen in der Handelskammer Graz stattgefundener Meinungsaustausch der Leobner Professoren und der Spitzenfunktionäre und Beamten der Handelskammer sind mehr

als Signale. Dafür und für die oftmals bewiesene Bereitschaft, zu Problemlösungen im Dienste der Wirtschaft beizutragen, darf ich hier, und das wurde an sich sehr selten getan hier in diesem Haus (Abg. Kirner: „Das stimmt nicht!“) – sehr selten, gestern von dir, Herr Kollege Kirner –, darf ich hier dem Rektor, dem Professorenkollegium, den Assistenten der Montanuniversität und auch dem gesamten wissenschaftlichen Personal sehr herzlich Dank sagen. Ich habe, meine Damen und Herren, noch nie davon Kenntnis erhalten, daß ein Absolvent der Montanuniversität Leoben, soweit er einigermaßen sein Studium über die Bühne gebracht hat, keinen Arbeitsplatz gefunden hätte. Der Bedarf an Leobner Ingenieuren ist immer noch gegeben, nicht immer im Inland, zugegeben. Aber in vielen Fällen wirken Leobner im Ausland als hervorragende Botschafter Österreichs, denen es immer wieder gelingt, Aufträge für die heimische Wirtschaft an Land zu ziehen. Was also liegt näher, als die Forschung und Lehre an der Montanuniversität in Leoben zukunftsorientiert auszubauen. Es gäbe zahlreiche Möglichkeiten, besonders auf dem Gebiet der Werkstoffwissenschaften, und man sollte diese Chance im Interesse der Montanuniversität, aber ganz besonders im Interesse der steirischen Wirtschaft nützen, ebenso wie die Forderung nach einem Technologiepark in Leoben in Zusammenarbeit mit der Montanuniversität und der Wirtschaft neuerlich erhoben werden muß. Ich darf in diesem Zusammenhang auch sehr herzlich dem Land, dem Landeshauptmann und dem Wirtschaftsreferenten und allen Regierungsmitgliedern und Kollegen danken, die durch ihre Budgetbeschlüsse dafür sorgen, daß schon jetzt durch Institute des Joanneums und andere Einrichtungen die mit der Wirtschaft in Zusammenhang stehenden Organisationen der Montanuniversität kräftig gefördert werden. Wenn es möglich ist, diese Zusammenarbeit auszubauen, dann darf ich für die Wirtschaft des Bezirkes Leoben die Versicherung abgeben, daß diese leichten Silberstreifen am Horizont auch zu einem blauen Himmel in unserem Bereich führen werden. Danke. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident Klasnic: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Rainer das Wort.

Abg. Rainer: Frau Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich fürchte, ich werde das Angebot des Herrn Wirtschaftslandesrates, Ehrenmitglied seiner Organisation zu werden, nicht erhalten. Ich müßte es leider auch ausschlagen, weil ich Sozialdemokrat und Gewerkschafter bin. Ich habe aber Verständnis, daß auch diese Interessen in einem Verein gebunden sein sollen. Die heutige Wirtschaftsdebatte zeigt, daß einige unserer Kollegen dieses Hohen Hauses nach wie vor den falschen Weg gerne gehen würden; insbesondere der Herr Ing. Stoisser, der kommende Präsident der Handelskammer, meint also, daß die Politik des größeren Präsidenten der Vereinigten Staaten die bessere wäre im Interesse der Wirtschaft. Wir meinen, daß das eine falsche Politik ist, und es gibt Kenndaten, die dafür den Nachweis liefern. Wenn man die Wirtschaftsleistung, international gemessen am Bruttoinlandsprodukt, nimmt, pro Kopf gemessen, so ergibt sich folgende Zahl: Für einen Zeitraum von 30 Jahren, 1953 bis 1983, gemessen, verzeichnet Österreich durchgehend

4,6 Prozent Wachstum, die Vereinigten Staaten 3 Prozent und Großbritannien 2,3 Prozent. Allein dieses eine Beispiel zeigt schon, daß der Weg nicht so ein glorreicher ist, als er gegenwärtig ausgewiesen wird. Auch die momentane Situation. Es ist bereits dargestellt worden, daß wir davon auszugehen haben, daß die Vereinigten Staaten bereits 1985 nicht mehr dieses Wachstum haben werden, das in den beiden letzten Jahren zu verzeichnen war. Tatsache ist, daß die Prognosen wie folgt aussehen: Dargestellt für Österreich 3 Prozent, für die Vereinigten Staaten 2,5 Prozent und bei der Preissteigerungsrate eine Steigerung gegenüber Österreich zum Beispiel, wir werden zurückgehen auf 4 Prozent. Dort wird es eine Steigerung auf 5 Prozent geben. Und das alles Entscheidende für uns als Gewerkschafter, für uns überhaupt als Sozialdemokraten, das ist die Arbeitslosenrate. Hier ist festzustellen: Wir werden geringfügig zurückgehen auf 4,5 Prozent, die Vereinigten Staaten werden zwar auch geringfügig zurückgehen, aber sie werden bei einer Arbeitslosenrate von 7 Prozent nächstes Jahr halten. Das heißt, das kann für uns kein Weg sein. Wenn jetzt im Gegenteil anhand von Details oder von wirtschaftlichen Projekten oder von bestimmten Zentren das so dargestellt wird, als sichtbarer Nachweis einer besseren Politik, dann müssen wir auch sagen, daß diese auf Österreich nicht übertragbar erscheint. Dieses Beispiel von Silicon Valley wird auf Österreich und auf Europa – das sagen zumindest jene Experten, die das verstehen – nicht mehr übertragbar sein und wird sich auch bei uns in dieser Form nie mehr entwickeln können und kann sich auch auf Grund der Kapitalkosten, die damit verbunden wären, in Europa nicht etablieren. Das heißt, wir müßten nur von dieser Technologie ausgehend Wege finden. Hier sollten wir sehr vorsichtig sein, wenn wir meinen, daß der österreichische Weg jener wäre, so wie er dargestellt wurde, der mit Technologiefeindlichkeit verbunden ist. Hier darf ich ganz deutlich sagen, daß wir als Arbeitnehmervertreter jetzt keineswegs der Technologiefeindlichkeit das Wort reden, daß wir die Technologie auch keineswegs behindern wollen, daß gerade die Steiermark an vielen Beispielen zeigt, daß hier der Weg in diese neue Technologie bereits mit einigen – wie wir glauben – sehr zukunftsreichen Schritten gegangen wird und keineswegs behindert, sondern vom Staat her ganz wesentlich und natürlich auch vom Land mitgefördert wurde. Genau diesen Weg, meine Damen und Herren, wollen wir auch in der nächsten Zeit weitergehen. Sicher, richtig ist, was der Kollege Schützenhöfer ausgeführt hat, daß diese Technologie, der Einsatz dieser Technologie, in der nächsten Zeit seine Auswirkungen massiv auf den Arbeitsmarkt haben wird. Auch das wissen wir, und die Folgen spüren wir bereits. Innerhalb Europas ist die Arbeitslosenrate deswegen auch so hoch und ständig steigend, weil diese Technologie ihre Auswirkungen zeitigt. Das heißt, auch wir haben damit zu rechnen. Und es mag so sein, daß die Anpassung an diese Gegebenheiten die einzige Chance ist. Das ist sie auch sicher. Aber in welcher Form? Wir glauben nicht, daß hier Modelle anderer Verteilung der Arbeitszeit, wie sie dargestellt werden, die so unpräzise in den Raum gestellt wurden, Lösungsansätze sein können. Wir glauben eher, daß man sich mit der Arbeitszeitverkürzung generell und mit bestimmten Formen beschäftigen muß. Wir sind

hier durchaus derselben Meinung wie die Arbeitgebervertreter. Auch wir haben den Einstieg dorthin gefunden, daß die Arbeitszeitverkürzung in der Form getätigt werden soll, daß wir als Sozialpartner einen Weg so finden, oder angepaßt an die Branchengegebenheiten, auf bestimmte betriebliche Gegebenheiten, mit gesetzlichen Normen, aber letztendlich abgesichert, die Verkürzung erfolgt. Das heißt, es kommt in der Folge –, auf längere Sicht hin gesehen, auch zu einer Novelle des Arbeitszeitgesetzes. Und damit verbunden auch zu einer Regelung der Arbeitszeit im öffentlichen Dienst, die ihrerseits ihre Auswirkungen auf die Beschäftigung haben wird. Wenn als ein Negativbeispiel oder als ein falsches politisches Modell die Aussage des Ministers Blecha dargestellt wurde, dann ist dazu zu sagen, rein abstrakt, theoretisch, wie es auch der Kollege Schützenhöfer getan hat, läßt sich sehr wohl auch eine derartige Überlegung anstellen, weil ja durchaus denkbar wäre, und auch Behauptungen aus der ÖVP sind ja im Raum und werden politisch immer wieder aktualisiert, daß die Neuverteilung auch anders sein könnte als nur in der Form, wie sie gegenwärtig im Ansatz als Lösungsmodell bereits vorhanden ist. Aber die alles entscheidende Frage wird sein, wie wird diese Neuverteilung auch letztendlich für jene aussehen, die davon betroffen sind? Ist das mit Entgelt verbunden, mit Einkommen verbunden, ist das eine Einkommensentwicklung, von der man auch tatsächlich leben kann? Das heißt also, jene flexiblen Modelle oder die überspitzt dargestellten flexiblen Modelle werden wahrscheinlich keine Lösungsvariante darstellen können aus zwei ganz grundlegenden – unserer Meinung nach – Wurzeln, die nicht wegzubekommen sind. Die eine Frage ist: Wenn ich zu sehr flexibel bin, wie wird das Unternehmen sich anpassen und vor allem, wie wird sich der jeweilige Arbeitnehmer diesen Regelungen anpassen. Es darf nicht angenommen werden, daß innerhalb von bestimmten Zeiteinheiten – nehmen wir einmal zwölf Stunden an – die Möglichkeit, die Chance, tatsächlich besteht, daß der Arbeitnehmer jederzeit hier eine Beschäftigung aufnehmen kann oder nur mehr angeboten erhält, innerhalb dieser engen Grenzen von vier oder fünf Stunden; davon womöglich dann das Einkommen bemessen wird, wovon man nicht leben kann. Das kann keine Variante sein. Dankenswerterweise wird auch aus Ihren Reihen abgelehnt ein weiteres Modell, das wir grundlegend ablehnen, das ist das sogenannte Modell der kapazitätsorientierten variablen Arbeitszeit. Diese lehnen wir ab. Aber leider müssen wir sagen, meine Damen und Herren, diese Modelle gibt es bereits. Sie werden praktiziert im Dienstleistungsbereich, im Handel. Das wollen wir keineswegs haben.

Wir hoffen daher, daß es auch nicht möglich sein wird. Ich glaube, daß dieses Schlagwort der Zeitsouveränität, das in den Raum gestellt wurde, eher dahin führt, daß die Unternehmer dadurch Möglichkeiten, Chancen finden, derartige Modelle zu aktualisieren. Wir sagen es nur, derartige Modelle sind kein Lösungsweg. Wenn man die Studie des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen nimmt, dann weist diese Studie aus, daß wir so oder so, meine Damen und Herren, auf Grund des Bevölkerungswachstums mit einer steigenden Arbeitslosenrate zu rechnen hätten, und zwar mit einer beträchtlichen Steigerung, die bis 1990 bis zu 8 Prozent betragen könnte, wenn wir nicht

entsprechende Gegenmaßnahmen setzen. Die könnten sein, wenn man vom gegenwärtigen wirtschaftlichen Wachstum von 2 Prozent ausgeht. Dann ist anzunehmen, wenn sonst nichts passiert und die Produktivität gleichbleibt, daß die Arbeitslosenrate sehr stark steigt auf 6,5 bis 7 Prozent. Wenn also die Produktivität stärker steigt während dieser Zeitspanne, bis 1990 etwa gerechnet, und auch nur ein zweiprozentiges Wirtschaftswachstum da ist, dann wird die Arbeitslosenrate bis zu 9 Prozent allenfalls steigen, weist diese Studie aus. Nur wenn wir in der Lage sind, bei einem etwa unterdurchschnittlichen – und das werden wir nicht verkraften können – wirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt oder umgekehrt, bei einer stärkeren Steigerung des Wirtschaftswachstums oder aber zwingend – und das bleibt letztlich als Lösungsmodell über, weil wir etwas anderes nicht brauchen können –, bei Verkürzung der Arbeitszeit diese Frage in den Griff zu bekommen, dann werden wir etwa 200.000 zusätzliche Arbeitsplätze tatsächlich zur Verfügung haben und die Arbeitslosenrate irgendwo beim gegenwärtigen Stand von 4,5 Prozent 1984 halten können. Diese Fragen müssen ernsthaft diskutiert werden und sollten so gesehen werden. Wir glauben nicht, ich bestreite das ja nicht, aber wir glauben auch nicht, Kollege Schützenhöfer, daß jene Modelle, die angeboten werden, zum Beispiel im Modell Steiermark, Lösungsmodelle sein können, weil wir gewisse davon zumindest diskutieren müssen und so nicht übernehmen können. Aber wir können darüber diskutieren.

Zur nächsten Frage, angesprochen vom Kollegen Kollmann, damit eigentlich auch verbunden die Frage der Lohnkostensteigerung und auch die Frage der Inflationsentwicklung, die hier in den Raum gestellt wurde. Es wurde mehrmals bei dieser Budgetdebatte beklagt, daß die Einkommensentwicklung angeblich schlecht gewesen sei. Erstens gilt das nur, wenn überhaupt, für den letzten, kürzesten Zeitraum von zwei Jahren. Wenn man einen längerfristigen Zeitraum, wenn man etwa bis 1970 zurückgeht, ist der durchschnittliche Steigerungsprozentsatz real 3,4 Prozent, nur 1983 gab es in gewissen Bereichen reale Einkommensverluste. Bei uns zum Beispiel, bei meiner Berufsgruppe, bei den Angestellten, gab es keine realen Einkommensverluste. Bei Arbeitern, bei öffentlich Bediensteten, gab es diese zum Teil, aber nur marginal in ganz geringen Grenzen. Keineswegs so, wie es dargestellt wurde. Durch die Lohn- und Gehaltsrunde des Jahres 1984 wird der Verlust ausgeglichen werden, ebenso durch die rückgehende Inflationsrate des Jahres 1985. Das sagt auch das Wirtschaftsforschungsinstitut. Im Jahre 1985 wird die Einkommenssituation besser sein, die Kaufkraft steigen und daher auch die Konjunktur stabilisiert, verbessert und ein höheres Wachstum von 3 Prozent erwartet. So sehen wir das, und so wird es letztendlich auch sein. Wenn man die inflationäre Entwicklung beklagt, dann ist außer Streit, das muß man sagen, daß natürlich die Mehrwertsteuer, die angesprochen wurde, einen inflationären Schub gehabt hat. Das hatte sie ja immer. Aber wir mußten ganz einfach, um die Finanzierung des Sozialpaketes, das hier auch in Rede war, um die Finanzierung anderer Probleme (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das wird die Bevölkerung treffen!“), vor allem, um die Sicherung der Beschäftigung zu garantieren, auch die Mittel auftreiben. Wir sollten uns nicht beklagen,

wenn der Bund das für uns tut, weil ja das Land bitte einen ganz wesentlichen Anteil auch daran hat. Das Land bekommt ja einiges davon. Der Anteil des Landes für das Budget des nächsten Jahres ist beträchtlich, und wir profitieren von dieser Erhöhung. Man könnte es auch so sehen. Wir wissen sehr wohl, daß wir bei der Kollektivvertragsrunde den Streit nicht gewonnen haben, aber wenigstens teilweise für uns positiv entscheiden konnten, so daß ein Teil der inflationären Entwicklung auch bei den Lohn- und Gehaltssteigerungen abgegolten wurde und daher diese Entwicklung, die ich vorhin dargestellt habe, eintreten wird. Ich habe heute bereits einmal darauf hingewiesen, daß unsere Lohn- und Gehaltspolitik ja sehr angepaßt an die wirtschaftlichen Gegebenheiten gewesen ist, verantwortungsbewußt und die Wirtschaft keineswegs geschädigt hat, und in allen Bereichen dazu führen wird, daß sie trotzdem auch für die andere Seite, für die Arbeitnehmer, übernehmbar sein wird.

Zum Schluß eine Anmerkung auch noch zum Kollegen Kollmann, zu einer Entwicklung in seiner Region. Meine Damen und Herren, dieses Haus hat sich sehr oft mit dem Schicksal des Konzerns der Leykam-Brigl-AG. seinerzeit und mit dem Werk Brigl und Bergmeister beschäftigt. Auch dazu muß man sagen, wir sind den Gebietskörperschaften, das heißt dem Bund und dem Land, sehr dankbar dafür, daß es möglich war, dort die Arbeitsplätze abzusichern, nur war der Preis für die Gebietskörperschaften irrsinnig hoch, und, was noch viel bedauerlicher ist, meine Damen und Herren, der Preis war für die betroffenen Arbeiter und Angestellten fast unannehmbar. Das Diktat, das dort errichtet wurde, um überhaupt beschäftigt zu bleiben, ist kein Modell für andere Sanierungen in der steirischen Wirtschaft, und wir hoffen, daß das wirklich eine Einmaligkeit bleiben wird. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Klasnic: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Maitz das Wort.

Abg. Dr. Maitz: Verehrte Frau Präsident! Liebe Damen und Herren!

Jedem von uns geht es so in den letzten Monaten, fast Jahren, daß man versucht, für jüngere Kolleginnen und Kollegen Arbeit zu vermitteln. Auf die Frage an viele Betriebe, warum nicht mehr Arbeitskräfte aufgenommen werden können, hört man dann immer wieder, und das ist wirklich ein Grund, über den sollte man nachdenken, daß die Lohnnebenkosten von 1970 auf 1984 um 20 Prozentpunkte gestiegen sind, nämlich von 74 Prozent auf 94 Prozent. Das sind Rahmenbedingungen, die nicht der Unternehmer beeinflussen kann, die auch wir im Lande nicht beeinflussen können, sondern die gesamtösterreichisch vorgegeben sind. 20 Prozentpunkte Erhöhung, das heißt, weniger Personal beschäftigen können, weil es in bestimmten Bereichen nicht zu bezahlen ist. Eine andere Zahl, die ich gerade heute in die Hand bekommen habe, eine neue, zeigt eine ganz kuriose Parallelität, und vielleicht sollten Sie nachdenken von den beiden Regierungsparteien auf Bundesebene, warum das so ist. April 1983 sagten die Österreicher auf die Frage, welche Regierungsform wäre Ihnen am liebsten. 45 Prozent sagten damals große Koalition und 18 Prozent eine rot-

blaue Koalition. Es kam die rot-blaue Koalition. Im November 1984, also die letzte verfügbare Zahl aller dieser Meinungsforschungsinstitute, es deklarierten sich viel weniger konkret, aber das Verhältnis zwischen großer Koalition, Wunsch der Bevölkerung, und der bestehenden rot-blauen Koalition hat sich ebenso um 20 Prozentpunkte noch verschlechtert. Das heißt, darüber sollten die beiden Koalitionspartner auf Bundesebene sehr nachdenken, ob hier nicht ein Zusammenhang besteht in der Verschlechterung der Rahmenbedingungen in Österreich und in der Verschlechterung des Wunsches – (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das glaube ich nicht!“) Ja, ich kann Ihnen das ganz genau sagen. Um 20 Prozent verschlechtert hat sich das Verhältnis große Koalition und rot-blaue Koalition. Ich wollte Ihnen das heute zum Nachdenken auch noch mitgeben. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Klasnic: Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung für 15 Minuten Lüftungspause. (Unterbrechung der Sitzung: 18.00 Uhr bis 18.15 Uhr.)

Präsident: Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Loidl. Ich erteile es ihm.

Abg. Loidl: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich wende mich jetzt ganz besonders an den harten Kern des Steiermärkischen Landtages. Die Pflichtbewußten. Ich habe schon gefürchtet, daß die Damen des Protokolls meine einzigen Zuhörer sind, als ich gekommen bin. Aber das hat sich inzwischen geändert.

Es steht eines fest, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß wir uns in der Steiermark insbesondere in beträchtlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten befinden, aber nicht nur in der Steiermark, wie wir alle wissen. Wir können darüber streiten und debattieren, was die Gründe dieser Tatsachen sind, einige sind wahrscheinlich unbestreitbar, das ist die weltweite Krisenerscheinung, die Rezession, wie wir sie nennen, die lange angehalten hat und erst jetzt langsam sich wieder verbessert, das sind die, und das ist heute schon so oft gesagt worden, Strukturprobleme, in denen sich die Steiermark in ganz besonderem Maße aus den schon bekannten Gründen befindet, und das ist auch, und nicht zuletzt, die geographische Randlage. Wenn wir die Gründe kennen, dann müssen wir versuchen, diese Gründe, die einer Wirtschaftsentwicklung im Wege stehen, zu beseitigen. Ich möchte mich dem einen Grund zuwenden, und das ist die Beseitigung der geographischen Randlage. Nachdem wir die Steiermark ja nicht woanders hintragen können und auch gar nicht woanders hintragen wollen, sollten wir versuchen, daß wir unser Land näher dorthin herbringen, wo die Verbindungen notwendig und wirtschaftlich zweckmäßig sind. Das nennt man alles zusammen die verkehrsmäßige Infrastruktur, und, das weiß auch jeder, das sind die Straßen vor allen Dingen, das ist die Eisenbahn, und das ist auch bis zu einem gewissen Grad der Flugverkehr. Heute vormittag hat einer der Bauernvertreter, ich weiß nicht mehr wer es war, für mich ganz richtig gesagt, daß sogar für die Landwirtschaft die verkehrsmäßige Erschließung eine große Bedeutung hat. Er hat damit natürlich eher das

Landesstraßennetz, die Güterwege und so weiter gemeint. Selbstverständlich gilt das im besonderen Maße für das ganze Land. Das ist ja eine Voraussetzung, daß wir weiteres machen können, wie Betriebsansiedlungen zum Beispiel und Schaffung neuer Arbeitsplätze. In dieser Beziehung haben wir im letzten Jahrzehnt ganz gewaltige Fortschritte gemacht. Wenn man bedenkt, wie zeitraubend oftmals der Straßenbau ist, weil erst Schwierigkeiten rechtlicher Natur in der Planungs- und Vorbereitungsphase und anderes überwunden werden müssen, dann können wir richtig stolz sein, glaube ich, was geschehen ist in der Zwischenzeit, was eigentlich noch gar nicht so richtig in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gedrungen ist. Eines kann man auch sagen, der Straßenbau ist in unserem Lande und in diesem Haus kein Streit- und kein Reizthema mehr. Es ist sicher für die Straßenbaudebatte ein wenig abträglich, aber es ist natürlich sonst von großem Vorteil. Ein Reizthema ist er da und dort für die Umweltschützer. Aber man muß sagen, daß sich dies auch bei uns noch in ziemlich erträglichen Grenzen hält, weil wir wissen, wie das in anderen Bundesländern ist. Dort können sie vielfach das Geld, das zur Verfügung steht, überhaupt nicht verbauen. Davon profitieren wir eigentlich einiges, wie wir wissen. Weil es einfach mit keinem Projekt mehr zu irgendeiner Übereinstimmung kommt. Bei uns ist es vielleicht deshalb nicht so schlimm, weil sowohl der Bund als auch das Land berechtigten Einwänden in sehr großzügiger Weise immer wieder entgegenkommen und vernünftige Vorschläge der zuständigen Stellen des Umweltschutzes, soweit es nur möglich ist, respektieren. Ich glaube, es wäre ganz interessant, einmal genau zu errechnen, das haben wir noch nie getan, mir ist es nicht bekannt, wieviel wir im Interesse des Umweltschutzes beim Straßenbau bereit waren, an zusätzlichen Kosten auf uns zu nehmen. Meine Damen und Herren, ich möchte keine Loblieder singen, das überlasse ich anderen, aber denken Sie einmal daran, es ist noch gar nicht solange her, daß wir hier in diesem Hause gestritten haben um die Planung der Umfahrung Kindberg, Mürzzuschlag und Kapfenberg. Das ist noch gar nicht solange her, da sind wir in Frohnleiten noch über diese Holzbrücke gefahren. Jetzt, in dieser Zeit, sind wir drauf und dran, im wahrsten Sinne des Wortes, das Verkehrs-dreieck Graz-Wien-Linz-Graz zu schließen und die Schnellstraßen durch das Mur- und Mürztal fertigzustellen. Meine Damen und Herren, daß trotz aller Schwierigkeiten in Graz die Pyhrnautobahn 1986/87 von der Staatsgrenze bis St. Michael fertiggestellt sein wird, sollte man nicht übersehen, und vor allen Dingen, meine Damen und Herren, nächstes Jahr um diese Zeit werden wir von Wien bis Graz die Südautobahn durchgehend befahren können. Das alles ist möglich, um nur ein Beispiel zu nennen, und wir wissen es heute schon, weil für das nächste Jahr nicht weniger als 5 Milliarden Schilling für den Straßenbau in der Steiermark allein zur Verfügung stehen werden. Eine solche Summe haben wir noch nie zur Verfügung gehabt. (Abg. Grillitsch: „Die Vorfinanzierung hat schon etwas gebracht!“) Es ist sicher so, daß, wo viel Sonne ist, auch viel Schatten ist, weil du das sagst. Es ist richtig, daß ein Großteil dieser Summe im Wege der Vorfinanzierung aufgebracht wird. Es ist auch richtig, daß dieses Geld eines schönen Tages wird zurückbezahlt werden müssen. Es wird zurückbezahlt

werden vom Bund. Das ist das, was mir ein bißchen weh tut; wenn nämlich vom Bund die Rede ist in diesem Hause (Abg. Grillitsch: „Wir reden nur über die Regierung!“), dann wird das so gesagt, als wenn dies jemand Fremder, ein Außenstehender, wäre. Der Bund, das sind wir selbst, auch wir, nicht nur wir, sondern alle zusammen, und diese 5 Milliarden Schilling, inzwischen sind es schon rund 30 oder 39 Milliarden Schilling, die verbaut wurden, die zahlen alle österreichischen Staatsbürger mit uns zusammen zurück. Wir müssen uns dafür nicht besonders bedanken bei den anderen Bundesländern, weil wir ja mitbezahlt haben, als sie ihre Straßen in Tirol und in Salzburg und in Oberösterreich ausgebaut haben. Dort hat niemand davon gesprochen, daß hier Verbetonierer am Werk sind, sondern dort stellt man fest, daß diese Straßen dazu beigetragen haben, daß der Fremdenverkehr in diesen Ländern sehr stark angestiegen ist, und niemand hat den Eindruck, daß Tirol, Salzburg oder Vorarlberg verbetoniert sind, und es wird auch die Steiermark nicht verbetoniert sein. Ich glaube, es wird kaum gewürdigt, weil es fast niemand ermessen kann, welche Leistung es war, und da möchte ich doch das Hohelied für unsere Straßenbauer hier singen, früher waren wir andere Straßensänger, jetzt haben wir das Glück, für so etwas zu singen. Die Straße von Gleisdorf nach Hartberg wurde, von der Stunde Null ausgehend, in nicht einmal vier Jahren gebaut. Wer weiß, was das heißt, bis man überhaupt zum Bauen kommt, wird erkennen, daß das ganz gewaltig ist. Es tut ein bißchen weh, daß dann, als die Straße eröffnet wurde, in so hohem Maße nur das kurzfristige Fehlen von einigen Kilometern Wildzäunen in das Licht der Öffentlichkeit gerückt wurde. Deshalb, meine Damen und Herren, wollen wir wenigstens hier aus diesem Anlaß unseren Straßenbauern für diese hervorragende Leistung unseren Respekt zum Ausdruck bringen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Nun möchte auch ich noch etwas hier zur Diskussion stellen, was oft zur Diskussion gestellt wird, aber keineswegs böswillig gemeint ist von denen, die davon reden, nämlich, ob es notwendig ist, unser hochrangiges Straßennetz so großzügig auszubauen und dafür soviel Grundflächen in Anspruch zu nehmen. Diese Diskussion ist natürlich jetzt neuerlich angeheizt – wenn ich so sagen darf – durch die Erklärung der Bundesregierung, daß in den nächsten zehn Jahren mit einem ganz gewaltigen finanziellen Aufwand ganz umfangreiche Maßnahmen zur Verlagerung des Güterverkehrs unter dem Schlagwort „rollende Landstraße auf die Schiene“ durchgesetzt wird. (Landesrat Dr. Heidinger: „Das wird ein frommer Wunsch bleiben!“) Ja, ich weiß es nicht. Es ist zumindest ein erstrebenswertes Ziel, und es ist der Einsatz der Mittel, wenn es gelingt, sicherlich gerechtfertigt. Gemeint ist natürlich damit in erster Linie der Transitverkehr, der auf den Straßen dramatisch angestiegen ist, bei der Bahn allerdings eher stagniert. Nur eine Zahl: Der Transitverkehr ist von 1971 bis 1983 von 4,1 Millionen auf sage und schreibe 18,5 Millionen Tonnen angestiegen und wird 1990 über 23 Millionen Tonnen betragen. Bei der Bahn ist er – wie schon gesagt – nur ganz leicht angestiegen. Und die Straßenplaner und -bauer fragen sich natürlich, mit welcher tatsächlichen Entlastung der Straßen können wir rechnen, wenn es wirklich gelingt, diese Verlagerung durchzuführen. Zweifel

darüber, Herr Landesrat, sollte man oder wollen wir bei dieser Betrachtung zunächst nicht heranziehen. Die Transitstrecke bei uns ist in erster Linie die Pyhrnautobahn. Zur Zeit beträgt dort der Lkw-Anteil, nur von dem kann man bei der Verlagerung sprechen, 10,3 Prozent, und davon sind 45 Prozent dem Transitverkehr zuzurechnen. Diese Werte werden sich sicherlich, wenn die Pyhrnautobahn durchgehend fertiggestellt ist, wesentlich erhöhen, aber kaum die Belastung der Brennerstraße jemals erreichen, wo derzeit der Lkw-Anteil 15,75 Prozent beträgt; davon 63 Prozent Transitverkehr. Diese Verlagerung auf die Pyhrnautobahn ist ein Grund, warum die S 8 nicht gebaut zu werden braucht, weil ganz sicher die Ennstal-Bundesstraße dann sehr stark entlastet wird. Das heißt, meine Damen und Herren, mit anderen Worten, selbst dann, wenn der unwahrscheinliche Fall eintritt, daß der Transitverkehr auf die Schiene verlagert werden kann, vermindert sich die Belastung maximal um 5 Prozent bis 10 Prozent des zahlenmäßigen Verkehrs. Das ist zahlenmäßig sehr geringfügig, ist aber bedeutungsvoll deswegen, weil es sich um Lkw-Verkehr handelt. Das ist die schwerste Belastung für die Straßen auch im Hinblick auf die Umwelt, aber trotzdem muß der Abgasreinigung nach wie vor Priorität eingeräumt bleiben. Aber, obwohl das Ganze noch Zukunft ist, und deswegen habe ich das jetzt gesagt und halte ich Sie mit dem noch auf, haben die Straßenbauer schon optimistisch auf diese Verlagerung reagiert. Es ist eine höchst wirtschaftliche Frage, wie sich der Transportverkehr in unserem Lande abwickelt und ob wir ihn bewältigen können, denn wenn das nicht gelingt, dann muß man sich überlegen, ob man diese Einschränkungen des Straßenverkehrs, die geplant sind in unserem Lande, hinnimmt oder nicht. So ist das gemeint. Es werden 700 Kilometer Schnellstraßen und Autobahnen nicht gebaut. Es wird auch die Kronenbreite der Autobahn, die wir über den Schoberpaß bauen, bereits von 30 Meter auf 24 Meter verringert. Das bedeutet eine Verbilligung und eine Einsparung an Grundflächen. Es werden die Deckenstärken reduziert, auch eine wirtschaftliche Frage, weil man mit dem Geld wieder anderes bauen kann, und es entfallen dann die Betondecken, die erstens billiger sind und weniger Lärm entwickeln. Es gibt also keine Konkurrenz zwischen der Straße und der Schiene, im Gegenteil, die Straßenbauer erhoffen sich, daß es gelingt, das gesteckte Ziel zu erreichen. Die Bahn wird sich allerdings, und das hat auch schon jemand in der Wirtschaftsdebatte gesagt, sehr viel Mühe geben und große Mittel aufwenden müssen, um die Voraussetzungen zu schaffen, daß dieses Angebot auch tatsächlich angenommen wird. In dieser Beziehung wird es eine Konkurrenz zwischen Straße und Schiene geben; weder das eine noch das andere ist aber wegzudenken. Meine Damen und Herren, ich sage es noch einmal, was wir auf Grund unserer ungünstigen geographischen Randlage und der bekannten Strukturschwächen brauchen, ist, und das kann nicht oft genug gesagt werden, eine optimale verkehrstechnische Erschließung. Und diese optimale Erschließung besteht eben in dem Bau der Straßen, in der Modernisierung der Schiene und, wo es geht, halt auch in der Verbesserung des Luftverkehrs. Es liegt an uns, und wir sind drauf und dran, diese sicherlich sehr weit gesteckten Ziele zu erreichen.

Abschließend möchte ich noch eines sagen. Der Herr Landeshauptmann hat bei jeder sich bietenden Gelegenheit darauf hingewiesen, daß das Land Steiermark eineinhalb Milliarden Schilling für den forcierten Ausbau der Südautobahn aufgebracht hat. Gewiß ein großes Opfer, aber ich glaube, wir können jetzt mit Beruhigung sagen, daß sich dieses Opfer mehr als gelohnt hat, wenn wir heute in einem Jahr von Wien nach Graz eine durchgehende Autobahn haben, was auch für die Stadt Graz in vielerlei Hinsicht ein großer Vorteil ist. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete DDR. Steiner.

Abg. DDR. Steiner: Herr Präsident, Hohes Haus!

Im Rahmen der Wirtschaft ist es mir auch ein Anliegen, als ein Vertreter einer Region zu sprechen, die als veraltete Region gekennzeichnet wurde. Der Bezirk Bruck an der Mur – und nachher wird sofort der Herr Kollege Prof. Dr. Eichtinger sprechen, wir sind ja eine Einheit Bruck-Mürzzuschlag, die große Mürz-Mur-Furche, kommt dann zur Sprache mit allen Anliegen dieses Gebietes. Es ist eine alte Region, und es hat kein geringerer als Prof. Gerhard Rosegger, der Enkel des berühmten Dichters, Professor jetzt in Amerika, über neue Kraft aus alten Regionen gesprochen. Das soll überlegt werden. Ich glaube, daß es sehr wichtig ist, daß wir darüber sprechen. Der Bezirk Bruck, ein Gebiet, heterogen, sehr gemischt soziologisch, Herr Abgeordneter Brandl, du kennst das, Mariazell, dein Hauptgebiet, St. Sebastian, Fremdenverkehrsgebiet, Erholungszentrum, Ballungszentrum Bruck an der Mur und Kapfenberg und dann das Bauerngebiet, da ist alles zusammen in diesem Gebiet. Das müssen wir gut überlegen, diese Region, das Ballungszentrum Bruck an der Mur. Es gibt hier Großbetriebe, VEW, Felten, Pengg, Pewag, Magnesit, Breitenau und dann in der Laming die Mürztaler Papierfabrik; wir müssen über diese Bereiche, über diese Gebiete, etwas sprechen. Die Situation des Bezirkes Bruck an der Mur hat sich seit dem Vorjahr in machen Bereichen nicht allzusehr geändert. Wir haben seit 1. Dezember, ich habe mir die Arbeitslosenziffer kommen lassen, 1.860 Arbeitssuchende, davon 927 männliche, 933 weibliche, davon 766 im Alter von 19 bis 25 Jahren, das heißt, wir haben in unserem Bezirk 41,1 Prozent Jugendarbeitslosigkeit. Jugendliche, darunter viele Lehrlinge, Junglehrer, die keine Anstellung bekommen haben, und so weiter. Das ist ein Notstand für einen Bezirk mit so viel Jugendarbeitslosigkeit. Da müssen wir uns wirklich Gedanken machen, wie können wir sie beschäftigen, wie können wir sie einstellen. Es geht nicht an, daß in einem Bezirk fast 50 Prozent Arbeitslosigkeit aus dem Bereich der Jugendlichen sind. Wenn man dann noch analysiert, aus welchem Bereich sie kommen, Fremdenverkehr, Metallarbeiter, noch immer aus dem Bereich der aufgelassenen Felten & Guillaume – Diemlach, obwohl bei VEW Leute untergebracht worden sind.

Nun ganz kurz zum Bereich der einzelnen Industriebetriebe. Ich muß sagen, im Bereich der VEW eine erfreuliche Tatsache der besseren Auftragslage. Ich habe mir die Zahlen kommen lassen. Jänner 1984 9.082 Auftragseingänge in Tonnen, plus 32 Prozent,

und November 1984 9.972 Tonnen, plus 22 Prozent. Das ist eine erfreuliche Entwicklung im Bereich der VEW. Der neue Generaldirektor Dr. Schmollgruber hat sein Programm 2000 der Öffentlichkeit vorgestellt, den Medien vorgestellt, auch einem Brucker Gremium von 300 Leuten, Modell Steiermark. Er hat uns informiert über die neue Situation der VEW und hat großartige innovatorische Ansätze aufgezeigt und hat aber auch aufgezeigt, was in Zukunft bei VEW werden soll. Das Konzept 2000: Das Konzept 2000 sieht folgende Schwerpunkte vor, allerdings auch darauf hingewiesen, daß 1987 nur 901 Angestellte sein werden und 3.782 Arbeiter. Aber diese Arbeiter und diese Leute, die in diesem Einsatz sind, etwa nach manchen Konzentrationen von Betrieben, ich will das im Detail nicht mehr aufzählen, wird es ein sehr zukunftsträchtiges Gebiet sein. Interessant ist, daß innerhalb der VEW die Tochter Polaroid geboren wurde, ein selbständiger Betrieb, daß Böhler Pneumatik neu selbständig gemacht wurde, als ein selbständiges Unternehmen mit völliger Autonomie des Wirkungsbereiches. Dann eine wichtige Aussage, aus Felten & Guillaume ist geworden die Austria-Draht AG. Der Brucker Standort ist auftragsmäßig gut bestückt, führt aber durch die schlechten Preise große Verluste noch ein. Die Verlegung des Drahtzug- und Stangenwerkes von Ferlach nach Bruck an der Mur hätte die Situation des Werkes Bruck verbessert. Diese geplante Verlegung ist aber noch durch ein Veto des Herrn Ministers Lacina gesperret. Meine Damen und Herren, am 11. Dezember, also am Dienstag nächster Woche, findet eine entscheidende Sitzung statt, wo darüber entschieden wird, ob dieses Gebiet nicht nach Bruck verlegt wird. Ich bitte, daß wir dafür eintreten, daß das nach Bruck verlegt wird. Es würde ökonomisch und betriebstechnisch gut sein. Und so könnten wir weiterreden über diese gesamten Situationen, Leykam-Mürztaler Papierfabrik, Baugewerbe Rauppach, Hitthaller und die Firma Meier in Gußwerk.

Ich muß sagen, fremdenverkehrsmäßig ist in diesem Bereich noch viel aufzuholen. Der Herr Abgeordnete Dr. Pfohl hat sich wiederholt in den Raum Mariazell begeben (Abg. Brandl: „Danke schön, das ist Werbung!“), hat sich bemüht und mit der Hotellerie zusammengesetzt. Ich muß wünschen, daß auch der Raum Mariazell hotelmäßig so versorgt wird, daß er attraktiv ist für Wallfahrer aus der Bundesrepublik, die immer wieder sagen, wir brauchen mehr Komfortzimmer. Wir brauchen bessere Bedingungen, dann wird der Fremdenverkehr im Raume Mariazell zusammen mit St. Sebastian (Abg. Brandl: „Das will ich meinen!“), Herr Abgeordneter Brandl, dann wird dieser große Bereich wirklich auch fremdenverkehrsmäßig attraktiv sein und den modernen Ansprüchen entsprechen.

Ich möchte nur noch hinzufügen, was der bedeutende Rosegger gesagt hat. Er meinte in seinem Vortrag und in einer Schrift, die beinahe schon altmodisch klingenden Hausmittel unternehmerische Initiative, motivierte Arbeitskräfte, marktwirtschaftliche Flexibilität und ein der Grenzen seiner marktwirtschaftlichen und wirtschaftlichen Intervention bewußter Staat sind noch immer zu empfehlen. Professor Gerhard Rosegger empfiehlt diese alten Hausmittel, also wirtschaftliche Unternehmungsintervention von seiten des Staates, aber auch die Eigeninitiative, die dazu führt, daß in

diesen Regionen wieder Optimismus einkehrt. Zum Optimismus gibt es Grund, daß – wie es letzten Landtag beschlossen wurde – auf den alten Gründen von Felten-Dienschach die geschützte Werkstätte entstanden ist, daß Vogl & Noot sich niederläßt auf den Gründen der alten Werkstätte von Felten-Dienschach und daß das Krankenhaus Bruck an der Mur saniert wird, daß selbst – ich rede schon vom Kollegen Prof. Dr. Eichinger – oben in Mürrzusschlag die gynäkologische Station errichtet worden ist. Das sind alles Hoffnungsgebiete, meine Damen und Herren, für ein Gebiet, wo man sagen muß, wenn das alles ist, kehrt ein Optimismus ein, der sonst unter Umständen nur zum Pessimismus geführt hätte. Wir haben in diesen Gebieten Hoffnungen zu setzen, kleine Ansätze, Unterstützung der Klein- und Mittelbetriebe. Wenn voriges Jahr die ÖVP gesagt hat, 16,6 Milliarden, ja, aber auch den Klein- und Mittelbetrieben soll Unterstützung zugeführt werden, dann war es sehr sinnvoll, denn sonst könnte sich so eine Region nicht erholen. Wir glauben, daß diese Region wieder Hoffnung hat, wieder Fuß faßt durch Unterstützung des Landes. Es sind sehr viele Mittel in dieses Gebiet gesetzt worden. 200 Millionen Schilling hat das Land als Initiative gesetzt, und dann kam erst der Bund mit allen Initiativen. Wenn wir in das alte Gebiet, in Randgebiete, wie Elsaß-Lothringen, Schottland und Ruhrgebiet, alte Regionen, wo man gesagt hat zusperrern, nein, einsetzen, weiter investieren, Klein- und Mittelbetriebe fördern, dann ist es ein Hoffungsgebiet. Und so schauen wir mit Optimismus in das Jahr 1985. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hammer. Ich erteile es ihm.

Abg. Hammer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Für mich wird es sicherlich sehr schwierig nach der schwungvollen Rede des Herrn Abgeordneten Dr. Steiner, der ein großartiger Lehrer ist. Ich habe nie so gute Lehrer gehabt, daß ich so schwungvoll reden könnte wie er. Aber ich werde es trotzdem versuchen.

Meine Damen und Herren, warum ich mich zu Wort melde, ist erstens einmal, ich möchte etwas richtigstellen aus der Landtagssitzung vom 16. Oktober. Da habe ich mich auch zu Wort gemeldet. Es war eine etwas hitzige Debatte, und es ging um die Verantwortung in diesem Lande in der Pendlfrage. Der Herr Dr. Heindinger hat in seinem Schlußwort dann gesagt, ich konnte es erst nachlesen im Protokoll: „Der Hammer hat gemeint, die Landesförderung ist ein Mist.“ Das bitte, möchte ich nicht auf mir sitzen lassen, denn die Landesförderung ist kein Mist. Wir haben sie alle mitbeschlossen, und wir tragen sie alle mit. Nur glaube ich, meine Damen und Herren, man kann es nicht so machen, alles was gut ist, macht das Land Steiermark, und alles, was schlecht ist, macht der Bund. So ist die Situation denn doch auch wieder nicht, meine Damen und Herren, sondern ich glaube, die Situation ist viel eher so, daß wir in der Wirtschaft meist mit unserer Förderung nur reagieren können und nur ganz selten wirklich mit unserer Förderung die Arbeitsplatzerneuerung erreichen können, weil die Betriebe, solange

es ihnen gutgeht, wirtschaften und nichts wissen wollen von öffentlichen Einflüssen. Aber dann kommt irgendwann auf Grund der verschiedensten Situationen – die Konkurrenzsituation, die Preissituation, und all diese Dinge sind sicherlich sehr hart – der Bruch, und dann ist plötzlich der Ruf da nach Förderungen, und dann muß das Land beziehungsweise der Staat, der Bund einsteigen. Dann sagen Sie wieder, wir brauchen in der Wirtschaft weniger Staat, aber dafür mehr Wirtschaft. Hier im Lande Steiermark loben wir die Wirtschaftsförderung. Dann gilt das auch für diesen Bereich. Dann haben wir auch hier zuviel Land und zuwenig Wirtschaft, meine Damen und Herren. Nur das wollte ich zur Überlegung stellen.

Ansonsten bitte drückt mich wirklich die Sorge um die Arbeitsplätze in der Region um den steirischen Erzberg. Wir gehören zu den Bezirken mit der größten Abwanderung. Wir haben den größten Bevölkerungsverlust, und wir haben den größten Verlust an tatsächlichen Arbeitsplätzen in der Steiermark. Wir bemühen uns alle, neue Arbeitsplätze in diese Region zu bekommen. Es ist uns bereits etwas gelungen mit der Neugründung von Altesta, von der VOEST Alpine Glas, von der Firma Assmann in der Radmer. Alles Betriebe, die versuchen, die dort durch die Rationalisierung verlorengegangenen Arbeitsplätze aufzufangen. Eines sei mir auch gestattet, meine Damen und Herren. Durch Rationalisierung gehen nicht nur Arbeitsplätze bei der VOEST Alpine verloren, auch alle privaten Unternehmungen haben in diesem Raume die notwendigen Rationalisierungsmaßnahmen auf Kosten der Arbeitsplätze durchgeführt. Das Problem liegt – glaube ich – dort, daß wir rascher rationalisieren können als neue Arbeitsplätze schaffen. Und gerade in dieser Region ist das besonders schwierig, weil die Verkehrsaufschließung in den letzten Jahren zwar große Fortschritte erreicht hat, aber dennoch immer wieder große Probleme im Straßenverkehr bestehen. Wir haben größte Probleme, die Produkte, die im Raume Eisenerz erzeugt werden, hier zum Erzeugen herzubringen – zum einen Mal den Rohstoff und dann das fertige Produkt an den Markt heranzubringen, weil eben die Eisen-Bundesstraße, der Raum nach Oberösterreich, noch nicht ausgebaut wurde. An der oberösterreichisch-steirischen Grenze gehen eben die Straßen auf ein ganz kleines Nadelöhr zusammen. Dort gibt es noch wirkliche Verkehrsprobleme. Wenn mein Kollege Kollmann von den Transportunternehmen gesprochen hat, dann braucht er nur seine Kollegen zu fragen, wie schwierig es ist, auf dieser Straße Schwerttransporte zu bewegen. Hieher gehört aller Einsatz, um diese Straßenprobleme endlich auch zu lösen, damit wir von der Infrastruktur her die Voraussetzungen schaffen, daß sich dort entsprechende Betriebe ansiedeln können.

Meine Damen und Herren, wir Eisenerzer oder die Region um den steirischen Erzberg möchte nicht jammern, wir sind immer bereit mitzuhelfen, die Probleme zu lösen. Das geschieht im regionalen Entwicklungsverband, das geschieht aber auch in vielen Aktionen. Im April wurde eine Regionalenquete abgehalten in Eisenerz, die die Politik und die Wirtschaft genauso wie die Beamtschaft dort vereinigt hat, um nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen, um den Beschäftigtenstand in dieser Region zu heben. Wir werden in

einer Nachbetreuung dieser Regionalenquete dann im Jahre 1985 Bilanz ziehen müssen und werden dann erst sehen können, was diese Regionalenquete gebracht hat. Sie war in ihrem Bestehen oder in ihrer Aktion nicht sehr eifrig, und erst einige Unternehmer haben sich durch eine provokante Wortmeldung wieder gemeldet, als wir gesagt haben, wir haben ihnen einen Entwicklungs- und Maßnahmenkatalog vorgelegt, und erst als ich sie gefragt habe, ob sie mit diesem Maßnahmenkatalog einverstanden sind, ob sie all diese Dinge akzeptieren, die in diesem Maßnahmenkatalog stehen, haben sie überhaupt reagiert und haben dann plötzlich gesagt, so kann es nicht sein. Aber wir wollen eine Reaktion haben, denn nur in einem gemeinsamen Dialog können wir sicherlich auch hier diese Probleme lösen.

Eine Reihe von Rahmenveranstaltungen im Rahmen der Landesausstellung hat hier ebenfalls positive Richtungsweisen gebracht, Richtungszeiger gegeben. Darf ich das Symposium der drei steirischen technischen Universitäten in Eisenerz erwähnen, die sich mit dem Thema „Was können die Universitäten zur Erneuerung alter Industrieregionen beitragen“ beschäftigt haben. Hier war die Wissenschaft versammelt, und wir konnten sehen, daß es hier Möglichkeiten gibt, sie müssen nur entsprechend genützt werden. Hier wurden neue Wege aufgezeigt. Hier wurde echte Innovation geleistet, meine Damen und Herren. Hier müssen wir weiterarbeiten. Auch die VOEST-Alpine hat auf diese Situation bereits reagiert. Wir haben bei diesem Universitätssymposium gemerkt, daß es in der Rohstofffrage ganz neue Erkenntnisse gibt. Die Rohstoffsituation, die im Jahre 1970 noch viel bedrohlicher ausgesehen hat, bringt jetzt durch neue Forschungen, durch neue Erkenntnisse in der Lagerstättenauffindung eine völlig andere Situation, ein völlig anderes Bild über unsere Rohstoffreserven. Die VOEST-Alpine hat ein Büro in Eisenerz eingerichtet, das sich mit der Auffindung der Rohstoffe in Österreich beschäftigt, mit der Rohstoffprospektion und mit der Rohstoffexploration. Sie tut das nicht nur in Österreich, sondern ist auch im Ausland tätig, und auch hier passierte, damit diese Tätigkeit sein kann, ein wesentlicher Bundesbeitrag. Es steht in etwa 15 zu 1 bei der Finanzierung dieser Tätigkeit. In kurzer Zeit wird ein Österreich-Atlas mit geochemischen Basisaufnahmen aufgelegt werden, der in Eisenerz hergestellt wird, weil man in der Nähe der Montanuniversität den Weg beschritten hat, jungen Akademikern einen neuen Arbeitsplatz, ein neues Aufgabengebiet anzubieten, und das wird auch entsprechend ausgenutzt. Deshalb wird dieser Atlas aufgelegt. Eine vollkommen neue Form in Österreich. Vielleicht besteht gerade in der Aufsuchung und in der Erforschung unserer Rohstoffe wieder eine Chance für den Bergbau, der immer die Grundstoffbasis für unsere Wirtschaft war und der in den letzten Jahren große Einbußen erlitten hat. Vielleicht haben wir hier wieder eine entsprechende Chance für unseren Bergbau. Fortgesetzt wurden diese Veranstaltungen mit einer Veranstaltung auf der Montanuniversität in Leoben, zu der die Technova und die Montanuniversität eingeladen haben. Hier waren die Forschung, die Ideenträger, die Werkstätte für Ideen, für neue Motivationen, beisammen mit der Wirtschaft, mit dem Umsetzen. Ich glaube, dort hat man auch erkannt, daß eigentlich in Österreich, nicht nur im Raume Leoben,

ich glaube in ganz Österreich, die Universitäten hier gelebt haben und daneben die Wirtschaft, daß beide daneben irgendwo gelebt haben, geforscht und umgesetzt haben, aber meistens Wirtschaft und Universität nur durch Zufälligkeiten gegenseitig auf sich aufmerksam wurden. In Leoben hat man das dann erkannt, und ich hoffe, und ich wünsche es mir, daß jetzt eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Ideenträgern und den Ideenumsetzern passieren wird können. Der Herr Kollege Ileschitz hat bereits darauf hingewiesen, daß in Leoben ein Regionalbeauftragter für das gesamte obersteirische Industriegebiet eingesetzt wird. Obwohl in den Nebenabreden für die Staatsvertragsverhandlungen bereits verankert und das Land dem zugestimmt hat, finanzieren derzeit nur der Bund und die Arbeiterkammer, bitte sehr, meine Damen und Herren. Dieser Regionalbeauftragte könnte hier ein Bindeglied zwischen den Universitäten, zwischen den Betrieben sein, damit hier ein entsprechender sich beeinflussender Kreislauf entsteht, der wiederum unserer Wirtschaft entsprechend zugute kommt. Es sind ihm ja in der Betriebsgründung bereits einige Dinge gelungen oder in der Art von Auffanggesellschaften, weil er dort drinnen mit tätig ist, und ich glaube, daß durch die Tätigkeit dieses Regionalbeauftragten mit den Regionalverbänden, die ja auch in diesem Bereich bestehen, hier wirklich eine sinnvolle Zusammenarbeit für unsere Region möglich sein wird. Meine Damen und Herren, und wenn die Frau Präsident Klasnic in ihrer Generalrede vom Brückenbauen der Arbeitenden zu denen, die keine Arbeit haben, gesprochen hat, dann möchte ich Sie darauf verweisen, daß wir begonnen haben, ein solches Modell, das eine Brücke darstellen soll, im Rahmen der Steirischen Eisenstraße umzusetzen. Wir haben dort ein Beschäftigungsprogramm aufgebaut, in dem 27 Langzeitarbeitslose, die arbeitslos wurden, weil ihre Firmen sich aufgelöst haben aus den verschiedensten Gründen, weil ihre Arbeitskraft in diesem Raume nicht gefragt war, weil die Arbeitslosigkeit in diesem Bezirk Leoben noch so hoch ist und sie deshalb nicht gefragt waren als Arbeitnehmer, haben wir diese Gruppe aufgebaut mit der Unterstützung der Arbeitsmarktverwaltung, und es waren keine ganz leichten Verhandlungen, um auch die Zustimmung des Landes dafür zu erreichen. Der Herr Landesrat Dr. Heidinger hat in einer Fernsehrede am 10. Mai sich selbst dann auch positiv zu diesem Modell bekannt. Ich glaube, daß wir hier mit der Restaurierung von Montandenkmälern einen sinnvollen Einsatz von Arbeitslosen durchführen. Es wurden immerhin damit Investitionen für das Baunebengewerbe, für den Baustoffhandel von über 700.000 Schilling in Fluß gebracht mit einer Lohnsumme von etwa 2,8 Millionen Schilling, die wieder umgekehrt ein Leistungsvolumen von über 4 Millionen ausgelöst haben. Meine Damen und Herren, und diese Leute fragen sich jetzt, weil die Situation am Arbeitsmarkt sich nicht gebessert hat in diesem Raum, ob das weitergehen wird. Ich richte jetzt bereits den Appell an den Herrn Landesrat Dr. Heidinger und auch an den Herrn Landeshauptmann, gemeinsam mit Sozialminister Dallinger dieses Arbeitsprogramm, das vorerst befristet ist bis Ende April, weiterzuführen, damit diese Menschen eine entsprechend sinnvolle Tätigkeit haben, die der Region ja auch zugute kommt. Dadurch ist es uns möglich, die Montandenkmäler in einer

wirklich anschaulichen Form zu präsentieren und damit wieder Fremde in unsere Region zu bringen, die wiederum Umsätze tätigen werden. Ich hoffe, daß uns diese Beschäftigung gelingt und daß ihre Weiterführung nicht an irgendwelchen formalistischen Kleinigkeiten scheitern wird. Denn entsprechend und entscheidend, das haben viele meiner Vortredner betont, ist es, Arbeit zu schaffen für die Menschen, die Arbeit brauchen. Ich glaube, unter dieser Voraussetzung sollten wir wirklich all unsere Anstrengungen unternehmen, um auch dieser Region bei ihrer eigenen Tätigkeit, Arbeitsplätze zu schaffen, auch wirklich Hilfe zu geben. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prof. Dr. Eichinger. Ich erteile es ihm.

Abg. Prof. Dr. Eichinger: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich möchte dem Herrn Kollegen Hammer sagen, nicht alles ist schlecht, was der Bund macht. (Abg. Hammer: „Nur sagen Sie es nicht gerne, wenn es etwas Gutes ist!“) Wir differenzieren sehr genau. Aber ich möchte dazu auch die Feststellung machen, je besser die Wirtschaftspolitik einer Regierung ist, desto seltener kommen die Betriebe um Subventionen. Und heute kommen sehr viele, leider sehr viele um Subventionen. Daraus kann man ersehen, wie die Lage wirklich ist. Ich freue mich über den Beitrag des Kollegen Loidl, der ganz klar gesagt hat, was wir im Grunde genommen alle fühlen müßten, daß in dieser Steiermark in all den Jahren gewaltige Fortschritte erzielt worden sind und daß wir alle auf das Geleistete stolz sein können. Kollege Loidl, dafür ein herzliches Dankeschön! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Meine Damen und Herren, wir sind auch stolz auf das, was hier in diesem Lande geleistet wurde. Es hat mich gefreut, daß anerkannt wurde, daß die Vorfinanzierung mit 1,5 Milliarden den Straßenbau in diesem Lande in Schwung gebracht hat, daß wir alle damit zufrieden sind, daß das Verhältnis zwischen dem Landeshauptmann und dem Bautenminister ein ausgezeichnetes ist. Ich denke auch daran, daß der Landeshauptmann sofort erkannt hat, als die Krise in der Obersteiermark bei der VEW ausgebrochen ist, daß er auch hier einspringen muß und daß er der VEW sofort 200 Millionen gegeben hat. Auch das war ein Anstoß, und auch dadurch sind dann die Mittel des Bundes ins Rollen gekommen. Ich möchte damit nur sagen, daß wir in der Steiermark ganz und voll bemüht sind, mit unseren Mitteln die Situation zu meistern und auch den Bund dazu zu bringen, daß er Milliarden, die auch von unseren Steuergeldern stammen, zurückfließen läßt in dieses Land. (Beifall bei der ÖVP.)

Nun ist mir heute bei einigen Kollegen etwas aufgefallen. Sind Sie nicht böse, ich denke an den Kollegen Rainer und an den Kollegen Halper, an den Kollegen Loidl und an den Kollegen Preamsberger. Bei Loidl und bei Preamsberger muß ich ganz offen feststellen, die beiden sind zuerst Gewerkschafter, und dann sind sie Parteileute, und der Rainer und der Halper sind zuerst Parteileute, und dann kommt nichts, und dann sind sie erst Gewerkschafter. Meine Herren, das ist nicht richtig. In erster Linie haben wir die Vertreter unserer

Arbeiter und Angestellten zu sein, auch wenn es sich darum handeln sollte, daß man einmal gegen die Regierung ist. Aber bei manchen spürt man, sie wagen es überhaupt nicht, gegen diese Regierung zu sein. (Abg. Preamsberger: „Weil in Graz alle Betriebe gefördert werden von Wien!“), und sind damit die Wegbereiter einer Politik, die wir alle nicht haben wollen. Ich muß sagen, bei den Worten meines Kollegen Preamsberger, es ist ein unglaublicher Pessimismus durchgedrungen. Ich war im Grunde genommen erschüttert, und auch durch die Feststellung, die er gemacht hat, Großbetriebe überleben heute nur noch mit einer Förderung. (Abg. Preamsberger: „Nachweisbar!“) Das ist im Grunde genommen eine furchtbare Situation, die uns hier trifft. Für mich bedeutet das aber, daß wir umso mehr bemüht sein müssen, neben den Großbetrieben auch die Klein- und Mittelbetriebe zu fördern. Jene Betriebe, die genauso um die Existenz ringen, jene Betriebe, die Gott sei Dank viele Arbeitnehmer aufgenommen haben, die aus der verstaatlichten Industrie ihren Abschied nehmen mußten. (Abg. Tschernitz: „Aber auch aus der Privatindustrie, Herr Kollege!“) Deshalb stelle ich hier ganz klar und eindeutig fest, für uns gibt es tatsächlich nur eine einzige steirische oder von mir aus gesehen auch österreichische Industrie. Ich möchte eines sagen, was mich bedrückt. Im Grunde genommen fehlt uns die Begeisterung, fehlt der Schwung in diesem Lande. Im Grunde genommen fehlt eine Aufbruchstimmung. Und da frage ich mich, warum ist diese Aufbruchstimmung nicht vorhanden? (Abg. Preamsberger: „Ich habe dir ja gesagt, warum!“) Ich möchte hier feststellen, die Bundesregierung ist leider Gottes in ihrem Schwunge sehr, sehr erlahmt. Sie ist müde. Sie bringt keine Motivation mehr zusammen. Sie entmutigt die Leute durch die hohen Steuern. Wer hat denn heute noch eine Freude? Der Arbeitnehmer bezahlt Steuern noch und noch, die Klein- und Mittelbetriebe bezahlen die Steuern. Ich möchte gar nicht reden von der Sparsbuchsteuer, die letzten Endes die Masse und selbst die kleinen Leute trifft. (Abg. Brandl: „Zinsertragssteuer heißt das. Die Begriffe müssen stimmen. Das hat schon der Konfuzius gesagt!“) Ich möchte auch gar nicht reden – ich sage ja nur die Wahrheit! Ich möchte auch gar nicht reden von der Mehrwertsteuer, die bei uns in Österreich sehr, sehr hoch ist und im Grunde genommen die kleinen Leute dieses Landes entscheidend trifft. Das ist etwas, was mir weh tut. Und, Kollege Rainer, ich möchte sagen, der Kollege Preamsberger hat erkannt und hat es uns allen gesagt, in Amerika ist Schwung darinnen. In Amerika hat man 18 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen. In Japan hat man 5 Millionen Arbeitsplätze geschaffen. In Europa sind die Arbeitsplätze weniger geworden. (Abg. Preamsberger: „Einen Abwärtsknick!“) Da fragt man sich, warum eigentlich? Meine Erklärung und die Erklärung vieler, auch Wirtschaftsfachleute, ist die, das Europa der siebziger Jahre hat leider Gottes einen Geist des Pessimismus produziert. Das Europa der siebziger Jahre hat in vielen Staaten Regierungen gehabt, die es nicht verstanden haben, die Zeichen der Zeit zu erkennen, die es nicht verstanden haben, daß man in dieser Zeit alle Kraft braucht, um neue Motivationen zu schaffen. Aber, meine Herrschaften! (Abg. Preamsberger: „Technologie, lieber Freund!“) Meine Herrschaften, Preamsberger, ich sage das, was du eigentlich auch gesagt hast! Ich frage mich

jetzt wirklich, warum gelingt den Amerikanern dieser Aufbruch, warum schaffen die die 9 Millionen Arbeitsplätze, und warum gelingt uns das nicht? Weil wir diese Aufbruchstimmung nicht haben, weil wir zu wenig daran glauben. Um diesen Glauben müssen wir ringen. (Abg. Preamsberger: „Wir besitzen zu wenig Know-how!“) Jetzt sage ich euch noch etwas. Liebe Freunde von der sozialistischen Fraktion! Je mehr ihr diese Bundesregierung verteidigt, desto schlimmer ist es hier in diesem Lande. (Abg. Preamsberger: „Du willst doch nicht sagen, wir sollen auch noch das Know-how liefern!“) Wenn ich daran denke, es ist ja schlimm, der Kollege Rainer, der Kollege Halper, was sagen sie? Ich zitiere die Kollegen Rainer und Halper, was machen sie? Sie greifen unermüdlich das Land Steiermark an, sie erklären immer wieder, was hier geschieht, ist schlecht und ist nicht in Ordnung. (Abg. Erhart: „Sie greifen nicht das Land an, sie greifen die Führung an!“) Der Kollege Halper hat in einer unglaublichen Art und Weise den Landeshauptmann angegriffen. Ich frage euch, was haben wir davon? (Abg. Brandl: „Er hat Breite. Das hält er aus!“ – Mehrere unverständliche Zwischenrufe.) Ja, sagt einmal, Freunde, jetzt möchte ich euch wirklich fragen, was bringt uns das eigentlich? Das bringt uns in diesem Lande überhaupt nichts. Wenn ich an diese Wadelbeißereien unseres Kollegen Rainer denke. Keine Flexibilität. Alles wird schlechtgemacht. Bei den Ladenöffnungszeiten! Der Rainer hat ja ein Glück. Er erspart sich morgen die Fahrt nach Salzburg, er braucht morgen nicht zu demonstrieren. Er kann länger schlafen. (Beifall bei der ÖVP.) Ich mußte diesen Appell, mehr steirisch zu denken, an euch alle richten. Ich sage es auch hier ganz freimütig. Wenn der Kollege Maitz früher von der Koalition gesprochen hat, ich sage es euch ganz offen, mir persönlich wäre eine solche Koalition, die von der Mehrheit der Bevölkerung gewünscht wird, am liebsten. (Beifall bei der ÖVP.) Damit ich die Freiheitlichen nicht ausschließe. Von mir aus sollen auch die Freiheitlichen drinnen sein, denn in einer Zeit, wo wir uns anstrengen müssen, wo es um das Ganze geht, müssen wir wieder zusammenstehen, so wie wir nach 1945 diesen Staat aufgebaut haben, durch Gemeinsamkeit und Zusammenstehen. Wenn wir diesen Geist noch einmal aufbringen würden, dann bräuchten wir alle keine Angst um die Zukunft dieses Landes zu haben. (Beifall bei der ÖVP.) Ich wollte eigentlich den Hauptteil meiner Rede über den Bezirk Mürzzuschlag halten. Ich kürze das entscheidend ab. Ich möchte eines sagen, lieber Gewerkschaftspräsident Ileschitz, jetzt muß ich dich persönlich ansprechen. (Abg. Preamsberger: „Welche Note bekommt er, Herr Professor?“) Ich sage ihm ja etwas Nettes. Im Bezirk Mürzzuschlag hat der VEW-Betrieb Mürzzuschlag-Hönigsberg 2.200 Arbeiter und Angestellte gehabt. Ich den letzten vier Jahren, meine Damen und Herren, sind 870 Arbeitsplätze verlorengegangen. 2.200 Arbeiter und Angestellte waren es, und in zwei Jahren werden es nur noch 1.016 Arbeiter und Angestellte sein. Das heißt mit einem Wort, die Belegschaft wurde mehr als halbiert. Das bedeutet auch, daß der Kaufkraftschwund allein im Bezirk Mürzzuschlag, in dieser Region, jährlich 105 Millionen Schilling beträgt. Handel und Gewerbe, alle werden das spüren. Die Gemeinde Mürzzuschlag leidet ganz besonders darunter. Was machen die Leute? Sie wandern aus unserem Bezirk ab. Ich sage Ihnen nur eine Zahl. Im

Jahre 1971 waren in der Stadt Mürzzuschlag 11.564 Bewohner. Zehn Jahre später 10.753 Bewohner, drei Jahre später, im Jahre 1984, 10.483, das heißt, es besteht die Gefahr, im Jahre 1991 hat die Stadt Mürzzuschlag nicht einmal mehr 10.000 Einwohner. Die Leute wandern ab, weil sie keine Arbeitsplätze finden. Das ist eine furchtbare Situation. Jetzt möchte ich dem Herrn Präsidenten Ileschitz eines sagen. Du hast heute hier an dieser Stelle erklärt, du bist stolz darauf, daß der Herr Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross und auch ich, hast du gesagt, mit dazu beigetragen haben, daß der Standort Mürzzuschlag gerettet wurde. (Abg. Preamsberger: „Das ist unbestritten!“) Freunde, jetzt sage ich euch eines, hier erkläre ich eines, ich möchte jene Behörde oder jene Institution sehen, die es zustandegebracht hätte, daß man diesen Betrieb in Mürzzuschlag mit Hönigstal, der weltbekannt war, auslöscht. (Abg. Preamsberger: „Zugunsten von Niederösterreich war es geplant!“) Der Herr Bundeskanzler ist der oberste Chef der Verstaatlichten und damit auch dieses Betriebes. Wir hätten dem Bundeskanzler gezeigt, daß es ihm niemals gelingen wird, diesen Betrieb aus Mürzzuschlag-Hönigsberg wegzubekommen. Niemals! (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Ileschitz: „Dein Generaldirektor Baier hat diesen Betrieb aus dem Bestand der VEW bereits gestrichen gehabt!“) Herr Präsident Ileschitz, der oberste Chef der verstaatlichten Industrie ist der Herr Bundeskanzler. Da feiert der Herr Präsident den Herrn Landeshauptmannstellvertreter, daß ein Betrieb mehr als halbiert wurde (Abg. Ileschitz: „Er war schon halbiert!“), und sagt dann, daß die 1.016 Leute noch bestehen, das haben wir gemacht. Das ist kein Erfolg in meinen Augen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Ileschitz: „Der Betrieb ist erhalten!“) Das habe ich hier im Interesse der Arbeiter und Angestellten dieser Region sagen müssen. (Abg. Ileschitz: „Du hast keinen Finger gerührt, daß da etwas geschehen ist!“) Ich möchte auch das Positive sagen. Erfreulich ist, Herr Präsident, sage ich auch – (Abg. Preamsberger: „Sagt dem Professor, daß nicht ein Politiker, sondern ein Vorstand entscheidet!“) Preamsberger, das kannst du mir niemals sagen. Ich möchte schließen mit dem Positiven. (Abg. Ileschitz: „Obendrein sage ich dir eines. Wir haben einen Generaldirektor akzeptiert, der deiner Partei angehört, und wir werden ihm erzählen, wie du alles mies machst für die kommende Zeit!“) Ich mache hier überhaupt nichts mies. Ich stelle nur fest, daß eine solche Argumentation, man wäre wie ein Traktor über Hönigsberg gefahren, das zählt bei mir nicht, das ist eine Entschuldigung, die sehr vage ist. Das zählt nicht. Das sage ich im Interesse der Arbeiter, die da drinnen sind. Positiv, sagt der Generaldirektor Schmolzgruber, ist, daß beim Preßblech 53 Millionen Schilling investiert werden, daß die Leute wiederum Hoffnung bekommen. Wir wollen diese Hoffnung auch verstärken. Aber man soll sich nicht auf Grund dieser Hoffnung, Herr Präsident, als Retter hinstellen. Das wollte ich sagen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Ileschitz: „Ich habe mich nicht als Retter hingestellt. Wir haben den Standort erhalten!“)

Das zweite Großartige, das ich herausstreichen möchte: Das Rohwerk in Kindberg wird Ende dieses Jahres wahrscheinlich so bilanzieren, daß es zu fast keinen Verlusten mehr kommt. Wir haben diese Krise überwunden, und ich sage eines dazu. (Abg. Preamsberger: „Strukturbereinigung!“) Die Arbeiter und Ange-

stellten und die Ingenieure von Kindberg haben ihr Letztes gegeben, um diesen Betrieb hier in die Höhe zu bringen. Denn wenn es danach gegangen wäre, was die Linzer Kaufleute in Moskau ausgehandelt haben, dann wären diese Arbeiter und Angestellten und Ingenieure nicht gut drangewesen. (Abg. Premsberger: „Herr Professor, wenn ein Bundeskanzler nach Moskau reisen muß, um Aufträge zu bringen, ist es peinlich. Das hat früher die Wirtschaft gemacht!“) Ich sage nur die Wahrheit, wie es ist. Wir sind glücklich, daß wir in Amerika neue Geschäfte machen, daß die uns die Rohre abkaufen. Hoffentlich fallen wir nicht unter dieses letzte Verbot. Das allerbeste, das ich aus dem Bezirk melden möchte, Vogl & Noot geht weiter. Die Firma Schrack wird im nächsten und übernächsten Jahr dazu beitragen, daß an die 400 Menschen in diesem Bezirk in diesen Betrieb eingestellt werden können. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Kalnoky. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Kalnoky: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich möchte die Stimmung des Hauses doch noch nutzen, um etwas zur flexiblen Arbeitszeit zu sagen. Was mein Vorredner Prof. Dr. Eichinger gesagt hat, daß einige mehr Gewerkschafter und einige mehr Parteimänner sind, das möchte ich unterstützen. Aber gerade heute abend war der Kollege Rainer sehr offen zur flexiblen Arbeitszeit. Ich möchte ihm dazu weiter Mut machen. Ich glaube, man kann oft auch sagen, wenn es dem Betrieb gut geht, daß es auch den Arbeitnehmern gut geht. Oft wird das gegensätzlich gesehen. Ich möchte Ihnen dazu nur ein Beispiel sagen, daß die Flexibilität besonders bei denen, die Arbeit nehmen, ganz besonders geschätzt wird. In München gibt es das berühmte Kaufhaus Beck am Rathausseck. (Abg. Dr. Dorfer: „Wo der Dallinger eingekauft hat!“) Der kauft in viel teureren Geschäften, das ist zu einfach für ihn. Aber dort kann jeder Arbeitnehmer sich selbst einschätzen, wieviel er pro Monat arbeiten will, und mit einem Personal-Check kann er jeden Tag zur beliebigen Zeit sich einchecken und auschecken. Er bekommt jeden Monat das bezahlt, was er im Vorhinein gesagt hat, was er leisten wird. Hat er mehr, einen Überschuß, bei wenigen muß er das irgendwann irgend einmal wieder einarbeiten. Bitte, diese Flexibilität, kann ich mir vorstellen, ist für manche sehr beängstigend. Aber nach dreijähriger Versuchszeit stellte sich heraus, daß sich erstens der Umsatz um 30 Prozent gesteigert hatte und daß wesentlich mehr Personal eingestellt werden konnte. (Abg. Rainer: „Zu welchen Bedingungen?“) Ich bitte Sie um diese Flexibilität, die Sie eigentlich heute so positiv besetzt haben, seien sie auch zu anderen Zeiten so mutig. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Karrer. Ich erteile es ihm.

Abg. Karrer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich wollte eigentlich nicht zur Wirtschaftsgruppe sprechen, weil ich mir gedacht habe, vielleicht gelingt

es doch einmal in diesem Hause, daß man zu Wirtschaftsfragen etwas Vernünftiges hört. (Heiterkeit bei der ÖVP. – Präsident: „Ich bitte den Redner fortzufahren!“)

Meine Damen und Herren! Ich verstehe schon, daß die ÖVP-Fraktion jene mit einem Lachen unterstützt, die ich gemeint habe, denn die wissen es ganz genau, wie ich das gesagt habe. Schauen Sie, wenn man sich über die Problematik der Wirtschaft allgemein und der Verstaatlichten im besonderen – Kollege Dr. Dorfer – Gedanken macht (Abg. Dr. Dorfer: „Wenn die Worte eindeutig sind, gibt es nichts mehr zu interpretieren!“), und das haben sich in den letzten acht bis zehn Jahren sehr viele in Österreich gemacht und namentlich so gute Fachleute, gute Spezialisten, ich glaube, das kann ich offen sagen, die mehr verstehen als die Leute hier, die in diesem Hause sind und hier über solche Maßnahmen polemisieren. Denn alle Wirtschaftler auch von seiten der ÖVP wissen ganz genau, wie ein Betrieb zu führen ist, was zu machen ist, wenn der Weltmarkt eine andere Sprache spricht als die Produktion im Betrieb. (Abg. Dr. Dorfer: „Man muß die Betriebe nur arbeiten lassen!“) Kollege Dr. Dorfer, wenn die Betriebe jahrzehntelang so eingestellt sind, daß sie eben eine Produktion erzeugen, die zur gegebenen Zeit – und das war so vor ungefähr acht Jahren – nicht mehr absetzbar ist. Und daß hier rechtzeitig auch in der Verstaatlichten reagiert worden ist, ich glaube, das ist ja unbestritten. (Abg. Pörtl: „16 Milliarden müssen wir hineinpulvern!“) Es ist nun einmal der Unterschied, wenn man hier spricht und sagt, die gesamte österreichische Wirtschaft, es ist egal, lieber Kollege Prof. Dr. Eichinger, es ist egal, ob privat oder verstaatlicht, die Wirtschaft ist ein Faktor. Man hört im selben Atemzug wieder eine solche Bemerkung, dann muß ich mir sagen, meine Damen und Herren, ich habe fast das Gefühl, daß hier in der Partei der ÖVP Schulungen durchgeführt werden, damit gegen die verstaatlichte Industrie Propaganda gemacht wird. (Abg. Dr. Dorfer: „Wenn sie funktioniert!“) Wenn Sie wollen, meine Damen und Herren, dann sage ich Ihnen ganz offen, daß die Betriebe sehr wohl funktionieren, Herr Dr. Dorfer. Das wissen Sie ganz genau. Daß natürlich auch Schwierigkeiten vorhanden sind, und daß auf Grund der Marktsituation Schwierigkeiten immer wieder kommen, das können auch Sie nicht bestreiten. Sie sind in der Wirtschaft drinnen. (Abg. Ing. Stoisser: „16,6 Milliarden sind zu wenig!“) Meine Damen und Herren, und wenn es den Fachleuten gelingt, die Betriebe aus der Situation herauszuführen, daß sie wieder produktiv werden, ich meine produktiv mit den Zahlen, daß wieder von den roten Zahlen herausgefunden wird – ein Beispiel sieht man ja auch im Mürrtal, Kollege Prof. Dr. Eichinger hatte über das Werk Kindberg gesagt, daß es ein positiver Beweis sei, meine Damen und Herren –, wird es positiv werden zur gegebenen Zeit, sicher wird es noch eine Zeitlang dauern, auch der gesamte Komplex der VEW. Da können Sie sagen, was Sie wollen. Wenn Sie der Meinung waren, daß hier nur einer verantwortlich ist, dann könnte man auch genauso den Spieß umdrehen und sagen, an allem, was in der Steiermark geschehen ist, ist der Landeshauptmann schuld.

Wir sind nicht so vermessen, meine Damen und Herren, daß wir sagen, alles, wenn auch das meiste,

das weiß ich schon, aber alles auch nicht. (Abg. Dr. Dorfer: „Jetzt bin ich sicher, daß wir endlich etwas Vernünftiges hören!“) Zu den 16,5 Milliarden Schilling, meine Damen und Herren, darf ich vielleicht noch etwas sagen. Wenn Sie das nur von der Seite betrachten, dann muß ich sagen, ist die Schuld, die ich gemeint habe, dahin zu begründen, daß auch die übrige Welt, die Grundstoff-, die Stahlindustrie subventioniert. Wenn Sie sich einmal der Mühe oder der Ehrlichkeit unterziehen und versuchen, die Zahlen, die ja zum Teil wöchentlich oder monatlich in den Zeitungen, in den Fachzeitschriften, in der Literatur zu lesen sind, dann müssen Sie doch erkennen und auch ersehen, daß hier Österreich an der untersten Grenze mit der Zuführung dieser Mittel ist. Wir könnten sie auch unter einen anderen Titel geben sowie andere Staaten. Nein, bei uns werden sie eben gegeben, damit die Betriebe umstrukturiert werden. Woanders werden sie auf die Tonne Stahl zugeschlagen, und da wissen Sie, daß hier gigantische Unterschiede sind. Ja, sogar so weit, daß die Unterschiede von 1.560 bis 2.659 Schilling, das übrige Europa, die OECD-Länder, wenn Sie so wollen, zu Beträgen von Österreich, die etwa knapp über 800 Schilling liegen je Tonne. Auch so kann man das sehen. Ich glaube, meine Damen und Herren, so muß man das sehen, dann kann man nicht so daherreden, daß man sagt, nur diese verstaatlichten Betriebe, denen muß man Geld geben, damit sie wirtschaften und leben können. Nein, damit sie in der Lage sind, jene Arbeitsplätze auf moderner Basis zu schaffen, wo die Zukunft, die technische Entwicklung auf uns zukommt. Gott sei Dank haben wir solche Führungskräfte und einen solchen Weitblick, die vorausdenken, und früher als im Ausland, das wissen auch Sie ganz genau, ist in Österreich reagiert worden und der Schluß gezogen worden, hier muß letzten Endes doch zu den aufgebrauchten Betriebsmitteln die öffentliche Hand einspringen. Schauen Sie, es ist bisher so, daß in den OECD-Ländern ungefähr 900 Milliarden Schilling an Subventionen im Verlaufe der letzten zehn Jahre gegeben wurden. In Österreich sicher diese 1,6 Milliarden. Wenn Sie aber nach Deutschland schauen, dann ist auch dort die Zahl der Beschäftigten in der Grundstoff- und Stahlindustrie gewaltig reduziert worden. Und, meine Damen und Herren, trotz dieser Zuführung von 900 Milliarden Schilling in den übrigen Staaten werden es in den nächsten zwei Jahren noch 100.000 Arbeitsplätze sein, die auch im Westen in der Stahlindustrie verlorengehen. Und dem arbeiten wir entgegen, und da stehen auch wir Österreicher in einem sehr guten Licht und an der Spitze, daß wir auch sagen können, auch hier beweisen wir, daß wir fähig sind, die Betriebe, die Grundstoffindustrie, die Arbeitsplätze in Österreich zu erhalten. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Das Schlußwort zum letzten Teil der Gruppe 7, „Wirtschaftsförderung“, erteile ich dem Herrn Landesrat Dr. Helmut Heidinger.

Landesrat Dr. Heidinger: Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren!

Nach über viereinviertel Stunden Wirtschaftsdebatte, allgemeiner Teil, an der sich 17 Abgeordnete oder 30 Prozent des Hauses beteiligt haben, ist es schwer, mit dem Schlußwort so kurz zu sein, wie ich es

gerne sein möchte, denn es sind doch eine Fülle von Fragen angeschnitten worden, und wenn darauf nicht geantwortet würde, würde man nach alter Wirtschaftssitte annehmen, daß Verschweigen Zustimmung heißt. Und so bitte ich, meine jetzige Wortmeldung entgegenzunehmen. Es ist teilweise um grundsätzliche Fragen gegangen, teilweise und im Duett um regionale Probleme und die Sorgen, die uns alle bedrücken, mit Recht bedrücken, sind sicher vielfach die Erklärung für manche Emotion. Ich möchte nicht über die konjunkturelle Lage sprechen, die Zahlen werden laufend publiziert. Gestern hat das Wirtschaftsforschungsinstitut die neuesten Schätzungen bekanntgegeben, und das möchte ich gleich vorab sagen, sie sind hoffentlich für Österreich im gesamten gültig. Ich bin nicht sicher, ob sie für die Steiermark so gültig sind. Ich darf Ihnen hier Dr. Kramer zitieren, der am 29. November vor der Handelskammervollversammlung einen Satz gesagt hat, den man bedenken soll: „Die Steiermark steht häufig als Synonym für Strukturprobleme der wirtschaftlichen Entwicklung, und sie ist Gegenstand wohlmeinender oder auch weniger uneigennützig wirtschaftspolitischer Ratschläge.“ Ich kann mir vorstellen, daß Sie das allmähliche Leid sind. Und trotzdem muß auch ich Sie mit diesem Problem befassen. Gleich zum Grundsätzlichen: Der Herr Landesfinanzreferent hat sich ja in seiner Budgeteinbegleitungsrede mit Grundsatzfragen der Wirtschaftsförderung beschäftigt. Der Generalredner der SPÖ hat es getan, und manche der SPÖ-Fraktion haben das Thema in Variationen abgehandelt. Ich glaube, an die Spitze, und da weiß ich mich mit dem Herrn Finanzreferenten einig, ist das Gesamtklima für die Wirtschaftstätigkeit zu steuern. Ich kann nicht umhin, festzustellen, daß der Herr Landesfinanzreferent auch richtig liegt, wenn er sagt, wir sollen nach Wegen suchen, die die persönliche Verantwortung und die Risikobereitschaft stärken und belohnen. Nur, leider hat man manchmal wirklich den Eindruck, daß es so nicht ist, und gestatten Sie einen ganz kurzen Ausflug in die Grundsätze der möglichen Markt- und Wirtschaftssysteme, entweder betriebs- und unternehmensorientierter Ausgleich von Angebot und Nachfrage über den Markt oder dirigistisches System, wo das Angebot geplant wird und die Nachfrage sich danach zu richten hat. Wir sind in Österreich eine Marktwirtschaft mit ziemlich viel planwirtschaftlich monopolistischen Zügen, ich denke nur an die letzte Energiedebatte, und sicher sind manche unserer Probleme auf mangelnde Flexibilität zurückzuführen. Ich kann hier nur dem Abgeordneten Prensberger recht geben. Speziell für die Wirtschaftspolitik und Förderung gilt, daß wir uns fast alle Aktionen sparen könnten, wenn der Umverteilungsmechanismus nicht schon 50 Prozent von dem erfassen würde, was wir arbeiten und leisten. Wir liegen hier im Spitzenfeld der Industriestaaten. Die Wirtschaftsförderung ist, wenn Sie so wollen, ein Instrument der Korrektur.

Ich möchte mich nun mit einigen Problemen beschäftigen. Ich darf zum Beispiel etwas an die Spitze stellen; daß Entwicklungen im Steuerrecht – unter Umständen ein Verwaltungsgerichtshofentscheid – Bemühungen um Betriebsansiedlungen und -erweiterungen zu einem Roulett machen, so daß ein ehrlicher Betriebsberater niemandem mehr raten kann, einen Betrieb in Österreich zu eröffnen, wenn es ihm nämlich nicht gelingt, in drei oder vier Jahren aus der Verlustzone

herauszukommen und es dann dem Prüfer des Finanzamtes gefällt, den Betrieb als Voluptuarbetrieb festzustellen, das heißt, ihn sozusagen aus dem Markte auszuschließen. Dann heißt das nicht nur, daß die Verluste steuerlich nicht anerkannt werden, was vielleicht noch nicht so tragisch wäre, sondern daß die Vorsteuerabzüge der Umsatzsteuer zurückgezahlt werden müssen, weil das dann kein gewerbliches Unternehmen mehr ist, sondern eben eine „Vergnügungsanstalt“. Ein solches Verfahren schwebt, ich möchte mich nicht im Detail damit auseinandersetzen, ich hoffe, daß es mir bei einem Vorsprachetermin gelingt, den Herrn Finanzminister auf die Probleme aufmerksam zu machen, wenn diese Frage, so wie sie sich die Finanzverwaltung vorstellt, zum Verwaltungsgerichtshof geht, dann ist das genauso, als ob wir ins Kasino gingen und daraus unser Einkommen beziehen. Es kann gut gehen, aber es muß nicht gut gehen. Das möchte ich hier als Beispiel anführen, daß zu den Rahmenbedingungen Sachen gehören, die üblicherweise nur Spezialisten bekannt sind und auch dort oft erst hintennach. Daher müssen wir uns wirklich bemühen, solche Probleme zu vermeiden. Der Herr Landesfinanzreferent hat mit Recht von einer gewissen Förderungsmentalität gesprochen. Aber bitte, ist es nicht verständlich, daß heute einer, der noch etwas wagt, wenigstens versucht, sich einen Teil von dem vorab oder hintennach zurückzuholen, was er vorher der Gemeinschaft abgeliefert hat? Um die Schwächen der Einzelförderungen zu vermeiden, wo wir uns vollkommen im Klaren sind, daß jede dieser Einzelförderungen, und er hat Dutzende Akte unterschrieben, und ich habe Dutzende Akte unterschrieben, und wir haben es sicher immer in dem gleichen Bewußtsein getan, daß das natürlich heißt, wenn das nicht der einzige Betrieb in der Branche in Österreich ist, der das erzeugt, daß wir die Konkurrenzverhältnisse verschieben. Daher ist es sicher noch die bessere Lösung, durch Aktionen, etwa wie die Gewerbestrukturverbesserungsaktion, ERP-Kredite und so weiter, nach gewissen Richtlinien für alle Betriebe, die Aktivitäten setzen, die Möglichkeit zu schaffen, zuzugreifen, wenn sie wollen.

Da kommt wieder ein Problem, wenn nämlich der Betrieb Gewinne macht, dann ist es eigentlich fast ein Unsinn, ihm eine Förderung zu geben, weil er sofort das, was er mit der linken Hand bezieht, zu 60 Prozent im Schnitt wieder an den Fiskus abgeliefert. Es ist jetzt eine Frage, ob das eine Ges. m. b. H. oder Aktiengesellschaft, oder ob das eine Einzelfirma, die der Einkommensteuer unterliegt, ist, ob wenigstens ein Teil dieser Förderung wiederum im Umweg über das Finanzamt zum Land und zur Gemeinde zurückkehrt, oder ob alles der Bund kassiert. Da darf man im einzelnen sowieso nicht darüber nachdenken. Man muß es wissen. Unser Ziel ist es, bei den Landesförderungsaktionen, und da ist es nicht so unübersichtlich, wie die Damen und Herren das in der Debatte dargestellt haben – es gibt eigentlich nur sieben wesentliche Förderungsaktionen, und die sind hinlänglich bekannt –, die Landesförderung also dort einzusetzen, wo die Bundesaktionen nicht greifen.

Zu den in den letzten Jahren errichteten Institutionen darf ich doch eine etwas andere Sicht der Dinge anmerken. Es soll nicht der Förderungsdschungel vergrößert werden, sondern es soll geholfen werden, den

Bürokratiendschungel zu durchdringen, und als immer bedeutsamer werdendes Instrument der Wirtschaftsförderung soll die Beratung eingesetzt werden. Ich glaube, daß das Zurückgehen der Ansätze der allgemeinen Wirtschaftsförderung in diesem Budget von immerhin rund 17 Prozent auf 204 Millionen im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt diese Umorientierung, die sicher auch Diktatur der leeren Kassen ist, dokumentiert. Wir tun das deswegen in voller Überzeugung, weil die Hauptursache, und auch darüber ist in der Debatte gesprochen worden, für das Scheitern von Unternehmensgründungen nicht nur Finanzierungsfragen, oder selten Finanzierungsfragen, sondern sehr oft fehlende Marktkenntnisse und Organisationsfehler sind. Wir haben ausgezeichnete technische Fachleute, die Unternehmen gründen und führen, aber die kaufmännische Seite, die organisatorische Seite, die Marktseite, die zugegebenermaßen heute immer schwieriger und immer entscheidender wird, die bedarf der Hilfe. Ich darf in diesem Zusammenhang auch auf die vom Landesfinanzreferenten, glaube ich doch, anerkannten Förderungsinstrumente verweisen. Beteiligungen, Leasing, die das Risiko für das Land, wenn es richtig ausgewählt ist, eigentlich auf die Begünstigung beim Zinsfuß minimieren, und hier darf ich eine Rechnung darstellen, die mich selbst überrascht hat: Wenn wir nämlich die Wirtschaftsförderung netto ansehen, dann müssen wir ja auch den Rücklauf aus seinerzeit gewährten Wirtschaftsförderungen in das Landesbudget berücksichtigen. Das firmiert allerdings nicht in der Gruppe 7, aber der Herr Landesfinanzreferent wird es mir verzeihen, wenn ich über den Ansatz 911 auch etwas sage. Im Jahre 1970, Rechnungsabschluß, war der Saldo der Rückflüsse und der eingesetzten Wirtschaftsförderung 121 Millionen oder zweieinhalb Prozent des damaligen Gesamtausgabenrahmens. Er ist 1975 auf 93,8 Millionen gesunken oder auf 0,8 Prozent des Gesamtausgabenrahmens. Im Rechnungsabschluß 1980 gar auf 83,6 Millionen oder 0,45 Prozent, und im Voranschlag 1985 werden es 105 Millionen sein oder 0,43 Prozent der Gesamtausgaben. Ich weiß schon, daß sich Voranschlag und Rechnungsabschluß nicht decken, aber Sie sehen daraus eines, und das hätte man aus der Wortmeldung des Herrn Finanzreferenten heraushören können. Ich bin sehr für das Einsparen, aber die Wirtschaftsförderung zu streichen, würde unsere Budgetsituation sicherlich auch nicht wesentlich beeinflussen, sondern ich möchte hier eigentlich sagen, daß wir in der Zusammenarbeit mit der Rechtsabteilung 10 und mit der Wirtschaftsförderungsabteilung noch mehr die Vorteile der Beteiligungsfinanzierung, der Leasingfinanzierung einsetzen können. Wir haben hier Instrumente, die unter meinem Vorgänger gegründet wurden und die nicht so ohne sind!

Ich komme dann auf den heutigen Artikel und vor allem auf die Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Mag. Rader, der sich im Moment nicht im Hause befindet, noch zurück, weil dazu muß einfach etwas gesagt werden. Ich bin sehr dafür, daß wir eine Neuorientierung diskutieren, und es wird bei der Vorlage, die ja schon im Hause ist, Gelegenheit sein, das zu tun, das hat der Herr Abgeordnete Halper gesagt. Aber eines ist klar, wenn das heißt, Kürzung der Mittel, dann kann man nur dazu sagen, ja, aber als Konsequenz Übergang zu einer offensiven Beratungs-

Beteiligungs- und Leasingstrategie! Wir haben die Beratung forciert, das geht auch aus den Ansätzen hervor. Seit 1983 um 18 Prozent mehr Mittel auf 20 Millionen.

Der Herr Landesfinanzreferent hat die Wirtschaftsförderung natürlich und mit Recht als Instrument der Beschäftigungspolitik gesehen. Theoretisch ist es vollkommen klar, daß man nur zukunftsorientierte, gesunde Betriebe fördern sollte, weil nur die der Garant für Dauerarbeitsplätze sind. Aber ich bekenne mich ebenso wie er auch zu den sozialpolitisch und regionalpolitisch motivierten Sanierungen, und es wird gerade jetzt, weil eben alle darüber nachdenken, was wir richtig und falsch gemacht haben, auch sehr viel über Strukturpolitik publiziert. Der „Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen“ hat im Sommer des heurigen Jahres eine dicke Broschüre publiziert, aus der ich wörtlich zitiere: „Unter dem Druck der wirtschaftlichen Entwicklung dürfte sich somit eine längerfristig angelegte wachstumsorientierte Regionalpolitik zu einem kurzfristig agierenden regionalen Krisenmanagement gewandelt haben“. Ich bin nicht in der Lage, dieser Diagnose zu widersprechen. Ich möchte aber nicht die Vorwürfe hören, die gerade von den Abgeordneten, die sich jetzt heftig in Richtung antiquierter Wirtschaftsförderung gemeldet haben, was die sagen würden, wenn man in ihren Regionen anders vorgegangen wäre. Natürlich ist es das Bestreben, Strukturänderungen zu begünstigen. Das ist seit Ende der sechziger Jahre und das ist heute so selbstverständlich, das die jüngeren Mitglieder des Hohen Hauses gar nicht wissen können und die anderen es als so selbstverständlich empfinden, daß sie es gar nicht mehr registrieren. Wir haben in den sechziger und siebziger Jahren – der Herr Landesfinanzreferent war damals noch Bürgermeister von Deutschlandsberg – Bemühungen, alte Industrien in belasteten Strukturen zu ersetzen, etwa in Deutschlandsberg Siemens oder in Lebring Philips oder in Gleisdorf Binder oder schon damals in Kindberg Schrack und dann später Motronic in Groß St. Florian und so weiter, und jetzt AMI, Schrack, Hinterberg, glaube ich, gerade in den modernen Technologien der EDV viel mehr erreicht als die Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen hat. Dankenswerterweise hat ja der Abgeordnete Halper die Strukturänderungen wenigstens in einigen Bereichen angezogen, die sich in den verlorenen Arbeitsplätzen, in den Schlotindustrien und in den zugewachsenen Arbeitsplätzen in höherwertigen Industriebereichen widerspiegeln. Und wenn ein Fehler gemacht worden ist oder einer der großen Fehler, dann sicher der – und ich suche nicht nach Schuldigen, aber ich stelle das fest –, daß viel zu lang geglaubt wurde, daß die verstaatlichte Industrie Strukturänderungen nicht nötig hat und ein unsinkbares Schiff ist. So lange, bis es zu spät gewesen ist. Und deshalb haben wir – und dazu bekennen wir uns auch, das hat dem Herrn Landeshauptmann viel Kritik eingetragen, aber er hat recht gehabt, wir haben auch als Land, dort, wo es uns eigentlich gar nichts angeht, nämlich beim Eigentümer Bund, in der verstaatlichten Industrie mitgeholfen, und die Förderungsmittel sind ziemlich genau nach dem Anteil der verstaatlichten Industrie in die verstaatlichte Industrie zu deren leider verspätet eingeleiteter Umstrukturierung gelaufen. Es kann mir niemand sagen, daß das eine polemische Äußerung ist. Wir alle haben das Booz-Allen-Gutach-

ten von 1969 zumindest als Titel gekannt. Wie schaut heute die Wirklichkeit aus, die damals dargestellt worden ist? Hätte man damals gehandelt, hätte man sich viel, viel Leid in der Region erspart! Mehr möchte ich dazu nicht sagen. (Abg. Rainer: „Herr Landesrat, das gilt auch für Privatunternehmungen. Denken Sie an Felten, wo wir die gleiche Entwicklung gehabt haben. Das darf man nicht auf diesen Bereich abstellen!“) Aber der Bereich war so gravierend und wichtig, daß man daran wohl nicht vorbeigehen kann. Man kann auch nicht als Steirer – ich glaube, wir sind es alle – vorbeigehen an der Statistik über die Beschäftigung in der ÖIAG-Gruppe, wo in der Steiermark von 1970 bis 1983 die Beschäftigung um 20 Prozent zurückgegangen ist, in der gesamten ÖIAG immerhin noch um knapp 2 Prozent gestiegen und in der ÖIAG-Restgruppe um 13 Prozent gestiegen ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das war mit einer der Ursachen, warum wir die Beschäftigungsgarantie verlangt haben, und ich werde dazu, nachdem Sie von Herrn Präsident Ileschitz mit den 15a-Verhandlungen angeschnitten worden ist, auch noch ganz kurz etwas sagen. (Landesrat Gruber: „Einerseits ist die Strukturveränderung nicht vollzogen worden, und andererseits hat man der Beschäftigungsgarantie nicht zugestimmt. Was ist jetzt?“) Herr Kollege, einen Moment, hören Sie dann den Wortlaut dessen, was wir mit Herrn Minister Lacina einvernehmlich ausgehandelt haben. Es hängt jetzt bitte nicht an der Beschäftigungsgarantie. Ich glaube, das wissen Sie, aber ich darf sofort dem Hohen Hause dann das Ausgehandelte wörtlich vorlesen, und ich glaube, wir alle können uns dazu bekennen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weiß, daß wir überall an die Grenzen der Finanzierung stoßen, und trotzdem ist es in der gegenwärtigen Situation als zweitbestes Instrument nicht zu entbehren. Das beste wäre sicher eine unternehmensorientierte Wirtschaftspolitik und ein Wirtschaftsklima, wozu aber leider vieles fehlt. Es ist von den Damen und Herren Abgeordneten vieles dazu gesagt worden. Ich erspare mir weiteres. Um effizient und kostengünstig etwas zu tun, haben wir in unserer Beratungsstrategie die Technova mit ihrer Außenstelle in Leoben, den Verein für praktische Betriebsberatung, das Steirische Innovationsprogramm für Klein- und Mittelbetriebe, wir werden den Technologiepark, für den erstmals Ansätze vorgesehen sind, aus der Taufe heben, verstärkte Zusammenarbeit mit dem Wifi und Einsatz aller sonstigen möglichen und zweckmäßigen wirtschaftsfördernden Einrichtungen.

Nun darf ich zur Beschäftigungsgarantie und zum Staatsvertrag kurz kommen. Am 16. November 1984 hat das letzte Gespräch mit Herrn Minister Lacina, der seitens des Bundes mit dieser Frage betraut ist, stattgefunden. Über die Beschäftigungsgarantie herrscht Einigkeit, und ich darf sie verlesen: „In der Regierungserklärung vom 31. Mai 1983 wird festgestellt, daß der Bund als Eigentümer für die Unternehmen der verstaatlichten Industrie besondere Verantwortung trägt. Die verstaatlichten Unternehmen stehen vor der Aufgabe, die Grundstoffherzeugung weiter zu modernisieren und gleichzeitig in neue Finalproduktionen vorzustoßen. Dabei ist eine längerfristige, zukunftsorientierte Strategie für jeden einzelnen Unternehmensbereich zu entwickeln. Angesichts der tiefgreifenden Branchenkrisen ist es notwendig, daß der Eigen-

tümer der verstaatlichten Industrie diesen Unternehmen durch Zuführung ausreichender Mittel die Erfüllung dieser Aufgaben ermöglicht. Ziel unserer Industriepolitik ist es, Tendenzen der Entindustrialisierung, die weltweit festzustellen sind, entgegenzuwirken und das Beschäftigungsniveau der Industrie zu stabilisieren. Im Sinne der Regierungserklärung wird der Bund die Umstrukturierungsmaßnahmen der verstaatlichten Unternehmen weiterhin verstärkt unterstützen, so daß ein hohes Beschäftigungsniveau unter Berücksichtigung arbeitsmarktpolitischer Notwendigkeiten gesichert werden kann. Der Bund als Eigentümer der österreichischen Industrieverwaltungs-AG. wird darüber hinaus besonders bemüht sein, für verlorengegangene Arbeitsplätze in der verstaatlichten Industrie in der Obersteiermark Ersatzarbeitsplätze zu schaffen, insbesondere durch die Förderung der Ansiedlung neuer und der Erweiterung bestehender Betriebe des privaten und verstaatlichten Bereiches auf der Basis zukunfts-trächtiger Produkte und Technologien.“ – Etwa Schrack – „Der Bund wird dafür entsprechende Sonderförderungsmittel zur Verfügung stellen und in den Förderungssätzen und Beträgen über die für andere regionalpolitisch weniger betroffenen Gebiete hinausgehen, wobei das Land nach Maßgabe seiner Budgetmittel Mithilfe leisten wird.“ Ich hoffe, daß sich das auch in den konkreten Verhandlungen so niederschlägt. Offen ist der Paragraph 23 Absatz 1 mit der Basisförderung für die Forschungsgesellschaft Joanneum, der Herr Präsident Ileschitz ist jetzt leider nicht im Haus, und die wirkliche Kleinigkeit in der Grenzlandförderung, wo sich der Bund beharrlich weigert, mit dem Land gleichzuziehen – Paragraph 15! Der Herr Minister hat sich außerstande erklärt, diese Verhandlungen weiterzuführen, sondern hat gemeint, daß das nur mehr durch ein Gespräch auf höchster Ebene zwischen dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Landeshauptmann geklärt werden kann. Ich würde hoffen, daß dieses Gespräch, aber das hängt vom Herrn Bundeskanzler ab, bald zustande kommt.

Nun darf ich zu den einzelnen Wortmeldungen kommen und darf mit dem Herrn Abgeordneten Mag. Rader beginnen. Er hat, und ich muß das wirklich bedauern, eine unrichtige, ich sage bewußt unrichtige Darstellung über ein an und für sich für den Rechnungshof-Ausschuß aufliegendes umfangreiches Stück zum Anlaß einer Darstellung genommen, die einer Richtigstellung einfach bedarf. Und zwar deswegen, hoffentlich finde ich jetzt das Papier, ist schon da. Der Herr Abgeordnete Mag. Rader hat nämlich die Vorlage, die am 29. Mai im Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschuß war, zitiert. Ich habe mir nach Paragraph 18 Absatz 2 der Geschäftsordnung durch den Vorsitzenden dieses Ausschusses, den Herrn Abgeordneten Dr. Dorfer, das Protokoll besorgt, und das lautet wie folgt: „Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschuß, Beginn: 17.00 Uhr. Meine Damen und Herren, ich eröffne die Sitzung des Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschusses, begrüße Sie alle sehr herzlich und stelle zum Tagesordnungspunkt eins Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 374/4, zum Antrag der Abgeordneten Trampusch, Loidl, Rainer und Sponer, betreffend die Einstellung von Förderungen des Landes an die Steirische Grundstücksbeschaffungs-Ges. m. b. H. Frohnleiten, fest, daß mir die Klubobmänner – und ich glaube, Herr Magister, Sie sind einer –

mitteilen, es sei vereinbart worden, daß bis zum Vorliegen des Rechnungshofberichtes diese Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 374/4, zurückgestellt wird. Gibt es dazu einen Einwand? Das ist nicht der Fall“. So das Protokoll. Und in der Vorlage wird noch einmal auf den seinerzeitigen Antrag der genannten Abgeordneten vom 28. Juni 1983 Bezug genommen. Das, was Sie zitiert haben, sind die Darstellungen der Herren Abgeordneten. Ich möchte der Diskussion im Rechnungshof-Ausschuß nicht vorgreifen, aber selbst dieser Bericht heute in der Zeitung sagt, daß überhaupt nichts Inkriminierendes vorgekommen ist. Es handelt sich, und das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen, um eine Auffassungsdifferenz über eine wirtschaftspolitische Maßnahme. Das ist legitim. Es ist ebenso legitim, daß eine solche demokratisch mit einer Mehrheitsabstimmung ausgetragen wird. Das ist ebenfalls der Fall gewesen. Nun hat der Rechnungshof über meinen Antrag in der Regierung einstimmig den Antrag bekommen zu prüfen. Das liegt nun vor, und die beiden Herren, die sich vielleicht schon in den sehr umfangreichen Bericht vertieft haben, er hat 139 Seiten und über 50 Beilagen, werden ja dann berichten. Es wird die Diskussion stattfinden. Ich werde mich dieser Diskussion stellen. Aber eines möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen: Die Kritik an meinem Vorgänger kann sich nur auf die wirtschaftspolitische Frage beziehen; so, wie das aufgemacht ist, schaut es fast aus, als hätte er irgendwelche Verfehlungen begangen, und ich möchte das ausdrücklich, ebenso wie für den Geschäftsführer, zurückweisen! Inzwischen ist er nicht mehr Geschäftsführer, weil wir es nicht mehr für nötig befunden haben, eine so aufwendige Verwaltung zu führen, weil die Gesellschaft keine Bautätigkeit mehr ausübt, was seinerzeit die Beschäftigung des Herrn Ing. Kalnoky bedungen hat. Und die Vorteile der Grundstücksbeschaffungsgesellschaft, einer Konstruktion, die eben leider auch durch das Steuerrecht provoziert worden ist beziehungsweise durch die Vorschrift, daß, wenn das Land irgendwo Eigentümer ist, ERP-Kredite nicht gewährt beziehungsweise zurückgezahlt werden müssen. Die Vorteile der Gesellschaft sind also, daß ERP-belastete Liegenschaften erworben werden können. Das ist mit Eumig in Fürstenfeld geschehen. Das Zweite, abgabenrechtliche Nutzungen: Ich möchte Sie mit Details nicht befassen. Das Dritte, daß wir sie als Leasing-Gesellschaft benützen können, und erst unlängst hat mich der Herr Minister Diplombkaufmann Lacina darauf angesprochen, daß der Bund als besondere Förderung für die Steiermark ein Leasing-Modell ausgearbeitet hat, wo besonders günstige Möglichkeiten für die Unternehmer zur Verfügung stehen. Ich verstehe also nicht, warum man dann so ein Instrument kritisiert. Das heißt, ich verstehe schon, daß man es kritisieren kann, aber bitte, dann muß man es auch beim Bund und bei der Konstruktion, die der Herr Bundesminister als besonders günstig und in der Anwendung jetzt vermehrt einzusetzen angepriesen hat, führen. Ich glaube, damit habe ich das Hohe Haus informiert. Eines darf ich noch sagen, nachdem ich hier auch vom Bankgeheimnis durch das kreditgewährende Institut entbunden bin, die Refinanzierung der Gesellschaft erfolgt derzeit zu einem Zinsfuß, und Sie können sich in der Vorlage überzeugen, zu welchen Zinsfüßen das Land finanziert und seine Schulden verzinst, von 8,5 Prozent; dekursiv ist das

zweifellos ein Zinsfuß, der zu keinerlei Kritik Anlaß gibt, außer, daß man das Geld überhaupt aufgenommen hat. Das hat ja der Herr Mag. Rader heute stereotyp bei jedem Kapitel bezüglich des Landesbudgets getan. Er hat nur nicht gesagt, wie wir dann die Maßnahmen finanzieren sollen. Das hat er großzügigerweise anderen überlassen. Was die Borkensteinhalle, die hier erwähnt ist, betrifft, so ist das ein solches Leasinggeschäft, und es sind immerhin – Herr Bürgermeister von Neudau wird mir das bestätigen – 35 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen worden. Also, so kriminell war die Geschichte wohl nicht!

Damit darf ich in aller Kürze zu den weiteren Wortmeldungen kommen. Der Herr Abg. Prensberger irrt, die Landesbaudirektion schreibt immer, lieber Freund, getrennt aus. Wer es nicht tut, ist die ASAG, und da haben wir keinen Einfluß. Herr Abgeordneter Halper, über die Sanierungsnotwendigkeit haben wir gesprochen. Ich möchte aber über den „Fonds für gewerbliche Darlehen“, den Sie offensichtlich – (Abg. Prensberger: „Eine Frage, Herr Landesrat. Wer hat denn Einfluß dort?“) Die ASAG, das ist eine eigene Gesellschaft, die der Herr Bundesminister Sekanina gegründet hat. (Abg. Prensberger: „Das genügt!“) Der Herr Abgeordnete Halper hat moniert, daß auch Ärzte bei der Jungunternehmerförderung etwa zur Förderung kommen. Ich darf hier aus diesem schon einmal angezogenen regionalen Strukturpolitikbeirat des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen nur folgendes zitieren: „Einrichtungen des Gesundheitswesens können Impulse für zusätzliche wirtschaftliche Aktivitäten in Problemgebieten geben“. Also, das ist das Eine. Und das Zweite, wenn Sie es nicht wissen sollten, es gibt ein Kuratorium. In dem Kuratorium sitzt ein Vertreter Ihrer Fraktion, und es ist mir nicht bekannt, daß irgendein Beschluß, Herr Abgeordneter Halper, nicht einstimmig gefaßt wurde. Das nur zur Objektivierung der Kriterien. Auch bei der großen Wirtschaftsförderung, Herr Abgeordneter, ist es so, daß es einen Beirat gibt, in dem die Sozialpartner vertreten sind, in dem die politischen Parteien vertreten sind, so daß wohl auch alle Seiten der Medaille genügend beleuchtet sind. Es sind aber auch im Kuratorium Ärzefälle gefördert worden. (Abg. Halper: „Bitte, vielleicht ein kleiner Einwand. Nach meinem Wissensstand gibt es für die Jungunternehmerförderung keinen Beirat. Das kann sich geändert haben. Ich rede von der Jungunternehmerförderung!“) Ja, das Hölzl habe ich Ihnen geworfen, weil Sie haben nicht von der Jungunternehmerförderung gesprochen, sondern von der Förderung ganz allgemein. Aber Sie haben bezüglich der Jungunternehmerförderung recht.

Abgeordneter Rainer und Abgeordneter Stoisser und Frau Abgeordnete Dr. Kalnoky haben sich mit Arbeitszeit- und Öffnungszeitenfragen beschäftigt. Ich möchte dazu nichts sagen. Ich bin auch nicht ressortzuständig. Nur soviel, daß ich den Eindruck habe, daß die große Diskussion, die sicher aufgebauscht war in der Öffentlichkeit, den großen Vorteil gebracht hat, daß sich nun die Sozialpartner zusammensetzen werden, sicherlich auch die Konsumenten ihre Stimme erheben werden und es zu flexibleren Lösungen kommen dürfte, ist mein Eindruck.

Abgeordneter Loidl hat eigentlich eine gestern abend zur Gruppe 6 verhinderte Rede gehalten. Er hat

fairerweise die 1,6 Millionen Landesmittel selbst erwähnt, und wir sind sehr froh, daß dieser Einsatz zu Beginn der siebziger Jahre, als der Herr Landeshauptmann als Landesrat die Verantwortung für den Straßenbau übernommen hat, nun soviel Gutes gezeugt haben. Das war eine echte Vermehrung. Ich darf nur hier vielleicht anmerken – und auch da hat sich mein Vorgänger im Amte sehr bemüht, und die Früchte reifen langsam, zu langsam, aber sie reifen –, daß das Eisenbahnnetz nach Westen ausgebaut wird, die Strecke von St. Michael nach Selzthal ist in Teilabschnitten im zweigeleisigen Ausbau. Die Schleifen in St. Michael und Selzthal ebenso. Der Herr Abgeordnete Hammer hat auf den Regionalbeauftragten hingewiesen. Ich glaube, auch der Herr Präsident Ileschitz hat das getan. Ich darf nur sagen, es ist vorgesehen in unserem noch nicht unterschriebenen Staatsvertrag, aber wenn der Bund ohne uns zu fragen jemanden einsetzt, dann muß er auch selbst bezahlen. Sonst muß man schon mit dem Partner reden, wer das sein soll. Bezüglich der Selbsthilfegruppe möchte ich nicht das gesamte Auditorium belasten. Wir müssen uns aber da sehr ernstlich, Herr Abgeordneter Hammer, unterhalten, denn nach mir vorliegenden Meldungen geschieht da einiges, was absolut weder in Ihrem Sinne noch in meinem Sinne ist. Denn wenn diese Selbsthilfegruppe zu einem Unternehmen wird, dann soll sie es werden, aber bitte mit allen gewerberechtlichen Konsequenzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit bin ich am Schlusse. Ich möchte vor allem an die Spitze den Dank an die Steuerzahler stellen, denn ohne diese bräuchten wir über die üblichen Formen der Wirtschaftsförderung, auch über Novellierungen nicht zu diskutieren. Ich möchte aber auch allen Mitarbeitern danken, vor allem in der Abteilung für Wirtschaftsförderung, die wirklich mehr als ihre Pflicht tun, die Beamten im positiven Sinn, aber keine Beamten im Sinne von „Auf eingefahrenen Geleisen fahrend“, sind, sondern die flexibel sind, die die Wirtschaft verstehen und mit denen Gott sei Dank auch schwierige Probleme immer wieder im Sinne der Wirtschaft, aber auch im Sinne der dort Beschäftigten einigermaßen positiv gelöst werden können. Ich danke selbstverständlich auch allen Regierungskollegen, dem Herrn Landeshauptmann für das Verständnis und hoffe, daß wir weiterhin gemeinsam und mit konstruktiver Kritik die Wirtschaftsförderung im Lande zu einem positiven Instrument für die Weiterentwicklung im Lande machen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 7 liegt nicht mehr vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Kollmann: Ich verzichte auf das Schlußwort und wiederhole meinen um 8.30 Uhr gestellten Antrag.

Präsident: Meine Damen und Herren, wenn Sie den Posten und Ansätzen der Gruppe 7 zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Die Gruppe 7 ist angenommen.

Gruppe 8: „Dienstleistungen“. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hubert Schwab. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schwab: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Gruppe 8, „Dienstleistungen“, umfaßt die Posten für Grundbesitz, Wohn- und Wirtschaftsgebäude, Landwirtschaftsbetriebe, Forstgüter, Forstgärten, Baumschulen sowie für die wirtschaftlichen Unternehmungen des Landes, darunter die zusammengefaßten Verkehrsbetriebe, das Reisebüro, die Kongreßhäuser und das Heimatwerk. Es sind Einnahmen von 83,555.000 Schilling und Ausgaben von 159,593.000 Schilling präliminiert. Die Gruppe 8 wurde im Finanz-Ausschuß beraten. Ich ersuche um Annahme.

Präsident: Keine Wortmeldung. Ich komme zur Abstimmung und bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie den Posten und Ansätzen der Gruppe 8 zustimmen.

Die Gruppe 8 ist somit angenommen.

Gruppe 9: „Finanzwirtschaft“. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Halper. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Halper: Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Die Gruppe 9, „Finanzwirtschaft“, sieht Einnahmen in der Größenordnung von 10.289,181.000 Schilling und Ausgaben in der Größenordnung von 2.931,029.000 Schilling vor.

Ich stelle den Antrag auf Annahme.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Halper hat stellvertretend Bericht erstattet. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Strenitz das Wort zu dieser Gruppe.

Abg. Dr. Strenitz: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich gehe jetzt am Schluß einer fast dreitägigen Budgetdebatte nicht ans Rednerpult, um irgend etwas zu werten oder zu kritisieren, sondern weil ich kurz den Versuch unternehmen möchte, aus den Erfahrungen dieser Debatte ein oder zwei Vorschläge für das Jahr 1985 zu machen. Ich tue es auch deswegen lieber heute, weil wir gestern abend alle ein bißchen nervös gewesen sind und weil es eine alte Wahrheit ist, daß man über manches Problem oft besser eine Nacht schlafen soll, bevor man reagiert. Es haben gestern alle Abgeordneten dieses Hohen Hauses, alle Damen und Herren, sich redlich bemüht, die Probleme des Landes aufzuzeigen, oft sehr persönlich aus ihrer Sicht, aber doch objektiv und auch sehr ernst diskutiert. Aber die Gewichtung der Gruppen war durchaus nicht dieselbe. Wir haben es heute erlebt, wir haben über die Gruppe 7 von 8.30 Uhr bis jetzt fast 12 Stunden diskutiert, und es ist eigentlich schade, daß die Gruppe 6 gestern doch eher eine summarische Behandlung erfahren hat, die mit den wichtigen Kapiteln Wasserbau und Straßenbau auch einen Budgetrahmen von über 1.280.000.000 Schilling aufweist. Die sozialistische Fraktion hätte für diese Gruppe sieben Diskussionsredner in Vorbereitung gehabt, und ich bin sicher, daß auch von den anderen Damen und Herren wesentliche und wichtige Beiträge eingebracht worden wären. Allein um Mitternacht hat sich die Frage nach der Sinnhaftigkeit einer solchen Diskussion gestellt. Vor allem, nachdem wir zu diesem Zeitpunkt bereits 14 Stunden reine Redezeit hinter uns gehabt

und insgesamt fünfzehneinhalb Stunden hier in diesem Raum verbracht haben. Wenn wir die Gruppe 6 genauso ernst genommen hätten, wie sie es verdient hätte, dann hätte sie wohl auch drei Stunden in Anspruch genommen, und es wäre wohl 3 Uhr morgens geworden.

Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt als geschäftsführender Klubobmann hier etwas sehr ernst und sehr offen sagen. Ich halte nichts davon, wenn zu irgendeinem Zeitpunkt der Debatte die Klubobmänner dann losmarschieren und versuchen, ihre Kollegen zu bewegen, die Wortmeldungen zurückzuziehen. Das ist zunächst einmal eine Benachteiligung aller jener, die auf Grund der Materie in der Reihenfolge der Wortmeldungen weiter hinten drankommen würden, die sich auch vorbereitet haben, die auch Unterlagen gesammelt haben und die auch ein Recht haben, gehört zu werden. Wenn ein Abgeordneter der Meinung ist, daß er etwas Wichtiges zu sagen hat, dann soll er es auch sagen. Wenn ein Abgeordneter nach der Meinung der Mehrheit dieses Hohen Hauses vielleicht einmal etwas sagt, was nicht so wichtig ist, was ja nur ausnahmsweise vorkommen soll, oder wenn er möglicherweise eine Spur etwas zu lang gesprochen hat, dann, meine Damen und Herren, tut er ja auch sich selbst nichts Gutes. So hat dann gestern abend der Abgeordnete Brandl den Antrag gestellt, die Sitzung zu unterbrechen, auch mit Rücksicht auf die Damen, die hier sitzen und die bis dahin in großartiger Weise durchgehalten haben und in genauso großartiger Weise bereit waren, weiterzumachen. Ich glaube, wir sollten den Damen dafür einmal einen herzlichen Dank aussprechen. (Allgemeiner Beifall.)

Ich will auch gar nicht prüfen, inwieweit die Inanspruchnahme der Damen überhaupt noch mit den Regelungen des Arbeitszeitgesetzes zu vereinbaren ist. Aber etwas anderes. Wir haben gestern 14 Stunden diskutiert und debattiert und gearbeitet, und es gibt eine Menge Unterlagen in der Psychologie und der Pädagogik, die uns sagen, wo die Grenze der Aufnahmefähigkeit eines normalen, durchschnittlichen Menschen gegeben ist, und ich nehme an, wir Politiker sind alle doch in etwa durchschnittliche Menschen, und die Nervosität, die sich gestern abend gezeigt hat, hat ja auch bewiesen, daß wir in der Diskussion diese Grenze schon erreicht haben. (Abg. Schützenhöfer: „Wenn Ihnen die Arbeit zuviel ist, würde ich empfehlen, eine andere Position einzunehmen. Von 365 Tagen sind wir hier drei Tage zusammen. Wenn Ihnen das zuviel ist, nehmen Sie eine andere Arbeit an!“) Nein, Kollege Schützenhöfer, ich würde Sie bitten, mir wirklich zuzuhören, weil es nicht darum geht, und vor allem, weil gestern abend hier die Bemerkung gefallen ist, man wäre bereit, auch bis 2 Uhr oder länger hier zu bleiben. Auch wir wären bereit gewesen. Darf ich ein Beispiel bringen: Ein Freund aus Italien, der in der Politik tätig ist, hat mir gesagt, in Italien beginnen die Regierungssitzungen meistens um 23 Uhr abends; die dauern dann so bis 3, bis 4 Uhr in der Früh. Vielleicht ist das auch mit ein bißchen ein Grund, daß es in Italien seit 1945 so an die 50 verschiedene Regierungen gibt. Es kommt halt nicht immer etwas Gutes heraus, wenn man da bis 3, 4, 5 Uhr beisammensitzt.

Meine Damen und Herren, ich habe heute vormittag mit sehr vielen Abgeordneten, auch Ihrer Fraktion,

Gespräche geführt, und jene Damen und Herren, mit denen ich gesprochen habe, die werden es wissen, ich nenne keine Namen. Ich habe auch darüber nachgedacht, ob ich das, was ich jetzt sage, noch sagen soll angesichts des fast friedlichen Ausklanges dieser Diskussion. Jemand hat gesagt, vielleicht war diese Nervosität gestern abend auch ein bißchen Ausfluß einer gewissen Frustration, die aus der Möglichkeit der Abgeordneten resultiert, mit ihrer Rede für das Budget etwas auszurichten. Das ist ein altes Problem. Wir haben oft darüber geredet. Es ist eine Frage der Gewaltenteilung, zu der wir uns bekennen, aber vielleicht besteht diese Frustration darin, daß wir heute abend insgesamt 24 Milliarden Schilling beschließen, daß aber die Information über die Umsetzung und Realisierung dieser 24 Milliarden Schilling nicht immer die einzelnen Damen und Herren in diesem Haus in einem Maß erreicht, daß wirklich jeder Abgeordnete guten Gewissens sagen kann: ich weiß, was in diesem Lande passiert. (Abg. Dr. Maitz: „Es hindert dich niemand, dich zu informieren!“) Das ist nicht böse gemeint, das sind vielleicht die automatischen Folgen eines Systems, zu dem wir uns ja alle bekennen. Aber es soll uns nicht daran hindern, über die Verbesserung dieses Systems nachzudenken. Wir waren gestern nicht so sehr in Zeitnot, wie es behauptet wurde. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Die Generaldebatte hat schon vorher stattgefunden. Das gehört nicht zur Gruppe 9!“) Herr Landeshauptmann; gestatten Sie mir als frei gewähltem Abgeordneten, noch einige Sätze als Resümee zu ziehen. (Abg. Grillitsch: „Sagen Sie, was Sie wollen!“) Es ist mehr als einmal in diesem Hause vorgekommen, daß der Schlußredner zur Gruppe 5 am Morgen des dritten Tages gesprochen hat, und wir sind mit dem Budget immer noch fertig geworden. (Abg. Schützenhöfer: „Finden Sie kein anderes Thema, sich zu profilieren?“) Wenn es wirklich so gewesen sein sollte, daß es Gründe gab, darauf zu drängen, die Gruppe 6 gestern durchzuziehen, so respektieren wir sie. Ich sage es ehrlich. Man hätte es uns sagen sollen, und es wäre ein einfaches gewesen, heute mit der Gruppe 7 zu beginnen und dann die Gruppe 6 anzuschließen. Es wäre wirklich kein Problem gewesen. (Abg. Schützenhöfer: „Was wollen Sie?“) Meine Damen und Herren, ich möchte hier (Abg. Dr. Maitz: „Ein Jahr ist Zeit, etwas gemeinsam zu erarbeiten!“) zwei konkrete Vorschläge in den Raum stellen. Vielleicht ist das gestattet. Es haben ja auch Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher und ich uns heute darüber schon unterhalten. Der eine Vorschlag wäre, wir brauchen mehr Sitzungen während des gesamten Jahres; denn dann wäre es nicht notwendig, daß sich die gesamte Diskussion des Jahres in der Budgetdebatte komprimiert. Wir haben heute gemeinsam den Vorschlag eines Terminplanes zumindest für die Frühjahrssaison 1985 ausgearbeitet, und der Grundsatz war: in jedem Monat mindestens eine Landtagssitzung! Und zum zweiten würde ich sagen, vielleicht würde es sich als zweckmäßig erweisen, 1985 für das Budget 1986 nicht drei Tage, sondern vier Tage zu diskutieren (Abg. Schrammel: „Das haben wir alles schon gehabt. Es hat genauso lange gedauert!“), allerdings unter der Voraussetzung, um 7.00 Uhr oder um 8.00 Uhr abends zu enden, denn die 24 Milliarden Schilling, die wir immerhin beschließen, sind es wert, daß wir nicht drei Tage, sondern auch vier Tage

beisammen sitzen. Ich würde Sie wirklich sehr ernst bitten, über diesen Vorschlag nachzudenken. Jenen Damen und Herren, die mir freundlicherweise zu so später Stunde noch zugehört haben, danke ich für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Univ.-Prof. Dr. Schilcher.

Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: Meine Damen und Herren!

Wenn du dich nicht gemeldet hättest, hätten wir in der Gruppe wirklich eine Chance gehabt, rechtzeitig fertig zu werden. Wir haben nämlich das alles tatsächlich miteinander besprochen, aber wir haben gesagt, wir werden noch nachdenken, wir werden selbstverständlich die Vorbereitungen treffen, wir haben gesagt, wir werden die anderen Klubs befragen, die anderen Landtage, wie sie es halten. Wir werden zu gegebener Zeit mit der Presse reden, weil das auch ein interessanter Gesprächspartner ist, und werden uns dann melden, wenn wir in den Klubs die einzelnen Meinungen gehört haben. So habe ich das verstanden, und so wäre es eigentlich auch sinnvoll, wenn man nicht aus der Hüfte schießt. Ich weiß nicht, was dich getrieben hat, vielleicht der Dr. Dieter Strenitz selbst, aber jedenfalls wäre es kürzer und gescheiter gewesen, wir wären bei dem geblieben, was wir ausgemacht haben, nämlich dann zu reden, wenn wir vorher nachgedacht haben, um einen ordentlichen Vorschlag vorzulegen, der auch fundiert ist und der Hand und Fuß hat. Der Schrammel, der ein alter Kämpfer im Hause ist, weiß, vier Tage allein bringen auch keine Lösung. Das haben wir auch schon gehabt. Das ist Bedarfsweckung. Dann haben wir in den vier Tagen die gleichen Probleme wie jetzt bei den dreien. Das allein nützt nichts. Ich verspreche eines, wir werden dieses Verfahren einhalten, das wir angegeben haben, und zu gegebener Zeit, wenn wir wirklich etwas wissen, werden wir einen ordentlichen Vorschlag vorlegen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Herr Mag. Rader hat das Wort.

Abg. Mag. Rader: Bitte, drei Sätze:

Erstens: Es ist natürlich ein Problem, drei Tage und halbe Nächte lang zu diskutieren, ohne einen Groschen zu verschieben und das Budgetdebatte zu nennen. Ich sage das ohne Kritik.

Zweitens: Die Vorschläge zur Reform von Budgetdebatten in allen Gremien sind Legion. Ich war früher in einem Bereich tätig, wo – Sie wissen – es auch 56 Mandatare gibt, die schoppen das auf zwei Tage zusammen. Da dauert es sicher bis in die Nächte. Ich erinnere mich, am Heiligen Abend, um halb 5 Uhr früh sind wir hinausgegangen.

Drittens: Vielleicht sollte man nicht die Budgetdebatte reformieren, sondern darüber nachdenken, wie man durch das Jahr wirklich in, was weiß ich, ich sage nur ein Stichwort, aktuellen Stunden jene Diskussionsmöglichkeit, die die Abgeordneten selbstverständlich in den Themen brauchen, über das Jahr verteilen, damit man sich ausreden kann. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ.)

Präsident: Ich erteile dem zuständigen Referenten für die Gruppe 9 das Wort und gleichzeitig das Schlußwort.

Landesrat Dr. Klauser: Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Ich bedanke mich für die zahlreichen Beiträge, denen wir Anregungen für unsere weitere Arbeit entnehmen können. So wie alle Jahre hat es leider zur Gruppe 9 keine sachbezogene Wortmeldung gegeben, mit der ich mich auseinanderzusetzen habe.

Bei einzelnen ist mir allerdings leider Kayserling eingefallen mit seinem Zitat: „Wir lernen aus der Geschichte nur, daß wir nichts lernen.“ Zitat Ende. Ob Teheran oder Santiago de Chile – die Kette menschlicher Vorurteile, rassischer, religiöser oder ideologischer Natur, zieht sich wie ein blutiger Faden durch die Jahrhunderte. Erst kommt das Vorurteil und dann die Einteilung in die Oberen und die Unteren, die Wertvollen und die Minderwertigen. Das sind aber immer Krisenzeichen. Deshalb gilt es auch dagegen zu arbeiten. Wir brauchen einen ständigen Optimismus und ein ständiges Bemühen. Dies könnte da trauriger stimmen, als eine zuletzt veröffentlichte Studie über die Vorurteile der österreichischen Bevölkerung keinen erfreulichen Ausblick zulassen würde. Teilen wir Andersgläubige nicht gleich den Schlechten zu, meine Damen und Herren. Unterscheiden wir bitte nicht zwischen echten Steirern und den falschen, die da als eine Art fünfte Kolonne der Wiener tätig sind. Die Kostenvorgabe zum Beispiel ist eine Erfindung des Herrn Abgeordneten Dr. Stummvoll, der Ihrer Partei angehört, Frau Abgeordnete Dr. Kalnoky. (Abg. Dr. Kalnoky: „Nein, das stimmt nicht!“) Das stimmt schon. Der Krankenanstaltenfonds hat diesen Vorschlag lediglich aufgenommen und ihn mit Vizebürgermeister Dr. Mayr und Landeshauptmann Dr. Ratzenböck in die Vorschläge zur neuen Vereinbarung eingearbeitet. Das stimmt schon, Frau Abgeordnete. In diesen Dingen kenne ich mich wahrscheinlich wirklich besser aus als Sie. Dieses Ergebnis habe ich abgelehnt und eine Finanzreferentenkonferenz verlangt, die am 24. Oktober 1984 in Salzburg auch zu anderen Ergebnissen gekommen ist. Sie bringen gegenüber der Lösung Ratzenböck/Mayr dem Land unmittelbar um 20 Millionen Schilling mehr, und sie vermeiden auch vor allem die wesentliche Gefahr des Kostenvorgabemodells, nämlich die Nivellierung der Krankenkassendeckungsbeiträge aller Bundesländer. In Wien sind das derzeit etwa 42 Prozent, bei uns 63 Prozent. Ein Bundesdurchschnitt läge ungefähr bei 52 Prozent. Auf der Basis der Beibehaltung dieser Deckungsbeiträge, so wie sie sich derzeit eingespielt haben, haben wir auch nunmehr abgeschlossen. Der Herr Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher hat hier gestern trefflich mit Zahlen gestritten. Wir wissen auch, was er mit seinen Statistiken beweisen will. Deswegen müssen sie jedoch noch nicht stimmen, Herr Kollege. Sie haben Birnen mit Äpfeln verglichen, zum Beispiel Rechnungsabschlüsse mit Voranschlägen. Landesrat Prof. Jungwirth hat gemeint, die Gesamtbaukosten für die Sanierung der Oper würden einige Millionen über der 300-Millionengrenze liegen. Das Architektenbüro Kordon hat mir heute wieder bestätigt, daß mit den valorisierten 230 Millionen, das sind 293 Millionen, das Auslangen gefunden werden wird. Selbst wenn die Spendener-

löse aus der Aktion für eine schönere Oper und die Baukostenzuschüsse für die miterrichteten Geschäftsräumlichkeiten dazugezählt werden, kommt man nicht auf 300 Millionen. Herr Kollege, ich halte eine Wette, 24 Flaschen Schilcher soll es gelten, wenn es über 300 Millionen werden. Sie haben auch gemeint, es könne egal sein, wieviel bei einer Landesausstellung hereinkommt, weil die Mehreinnahmen sozusagen vom Finanzreferat kassiert werden. Immerhin hat die Eisenerzer Ausstellung dem Land 17 Millionen gekostet, denen knapp 4 Millionen an direkten Einnahmen gegenüberstehen. Ich bitte mich nicht mißzuverstehen, meine Damen und Herren, ich bin sehr für diese Ausstellungen, möchte aber doch den Eindruck vermeiden, als ob sie für das Land sozusagen ein direktes finanzielles Geschäft wären. Der Herr Kollege Dipl.-Ing. Riegler findet am Montagspiegel entsprechend meiner gestrigen Zusage eine überplanmäßige Freigabe von weiteren 20 Millionen für den Viehexport und von 900.000 Schilling für die Futtergetreideverbiligungsaktion.

Der Herr Landesrat Dr. Heidinger hat vom Fremdenverkehrsabgabegesetz gesprochen. Über sein Ersuchen hat vor einigen Wochen die Rechtsabteilung 10 mit der Fremdenverkehrsabteilung Verbindung aufgenommen und einen Entwurf erstellt, den ich heute erhalten habe. Ich werde ihn dem Herrn Landesrat Dr. Heidinger übermitteln und bin selbstverständlich bereit, ihn in der Fassung einzubringen, die bei diesen Gesprächen herauskommt.

Zur Wirtschaftsförderung habe ich meine Meinung bereits bei der Einbringung des Budgets dargelegt. Selbstverständlich gibt es immer wieder verschiedene Auffassungen über Förderungsart, Förderungsgrundsätze oder Förderungshöhe. Das ändert nichts daran, daß wir auch in den Wirtschaftsbeiräten meistens eine gemeinsame Linie finden. In der Beurteilung der Beratungstätigkeit gibt es, glaube ich, zwischen uns keine Unterschiede. Beteiligungen können meiner Meinung nach zu einer Art indirekter Unternehmertätigkeit und Unternehmerverantwortung führen, vor der wir uns hüten sollten. Was die Leasingmöglichkeiten und Leasingvarianten betrifft, so hängt deren Einsatzmöglichkeit im wesentlichen von der Mehrwertsteuerwirkung ab. Das kann man wahrscheinlich wirklich nur von Fall zu Fall beurteilen und von Fall zu Fall entscheiden. Was die sogenannte Beschäftigungsgarantie im Staatsvertrag anlangt, meine Damen und Herren, so streiten wir uns offensichtlich Gott sei Dank nur mehr um die Überschrift, aber nicht mehr um den Inhalt, weil das, was der Herr Kollege Dr. Heidinger hier verlesen hat, der Vereinbarung mit dem Herrn Minister Lacina entspricht und unserer Auffassung ja nunmehr eine ausdrückliche Bemühungs- und Absichtsgarantie beinhaltet, aber nicht das, was ursprünglich der Beschäftigungsgarantie gleichgekommen wäre.

Ich möchte hier, Hohes Haus, meine Damen und Herren, nicht auf die Grundstücksbeschaffungsgesellschaft eingehen. Wir werden im Kontroll-Ausschuß sicher ausreichend Gelegenheit haben, uns darüber zu unterhalten. Ich möchte aber doch ausdrücklich feststellen, daß ich zwar von den wirtschaftlichen Nachteilen dieser Gesellschaft für das Land überzeugt bin, aber genauso überzeugt bin, daß niemand da irgend-

wie mit Recht Vorwürfe krimineller Natur erheben könnte. Das möchte ich doch in Übereinstimmung mit Ihnen ausdrücklich festgehalten haben. Die FPÖ hat erklärt, daß sie das Budget ablehnen werde, weil ihr der Abgang zu groß geworden sei. Dabei ist von einer Budgetvereinbarung gar nicht die Rede gewesen, die uns möglicherweise in dieser Richtung noch Überraschungen bescheren kann. Wir haben vereinbart, daß bei der Finanzierung von Großprojekten durch den Bund und durch die Wirtschaftsförderung des Landes eine Bedeckung im Rahmen des Punktes 9 des Landtagsbeschlusses erfolgt, das heißt über die vorliegenden Ziffern hinaus. Wir haben diese Vereinbarung schon einige Jahre. Das bekannteste Beispiel für eine derartige Finanzierung ist das Werk in Unterpremstätten. Wir haben uns schon einige Male in Gesprächen befunden, die jedoch zu keinem Erfolg geführt haben. Ich hoffe, daß wir einmal mehr Erfolg haben werden als bisher, wenn dies auch den außerordentlichen Haushalt sehr beanspruchen würde.

Ich hoffe aber, daß die Öffentlichkeit zur Kenntnis nimmt, welche Verantwortung wir alle zu übernehmen bereit sind, wenn es um Strukturverbesserungen und Arbeitsplätze geht. Ich freue mich, daß hier die Zusammenarbeit mit dem Bund, vor allem mit dem Herrn Bundesminister Ferdinand Lacina, so gut funktioniert, und ich möchte ihm ausdrücklich danken.

Dieser Dank gilt im Rahmen dieser Zusammenarbeit auch, und ich möchte das auch hier sagen, nicht nur den Beamten der Rechtsabteilung 10, sondern auch jenen der Wirtschaftsförderung und dem Herrn Kollegen Dr. Heidinger, weil wir ja wirklich praktisch immer parallel eingespannt sind und das ja in der Tätigkeit der Wirtschaftsbeiräte zum Ausdruck kommt. Ich möchte mich zum Schluß bei all jenen, die bei der Erstellung und bei der Diskussion dieses Budgets mitgewirkt haben, bei meinen Regierungskollegen und vor allem beim Herrn Wirklichen Hofrat Dr. Tito Kriegseisen als verantwortlichen Abteilungschef und Herrn Oberrechnungsrat Otto Pirzl herzlich bedanken. Ich danke Ihnen für die Zustimmung zu diesem Landesvoranschlag und wünsche uns allen, vor allem aber der steirischen Bevölkerung ein erfolgreiches 1985. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Keine weitere Wortmeldung. Ich bitte Sie um ein Händezichen, wenn Sie den Posten und Ansätzen der Gruppe 9 zustimmen.

Die Gruppe ist angenommen.

Außerordentlicher Haushalt. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Schlußsummen des außerordentlichen Haushaltsvoranschlages habe ich bereits vorgetragen. Ich wiederhole sie, veranschlagte Gesamtausgaben 1.536.369.000 Schilling, und ersuche um Annahme.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Wenn Sie ihm die Zustimmung geben, bitte ich um ein Händezichen.

Der außerordentliche Haushalt ist angenommen.

Wir kommen nun zu den zehn Beschlußanträgen des Landesvoranschlages 1985, die im Mündlichen Bericht Nummer 46 zusammengefaßt sind. Ich schlage vor, in drei Teilen abstimmen zu lassen.

Im ersten Teil: acht Beschlußanträge, die von allen drei im Hohen Haus vertretenen Parteien unterstützt werden,

im zweiten Teil: den Beschlußantrag, der nur von der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei Österreichs unterstützt wird, und

im dritten Teil: den Beschlußantrag, der nur von der Österreichischen Volkspartei und der Freiheitlichen Partei Österreichs unterstützt wird.

Ich frage den Herrn Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Hans Brandl, ob er den Antrag stellt, über die Beschlußanträge in dieser Reihenfolge abzustimmen.

Abg. Brandl: Herr Präsident, ich stelle den Antrag, so vorzugehen.

Präsident: Ich ersuche nun die Damen und Herren, die den acht Beschlußanträgen des ersten Teiles des Mündlichen Berichtes Nummer 46 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Die acht Beschlußanträge des ersten Teiles sind einstimmig angenommen. Nun ersuche ich die Damen und Herren, welche dem Beschlußantrag des zweiten Teiles zustimmen, um ein Händezichen.

Dieser Beschlußantrag ist mit den Stimmen der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei angenommen. Das ist die Mehrheit.

Weiters lasse ich über den dritten Teil des Mündlichen Berichtes Nummer 46 abstimmen. Ich ersuche auch hier um ein Händezichen, falls Sie zustimmen.

Der Beschlußantrag ist mit den Stimmen der Österreichischen Volkspartei und der Freiheitlichen Partei Österreichs angenommen. Das ist die Mehrheit.

Dienstpostenplan. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Hans Stoisser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Stoisser: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Dienstpostenplan liegt Ihnen vor. Er ist in fünf Teile gegliedert. In der Hoheitsverwaltung sind 5.861 Bedienstete, in den Sanitätsanstalten einschließlich der Schulen für Sanitätspersonal und Landesaltenpflegeheime 8.783, in sonstigen Dienststellen 1.730 und in Wirtschaftsbetrieben 527. Das sind in der Summe 16.881. Das sind die Zahlen aus dem Vorjahr. Das ist falsch. Ich muß diese aus dem Jahre 1985 zur Verlesung bringen. Also: Hoheitsverwaltung 5.821,50, Sanitätsanstalten, Schulen, Sanitätspersonal und Landesaltenpflegeheime 9.077, sonstige Dienststellen 1.752, Wirtschaftsbetriebe 514. Das sind in der Summe 17.164,50, und gegenüber der vorhin genannten Summe aus dem Vorjahr ist das ein Plus von 283,50. Als Durchlaufposten haben wir noch die Pflichtschullehrer sowie Lehrer an den landeslandwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen. Das sind für 1985 12.601,70 gegenüber dem Vorjahr 13.012,60, ein Minus von 410,90. Die Gesamtsumme wäre 29.766,20. Ich bitte um Annahme.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich schreite zur Abstimmung und ersuche um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen.

Der Antrag ist angenommen.

Kraftfahrzeugsystemisierungsplan. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren!

Gegenüber dem Jahre 1984 hat sich die Anzahl der Fahrzeuge im Kraftfahrzeugsystemisierungsplan leicht verringert. Ich ersuche um Annahme.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte um ein Händezichen, wenn Sie zustimmen.

Der Kraftfahrzeugsystemisierungsplan ist angenommen.

Wir haben noch über den Antrag des Hauptberichterstatters über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 731/1, abzustimmen, und ich erteile dazu dem Herrn Abgeordneten Hans Brandl das Wort.

Abg. Brandl: Ich habe den Antrag dieser Regierungsvorlage zu Beginn dieser Sitzung vorgetragen. Es hat eine ausführliche Diskussion gegeben, Stellungnahmen in der Generaldebatte und sehr, sehr viele Stellungnahmen in der Spezialdebatte. Ich ersuche um Annahme dieser Regierungsvorlage des Landesvoranschlags 1985 mit den dazugehörigen Unterlagen.

Präsident: Wer mit den Ansätzen der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 731/1, einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben. Damit ist der Landesvoranschlag 1985 einschließlich Dienstpostenplan und Kraftfahrzeugsystemisierungsplan angenommen.

2. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 730/1, betreffend

1. den Ankauf der Betriebsliegenschaft EZ. 362, KG. Sebersdorf, GB. Hartberg, bestehend aus den Grundstücken 242/1, Baufläche, Fabrik, Haus Nr. 138, 2912 Holzplatz und 2913 Fabriksgebäude, im unverbürgten Flächenausmaß von 15.421 Quadratmeter um den Kaufpreis von 8,5 Millionen Schilling zuzüglich 12 Prozent Grunderwerbsnebenkosten (1.020.000 Schilling) sowie Vertragserrichtungskosten von 87.300 Schilling, insgesamt also um den Betrag von 9.607.300 Schilling, von der Konkursmasse „Safental“ Kesselbau-Maschinenfabrik Franz Lang Ges. m. b. H. durch das Land Steiermark und
2. die Einräumung einer unwiderruflichen Option seitens des Landes Steiermark an die Firma HERZ-AKM Armaturen-, Kessel- und Metallwaren Erzeugungsgesellschaft m. b. H., Sebersdorf, auf Erwerb der Betriebsliegenschaft EZ. 362, KG. Sebersdorf, GB. Hartberg, um einen Kaufpreis von 8,5 Millionen Schilling zuzüglich Grunderwerbsnebenkosten, frühestens ab 31. Dezember 1989.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Leopold Johann Dorfer, dem ich das Wort erteile.

Abg. Dr. Dorfer: Herr Präsident! Hohes Haus!

Es geht hier um den Ankauf der Betriebsliegenschaft EZ. 362, KG. Sebersdorf, Gerichtsbezirk Hartberg, bestehend aus den Grundstücken 242/1 Baufläche, Fabrik, Haus Nummer 138, Holzplatz und Fabriksgebäude im unverbürgten Flächenausmaß von 15.421 Quadratmeter um den Kaufpreis von 8,5 Millionen Schilling zuzüglich 12 Prozent Grunderwerbsnebenkosten, das sind 1.020.000 Schilling, sowie Vertragserrichtungskosten von 87.300 Schilling, insgesamt also um den Betrag von 9.607.300 Schilling, von der Konkursmasse „Safental“ Kesselbau-Maschinenfabrik Franz Lang Ges. m. b. H. durch das Land Steiermark und zweitens die Einräumung einer unwiderruflichen Option seitens des Landes Steiermark an die Firma HERZ-AKM Armaturen-, Kessel- und Metallwaren Erzeugungsgesellschaft m. b. H., Sebersdorf, auf Erwerb der Betriebsliegenschaft EZ. 362, KG. Sebersdorf, Gerichtsbezirk Hartberg, um einen Kaufpreis von 8,5 Millionen Schilling zuzüglich Grunderwerbsnebenkosten, frühestens ab dem 31. Dezember 1989.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag, diese Vorlage zu genehmigen.

Präsident: Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, um ein Händezichen.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 732/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1984 (1. Bericht).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren!

In der Zeit vom 1. Jänner bis 30. September 1984 wurden für den Bereich der gesamten Landesverwaltung Mehrausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1984 von 542.702.221,80 Schilling getätigt. Ich ersuche um Annahme.

Präsident: Die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, mögen ein Händezichen geben.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 733/1, Beilage Nr. 69, Gesetz über die Aufnahme von Anleihen durch das Land Steiermark.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hans Brandl, dem ich das Wort erteile.

Abg. Brandl: Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren!

Nach dieser Regierungsvorlage wird die Steiermärkische Landesregierung ermächtigt, für das Land Steiermark zu dem im Paragraph 3 genannten Zweck Anleihen bis zum Gegenwert von insgesamt einer Milliarde Schilling auf dem Inlands- oder Auslandsmarkt gegen Ausgabe von festverzinslichen Teilschuldverschreibungen zu den im Paragraph 2 genannten Bedingungen aufzunehmen. Auch im ver-

gangenen Jahr wurde eine solche vorsorgliche Maßnahme getroffen. Sie wurde nicht in Anspruch genommen. Das gilt auch für das heurige Jahr. Ich bitte im Namen des Finanz-Ausschusses um Annahme.

Präsident: Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, eine Hand zu erheben.

Der Antrag ist angenommen.

5. Bericht des Landwirtschafts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 709/1, betreffend den Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Erich Pörtl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Pörtl: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die gegenständliche Vorlage befaßt sich mit dem Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark, und sie liefert uns wie alljährlich einen umfassenden Bericht über die Leistungen der steirischen Land- und Forstwirtschaft und über die wirtschaftliche und soziale Lage der bäuerlichen Familien. Es wird in diesem Grünen Bericht neu berichtet über den Bereich der Sonderkulturen, über die waldschädigende Luftverunreinigung und über den Erklärungsversuch der landwirtschaftlichen Einkommenssituation in der Steiermark. Ich ersuche namens des Landwirtschaftlichen Ausschusses um Annahme.

Präsident: Keine Wortmeldung. Die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, mögen ein Zeichen mit der Hand geben.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

6. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 747/1, Beilage Nr. 73, Gesetz über die Landesumlage.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Gesetz über die Landesumlage mußte novelliert werden, weil durch das neue Finanzausgleichsgesetz ab 1. Jänner 1985 die Landesumlage um 2,2 Prozent gekürzt wurde. Sie beträgt ab Beginn des nächsten Jahres 8,3 Prozent. Im Namen des Finanz-Ausschusses ersuche ich um Annahme dieses Gesetzes.

Präsident: Wenn Sie dem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Handzeichen.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

7. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 736/1, Beilage Nr. 72, Gesetz, mit dem die Steiermärkische Bauordnung 1968 geändert wird.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Schaller.

Abg. Dipl.-Ing. Schaller: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die vorliegende Novelle zur Steiermärkischen Bauordnung soll Erleichterungen insbesondere für den Dachgeschoßausbau in der Altstadt schaffen, wo es bisher Schwierigkeiten gegeben hat. Darüber hinaus sollen einige weitere Bestimmungen novelliert werden, so zum Beispiel die Gebäudehöhe, die Benützung fremden Grundes bei Sanierungsmaßnahmen, und nicht zuletzt soll auch die Möglichkeit mitgeregelt werden, daß die Gemeinden die Frage der Abstellung von Wohncontainern und Wohnwagen regeln können. Namens des Ausschusses für Raumordnung und Wirtschaft darf ich um Annahme ersuchen.

Präsident: Ich ersuche die Damen und Herren des Hohen Hauses, die dem Antrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Nun darf ich den Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer um das Schlußwort bitten.

Landeshauptmann Dr. Krainer: Verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nachdem anläßlich dieser Budgetdebatte auch einige Mitglieder des Landtages Funktionen wahrgenommen haben, die denen etwa des Großpenitentiars der Heiligen Römischen Kirche entsprechen, darf ich Ihnen zum Abschluß alles Gute wünschen für das neue Jahr, einen aufrichtigen Dank sagen für die viele, viele Arbeit, für die Gelegenheit, die auch in diesen drei Tagen gegeben war, sich näherzukommen, auch wenn es manches Mal den Anschein hatte, als würde das Gegenteil der Fall sein. Ich bin da ein unverbesslicher Optimist und durch die Erfahrung bestätigt.

Meine Damen und Herren, danken wir auch jenen, die im Land als Bedienstete arbeiten, die ausscheiden aus Anlaß ihrer Pension, danken wir denen, die gerne hier stenographiert haben (Allgemeiner Beifall.) und noch lieber da rückwärts reportiert haben. (Allgemeiner Beifall.) Alles Gute. Ein steirisches Glückauf! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Beratungen des Hohen Hauses über den Landesvoranschlag 1985 sind nach einer Dauer von 35 Stunden, wozu sich die Abgeordneten und Regierungsmitglieder zu insgesamt 157 Wechselreden gemeldet haben, zu Ende gegangen. Es wurde damit das Arbeitsjahr 1984 mit der Beschlußfassung über das Budget des kommenden Jahres abgeschlossen. Es wurden 130 Anträge von Abgeordneten, 141 Regierungsvorlagen, davon 24 Gesetzesvorlagen, und zwei dringliche Anfragen eingebracht sowie 140 Beschlüsse, darunter 21 Gesetzesbeschlüsse, gefaßt. Außerdem wurden bei vier Landtagssitzungen, die mit einer Fragestunde begannen, 53 Anfragen von Abgeordneten eingebracht. Die Landtagsausschüsse haben in 69 Sitzungen alle Vorlagen vorbereitet, die vom Landtag beschlossen wurden beziehungsweise noch beschlossen werden. In der diesjährigen Budgetsitzung kam ganz besonders das Problem des Umweltschutzes zum Ausdruck. Weiters war es die Sorge um unsere Arbeitsplätze und Betriebe sowie die Hoffnung, trotz schwieriger wirtschaftlicher Verhältnisse, den

sozialen und kulturellen Belangen den ihnen zustehenden Stellenwert zu sichern. Da alle diese Probleme nur in einem friedlichen Zusammenleben gesichert werden können, ist die Sorge um den Frieden in der Welt das Anliegen aller Menschen in unserem Lande. Ich habe nunmehr als Abgeordneter und Präsident an 24 Budgetsitzungen des Steiermärkischen Landtages teilgenommen. Ich kann daher abschätzen und ermessen, wieviel Arbeit, Mühe und Schwierigkeiten mit der Erstellung des Budgets und der Abwicklung der Bud-

getsitzungen im Hohen Hause verbunden sind. Aus dieser Erfahrung heraus danke ich allen, die sich für den Ablauf dieser dreitägigen anstrengenden Debatte um den Landesvoranschlag 1985 bemüht und verdient gemacht haben. Ich wünsche Ihnen allen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest und für das Jahr 1985 viel Glück, Erfolg und Gesundheit. Nochmals herzlichen Dank. Die Sitzung ist geschlossen. (Allgemeiner starker Beifall. Ende der Sitzung: 21.00 Uhr.)